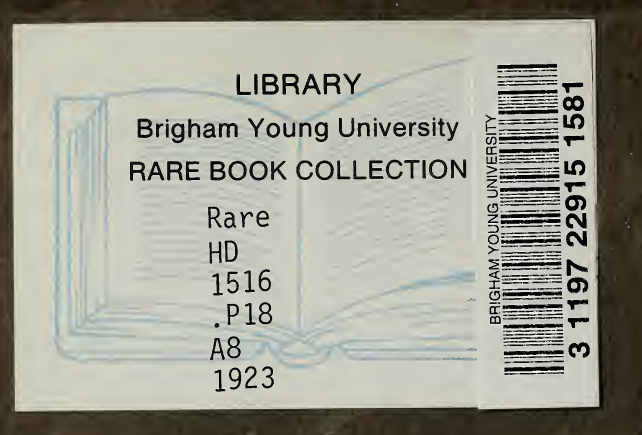
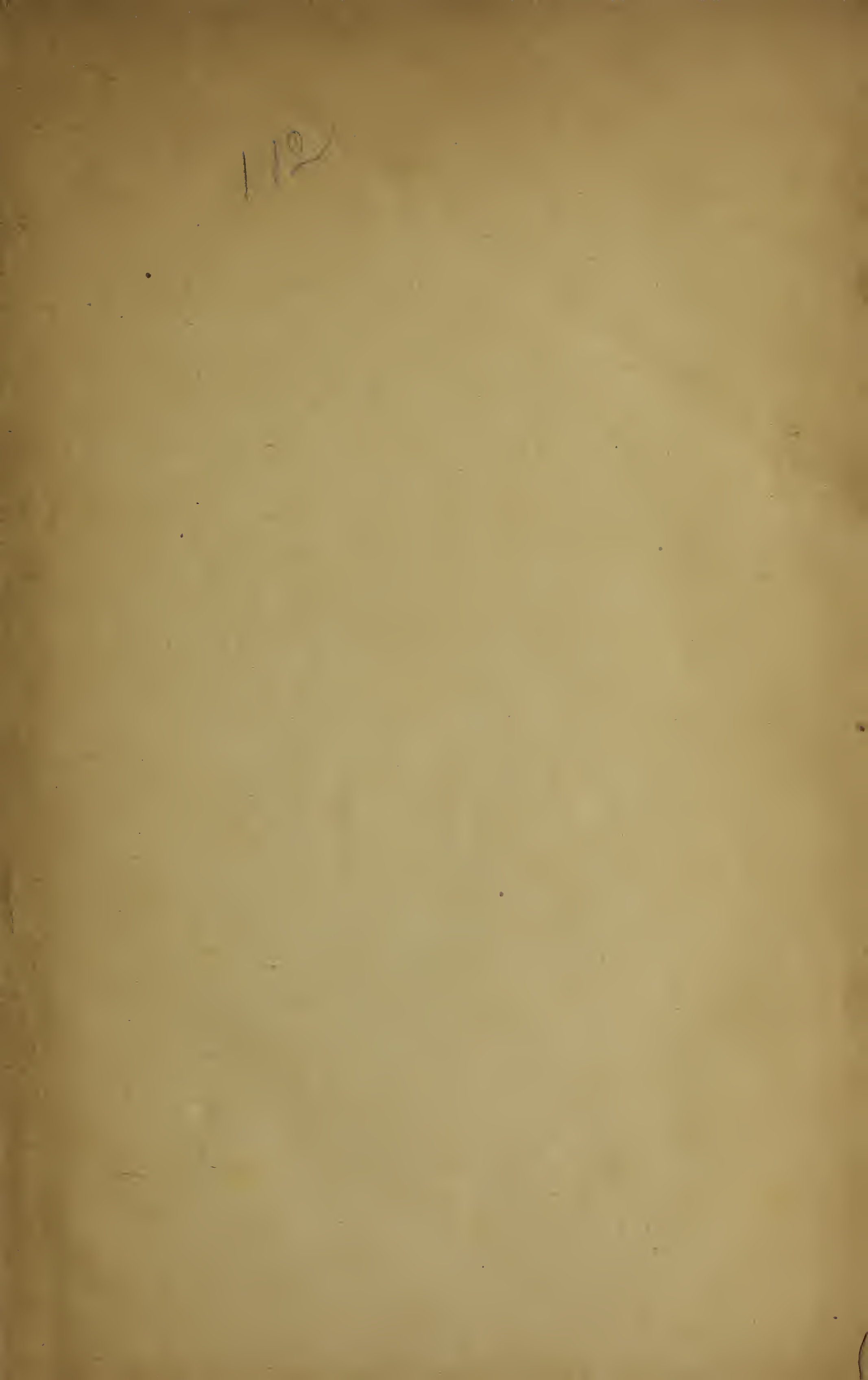
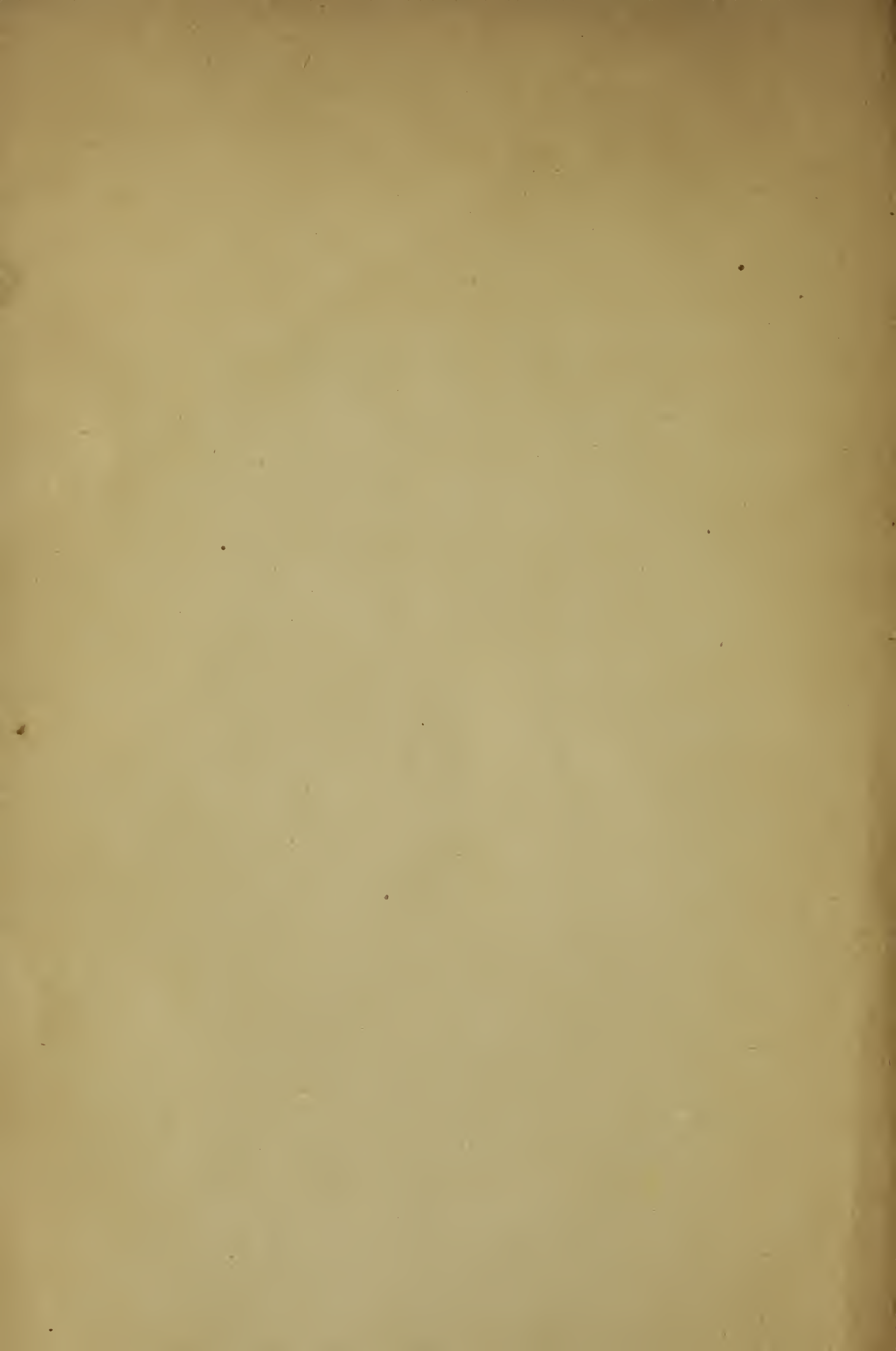
Chajim Arlosoroff

# Die Kolonisationsfinanzen der Jewish Agency

HITACHDUT-VERLAG / BERLIN







# Die Kolonisationsfinanzen der Jewish Agency

Von

**Dr. Chajim Arlosoroff**

Volentem ducunt fata
nolentem trahunt.



**1 9 2 3**

HITACHDUT-VERLAG / BERLIN

Buchdruckerei Carl Hansen, Berlin N. 39, Chausseestr. 59.

Meinem Freunde

**Dr. Israel Reichert**

gewidmet



# Inhalt:

Vorwort . . . . . . . . . . . . 9

Aus einer Denkschrift an das Hauptbüro der Hitachdut . . . 13

1. Die Lage des Zionismus und die Jewish Agency . . . 19

2. Die Legende von der Privatinitiative . . . . . . . 41

3. Die zionistischen Spendenfonds . . . . . . . 60

4. Die moderne Siedlungskolonisation und der internationale Kredit 86

5. Die nationale Kreditgemeinschaft und die Anleihe . . . 115

6. Das Syndikat, die Zentralbank und der Schuldendienst . . 155

Schluß: Planmäßige Großkolonisation . . . . . . . 189



# Vorwort.

Die vorliegende Arbeit ist aus einem Memorandum über die Finanzfragen des Palästinaaufbaus entstanden, das ich im Rahmen der Vorbereitungen zum dreizehnten Zionistenkongreß meinen Kollegen im Hauptbüro der „Hitachdut" vorgelegt habe.

Ich habe ihr kaum mehr vorauszuschicken als die Bemerkung, daß die Gegenstände, die die einzelnen Abschnitte der Schrift behandeln, trotz dem Umfang, den sie als Ganzes erreicht hat, doch nur in den gröbsten Umrissen skizziert werden konnten. Nur so: als ganz knappe Zusammenfassungen und Andeutungen sind sie daher zu werten.

Daraus folgt ohne weiteres ferner, daß das Schwergewicht auf den großen Leitgedanken und Grundsätzen, die der Beweisführung zugrunde liegen, ruht. Die Details, die gegeben werden, können nicht als erschöpfende Belege oder ausreichende Entwürfe betrachtet werden, sondern nur als Illustrationen und Hinweise.

Die Schrift ist ihrem Sinn nach vorwiegend auf Ziele der praktischen Politik gerichtet. Daß dennoch breite Partien theoretisch unterbaut worden sind, werden nur die engstirnigen Köpfe bedauern können, die die unmittelbaren Zusammenhänge zwischen der Erkenntnis und dem Leben nicht zu erfassen vermögen.

Merkwürdigerweise haben gerade die Finanzprobleme, die Fragen der Kapitalaufbringung und der Kapitalverwaltung des Palästinaaufbaus, solange noch Zeit war, sie eingehend zu erörtern und sachlich zu erschöpfen, keine genügende Beachtung in der zionistischen Öffentlichkeit gefunden. Auch in den fetten Jahren der glücklichen Hoffnungen und der politischen Großtaten sind sie nur einigermaßen stiefmütterlich behandelt worden. Während man damals, wie bekannt, heftig um Zehntausende und Hunderttausende der Immigration für die nächsten Jahre stritt, und ob solchem Streite sich in Maximalisten und Minimalisten teilte, während man die Formen der zukünftigen sozialistischen Bodenbesitzordnung in feinen Einzelheiten durch Beschlüsse festzu-

legen suchte, verfuhr man mit den finanziellen Problemen ziemlich leichtfertig und oberflächlich. Die extremsten Widersacher in den übrigen Fragen waren sich darin einig, daß sie sich in bezug auf die Kapitalfragen Täuschungen und Selbsttäuschungen hingaben. Ökonomische Fachleute und Dilettanten waren in diesem Punkte ziemlich gleichwertig. Ohne einen ernsthaften Versuch, auch diesem Fragenkomplex mit den Methoden möglichst exakter Untersuchung näherzukommen, begnügte man sich damit, in einer der beliebten Varianten an die Opferfreudigkeit des jüdischen Volkes zu appellieren und auf diesen Appell das ganze Siedlungs- und Aufbauwerk zu konstruieren. Ruppin stellt die Sachlage an der entscheidenden Stelle in seinem Kolonisationsbuche, wo er über die Kapitalbeschaffung der jüdischen Siedlungsgesellschaft spricht, folgendermaßen dar: „Es müßte alles täuschen, wenn nicht eine gut geleitete Propaganda bei der Begeisterung, welcher die Palästinaarbeit jetzt in allen Kreisen der Judenheit, besonders auch in Amerika begegnet, die Zeichnung der gesamten 500 Millionen Franken oder gar eine Überzeichnung zur Folge haben sollte. Im Falle der Überzeichnung kann die Zahl der auszugebenden Anteile vermehrt werden.“ (Aufbau des Landes Israel, S. 173.) Außer diesem Kapital der jüdischen Kolonisationsgesellschaft aber sieht Ruppin für die Ansiedlung von 100 000 Familien die Aufbringung von eigenen Mitteln der Ansiedler in der Höhe von 1 Milliarde Franken vor. Auch wenn man, wie billig, diejenigen objektiven Veränderungen in der finanziellen Situation der Juden außer acht läßt, die sich seit der Berechnung der Ruppinschen Zahlen vollzogen haben, und die nur schwer oder gar nicht vorauszusehen und zu bestimmen waren, wird man doch über den Mangel an Vorsicht und an Begründung der Annahmen erstaunt sein, mit dem dieser sonst gewiß nicht überschäumende Praktiker hier zu Werke geht. Über eine Milliarde Franks auf hunderttausend Ansiedler macht auch unter der Voraussetzung stabiler Währungen nicht weniger als zehntausend Franken oder etwa dreitausendachthundert Rubel im Durchschnitt auf den Ansiedler! Eine Annahme, die bei genügender Berücksichtigung des Palästinawanderer-Materials und seines wirtschaftlichen Typus unbegreiflich hoch gegriffen erscheint. Darf es dann noch irgend jemand wundernehmen, wenn der allezeit optimistische Davis Trietsch gleich in die Milliarden geht, und sogar eigens zu diesem Zwecke — nach Beendigung des Weltkrieges — eine „besondere Geldflüssigkeit“ konstatiert. Er sagt

in seinem Referat vor dem Palästina-Delegiertentag der deutschen Zionisten 1919 über das Kapitalproblem: „Damals (in den ersten Kriegsjahren) schon sprach man von einer Nationalanleihe von einer halben Milliarde Franken. So wie die Dinge jetzt liegen, bei der großen politischen Wendung . . . . daneben auch bei der besonderen Geldflüssigkeit, die gegenwärtig überall zu finden ist, können wir die damaligen Ziffern wesentlich erhöhen und werden sicherlich eine Anleihe von Milliarden aufbringen.“ (S. Volk und Land, I. S. 693.) In den gleichen oder ähnlichen Gedankengängen bewegten sich fast alle Äußerungen zum Finanzproblem, übrigens beinahe unabhängig davon, ob sie vom linken oder vom rechten Flügel des Zionismus her klangen.

Die wenigen Versuche einer dem Gegenstand entsprechenden Behandlung, etwa die Aufsätze von Herrmann Glenn im „Juden“, in der „Arbeit“ und in der „Jüdischen Rundschau“ oder das Referat Hans Goslars vor dem Palästina-Delegiertentag blieben beinahe ohne Resonanz und praktische Bedeutung. Vielleicht zwang die Geldnot des Augenblicks schon damals, vor und während der Londoner Jahreskonferenz den Zionismus dazu, seine Finanzinstrumente nicht nach Erkenntnissen weiterblickender Wirtschaftspolitik zu wählen, sondern nach dem Grad der Leichtigkeit ihrer augenblicklichen Handhabung und nach der Richtung des geringsten Widerstandes hin. Jedenfalls übten sie auf die Beschlüsse, die später für die zionistische Finanzpolitik richtunggebend wurden, keinerlei Wirkung aus. So entsteht denn die Notwendigkeit, nicht nur die Probleme der Kapitalbeschaffung, -verwendung und -verwaltung des Palästinaaufbaus von neuem zu stellen und ihre Lösung zu versuchen, sondern auch die Strecken der zionistischen Kapitalpolitik zurückzugehen und noch einmal zu überprüfen.

Neigt man überdies der Meinung zu, daß eo ipso die ersten Jahre nach der Beendigung des großen Krieges, nach der britischen Besetzung Palästinas und ihrer ersten notdürftigen administrativen und gesetzgeberischen Installierung im Lande eine natürliche Karenzzeit für die jüdische Kolonisation darstellen mußten, — eine Zeit, die allenfalls besser hätte genutzt werden können —, so erscheint der gegenwärtige Augenblick besonders drängend, um an die Betrachtung aller dieser Fragen zu gehen. Zudem sollte auch die Gründung und Einsetzung der Jewish Agency einen deutlichen Abschnitt in unserer Kolonisationsgeschichte bilden, von dem ab eine neue Periode gerechnet wird.

In gewissem Sinne ist inzwischen sogar eine Aufschließungszeit des Landes vorübergegangen. Die Entwicklung des palästinensischen Eisenbahnnetzes im Kriege, der Ausbau des Straßensystems in den beiden Jahren der dritten Alijah stellen in dieser Hinsicht für ein so kleines Land wie Palästina schon große Schritte dar. Soll auf dieser Grundlage die jüdische Kolonisation in größerem Maßstabe und systematisch einsetzen, soll dem Liquidationsprozeß der Bewegung Einhalt geboten, ein großzügiger und kraftbewußter Zionismus reorganisiert werden, in einem Moment, wo er in Gefahr ist, alle Kraft und alle Großzügigkeit einzubüßen, so bedarf das Mittelproblem des Aufbaus eines Lösung. Voraussetzung dieser Lösung aber ist eine furchtlos fragende und vorurteilslos antwortende Betrachtung, die nicht nur die gegebenen finanzpolitischen Methoden des Zionismus kritisch untersucht, sondern darüber hinaus zu blicken und neue Wege und Methoden in den Kreis ihrer Untersuchung einzubeziehen vermag.

Daß diese Untersuchung sich nicht darauf beschränken kann, geringfügige Reformen des Bestehenden zu prüfen und vorzuschlagen, wird nur demjenigen wunderlich erscheinen, der nicht weiß, wie weit entfernt unsere existierenden Finanzinstrumente davon sind, den Aufgaben des Palästinawerks zu genügen.

Berlin, im Mai 1923.

Ch. A.

# Aus einer Denkschrift an das Hauptbüro der „Hitachdut".

. . Von zwei Richtungen aus werden wir heute dahin gedrängt, das Finanzproblem des Palästinaaufbaus in den Mittelpunkt einer eingehenden und rücksichtslos forschenden Untersuchung zu rücken.

Einerseits ist es die ernste Lage der zionistischen Bewegung und Organisation, die Besorgnis erregen muß, und immer wieder die Frage nach den Bestimmungsfaktoren der gegebenen Situation und den Bedingungen der zukünftigen Entwicklung aufwerfen läßt.

. . . Andererseits treibt die besondere Situation, in der sich die sogenannte zionistische „Linke" befindet, dazu, in unseren Reihen das Kapitalproblem des Palästinaaufbaues mit aller Eindringlichkeit zu stellen. Die „Linke", die als politische Einheit betrachtet, alle Gruppen und Parteien umfaßt, die die palästinensische Arbeiterbewegung als ihren Kern, die jüdische Arbeitskolonisation als das leitende Prinzip ihrer Siedlungspolitik betrachten, hat überhaupt keine eigene finanzielle Überzeugung oder Stellung. Nicht nur, daß sie kein System von Anschauungen und Vorschlägen auf dem Gebiet der Finanzen ausgearbeitet hat, für das sie eintritt oder das sie durchzusetzen unternimmt, sie hat auch kaum selbständige Gedanken zu den Anträgen und Forderungen der anderen, der „allgemeinen Zionisten". Eine Zeitlang konnte es zwar scheinen, als ob, besonders unter dem Einfluß der palästinensischen Genossen, der Gedanke der Nationalanleihe der kapitalpolitische Leitgedanke der gesamten Linken werden würde. Aber auch da kam man nie über Stimmungen und Losungen hinaus zu durchgearbeiteten und wohlfundierten Plänen oder auch nur zu begründeten Gedanken über Aufbringung, Tilgung und Verzinsung der Anleihe. Während man sonst — und ich brauche nicht hinzuzufügen, mit vollem Recht — der Weisheit der Kolonisatoren von der bürgerlich-zionistischen Mitte nur sehr mißtrauisch gegenüberstand, beugte man sich in puncto Finanzen bedenkenlos vor einer mutmaßlich höheren Einsicht. Im ärgsten Falle ging man so weit, den Vorschlägen der anderen

Seite Kautelen anzuhängen, die ihren philantropisch-plutokratischen Charakter mildern und ihre volkstümliche Durchführung verbürgen sollten.

Daraus hat sich ein Zustand ergeben, der auf die Dauer als unhaltbar empfunden werden muß. Es ist schon an und für sich wenig erfreulich, wenn ein politisch starker Flügel der Gesamtbewegung sich gestattet, an den die Gesamtheit bedrängenden und bedrückenden Problemen vorbeizusehen, seine Tätigkeit in diesem Bereich auf die Kritik an den Gedanken und Handlungen anderer zu beschränken und deshalb ohne Eigenverantwortung für die Gestaltung der Verhältnisse auf diesem Gebiet zu bleiben. Beinahe unmöglich aber ist das, wenn dieser Flügel zur gleichen Zeit mit dem Anspruch auftritt, in der Gesamtbewegung als führend und in wesentlichen Fragen entscheidend angesehen zu werden.

Nun ist dieser Anspruch im Falle der zionistischen Linken gewiß begründet genug. Wenn auch das Gerede einiger kleinbürgerlich-zionistischer Herren vom Schlage des Binjan-Haarez über „die Diktatur der Arbeiter in Palästina“ nichts als eitel verständnisloser Unsinn ist, so ist doch andererseits der starke Einfluß unserer palästinensischen Genosen auf den Gang und die Methoden der Kolonisations- und Einwanderungspraxis eine Tatsache, die zugleich ein Glück für den Zionismus bedeutet. Dieser Einfluß reicht im Lande weit über die Grenzen der Arbeiterschaft hinaus in alle Kreise des Jischuws, die gelernt haben, die kolonisatorische, landwirtschaftlich-handwerkliche Erfahrung des Arbeiters anzuerkennen und ihre Resultate dem ganzen Siedlungswerk nutzbar zu machen. In diesem Sinne ist tatsächlich der jüdische Arbeiter der praktische Pionier und Pfadfinder der Kolonisation im Lande geworden, die vor seinem Auftreten in Gefahr war, vor lauter Weinkellereien und Orangenexportgesellschaften in die Brüche zu gehen. Das hat wieder zur Folge gehabt, daß auch die politische Kraft aller derjenigen Gruppen im Galuthzionismus, die mit der Arbeiterbewegung im Lande in irgend einer Form koordiniert wirkten, ihrer besseren Erkenntnis der palästinensischen Arbeits- und Lebensprobleme entsprechend, kräftig emporwuchs. So übte denn in der Tat die zionistische Linke in ihrer Gesamtheit in allen Fragen der Kolonisation, der Alijah, der Ausbildung des Menschenmaterials für das Siedlungswerk eine stetig wachsende geistige und politische Wirkung auf den Gesamtzionismus aus. Einige Grundlagen ihrer Anschauung,

das Prinzip der jüdischen Arbeit, das Gemeineigentum am Boden, wurden Elemente der allgemeinen zionistischen Wirtschafts- und Kolonisationslehre. Um so stärker mußte der Mangel eines finanziellen Programms der zionistischen Sozialisten wirken, der oftmals auch in anderen Fragen die Kraft ihrer Argumente lähmte oder ihre Forderungen in den Hintergrund drängte.

Eine Erklärung für die Lücke zu finden ist leichter als sie auszufüllen. Eine Erklärung liegt nicht nur in der durchaus irrigen und haltlosen Anschauung, die bei uns allerdings die vorherrschende gewesen ist, und die meinte, es gehöre nicht in den Aufgabenbereich der zionistischen Linken, ein Programm für die Kapitalbeschaffung und Kapitalverwaltung des Palästinaaufbaus zu suchen, da diese Linke ja gerade von denjenigen Schichten des Volkes gestützt und getragen werde, die besitzlos, ihrer wirtschaftlichen Lage nach am wenigsten für die Aufbringung so großer Mittel in Betracht kämen, wie sie durch eine Großkolonisation erfordert würden. Der Zionismus ist keine Aktiengesellschaft, in der einige wenige Großaktionäre die Entscheidung und die Verantwortung für das „ganze Geschäft" tragen. Ist er aber eine national-soziale und national-politische Kolonisationsbewegung, so liegt denen, die die Sachwalter der besitzlosen Volksmassen sind, keine geringere Sorge um die Deckung des Kapitalbedarfes ob, als den anderen Gruppen. Eher sind sie genötigt, ihm erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit nicht die Methoden der Kolonisation von den Interessen der Besitzenden allein beherrscht werden, die oftmals eine Volkskolonisation mittelloser arbeitender Einwanderer nicht fördern.

Wenn die zionistische Linke diese Aufgaben bisher weit mehr vernachlässigt hat, als sie zu rechtfertigen vermag, stand sie, übrigens wahrscheinlich unbewußt, unter dem Einfluß einer Tradition des europäischen Sozialismus. Auch der europäische Sozialismus und die moderne Arbeiterbewegung weisen im Gegensatz zu den übrigen Teilen ihres Programms im Finanzpolitischen offenkundige Schwächen auf, und wir haben diese Schwächen mit mancher wertvolleren Erbschaft übernommen. Der auffallendste Mangel ist dabei das Fehlen aller leitenden Grundsätze und entscheidenden Überzeugungen in bezug auf die Einnahmeseite des Etats. Was die Ausgabenseite anbetrifft, so haben die Sozialisten aller Länder die Vorschläge ihrer Regierungen von jeher genau geprüft und sie einer strengen und gefürchteten Kritik unterworfen. Diese Kritik war fruchtbar, insofern es ihr gelang,

die unproduktiven Ausgaben wie die Heeres- und Marinekosten oder Budgetposten, die nur dem Eigennutz einer mächtigen Klique nutzbar gemacht werden sollten, Liebesgaben, Exportprämien und dergleichen, auf ein Minimum herunterzudrücken. Es war nur eine Frage sozialer Macht, wie weit es gelang, die strenge Kritik in die Wirklichkeit umzusetzen. Dagegen hat es stets an positiven Ideen für das System der Staats*einnahmen* in der internationalen sozialistischen Politik fast völlig gefehlt. Und wenn man hinzufügt, daß der Grundsatz der Ablehnung der indirekten Besteuerung im Interesse der Erhaltung der Kaufkraft der proletarischen Massen eine bloß negative Stellungnahme bedeutet, so ergibt sich ein nur wenig befriedigendes Endresultat.

Bis in die allerjüngste Zeit hat es damit sein Bewenden gehabt. Das bezeugen die Äußerungen zweier der bedeutendsten Vertreter der britischen Arbeiterpartei, die beide nicht bloße Gewerkschaftler, sondern Sozialisten der unabhängigen Partei und Mitglieder der Fabian Society sind. Wo er über die Aufgaben des künftigen Arbeiterschatzkanzlers spricht, sagt Ramsay MacDonald in seinem letzten Buch: „As regards the budget, the Chancellors work is to decide the principles upon which taxation should be imposed and select the points where it is to be borne.“*) Und Sidney Webb kann diese principles nicht anders als folgendermaßen zusammenfassen: „Die Finanzpolitik der Arbeiterpartei ist auf einem unerschütterlichen Bekenntnis zum Prinzip der Ehrlichkeit in finanziellen Beziehungen und auf der rücksichtslosen Anwendung der wirtschaftlichen Lehre, daß die Besteuerung der Zahlungsfähigkeit entsprechen muß, basiert.“**) Und er nennt als seine wesentlichsten Vorschläge, die vier „Hauptplanken der Plattform“, die Beschränkung der indirekten Besteuerung auf Waren, die nicht zum Existenzminimum eines zivilisierten Lebens gehören, die Kriegsschulden-Tilgungsabgabe, die Ausdehnung des Systems der Beihilfen des Schatzkanzlers an die Lokalbehörden und die Verhinderung der Arbeitslosigkeit durch Staatsgelder. Man beachte, daß auch von diesen vier drei einschränkende oder Ausgaben bewirkende Maßnahmen darstellen. Der einzige Gedanke, der in der letzten Zeit eine Rolle spielt, und der weiter ausgebaut, eine besondere Bedeutung bekommen kann, ist der Gedanke, der unter der Formel einer „Erfassung der Sachwerte“ für eine

---

*) Ramsay Mac-Donald, A Policy for the Labour Party. S. 146.

**) Sidney Webb, Manchester Guardian Commercial, Reconstruction Number vom 27. Juli 1922. S. 294.

weitgehende Beteiligung des Staates am Volksvermögen eintritt. Aber dieser Gedanke steckt noch in den Anfängen und ist wohl auch auf die „besiegten Länder“, die ein Disagio ihrer Währung gegenüber dem Sachkapital zeigen, beschränkt.

Es ist, wie gesagt, sehr wahrscheinlich, daß die zionistische Linke in ihrer finanzpolitischen Haltung von dieser sozialistischen Tradition beeinflußt gewesen ist, obwohl gerade diese Traditionen keineswegs zu den rühmlichen gehören, und obwohl es auch klar sein mußte, daß die zionistische Kapitalpolitik im Prozeß des Palästinaaufbaus eine prinzipiell andere Funktion erfüllt, als die Finanzpolitik der Staaten im Prozeß der europäischen und europäisierten Volkswirtschaften. Auch wir haben uns im wesentlichen darauf beschränkt, die Ausgabenseite des Kongreßbudgets streng zu prüfen und unserer Kritik zu unterziehen. Diese Kritik war fruchtbar, insofern es ihr gelang, die Verwendung der Gelder auf die vom Standpunkt der nationalen Arbeitskolonisation am lebenswichtigsten scheinenden Ausgabenzweige zu konzentrieren. Die Abteilung für landwirtschaftliche Kolonisation, das Immigrationsdepartement, das Arbeitsdepartement der zionistischen Exekutive waren immer unserer Unterstützung gewiß. Dagegen war es auch bei uns mit positiven Gedanken und Plänen in bezug auf die Einnahmeseite des Etats nur schwach bestellt. In dieser Hinsicht blieben wir im ganzen großen von den Vorschlägen und Plänen der anderen abhängig, beteten getreulich nach, was die anerkannten Finanzpraktiker uns vortrugen, und nahmen unter ihrem Kommando an den beschlossenen Aktionen teil. Auf diese Weise blieb nicht nur das Loch im finanzpolitischen Programm des zionistischen Sozialismus ungestopft, sondern es geriet auch der Zionismus immer tiefer in die finanzielle Krisis hinein, aus der er mit Hilfe der überlieferten Methoden keinen Ausweg weiß.

Daher erheischt auch die besondere Situation der linken Gruppen im Zionismus eine erneute Aufrollung des Kapitalproblems und den Versuch einer Behandlung vom Standpunkt ihrer kolonisatorischen, sozialen und ökonomischen Erkenntnisse aus.

Man muß sich übrigens bei diesem Beginnen eine Gefahr klar vor Augen halten. Allzuleicht ist es geschehen, daß man über alledem, besonders über dem Bestreben, dem schwer ringenden und leidenden Volke Hilfe zu schaffen, ihm ein Licht der Hoffnung in diesem Dunkel erscheinen zu lassen, in ein abstraktes Projektemachen verfällt. Es gibt eine Art der konstruierten Rettungspläne, die nutzlos ist, weil sie nichts mehr mit der Wirklichkeit und ihren

begrenzten Möglichkeiten gemeinsam hat, weil sie im luftleeren Raume konstruiert ist. Gegen dieses Übel ist nur ein Kraut gewachsen: Man hält sich stets im Bewußtsein die drohende Gefahr gegenwärtig, schließt sich so eng wie möglich an die Tatsachen an, läßt sich so weit wie möglich von ihnen allein leiten und zu Schlußfolgerungen zwingen. Daß das beileibe nicht den Verzicht auf das Recht zu neuen Gedanken, Wegen und Methoden, zu weitausgreifenden Plänen und kühn scheinenden Vorschlägen bedeutet, soll ausdrücklich betont werden, weil es erfahrungsgemäß überall einen zähen Doktrinarismus der Praktiker gibt, der nicht weniger doktrinär und nicht weniger gefährlich ist, weil die Doktrinen, an die er sich klammert, überlebt sind, und ihre Unzulänglichkeit im Leben bewiesen haben.

Und darum ist auch die Gefahr des trägen Beharrens viel größer als die der Projektemacherei. Diese kann Potemkinsche Dörfer bauen, jene aber kann, indem sie uns die Kraft zur Ermannung und Entscheidung nimmt, die Bewegung zu einem Wrack machen, das ohne Steuer, Segel und Maste sich vom Sturm der Geschehnisse treiben läßt. Es gibt in einer Situation, wie die ist, in der sich der Zionismus heute befindet, kein größeres Verbrechen an unserer großen Aufgabe als das, sich einem kraftlosen laissez faire, laissez aller zu fügen. Das Ergebnis einer derartigen, auf „liberalen" Maximen aufgebauten Politik kann nur ein Liquidationszionismus sein, der nicht mehr als den Namen mit jenem Zionismus gemein hat, der der unsere ist und der auch heute nicht den Weg der Liquidation, sondern den der schonungslosen Selbstkritik und der der wahren Bedeutung unserer Sache würdigen Entscheidung geht. Gilt doch vom Leben der Völker noch mehr als vom Leben des Einzelnen, daß der Willensstarke sich offenen Sinnes vom Schicksal lenken läßt, der Willenlose aber ohne Halt hinter ihm hergeschleift wird.

I.

# Die Lage des Zionismus und die Jewish Agency.

Am 24. Juli 1922 ist vom Rate des Völkerbundes das britische Mandat für Palästina bestätigt worden, in dessen vierten Artikel es bekanntermaßen heißt:

> „Eine angemessene jüdische Vertretung („Jewish Agency") soll als eine öffentliche Körperschaft anerkannt werden, zu dem Zweck, die Verwaltung Palästinas in solchen wirtschaftlichen, sozialen und anderen Angelegenheiten zu beraten und mit ihr zusammenzuwirken, die die Einrichtung der jüdisch-nationalen Heimstätte und die Interessen der jüdischen Bevölkerung in Palästina betreffen und, immer vorbehaltlich der Kontrolle durch die Verwaltung des Landes, zu helfen und teilzunehmen.
>
> Die Zionistische Organisation soll, solange ihre Verfassung und Organisation nach der Meinung des Mandatars angemessen sind, als diese Vertretung anerkannt werden."

In Übereinstimmung mit diesem Punkt des Mandats hat die zionistische Jahreskonferenz, die bald darauf in Karlsbad zusammengetreten ist, in bezug auf die Frage der Jewish Agency folgenden Beschluß angenommen:

> „Die Jahreskonferenz erklärt, daß die Zionistische Organisation die Rechte und Pflichten der „Jewish Agency" übernimmt. Als Organ der „Jewish Agency" fungiert die Zionistische Exekutive."

Diese Titel und Resolutionen sind von der zionistischen Presse mit Jubel aufgenommen und mit Emphase weitergegeben worden — und dennoch. Wollte man den ohnehin schon berühmten Abbé Sièyes noch ein weiteres Mal in leichter Variierung zitieren, so könnte man dennoch zunächst die Frage aufwerfen: Was ist die Jewish Agency? und man müßte mit ihm antworten: Nichts. Und man könnte weiter mit ihm fragen: Was sollte die Jewish Agency sein? Seine Antwort müßte man etwas abschwächen und sagen: Sehr viel.

Was ist die Jewish Agency? In der Erörterung, die im Anschluß an die Veröffentlichung des Mandats und die Prokla-

mierung der Jahreskonferenz über diese Frage in allen jüdischen Zeitungen der Welt und innerhalb der politischen Körperschaften des Zionismus einsetzte, wurden beinahe ausschließlich zwei Einzelprobleme in den Vordergrund gerückt: das Problem des rechtlichen Wesens und das Problem der optimalen Zusammensetzung der Jewish Agency. Der Charakter, den durch diese Fragestellung die ganze Erörterung angenommen hat, ist nicht unwesentlich daran schuld, daß bis heute weder eine zufriedenstellende Klärung der Frage, noch gar eine zielbewußte Tätigkeit der Jewish Agency selbst möglich geworden ist. Diese Einzelprobleme sind ihrer Natur nach sekundäre, abgeleitete Probleme. Löst man sie aus ihrem *funktionellen Zusammenhang* heraus, behandelt man sie als Probleme an sich, so ist diese Betrachtungsweise von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Von ihr kann nicht die starke, befreiende Wirkung auf die Bewegung ausgehen, die in einem Augenblick erwartet werden durfte, der dem staatlosen, zersprengten jüdischen Volk ein international anerkanntes einheitliches Vertretungsorgan zurückgab.

Stellt man die Frage nach dem rechtlichen Wesen der Jewish Agency, diese Frage an sich, so dürfte es schwer sein, darauf eine klare und ausreichende Antwort zu erhalten. Beriefe man heute selbst eine Zusammenkunft der berühmtesten und bedeutendsten Gelehrten des Völkerrechts und der Staatswissenschaften ein, so könnten sie wohl kein sachlich fundiertes Urteil über den staats- und völkerrechtlichen Umfang und Inhalt dieses Begriffes der Jewish Agency abgeben. Es geht uns mit diesem Begriffe nicht anders als mit dem der „nationalen Heimstätte" und anderer ähnlicher Formeln. Mit ihnen allen wie mit dem ganzen Mandatssystem bewegen wir uns auf einer terra incognita, auf noch unerforschten Gebieten der Weltpolitik. Zu unserem Glück oder unserem Unglück sind *alle* diese Begriffe noch in einem Stadium höchster Elastizität, befinden sich gleichsam noch in flüssigem Aggregatzustand vor ihrem Erstarren in festumgrenzte und allgemein gültige Inhalte. Zu unserem Glück, wenn wir stark genug sind, von uns aus diesen endgültigen Inhalt entscheidend zu beeinflussen, und ihn unserem Willen gemäß zu gestalten. Zu unserem Unglück — wenn wir so schwach sind, daß andere uns fremde oder feindliche Mächte diesen noch Kommentare ertragenden Formeln und Namen *ihren* Kommentar und *ihren* Willen anzuhängen vermögen. Jedenfalls ist selten so klar, daß erst reale, soziale und ökonomische Kräfteverhältnisse den Inhalt des Rechtes

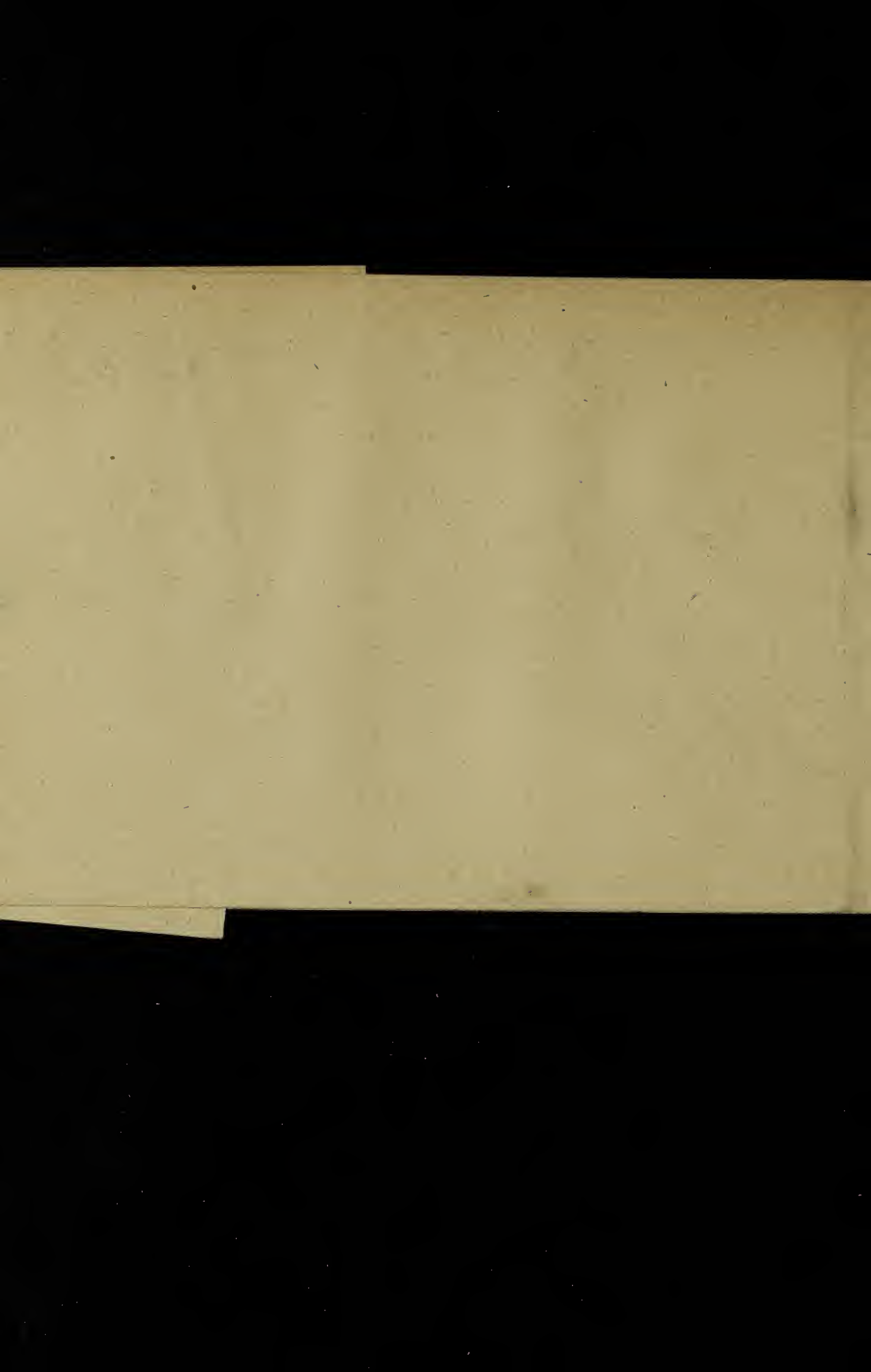
schaffen wie hier. Sowohl die „nationale Heimstätte" als auch ihr Instrument, die Jewish Agency, werden in der Welt der Wirklichkeit genau das sein, was wir aus ihnen werden zu machen vermögen. Sie werden auf ein Haar genau so viel oder so wenig bedeuten als wir imstande sein werden, sie mit lebendigen Kräften zu erfüllen. Das heißt in erster Linie so viel oder so wenig, als es uns gelingt, in die juristischen Formeln ökonomische und soziale Energien zu gießen. Ohne sie sind sie kaum mehr als leere, aufgeblasene Schläuche — eine Feststellung, die keineswegs ausschließt, daß man froh sein kann, die Schläuche zu besitzen, in die man bei Gelegenheit irgend etwas gießen kann. Deshalb wird eine abstrakt rechtliche Behandlung der „Jewish Agency"-Frage wohl zu keinen anderen als abstrakt rechtlichen Antworten kommen, das heißt aber zu Antworten, die politisch und für die reale Entwicklung der Dinge von sekundärer Bedeutung sind. Sie wird also beispielsweise feststellen können, daß die Jewish Agency eine Körperschaft des internationalen öffentlichen Rechtes (keine aus der Shäre der privaten, bürgerlichen) ist. Sie wird die Einschränkung machen müssen, daß es sich dabei um eine Körperschaft öffentlichen, aber nicht souveränen Rechtes handelt, — hierin unterscheidet sich die Jewish Agency zum Beispiel von den großen Chartered Companies der Kolonialgeschichte, vom Typus der North-Borneo-Company, der deutschen Ostafrikagesellschaft oder der klassischen großen Ostindischen. Sie wird hinzufügen können, daß demnach die Jewish Agency ihren Platz im palästinensischen inneren Staatsrecht finden muß und ähnliches mehr. Inwieweit auch alle diese Feststellungen für die eigentliche primäre Funktion der Jewish Agency von Bedeutung sind, wird uns an einer späteren Stelle noch klar werden.

Und auch was den inneren Aufbau, die organisatorische Zusammensetzung der Jewish Agency anbetrifft, so ergibt eine ernstere Überlegung unzweideutig, daß sie nur aus äußerlichen Gründen, aus peinlichen Verlegenheiten des Augenblicks heraus in den Vordergrund der öffentlichen Auseinandersetzung geraten ist. Welche Kriterien sollen die Zusammensetzung der „Jewish Agency entscheiden? Zweifellos weder die Aussichten auf Behebung der momentan drängenden Budget- oder Kassennöte noch allzu durchsichtig taktische Hintergedanken. Aber ebenso unzweifelhaft ist, daß diese Frage eben mit organisatorischen Kombinationen allein überhaupt nicht gelöst werden kann. Es wäre falsch, sich darüber täuschen zu wollen, daß diese Erkenntnis in

dem Maße allgemeiner und eindringlicher wird, als die Unzufriedenheit mit der Art und den Erfolgen der in dieser Richtung unternommenen Versuche im Wachsen begriffen ist. Die Erkenntnis der Fruchtlosigkeit derartiger schematischer Personen- oder Organisationsvorschläge ist es auch, die, wie uns scheint, den Hauptgrund bildet für die mannigfachen Zweifel und Bedenken, auf die der Gedanke des Palästina-Weltkongresses in weiten Kreisen der zionistischen Bewegung gestoßen ist. Sind die Aufgaben, die der Palästinaaufbau stellt, so fragt man, zu erfüllen, indem man einen neuen Kongreß einberuft? Sind die Schwierigkeiten unseres Werkes zu überwinden, indem man an die Stelle der bestehenden Organisationsformen neue, weitere oder schmälere Konstruktionen setzt? Ist es gar denkbar, daß das Schicksal der Bewegung davon abhängig gemacht wird, daß die Mitwirkung der oder jener einflußreichen Personen, oder jener mächtig scheinenden Gruppe gesichert werden kann? Läßt sich all das von der organisatorisch-technischen Seite her lösen? Ist es das, woran es eigentlich fehlt?

Und das Gleiche wird über die Jewish Agency in der Bewegung gedacht oder wenigstens instinktiv empfunden. Hätten wir klare und bestimmte Gedanken über das tatsächliche — nicht das formale — Wesen der Jewish Agency, so denkt man, besäßen wir einen auch nur in den großen Umrissen sicheren Plan für ihre Arbeit und für die Beschaffung der Mittel für diese Arbeit, könnten wir mit einer großzügigen und dabei doch praktisch brauchbaren Anschauung über die eigentliche Funktion der Jewish Agency auftreten, so wäre vieles anders. Dann würden sich die abgeleiteten, sekundären Fragen wie automatisch lösen. Die Frage des rechtlichen Wesens der Jewish Agency nach der faktischen Kraft ihrer Wirkung, die Frage ihrer Zusammensetzung nach der tatsächlichen Eignung der Einzelnen und der Gruppen im Hinblick auf die Erfüllung ihrer primären Funktionen.

Da liegt in der Tat die Hauptfrage. Was ist die Jewish Agency? Was soll sie sein? Welche Funktionen soll sie im Prozeß des Palästinaaufbaus tragen? Die „Jewish Agency“ ist der Gestor des Aufbauwerks. Oder besser, das sollte sie sein. Sie ist also kein diplomatisches Kabinett, in dessen geheimnisvollem Halbdunkel feine strategische Listen auszuhecken sind. Sie ist nicht — oder wenigstens nicht nur und nicht in erster Linie — ein politisches Repräsentativorgan, das seine Tätigkeit auf die „Vertretung nach außen“, auf die Wahr-



nehmung „begründeter Interessen" und die „Sicherung wohlerworbener Rechte" beschränken kann. Sie ist gewiß kein dekoratives Schmuckstück unserer Verfassung, wie die Monarchie in England oder die Sozialisierungsbehörden in Deutschland. Die Jewish Agency den Gestor des Palästinaaufbaus nennen, heißt vielmehr nichts anderes, als sie als die wirkliche und tatsächliche Leitung des ganzen Werkes auffassen, in deren Händen alle die vielen oft mannigfach ineinander verschlungenen Fäden der Organisation, der Verwaltung, der wirtschaftlichen und politischen Initiative, der Kontrolle zusammenlaufen. Dieses Werk ist nur im Rahmen einer Wanderungsbewegung der Juden denkbar. Die Jewish Agency muß die Organe ihrer Lenkung und ihrer Kontrolle schaffen. Dieses Werk erfordert gewaltige Mittel. Die Jewish Agency muß sie mobilisieren und die Instrumente zu finden wissen und zu gebrauchen verstehen, die ihrer Finanzpolitik angemessen sind. Das Werk umfaßt eine langdauernde, unter schwierigen Bedingungen vor sich gehende Siedlungsarbeit. Die Jewish Agency muß die Kolonisationsmethoden entscheiden, die Kolonisationstätigkeit leiten und beaufsichtigen. Soll all das, die Immigration, die Kolonisierung, die Mittelbeschaffung nicht dem Spiel des blinden Zufalls überlassen bleiben, sondern geregelt vor sich gehen und systematisch ausgebaut werden, so ist vor allem ein umfassender und fundierter Wirtschafts- und Arbeitsplan vonnöten. Die Jewish Agency ist die Schöpferin, die Trägerin und die Vollstreckerin dieses Planes. Soll endlich das Ganze gelingen, ein Land erschlossen und kolonisiert, ein Volk verpflanzt und angesiedelt werden, so brauchen wir eine zielsichere und entschlossene Wirtschafts- und Siedlungspolitik, mehr noch als einen Haufen nebeneinander oder sogar gegeneinander laufender wirtschafts- und siedlungspolitischer Maßnahmen, ein wirtschaftspolitisches System in einer festen Hand. Die Jewish Agency soll diese Hand sein.

In diesem Sinne ist die „Jewish Agency" nahe verwandt mit dem, was Herzl unter der „Society of Jews" verstanden hat. Die beiden sind wohl nicht identisch, aber man kann sagen, daß die Jewish Agency die von der realen Entwicklung abgewandelte, konkret historisch gewordene Verkörperung dessen ist, was bei Herzl noch Idee, schematische Konstruktion, abstrakte Form war.

Die erste Voraussetzung dafür, daß die Jewish Agency ihre Gestor-Funktion getreulich und würdig erfüllt, ist: daß wir ihre Aufgabe in ihrer vollen Größe erkennen, ohne sie von vornherein,

vielleicht unter dem Druck schwer lastender Nöte der gegenwärtigen Minute, vielleicht aus Schwäche und Kleingläubigkeit, bis zur Unkenntlichkeit einzuengen und zu verstümmeln.

Die zweite Voraussetzung dafür ist: daß die Jewish Agency von Anfang an ihre Tätigkeit auf ihre primäre Funktion einstellt, sich also weder auf das Gebiet hoher Diplomatie abdrängen läßt, noch formal-politischen Erfolgen nachjagt, sondern ihre Kraft auf die sozial und ökonomisch konstruktive Arbeit konzentriert.

Die dritte die: daß die zionistische Bewegung nicht in der entscheidenden Stunde versagt, indem sie die Größe des Werkes nach ihrer Schwäche und nicht ihre Kraft nach der Größe des Werkes bemißt.

Aber gerade in der Stunde der Begründung der Jewish Agency steht die zionistische Bewegung im Zeichen einer sehr schweren und gefährlichen Krisis.

Dieses Geschick ist nicht auf unsere eigenste individuelle Lebenssphäre beschränkt. Die zionistische Krisis ist nur ein Ausschnitt aus einer allgemeinen umfassenden Krisis unseres ganzen Kulturkreises, der sogenannten modernen Welt. Ihre allgemeinen Elemente zu analisieren bedeutete also nichts anderes als die tausend Elemente der Weltkrisis zu erfassen und darzustellen, die jeder Mitlebende im kleinsten wie im größten Ereignis dieser Zeit empfindet und erkennt. Sie sind jedem Bewußtsein gegenwärtig, auch ohne daß sie aufgezählt werden.

Und eines ist uns besonders deutlich geworden: Der Zionismus als ein gewaltiges, konstruktives Werk war für die Verwirklichung seiner Ideale wie kaum eine andere gesellschaftliche Bewegung auf eine ruhige und klare Atmosphäre, auf stabile Lebensbeziehungen und eine Welt sicherer Werte angewiesen. Seine Aufgabe ist um ein Vielfaches komplizierter und schwerer geworden, seit sie in einer Weltsituation erfüllt werden soll, die die schwerste Erschütterung auf allen Gebieten bedeutet, die unser Kulturkreis seit Jahrzehnten, vielleicht seit Jahrhunderten, seit der Epoche des ausgehenden Mittelalters erlebt hat.

Alles ist erschüttert, zertrümmert, ins Wanken geraten, fragbar geworden. Die zerstörenden, anarchisch wirkenden Kräfte, durch den imperialistischen Krieg in „planetarem" Maßstab entfesselt, sind nicht stark genug gewesen, das Vernichtungswerk bis zu Ende zu führen. Die erneuernden, aufbauenden Kräfte sind bis zum heutigen Tage zu schwach, sich machtvoll bis zur Entscheidung durchzusetzen. Dieses Stadium der Transformation ist

deshalb besonders langwierig, die Erschütterung besonders schwer und chaotisch. Die Wirtschaften der Völker sind zerrüttet und verarmt, die ökonomischen Beziehungen zwischen den Nationen entweder elementar zerstört oder willkürlich unterbrochen. Die früh-imperialistische Periode des Kapitalismus, die der Weltkrieg abschloß, zeigte — im Vergleich zu dem, was sich heute anzeigt, — eine relativ stabile ökonomische Situation, sein neues Stadium, in das wir jetzt eingetreten sind, kennt nur Explosion auf Explosion und qualvolle Zuckungen der Völker. Der Prozeß des Klassenkampfs in den kapitalistischen Gesellschaften, durch die weltwirtschaftliche Krisis außerordentlich verschärft und bis auf die Spitze getrieben, bewirkt ein revolutionäres Zerreißen der sozialen Beziehungsketten und einen rapiden Fortschritt der sozialen Dekomposition. Die von Krieg und Arbeitslosigkeit getroffenen Volksmassen tragen Pauperismus und Verelendung wie offene Wunden am Körper. Ist es ein Wunder, daß im Bewußtsein der Völker Skepsis und Aberglaube, allgemeine Müdigkeit und Apathie vorherrschen? Nach der krampfhaften Anspannung der Kräfte im Kriege, nach dem Rausch überspannter Hoffnungen, der die Zeit des Kriegsendes und der Revolution erfüllte, ist die Welt in geistige und seelische Ermattung und verzweifelte Ernüchterung zurückgesunken. Von keiner aktiven Kraft gehemmt, herrscht auf den Trümmern der leicht entfesselte, aber schwer zu zügelnde Machthunger der herrschenden Staaten, Klassen, Parteien, Diktatoren.

Bedarf es noch gelehrter soziologischer Erklärungen dafür, daß das jüdische Volksleben dieser Periode noch deutlicher die Merkmale der allgemeinen Krisis trägt als die anderen Völker? Es liegt auf der Hand, um wieviel schwerer alle historischen Schicksalsschläge von einem Volksorganismus ertragen werden konnten, der im Laufe von Jahrhunderten so zerrüttet und zermürbt worden ist, daß er nur mit Mühe die Kraft zum Widerstand der Selbsterhaltung finden kann. Ohnehin hat dieser Organismus schon lange Zeit offensichtliche Spuren fortschreitender sozialer Dissoziation gezeigt. Nur durch eine gewaltige kollektive Anstrengung und mit Einsatz aller verfügbaren nationalen Energien konnte man hoffen, eine heilende Wirkung auszuüben, dem kulturellen, politischen, sozialökonomischen, sozialbiologischen Zersetzungsprozeß eine Tendenz zur Konsolidierung entgegenzusetzen. Auf diesen Kampf um die Eindämmung der zentrifugal wirkenden Kräfte im jüdischen Sozialleben konnte der

Krieg und die ihm folgende Entwicklung nur eine ganz negative Wirkung ausüben. Ist doch durch sie die objektive Lage des jüdischen Volkes — und gerade in seinen Massensiedlungskomplexen — in geradezu erschreckendem Maße schwerer und aussichtsärmer geworden. Auch hier sind die nackten Tatsachen allgemein bekannt, nur daß sie noch einmal summiert werden müssen, um die Voraussetzungen klarzulegen, von denen wir auszugehen haben. Die jüdischen Volksmassen in Osteuropa sind entweder wirtschaftlich ruiniert oder schwer gefährdet, in den finanziellen Zusammenbruch der Wohnländer katasprophal miteinbezogen, in ihrer kulturellen Widerstandskraft niedergebrochen, von ungeheuerlichen Pogrom-, Kriegs- und Revolutionsjahren heimgesucht, politisch an sechs oder mehr neue selbständige Staaten aufgeteilt. Die Immigrationsländer absichtlich gesperrt. Die judenfeindliche Bewegung in allen Ländern in einer neuen Flut aufsteigend. In dieser objektiven Situation liegen die Wurzeln vieler Erscheinungen, die in den letzten Jahren beobachtet und angemerkt wurden: der fortschreitenden inneren politischen Zersplitterung und Atomisierung der jüdischen Volksmassen, des Überwucherns leerer ideologischer Kämpfe und Zänkereien, der Tendenz, fiktiven politischen Erfolgen nachzujagen, des erneuten und erfolgreichen Anschwellens der faktischen Assimilierung. Und lassen wir uns nicht etwa durch den Hinweis auf den relativen Wohlstand trösten, in dem große Teile des Volkes, auch in Osteuropa, noch heute leben. Dieser scheinbare Wohlstand entbehrt jeder tragfähigen Grundlage. Er macht sich nur dort bemerkbar, wo soziale und ökonomische Fieberherde am Organismus der Völker zehren, in deren Mitte wir wohnen. Dort wo eine krankhafte Konjunktur das Wirtschaftsleben beherrscht, wo die „schwarze Börse“, der Kettenhandel, die „neue ökonomische Politik“ triumphieren, die volkswirtschaftlich sinnlose Valutenspekulation, die panische Effektenhausse das Feld behaupten, nur dort häuft sich — auch in den Händen der Juden — ein vorübergehend zusammengeraffter, äußerer Reichtum. Aber in dem Maße, als es allen diesen Völkern gelingt, ihre Wirtschaft und ihre Gesellschaftsordnung in irgend einer Form zu normalisieren, und in absehbarer Zeit muß das gelingen — in dem Maße wird diesem Wohlstand der Boden entzogen, indem die Möglichkeiten zu seiner Reproduktion verschlossen werden. Dann ist eine organische Überleitung der jüdischen Volksmassen in diese neuen — gleichgültig ob sozia-

listisch oder kapitalistisch-stabilisierten — Lebensbedingungen, selbst unter der Voraussetzung, daß Rußland bis zum fernen Osten als Einwanderungsland offenstände, nur schwer vorstellbar. Das jüdische Volksleben muß damit in eine neue akute Krisis geraten, deren Lösung nicht vorauszusehen ist.

Dieser Art sind die Bedingungen, unter denen der Zionismus vor die Verwirklichung seiner Ziele gestellt wurde. Sie bilden summa summarum die Elemente der zionistischen Krisis.

Der Zionismus lebt und wirkt nicht im luftleeren Raum, abgerissen und in seinem Wirken unabhängig von der Umwelt. Mit jedem Atemzug nimmt er ihre Atmosphäre in sich auf, aus ihren Stoffen und Kräften wird auch seine Nahrung geschaffen. Um mit einem Wort die besondere Entwicklung zu charakterisieren, die unsere Bewegung unter diesen Bedingungen genommen hat; Der Zionismus bewegt sich in diesen Jahren auf der Linie fortschreitender, und zwar mit zunehmender Geschwindigkeit fortschreitender Liquidation. Alle Felder zionistischer Arbeit sind gleich deutlich von diesem Liquidationsprozeß ergriffen worden, die Siedlungsarbeit wie die Politik, die Propaganda wie die Finanzwirtschaft, die Galuthbewegung wie Palästina. Das Seltsame und Befremdliche ist, daß die offizielle zionistische Presse sich und der Öffentlichkeit nicht rücksichtslos darüber Rechenschaft gibt. Wohl seufzt sie über die schweren Zeiten, aber darüber hinaus scheut sie sich, den Dingen auf den Grund zu gehen, und viele der Zionisten mögen so noch gar nicht wissen, wie weit entfernt wir heute von dem Zionismus der Balfour-Deklaration und der Friedenskonferenz stehen. Die zionistische Presse rechnet sich das gar als verantwortungsvolle Stellung an, als ob es verantwortungsvoller wäre, widrige Dinge, die sind, zu bemänteln, anstatt sie aufzudecken, um sie aus dem Wege zu schaffen. Ist sie sich nicht klar darüber, wie weit vorgeschritten der Verfall der Kräfte in unserer Bewegung bereits ist? Ist es noch immer nicht handgreiflich genug, wo man ihn in tabellarischen Übersichten und graphischen Kurven darstellen könnte, wenn man von dem Wert krasser Darstellung überzeugt wäre? Zweifelt sie daran, daß der Liquidationsprozeß im Zionismus schon einen Reifegrad erreicht hat, der eine Entscheidung herausfordert? Kann aber diese entscheidend notwendige Revision unserer Arbeit, ihrer Methoden, Mittel und Ziele anders erreicht werden, als auf Grund vorurteilsloser Erkenntnis der gegebenen Situation?

Es gibt — auch unter den zionistischen Führern — Menschen, die ihrem Temperament nach, politische Schläge am schwersten empfinden müssen, und die deshalb den permanenten strategischen Rückzug der zionistischen Politik am schwersten ertragen können. In der Tat ist der Niedergang unserer politischen Stellung seit 1918 schwer und schmerzlich genug. Einige Gegenüberstellungen sollen hier eine genaue Messungsmethode roh ersetzen. Nicht mehr als wenige Symptome sollen angedeutet werden, die die Verschiebungen der Macht, der Geltung und des Selbstbewußtseins unserer Bewegung anzeigen können, welche sich inzwischen vollzogen haben. Lassen wir dabei alle jene phantastischen Gerüchte aus dem Spiel, die eine Zeit lang die Sensationen der zionistischen Presse darstellten und die dem Publikum mit jüdischen Ministerlisten und Regierungskombinationen aufwarteten. Aber vergleichen wir beispielsweise die äußere Geltung und die autonome Kraft des jüdischen Jischuw in Palästina in den Zeiten des Waad Smani, der sich gewissermaßen als provisorischer Vollzugsausschuß einer konstituierenden Nationalversammlung fühlte und aus diesem Selbstgefühl heraus handelte — mit dem, was jetzt der Waad Leumi, die Assefath Haniwcharim bedeuten und im Leben des Landes und des Jischuws wiegen. Stellen wir ein zweites Tatsachenpaar gegeneinander: Im Frühjahr 1919 sandte das palästinensische Judentum eine Delegation nach Europa, die die Forderungen des Jischuws in London und vor der zionistischen Konferenz vertreten sollte. Unter diesen Forderungen befand sich der Antrag — der sicher nicht ohne weiteres gestellt wurde, und auf gewisse Inspirationen zurückgeht —, die Palästina-Angelegenheiten bei der englischen Zentralregierung durch einen besonderen zionistischen Unterstaatssekretär verwalten zu lassen.*) Und heute ist es uns nicht nur nicht möglich, die palästinensische Administration von antijüdischen und antizionistischen Beamten zu säubern, sondern auch nur in dem besonderen Fall des Gouverneurs von Jerusalem, der Hauptstadt des Landes und einer Stadt mit jüdischer Einwohnermehrheit, durchzusetzen, daß den Forderungen des *ganzen* jüdischen Jischuw, gestützt von der zionistischen Exekutive im Lande und fünfunddreißig jüdischen Organisationen Genüge getan wird. Es hat Zeiten gegeben, wo ernste Männer, die sich dazu für hervorragende Realpolitiker hielten, die Möglichkeiten einer Enteignung des arabischen Großgrundbesitzes

*) s. Jüdische Rundschau, 1919. Nr. 31.

zugunsten des national home diskutiert haben — im Jahre des Heils 1922 werden auch die Djiftlik-Böden den berechtigten Ansprüchen der jüdischen Siedlung in weitem Maße entzogen.

Trotz alledem ist die politische Liquidierung, die sich hier andeutet, so schwer sie sein mag, nicht einmal das am schwersten Wiegende. Sie ist ja nicht mehr als eine abgeleitete Erscheinung, die auf andere tieferliegende Vorgänge zurückzuführen ist, in denen ihre Ursprünge zu suchen sind. Sie bedeutet den schmerzlichen und unvermeidlichen Anpassungsprozeß der politischen Position und öffentlich-rechtlichen Geltung an die soziale und ökonomische Realität, deren Macht für unsere Bewegung vor allem durch die Lage in unserem Kolonisationswerk und die Bewegung der Immigration nach Palästina bezeichnet wird. In diesem Sinne ist die politische Entwicklung der letzten Jahre nichts anderes als eine Funktion oder als ein Reflex von entsprechenden Ereignissen in der Entwicklung unserer Siedlungsarbeit und der Alijah. Vor vier Jahren sind in bezug auf die Einwanderungskapazität des Landes für die nächsten Jahre von nahezu allen verantwortlichen Führern der zionistischen Organisation Berechnungen und Vorschläge gemacht und in der Öffentlichkeit erörtert worden. Auch hier können wir alle diejenigen Berechnungen außer acht lassen, die von vornherein als nicht realisierbar angesehen wurden (Ballod, Trietsch) oder die, die in ihren Endergebnissen auf Sicht von Generationen eingestellt waren. (Kaplanski) Beschränken wir uns aber selbst auf die Äußerungen derjenigen verantwortlichen zionistischen Führer, die zu keiner dieser beiden Kategorien gehören, sondern größtenteils sogar zu den „Minimalisten" gerechnet wurden. Von ihnen hat Weizmann vor der Ententekommission Einwanderungsziffern von 60 000 bis 70 000 im Jahre genannt. Sokolow soll in Paris Äußerungen getan haben, die Angaben von fünf Millionen jüdischer Einwanderer in fünfundzwanzig Jahren enthielten, was einen rohen Durchschnitt von 200 000 jährlich oder mindestens die Schätzungen Weizmanns im Minimum der Anfangsjahre bedeutet. Motzkin sprach sich in jener Zeit für eine Emigrantenziffer von 100 000 pro anno aus. Die vorsichtigeren Ziffern Dr. Ruppins, denen eine besondere Autorität beigelegt wurde, entsprechen immerhin noch einem Jahresdurchschnitt von 33,3

---

*) S. Volk und Land I. S. 688. Protokoll des Palästina-Delegiertentages der Z. V. f. D.

bis 100 Tausend Einwanderern.*) Wenn man annimmt, daß diese Zahlen nicht auf willkürliche Spielereien mit Nullen zurückgehen, sondern auf begründete Einsichten in zionistische Notwendigkeiten und Möglichkeiten, so wirkt das rapide Tempo, das der Liquidationsprozeß auf diesem lebenswichtigen Gebiet unserer Tätigkeit angenommen hat, geradezu überraschend. Noch während der Sitzung des Aktionskomitees in Prag ist Ruppin von verschiedenen Seiten heftig angegriffen worden, weil er einer Herabsetzung der jährlichen Einwanderungszahlen auf das Wort redete. Seine Haltung erschien noch damals als gefährlicher Defaitismus. Seither sind nicht nur die Hoffnungen, sondern auch die tatsächlichen Einwanderungsziffern erheblich zurückgegangen. Es bedarf keiner weiteren Erläuterungen als der statistischen Zahlen für die letzten Monate. In dieser Zeit betrug nach den amtlichen Angaben die jüdische Einwanderung:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| September | 1922 | 688 Personen | Januar | 1923 | 1022 Personen |
| Oktober | „ | 720 „ | Februar | „ | 888 „ |
| November | „ | 1148 „ | März | „ | 810 „ |
| Dezember | „ | 614 „ | | | |

Diese Entwicklung ein sehr ernstes Symptom des zionistischen Liquidationsprozesses nennen, heißt nicht etwa den alten und leider wenig fruchtbaren Streit zwischen Maximalisten und ihren Gegnern künstlich wieder aufwärmen wollen. Unsere Feststellungen haben mit diesem Turnier kaum etwas zu tun. Auch die als extreme Minimalisten bekämpften und verschrieenen Zionisten haben ja ihr Ziel nicht enger gesteckt, als es Lichtheim damals formulierte: „Wem der Zionismus kein Notstandsunternehmen, sondern die nationale Zukunftstat des Judentums bedeutet, der wird es als etwas Gewaltiges empfinden, wenn es uns gelingt, im Laufe von zwei Generationen etwa drei Millionen Juden in Palästina anzusiedeln, und damit . . . dem Schicksal des jüdischen Volkes die entscheidende Wendung . . . zu geben.“*) Ist die tatsächliche Entwicklung seitdem als der Beginn einer Verwirklichung auch nur dieses sogenannten minimalistischen Zionismus zu bewerten? Ist dieses Ziel mit solchen Schritten überhaupt erreichbar? Hält derjenige, der sich mit dem seither — uns bereits zur Gewohnheit gewordenen — Gang und Tempo der Einwanderung abfindet und den Dingen ihren Lauf läßt, überhaupt noch an der Ver-

*) Richard Lichtheim, Jüdische Rundschau, 1919. Nr. 31. Massensiedlung, Sozialismus und nationale Kolonisation.

wirklichung der „nationalen Zukunftstat“ fest, von der die entscheidende Wendung in unserem nationalen Schicksal zu erwarten ist? Auf diesem Wege zu beharren, bedeutet auf das Ziel zu verzichten.

Als der bestimmende Faktor dieser Entwicklung wird natürlicherweise von allen Seiten die parallele Entwicklung der zionistischen Finanzwirtschaft bezeichnet, die in allem die gleichen Züge des immer schneller werdenden Sinkens von objektiven Resultaten und subjektiven Erwartungen aufweist. Dadurch wird ein so schwerer Mangel an verfügbaren Mitteln geschaffen, daß alle Pläne über den Haufen geworfen werden. Es fehlen die Mittel, um eine Alijah in größerem Umfange zu organisieren und zu finanzieren, um so mehr, als die Länder, die die Hauptausgangspunkte der Palästinawanderung darstellen, die von der Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrisis am schwersten betroffenen Gebiete sind. Es fehlen noch mehr die Mittel, um in Palästina selbst das Kolonisationswerk in einem Tempo und Ausmaß weiterzuführen, daß es eine steigend größere Anzahl von Einwanderern in natürlicher Resorption aufzunehmen vermag.

In der Tat befindet sich die Siedlungsarbeit im Lande im Verlauf dieser Jahre in sehr schwierigen Verhältnissen. Selbst wenn man anerkennt, daß es gelungen ist, die fünfzehntausend Arbeiter, die in den letzten drei Jahren in das Land kamen, in Reservearbeiten, in public works, und im letzten Zeitabschnitt in den Häuserbauarbeiten in den Städten zum allergrößten Teil in Palästina zu erhalten, so muß man doch betonen, daß die eigentliche Siedlungsarbeit kaum nennenswert vorwärts gekommen ist. Der Ausbau aller der nationalen Siedlungen, die sich in einem Übergangsstadium befanden, in dem sie nur noch letzte Zuschußkapitalien als Betriebsinvestitionen erforderten, um wirtschaftlich völlig unabhängig werden zu können, hat sich verzögert. Zeitweilig schien es sogar, als ob das Bestehende durch akute Geldkrisen in seiner Existenz gefährdet werden könnte. Was die wenigen neuen Siedlungspositionen im Emek anbetrifft, so wird jeder, der den schweren Weg der arbeitenden Genossen von Nahallal, Tel-Jossef, Giwat-Jecheskiel und Gewa auch nur von weitem hat verfolgen können, zu der Erkenntnis kommen müssen, daß er unter Bedingungen gegangen wurde, die nicht nur vom Standpunkt der Menschenökonomie bedenklich sind, sondern auch das wirtschaftliche

Gedeihen der Siedlungen für längere Zeit in Frage stellen können. Ein Höchstmaß von Pioniertum und Opferfreudigkeit selbst kann die Mittel nicht ersetzen, die die minimale Voraussetzung für die Okkupation neuen Bodens und die Einrichtung rationeller Betriebe darstellen. Daß angesichts derartiger Verhältnisse weiter reichende Siedlungspläne, wie es noch die waren, die Ussischkin zur zweiten Londoner Konferenz aus Palästina brachte, und breiter ausgreifende Kolonisationsmethoden, wie die einer großzügigen Erschließung des Negew mit den übrigen Wünschen und Hoffnungen, zu den Akten gelegt sind, ist ohne weiteres klar. Gerade ein noch relativ junges Siedlungswerk ist besonders stark auf eine tragfähige und den speziellen Bedürfnissen angepaßte finanzielle Grundlage angewiesen. Noch stärker und unmittelbarer also als auf die anderen Gebiete unserer Arbeit wirkt die Krisis in der zionistischen Finanzwirtschaft auf die Entwicklung der Kolonisation zurück.

In ihren Erscheinungen weniger handgreiflich, in ihren Wirkungen nicht minder ernst ist endlich die Wirkung, die von der eben angedeuteten objektiven Krisis, deren Schlüssel im ungelösten finanziellen Problem des Palästinaaufbaus liegt, auf das Bewußtsein der Bewegung ausgegangen ist. Sie hat an die Stelle der unbeirrten Aktivität und des großen Wagemutes in weiten Kreisen des Zionismus Müdigkeit, Apathie und Skepsis gesetzt. Der Glaube an unsere große nationale Aufgabe und an unsere Kraft, sie zu erfüllen, ist in vielen Herzen einer Liquidationspsychologie gewichen. Man läßt sich vom Strom treiben und wartet auf Wunder. In einigen Worten faßt die palästinensische Zeitung „Haarez" diese Lage in folgender Schilderung zusammen: „Soweit die jüdische Diaspora reicht, so weit reicht auch — in materieller wie in geistiger Beziehung — die wirre Ratlosigkeit und der Niedergang. Das lebendige Band zwischen der zionistischen Organisation und den Volksmassen ist zerrissen. Die zionistische Bewegung hat aufgehört, die Volksseele zu erfüllen, den Bestrebungen und Bedürfnissen der Nation Gestalt und Ausdruck zu geben. Und im Lande der nationalen Heimstätte sind wir bis zum Rande gekommen. Die materielle Situation ist schlecht, die politische noch um ein Vielfaches schlechter. Die Politik der Rechtsbeugung und der nationalen Herabsetzung ist uns gewohnt geworden, wie das tägliche Brot und die Luft zum Atmen."*)

*) Dr. Glückson, Haarez vom 4. Schwat 5683.

Diese Äußerung an und für sich ist schon für Stimmungen und Haltungen in der Bewegung bezeichnend genug. Aber sie gibt das wenigstens bewußt wieder, was bei vielen, vielleicht den meisten Zionisten gar nicht die Schwelle des Bewußtseins überschreitet. In der beinahe unmerklichen, unbewußten Verwurzelung der Liquidationspsychologie im Zionismus liegt ihre besondere Gefahr. Von ihr geht eine Schwächung der zionistischen Werbekraft aus, die nicht in den objektiven Faktoren, weder unseren Leistungen in der Vergangenheit, noch in unseren Möglichkeiten für die Zukunft begründet ist. Es ist ein Zustand dem ähnlich, von dem Achad Haam im Hinblick auf die Zeit des ersten chowewe-zionistischen Erfolges spricht: „Von diesem Augenblick an," sagt er, „begann für unseren Gedanken eine neue Epoche. . . . Während er vorher sieghaft vordrang und sich immer mehr in allen Schichten des Volkes ausbreitete, so daß seine Anhänger mit freudigem Herzen in die Zukunft blickten und von den glänzendsten Hoffnungen beseelt waren, konnte er jetzt n a c h dem Siege keine Herzen mehr gewinnen und selbst seine erklärten Anhänger schienen matt geworden zu sein."*) Und während so die Stoßkraft der zionistischen Bewegung und Idee gelähmt ist, erschöpft sich die Aktivität derjenigen, die ihre Arbeitsenergien erhalten haben, auf die Behebung kleinster täglicher Budgetnöte und die Mittelbeschaffung für die laufenden Kassenausgaben des zionistischen Etats. Auch in diesem Sinne ist die finanzielle Krisis die unmittelbare Ursache des geistigen und seelischen Kräfteverfalls in der Bewegung.

Mit dieser ganzen Entwicklung steht die jüdische Palästinabewegung am Scheidewege. In der Gefahr von der Stufe d e r richtunggebenden Großtat unserer jüdischen Generation zu einer Frage zweiten oder dritten Ranges für unsere nationale Zukunft herabzusinken, in der Gefahr also, ihren lebendigen Sinn zu verlieren, ist sie vor eine ernste Entscheidung gestellt. Sie kann sich weiterhin von den Ereignissen treiben lassen und mit den gegebenen Tatsachen abfinden. Das Resultat dieses Liquidationszionismus muß völlige Resignation sein. Das jüdische Volk muß um seiner Selbsterhaltung und seiner Zukunft willen andere Aufgaben und Ziele in den Vordergrund seines Handelns rücken. Anders wenn die jüdische Palästinabewegung die müde Haltung des Allesgewährenlassens und des Weiterlaufenlassens

---

*) Achad Haam, Am Scheidewege, I. S. 33.

mit einer Politik des tatkräftigen Eingreifens vertauscht. Dann kann sie dem Stillstand im Siedlungswerk und in der Immigration, der politischen und psychologischen Krisis in Permanenz die klare Erkenntnis der gegenwärtigen Lage, die schonungslose Kritik der bisherigen Methoden, die aktive Hinwendung zu neuen Wegen und Mitteln entgegensetzen. Ist es insbesondere tatsächlich richtig, daß das Schlüsselproblem der ganzen Lage die Frage der Finanzkraft unseres Werkes ist, von der alles andere, Kolonisationsarbeit, Immigration, Politik, funktional abhängig ist, so muß das Kapitalproblem des Palästinaaufbaus von neuem aufgerollt und in den Mittelpunkt der Prüfung gestellt werden. In diesem Augenblick der schwerwiegenden Entscheidung für die jüdische Palästinabewegung tritt die Jewish Agency als ihr Gestor an die Spitze des Werkes.

Ihr liegt es darum ob, in die Lösung der Krisis entschlossen einzugreifen. Sie hat die Revision der bisher verwandten Mittel und Wege auf allen Gebieten der Arbeit in und für Palästina kaltblütig und energisch durchzuführen. Sie hat sich selbst zur Trägerin der neuen, als richtig erkannten Methoden, sei es einer revidierten Kapitalpolitik, sei es im allgemeinen der systematisch ausgebauten Wirtschafts- und Siedlungspolitik der jüdischen Palästinakolonisation zu machen. Sie ist zugleich die oberste Exekutive dieser Politik.

Damit aber die Darstellung der Gesamtsituation, von der dabei auszugehen ist, nicht eine grobe Lücke aufweist, müssen neben die Faktoren, die die objektive Lage des jüdischen Volkes und der zionistischen Bewegung im gegenwärtigen Augenblick bestimmen, auch diejenigen gestellt werden, von denen die Stellung Palästinas bestimmt wird. In der Stellung des Landes Palästina im Rahmen des weltpolitischen Körpersystems sind im Zusammenhang mit dem Krieg und den Friedensschlüssen nach zwei Richtungen hin prinzipielle Veränderungen vorgegangen:

1. Palästina ist als solches aus einem größeren territorialen Verband (des früheren ottomanischen Reiches) herausgelöst und als politisch-administrative Einheit zum Eckstein der englischen strategischen Position im mittleren Orient geworden. Die Bedeutung dieser Tatsache ist auch in Äußerungen britischer Staatsmänner und Parlamentarier (Winston Churchill, Wedgwood usw.) deutlich genug geworden.

2. Palästina ist durch die staatliche Entwicklung der Länder des Orients in ein System souveräner oder halbsouveräner arabischer Staaten eingelagert worden. Der Irak- und der Hedschasstaat, Ägypten und Transjordanien bilden seine nähere politische Umgebung. Dadurch würde es, selbst wenn es keine innerpalästinensische arabische Frage gäbe, bis zu einem bestimmten Grade in die Wirkungssphäre des Gravitationsfeldes, das zwischen diesen Körpern liegt, geraten müssen.*)

In Palästina selbst ist die Entwicklung des arabischen Bevölkerungsteils gewissermaßen in ein neues Stadium getreten. Die letzten Jahre haben in dieser Beziehung den Beginn eines zwar noch sehr unentwickelten, aber relativ rasch fortschreitenden Nationalisierungsprozesses gebracht. Wenn auch in der Abschätzung seiner heute schon wirksamen Kraft Meinungsverschiedenheiten bestehen können, so ist seine bedeutende latente Macht im großen ganzen kaum zu bezweifeln.

Alle die genannten Momente haben, was ihre Wirkung auf unser Siedlungswerk betrifft, die Tendenz, die objektiven Grenzen für seine Realisierung enger zu stecken und seine Vollendung auf einen kürzeren Zeitraum zusammenzudrängen. In keinem Falle können Tempo und Ausmaß der Arbeit am jüdischen Palästinaaufbau als unabhängig von dem Reifegrad dieser Entwicklung gedacht werden. Vielmehr muß für uns daraus die Verpflichtung, um nicht zu sagen, die zwingende Notwendigkeit zu einer maximal möglichen Intensivierung und möglichst raschen Expansion unserer wirtschaftlich und sozial konstruktiven Tätigkeit abgeleitet werden. So verbietet uns diese Konstellation nicht nur das untätige Vertrauen zum natürlichen Verlauf der Dinge, sondern auch die Wahl eines lässigen Arbeitstempos, wie es vielleicht unter den gänzlich anders gearteten Bedingungen der Vorkriegszeit noch angängig erscheinen konnte. Wenn die Jewish Agency nicht versäumen will, auch diese Tatsachenkomplexe ihrem wirklichen Werte nach in ihre Rechnung einzustellen, so ist sie gezwungen, nicht nur die Maße ihrer Finanz- und Kolonisationspolitik den Zielen der jüdischen Palästinabewegung entsprechend zu wählen, sondern auch ihre Durchführung auf ein Tempo einzustellen, das die Existenz und die weitere Zukunft der jüdischen Siedlung in Palästina unter jeder politischen Konstellation sicherstellt.

---

*) Die sich ankündigende arabische Staatenförderation bedeutet eine weitere Verschiebung in diesem Gravitationsfeld in der Richtung einer stärkeren Massenwirkung auf Palästina.

Kann es dieser Auffassung gegenüber Stimmen im zionistischen Lager geben, die aus einer anderen Abschätzung des Tatsachenbestandes die Notwendigkeit ihrer Folgerungen anzweifeln können? Können sie behaupten, daß eben das, was wir für das Ziel der jüdischen Palästinakolonisation angaben, einer mißverständlichen, überspannten oder leichtfertigen Auslegung des Zionismus entspränge, daß es im Zionismus seit Achad Haams Auftreten keine Unklarheit darüber gegeben habe, daß die Palästinabewegung nicht imstande sein könne, die Judennot als Massenproblem durch eine Millionenkolonisation zu lösen, und daß so alles in bester Ordnung sei? Wir sprechen nicht von den merkwürdigen „gemäßigten Zionisten", vom Schlage derer, die in der Redaktion der „Times" und des „Jewish Guardian" sitzen. Wir meinen die gewissenhaften, ernsten Zionisten, die die Lehre vom „nationalen Kulturzentrum", die mit dem Namen Achad Haam verbunden ist, wirklich als ihr nationales Ideal vertreten. In aller Kürze müssen wir uns mit ihnen über unser Arbeitsziel verständigen. Auch diejenigen, die von der unumstößlichen Wahrheit des Grundgedankens dieser Lehre überzeugt sind, werden nicht daran Anstoß nehmen, daß sie im Laufe der Jahre eine Entwicklung durchgemacht hat, die sie erst vervollständigt und ausgereift hat. Besonders ist es die Gedankenwelt und die Anschauung der palästinensischen Arbeiter, die diese Entwicklung beeinflußt haben. Sie ist heute in zweifacher Richtung festzustellen. Einerseits ist deutlich geworden, daß ein „nationales Kulturzentrum" unvorstellbar ist, ohne die breite und tragfähige Grundlage einer Großsiedlung. Kultur kann nicht in Reagenzglas und Retorte hergestellt werden, sie kann sich nur aus dem natürlichen und schöpferischen Leben einer Gemeinschaft organisch entwickeln. Sie kann nicht von einem Häuflein Fanatiker und Phantasten willentlich erzeugt werden, sie bedarf des Nährbodens einer lebenden Gesellschaft, die sie im normalen Ablauf ihres eigenen Lebens schafft, die also immerhin Hunderttausende umfassen muß, um als selbständig produktives nationales Zentrum wirken zu können. Andererseits ist klar geworden, daß das „nationale Kulturzentrum" nicht sozial und ökonomisch indifferent gedacht werden kann, wie es etwa die Chalukkah war, wenn es wirklich national-kulturelle Energien entfalten und noch auf die Diaspora-Peripherie ausstrahlen soll. Solche Wirkungen können weder von Bünden und Vereinigungen von „Intelligenzlern", noch auch von einer anorgani-

schen Agglomeration von Händlern, Plantagenunternehmern und Rentiers ausgehen. So erfordert auch das nationale Kulturzentrum eine gesunde soziale und ökonomische Basis, deren eigentlich tragendes, erneuerndes und weiter wirkendes Element die jüdische Arbeit ist. Ohne eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Grundlage jüdischer Arbeit, aus deren Boden sie ihre Kräfte saugen kann, wird die geistige Leistung Palästinas niemals in dem erneuernden Sinne auf die jüdischen Volksmassen im Galuth wirken können, die die Nationalbewegung der Juden von ihr erwartet. Die Schaffung einer derartigen arbeitskolonisatorischen Basis für das „nationale Zentrum" enthält aber — rein ökonomisch gesehen — eine relative Großsiedlung als Voraussetzung für einen natürlichen Kreislauf nationaler Wirtschaft in sich.

Faßt man den Begriff des „nationalen Zentrums" aber in dieser Weise auf, oder stimmt man dieser Auffassung zu, so bestehen keine Meinungsverschiedenheiten mehr. In der Tat ist das Ziel unserer Palästinabewegung, wie es diese Anschauung faßt, das einzige, das sich unsere Generation für ihre Siedlungsarbeit setzen kann. Es ist von sehr geringem Interesse, ob das wirklich das sogenannte „Endziel" unserer Bewegung und unserer Siedlung darstellt. Keiner von uns kann über dieses „Endziel" irgend etwas wissen oder aussagen, weil niemand die Entwicklungsbedingungen des palästinensischen Jischuws in der Zukunft übersehen kann. Wir sind überdies in keiner Weise daran interessiert, dieses Endziel unter den heute gegebenen Kräfteverhältnissen im Lande festzulegen und sollten uns deshalb von so nichtssagenden Erörterungen fernhalten. Sicher ist diese Diskussion nicht die Aufgabe der Jewish Agency.

Was aber ihre und unsere Aufgabe ist, ist das: durch unsere Immigration, Kolonisation, Politik diejenigen Voraussetzungen zu schaffen, die eine Erhaltung des jüdischen Aufbauwerks verbürgen und seine Entfaltung in der Zukunft ermöglichen. In wenigen Jahrzehnten kann auch die Jewish Agency, auch nachdem sie in der Lösung des Finanzproblems und der Kolonisation vorgeschritten ist, uns keine weitverzweigte und blühende Volkswirtschaft bescheren. Soziale Prozesse, die längere Wachstumsperioden erfordern, können nicht willkürlich und zauberhaft abgekürzt werden. Aber was wir können und müssen, ist in solchen Zeiträumen, die für uns die historische Chance bedeuten, die sozialen und ökonomischen Positionen im

Lande erobern, die als Realmacht die sichere Grundlage für die weitere Entwicklung unseres Volkes in Palästina zu bilden vermögen. Es wäre irrtümlich, anzunehmen, daß diese Sicherung nur durch ein quantitatives Übergewicht der Juden im Lande zu erreichen ist. Die bloße Jagd nach der Mehrheit ist eher geeignet, uns von unseren großen Siedlungsaufgaben abzulenken. Kolonisatorische Überlegenheit, rationelle Wirtschaftsgestaltung, politische Besonnenheit, kulturelle und zivilisatorische Energie in einem nationalen Jischuw in Palästina, der auf dem unerschütterlichen und unentwurzelbaren Fundament jüdischer Arbeit aufgebaut ist, können sehr wohl eine Kraft darstellen, die wichtiger und wirksamer ist als die statistische Ziffer. Eine jüdische Siedlung, die in einem Jahrzehnt auch nur das Fünf- oder Sechsfache der heutigen jüdischen Bevölkerung Palästinas umfaßt, wird nicht nur den Stürmen und Strömungen der Zeit zu trotzen vermögen, sondern auch den Kristallisationskern für künftige Wachstumsprozesse bilden können, deren Formen und Entwicklungsmöglichkeiten für unser Auge ganz unabsehbar sind. Auf der anderen Seite ist allerdings dieses Ausmaß des Siedlungswerkes, das dadurch in jedem Fall auf Hunderttausende erstreckt wird, gewissermaßen die von politischen und ökonomischen Erwägungen aus erforderliche Minimalgröße, die der Jischuw erreichen muß, soll er wirklich als Zentrum der Nation gelten dürfen und wenn schon nicht die Judenfrage in ihrem ganzen Umfang lösen, so doch wenigstens die freie Entwicklung des jüdischen Volkstums für die Zukunft sichern können.

Daß diese Aufgabe, die das jüdische Palästina im Leben der Weltjudenheit zu erfüllen hat, auch das System und die Richtung unserer Siedlungsarbeit entscheidend mitbestimmen muß, ist der jüdischen Palästinabewegung seit ihren ersten Anfängen eine selbstverständliche Einsicht. Der Blick auf diese Aufgabe hat uns stets erkennen lassen, und wir dürfen uns von dieser Erkenntnis auch unter dem Druck des Augenblicks nicht ablenken lassen, daß wir als Grundelement des Jischuws eine erdgebundene, in der Landwirtschaft wurzelnde, bodenständige Bevölkerung anzustreben haben, und nicht eine städtische Siedlung ohne eigene genügende agrarische Grundlage, wie sie von einigen vulgär-ökonomischen Apologeten des Handels und des händlerischen Talents der Juden propagiert wird. Die Volksschicht, die den Boden des Landes bearbeitet, ist nicht nur die für die Dauer wirtschaftlich und gesellschaftlich stärkste

Kraft, sie bestimmt auch — auf weitere Sicht — den nationalen Charakter des Siedlungsgebietes, und sie stellt gegen alle Mächte von außen das festeste und unzerstörbare Bollwerk nationaler Energie dar. Diejenigen Völker, die werktätig auf ihrer Scholle sitzen, sind allen möglichen schweren historischen Schicksalsschlägen zum Trotz in ihrem nationalen Bestand eigentlich ungefährdet. Deshalb sind für die Erreichung unseres Zieles zerstreute Faktoreien, isolierte Bankfilialen, Handelsniederlassungen in den Hafenorten von viel untergeordneterer Bedeutung, als eine nach Möglichkeit auch territorial zusammenhängende Siedlung auf „kompakten Flächen", die, sei es auch nur unvollkommen und in verhältnismäßig engem Rahmen, eine nationalwirtschaftliche Einheit darstellt, welche im natürlichen Kreislauf von Produktion, Verteilung und Reproduktion durchströmt und ernährt wird.

Damit ist das Ziel, das die Jewish Agency ihrem Kolonisationswerk für das nächste Jahrzehnt zu setzen hat, wenn sie den nationalen Erfordernissen auch nur im geringsten gerecht werden will, nach Umfang und Charakter in wenigen Strichen umschrieben. Es dürfen keine Täuschungen darüber obwalten, daß auch die Siedlungsarbeit nach diesen Maßstäben und Richtlinien einen Kapitalbedarf decken muß, dem gegenüber die Erträge unserer bisher gepflogenen Methoden der Mittelbeschaffung nur winzige Bruchteile des notwendigen Kapitals darstellen. Von diesem finanziellen Standpunkt aus gesehen, ist die Aufgabe einer Überführung von etwa einer halben Million Juden in einem Jahrzehnt nach Palästina eine Aufgabe, die in die Unternehmungen moderner Großkolonisation eingereiht werden muß.

Legt man die Kostenziffern zu Grunde, die sich der Erfahrung der jüdischen Arbeitskolonisation im Lande gemäß als notwendig erwiesen haben, und die sich mit den Berechnungen der verantwortlichen Kolonisationspolitiker — insbesondere von Ruppin, Öttinger, Wilkanski, Elieser Joffe — ungefähr decken; unterstellt man dabei eine proportionale Verteilung von landwirtschaftlicher und außerlandwirtschaftlicher Ansiedelung, die auf eine in der Urproduktion beschäftigte Familie drei außerhalb ihrer oder nur mittelbar mit ihr verbundene rechnet*), so ergibt sich doch eine dafür erforderliche Kapitalsumme, die die ominöse Ziffer der 25 Millionen £, die in der zionistischen

*) S. Ruppin, Aufbau des Landes Israel.

Diskussion der letzten Jahre bekanntlich eine Rolle gespielt haben, mindestens erreicht, wahrscheinlich übersteigt.

Angesichts dessen sind die Fragen, auf die die Jewish Agency in bezug auf das Finanzproblem des Palästinaaufbaus eine Antwort zu geben hat, klar gestellt. Welches sind die angezeigten Mittel, um den Kapitalbedarf des Kolonisationswerkes zu decken? Sind die Wege, die von der zionistischen Kapitalpolitik bisher beschritten worden sind, gangbar, sind sie imstande, die notwendigen Resultate zu erzielen? Bedürfen sie der Ergänzungen, Reformen, einer Einordnung in das größere Ganze eines umfassenden Finanzplanes? Muß dieser neue Finanzplan auf neuen Grundsätzen der Kapitalpolitik basiert sein? Unter welchen Bedingungen sind dann die prinzipiell neuen Finanzierungsmethoden anwendbar und dem Zwecke genügend?

Bis zur Stunde ist man der klaren Antwort auf alle diese Fragen, vielleicht begründeterweise, aus dem Wege gegangen. „Die Formgebung unserer Finanzen", hat man von offizieller Seite gesagt, „wird wesentlich davon abhängen, welche politisch-rechtliche Organisation die jüdische Gemeinschaft in Palästina erhält." *) Aber die Entscheidungen darüber sind heute bereits gefallen und die politisch-rechtlichen Formen für unsere zukünftige Arbeit liegen für absehbare Zeit formell fest. Die Beschlüsse des Völkerbundes, die Übernahme des Palästinamandats durch Großbritannien, die Konstituierung der Jewish Agency bilden ihren äußeren Rahmen. Der Augenblick ist also gekommen, wo für die „Formgebung unserer Finanzen" diese Vorbedingung erfüllt ist. Die Jewish Agency ist heute gezwungen, die Antwort zu geben.

Die Antwort auf das Kapitalproblem des Palästinaaufbaus ist die Voraussetzung für eine aktive und zielbewußte Kolonisations- und Wirtschaftspolitik, die die Jewish Agency unverzüglich den Prinzipien nach feststellen und in der Praxis einleiten muß.

Diese Antwort muß in ihren ersten Teilen die Entscheidung darüber enthalten, in welchem Verhältnis die Finanzpolitik, die die Jewish Agency in der Zukunft zu führen gedenkt, zu den Methoden der Kapitalaufbringung stehen wird, die bis zu ihrer Begründung innerhalb der zionistischen Organisation verfochten, propagiert oder geübt wurden.

---

*) Richard Lichtheim, Der Aufbau des jüdischen Palästina. S. 16.

II.

# Die Legende von der Privatinitiative.

In chronistischer Übersicht gehen drei Phasen der Siedlung dem bewußten Eingreifen der zionistischen Organisation in das praktische Kolonisationswerk voraus. Ihnen entsprechen drei parallele Phasen der Kapitalpolitik, nach Methoden und Wirkungen voneinander unterschieden. Im ersten dieser Abschnitte bildet die Vereinskasse der chowewe-zionistischen Gruppen die hauptsächlichste Quelle, aus der die spärlichen Mittel fließen, wie diese nur lose verbundenen Gruppen damals ja auch die hauptsächliche kolonisatorische Kraft darstellen. Das Budget überschreitet wohl in keinem Jahre die Summe einiger Zehntausender Rubel,*) von einer systematischen Siedlungstätigkeit oder Bodenpolitik ist kaum die Rede. Dann tritt mitten in einer schweren ökonomischen Krisis der jungen Kolonien als bei weitem bedeutenderer Finanzfaktor das Rothschild-Kapital in derjenigen Quote, die der Pariser Baron für den philantropischen Zweck reserviert hatte, daneben in Aktion. Mit Hilfe der Millionen Franken aus diesem Fonds werden die wankenden Siedlungspositionen wieder befestigt, neue Investitionen werden vorgenommen und einige Musterbetriebsversuche werden angestellt. Diesem Rahmen, in dem sowohl das Odessaer Komitee, als auch die Ica, die die Rothschild-Administration in den nächsten Jahren ablöst, weiter arbeiten, seine staatsgründende Siedlungsarbeit anzupassen, weigert sich Herzl bekanntlich konsequent. Während er die „pénétration pacifique" ohne völkerrechtliche Sicherungen ebenso ablehnt wie die philantropische Arbeitsmethode, stellt er die Finanzpolitik der zionistischen Organisation bewußt und planmäßig bis zum Einsetzen der Großkolonisation auf ein reines Vorbereitungsprogramm ein. Dieses Programm enthält in absoluter Folgerichtigkeit davon neben dem negativen Moment eines Verzichts auf alle Ausgaben

---

*) Vgl. Adolf Böhm, Die zionistische Bewegung I. S. 76.

zu Zwecken kolonisatorischer Kleinarbeit die beiden positiven Programmpunkte: Thesaurierung nationaler Spendenfonds und Konzentrierung nationalen Bankkapitals bis zur Erlangung des „Charters". Erst nachdem die Hoffnungen auf die Erreichung dieses Zieles in kurzer Frist endgültig zurückgestellt werden, bilden sich im Zionismus, der durch die Macht der Verhältnisse immer stärker zu realer Aufbauarbeit im Lande gedrängt wird, diejenigen Methoden und Finanzierungsprogramme heraus, die bis zur Gegenwart mannigfach geform tund variiert im Vordergrund der Erörterung geblieben sind.

Seither rangiert die private Initiative an hervorragender Stelle in der Liste der propagierten Finanzmethoden. Immer hat es seither in der zionistischen Bewegung Gruppen, Fraktionen oder Persönlichkeiten gegeben, die sie zum Gegenstand ihrer besonderen Zärtlichkeit und sorgsamen Unterstützung gemacht und die die Losung von der privaten Initiative auf die verschiedensten Wirtschaftsgebiete, Bankwesen, Handel, Industrie angewendet, an die Spitze ihres Programms gerückt haben. Angefangen bei dem „Zionismus auf geschäftlicher Grundlage", der zu Wolffsohns Zeiten im Schwange war, bis zu den „amerikanischen Methoden" der letzten Jahre, die als Basis für die Bildung des Palestine Development Council in den Vereinigten Staaten und ähnlicher Gruppengründungen in Europa gedient haben. So heißt es noch in dem Aufruf einer dieser Fraktionen zum 12. Kongreß: „. . . die entscheidende Aufgabe, Menschen, zahlreiche Menschen ins Land zu bringen, ihnen Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen, ist nicht durch eine noch so große Spendensammlung zu lösen. Nur persönliche Unternehmungslust verbürgt die Prosperität des Landes. Der Kongreß muß mit Deutlichkeit aussprechen, daß er alles zu tun bereit ist, um die private Initiative nicht nur zu tolerieren, sondern zu ermuntern und in den Dienst des Aufbaus zu stellen." *) Ähnlich formuliert es eine Programmschrift dieser Gruppe: „Alles aber, was außerhalb der Schaffung allgemeiner Bedingungen für den Beginn wirklicher Kolonisationsarbeit an wirtschaftlichen Arbeiten selbst einsetzen muß, um im Lande Gewerbe und Industrie, Handwerk und Handel zu schaffen, die Landwirtschaft zu fördern usw. wird weit besser nicht aus Mitteln der Allgemeinheit bereitgestellt, sondern der privaten Initiative überlassen. Der

---

*) Aufruf des Binjan Haarez in Deutschland, Punkt 4.

frei schaffende Kaufmann ist immer schon ein besserer Kolonisator gewesen als der Staat." *)

Derlei Gedankengänge liegen ja wahrlich nahe genug. In einem Wirtschafts- und Sozialmilieu ersonnen, von dem theoretisch behauptet wird, es beruhe auf dem „freien Spiel der Kräfte", einer geistigen Welt abgelauscht, die angeblich auf der persönlichen Initiative Einzelner aufgebaut ist, bedeuten sie nichts anderes, als eine übertragene Anwendung dieser hergebrachten landläufig akzeptierten Prinzipien auf den besonderen geschichtlichen Fall der Palästinakolonisation. Der ganze Ideenapparat des doktrinären Liberalismus wurde in Bewegung gesetzt, um diese Anwendung möglichst fruchtbar erscheinen zu lassen. Da wurde die Figur des Privatunternehmers mit „all seinem Wagemut, seinem Fleiß, seiner Findigkeit und seinem Ehrgeiz" von neuem ausstaffiert und auf den Schild gehoben. Allen Versuchen, auf welchem Wege auch immer, große Mittel in den Händen der Exekutive zu konzentrieren, wurde die alte Devise „laissez faire, laissez aller" entgegengesetzt, die in bezug auf die Kapitalbeschaffung für den nationalen Aufbau des Landes wahre Wunder wirken sollte. Auch der interessante psychologische Widerspruch fehlte nicht, der allen diesen Spielarten liberalen Epigonentums anhaftet: auf der einen Seite die übertriebene Betonung der Bereitwilligkeit, im privaten Betriebe das Risiko für den ungehemmten technischen, ökonomischen, administrativen Fortschritt zu übernehmen, auf der anderen Seite die ängstliche Warnung vor allem „Experiment", besonders dem sozialistisch geprägten (als ob eine Massenkolonisation auf Neuland jemals anders als wirtschaftlich und sozial experimentierend gearbeitet hätte).

Auch für die gegenwärtige Finanzkrisis des Palästinaaufbaus wird das laissez faire als das einzige alleinseligmachende Rezept proklamiert. „Ganz wie vor zwanzig Jahren", schreibt einer

---

*) Kollenscher, Binjan Haarez, S. 20. Dieses Zitat enthält über die allgemeinen Formeln hinaus in nuce schon die Eigentümlichkeiten, die überhaupt bei der Behandlung der „privaten Initiative-Theorie" festgehalten werden müssen:

a) Beschränkung ihres Tätigkeitsfeldes durch Überlassung der Schaffung aller „Bedingungen" an die „Mittel der Allgemeinheit".

b) (wie das Wort vom frei-schaffenden Kaufmann zeigt) den Mangel jeder volkswirtschaftlichen Einsicht in das Wesen von *Siedlungskolonisationen*.

c) eine allgemein fühlbare Ratlosigkeit gegenüber den Aufgaben der Schaffung einer bäuerlichen Wirtschaft.

der aggressivsten und borniertesten Vertreter dieser Methode, Dr. E. Simonson, „müssen viele lebenswichtige Unternehmungen infolge des Kapitalmangels unterbleiben. Diese Not geht mit dem Zionismus wie der Schatten mit dem Wanderer . . . und was ist der einfache Sinn dieser Erkenntnis? — Daß keine zentralisierte Macht stark genug sein kann, den kolonisatorisch-wirtschaftlichen Aufbau eines Landes zu bewältigen. Das meiste müssen privater Unternehmermut und privates Kapital leisten." *) Über dieses ergötzlich-kümmerliche Saltomortale des Denkens hinaus gibt es keine Probleme. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die „Leistungen des privaten Kapitals" im Prozeß des Palästinaaufbaus werden nicht etwa sachlich geprüft, ihr Gegebensein nicht etwa erwiesen, die Gründe für die Tatsache des Unterbleibens „vieler lebenswichtiger Unternehmungen" nicht einmal ernstlich untersucht. Auch was die sogenannte „Erkenntnis" von der „Unzulänglichkeit einer zentralisierten Macht" für den Aufbau anbetrifft, so glaubt man wohl, sich mit so oberflächlichen Begründungen begnügen zu dürfen.

Wollen wir diese Methode der „privaten Initiative" kritisch betrachten, um festzustellen, welche Rolle ihr für die Lösung des Kapitalproblems der Jewish Agency zufallen kann, so sollen dabei alle „ideologischen" Argumente oder „prinzipiellen" Bedenken beiseite gelassen werden. Mögen sie an und für sich gesehen zu Recht bestehen oder nicht — jedenfalls entheben sie angesichts der augenblicklichen schweren Lage unserer Bewegung niemanden der Verpflichtung, Vorschläge und Pläne auch ohne doktrinäre Belastung zu prüfen. In der gegenwärtigen Stunde gibt es keinen größeren Idealismus als eine von Vorurteilen und Rücksichten in gleicher Weise freie realistische Erforschung des Gegebenen und des Möglichen.

Vorerst muß dabei konstatiert werden, daß selbst die radikalen Anhänger der privatwirtschaftlichen Kapital- und Kolonisationspolitik, ihre Methode nicht auf den ganzen Umkreis der Aufgaben erstreckt wissen wollen, die die Palästinasiedlung stellt. Es erwächst für sie daraus die Notwendigkeit, wenigstens neben die „private Initiative" andere Methoden der Kapitalaufbringung zu stellen, mit deren Hilfe Notwendigkeiten bewältigt werden sollen, die das private Kapital weder jemals auf sich genommen hat, noch auf sich nehmen könnte. Diese außerhalb

*) Binjan Haarez-Mitteilungen Nr. 8/9, S. 64.

seines Aufgabenkreises fallenden Komplexe sind von zweierlei Art. Unter die eine Rubrik reihen sich alle die Werke und Aufgaben ein, die im Verlauf des normalen sozial-ökonomischen Entwicklungsprozesses eines Volkes Jahrhunderte hindurch der Gesellschaft als solcher, als einem handelnden Ganzen zugefallen sind, wie die Urbarmachung der Erde, die Aufforstung des Ödlandes, die Entsteinung oder Entsumpfung des Bodens, die Erschließung der entlegenen Flächen für den menschlichen Verkehr. In vielen sozialgeschichtlichen Formen, durch die genossenschaftliche Arbeit kolonisierender Großsippen oder durch die Frohn von Geschlechtern ganzer unterdrückter Stämme, von der Hand fleißiger Kirchenbrüder, die das Urdickicht rodeten, oder durch die zähe Energie der backwood-men sind diese mannigfachen Arbeiten getan, Wege gebaut, Äcker kulturfähig gemacht, Wälder gezogen worden. Unter die zweite Rubrik fallen alle die allgemeinen Bedürfnisse, deren Befriedigung auch in zivilisierten Gesellschaften und erschlossenen Gebieten der Willkür und der schwachen Kraft des Einzelnen entzogen und dem Staate als solchem als dem Sachwalter der allgemeinen Interessen überlassen werden. Derartige Interessen sind die Sorge für die sanitäre Kultivierung des Landes, die Sorge für die öffentliche Sicherheit, in den höchststehenden und reifsten der Staaten auch die Sorge für die allgemeine Erziehung und berufliche Ausbildung der heranwachsenden Generation. Die neuzeitliche Innenpolitik kennt das Wohlfahrtsministerium, die Schulpflicht, die moderne Polizei- und Milizorganisation. Beide Aufgabenkomplexe summiert ergeben für Neuland, das besiedelt werden soll, das, was man die „allgemeinen Bedingungen für die Kolonisation und die Volkswirtschaft“ nennt. Sie kommen bekanntermaßen für die Betätigungssphäre des privaten Erwerbsvermögens nicht in Betracht, weil sie wohl die wirtschaftlichen Möglichkeiten des ganzen Landes zu erhöhen, aber nicht sich selbst und gesondert zu verzinsen imstande sind, oder weil sie mit Umschlagsperioden des investierten Kapitals rechnen, die meist über die Kalkulationsfristen des privaten Unternehmens weit hinausgreifen.

Für diese Verwendungszwecke haben auch die radikalen Anhänger der „privaten Initiative“ die Notwendigkeit nationaler konzentrierter Fonds — wie etwa des Keren Hajessod — zugegeben. Was sie auszeichnet, ist die Tendenz, deren Wirksamkeit auf diese Zwecke zu beschränken, während jenseits dieser Auf-

gaben das heilige Reich des „freien Spiels der Kräfte“ beginnen soll. „Der Wirkungskreis des Keren Hajessod“, heißt es in dem erwähnten Kongreßaufruf, „ist gewissenhaft zu umgrenzen und den primären Postulaten des Aufbauwerkes dienstbar zu machen. Aus seinen Mitteln sind ausschließlich die Ausgaben für öffentliche Arbeiten (Straßen, Verkehrsmittel, Hafenanlagen, Aufforstungen usw.) zu bestreiten. Jede Verwendung für andere Zwecke ist strikte abzulehnen . . .“ *) Wenn man solche klaren Worte hört, kann man wohl im Zweifel sein, ob sie mehr einer äußersten Gewissenhaftigkeit in geschäftlichen Dingen oder mehr psychologischen Erwägungen entspringen. Niemand wird jedenfalls daran zweifeln, daß für jene „anderen Zwecke“, die so sorgsam vor der Einmischung öffentlichen Kapitals geschützt werden sollen, reichlich gesorgt ist. Wie steht es aber damit?

Nun, diese Frage wird zu einem guten Teil gar nicht mehr theoretisch, sondern durchaus empirisch, aus experimenteller Erfahrung beantwortet werden können. Und die Antwort lautet: Die „private Initiative“ hat bisher in Palästina auf der ganzen Linie, in der Landwirtschaft wie in der Industrie, vom Standpunkt des jüdischen Siedlungswerkes aus betrachtet, völlig versagt. Das kann gesagt werden, ohne die weitergehende Frage nach dem Werte der Leistung des privaten Unternehmers in bestimmten Entwicklungsstadien der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft auch nur zu berühren. Mögen diese seine historischen Leistungen im allgemeinen noch so hell strahlen, in der Geschichte der jüdischen Volkskolonisation in Palästina ist ihr Wert bis zum heutigen Tage beinahe gleich Null. Die ganz wenigen und verhältnismäßig sehr kleinen Unternehmungen, Banken, gewerblichen Betriebe, Handelsfirmen, die entstanden sind und sich ökonomisch so weit gefestigt haben, daß nicht mit ihrem Ableben ständig gerechnet werden muß, fallen vom Maßstab des großzügigen Aufbaus eines Landes aus gar nicht ins Gewicht. Mit unzweifelhaftem Recht hat Ruppin in seiner Rede vor der Karlsbader Jahreskonferenz, er, der gewiß keiner sozialistischen Vorurteile verdächtigt werden kann, über die zionistische „Legende von der Privatinitiative“ gesprochen.

Allerdings verlangen die zionistischen Anhänger dieser legendären Heiligen, der privaten Initiative, mehr, als selbst die gläubigen Katholiken von ihren Kalenderheiligen. Sie verlangen

*) Aufruf a. a. O. Punkt 3.

nicht nur, daß sie in dem ihr angemessenen Bereich und in den Grenzen ihrer bestimmten geweihten Fähigkeiten wirksam werde, sondern sie erwarten ihre Wunder ganz außerhalb aller objektiven Bedingungen und unabhängig von dem Vorhandensein gewisser unumgänglicher allgemeinwirtschaftlicher und sozialer Voraussetzungen. Ohne diese aber gibt es für das individuelle Erwerbskapital keine Möglichkeiten der Arbeit. Die Grundbedingung ist bekanntermaßen die Sicherheit oder wenigstens die kommerzielle Wahrscheinlichkeit des Gewinnes eines der weltwirtschaftlichen Lage gemäß durchschnittlichen Kapitalprofites. Alle anderen Voraussetzungen sind im Vergleich mit dieser gleichsam sekundärer Natur. Dazu bedarf es bestimmter Grundlagen in den Produktionsbedingungen, in Rohstoffbeschaffung, Kraftversorgung und Arbeitsmarktlage; es sind gewisse Marktgelegenheiten erforderlich, die von Kaufkraftschichtungs- und Währungsverhältnissen abhängig sind, ebenso wie „normale" Absatzmöglichkeiten, die sich auf Verkehrsmittel und Tarife stützen müssen. Solange diese Grundlagen nicht gegeben sind, die Hauptbedingung der durchschnittlichen Rentabilität also nicht erreichbar scheint, sind eben die Voraussetzungen für die Leistungen des Privatkapitals nicht gegeben. Während sie sich schnell und ungebeten einstellen, wo die allgemeinen Bedingungen der sozialen Wirtschaft ihm die Profitperspektiven eröffnen.

Merkwürdigerweise scheinen alle diese einfachen Erkenntnisse für diejenigen, die die Privatinitiative als Finanzierungsmethode des Palästinawerks propagieren, gar nicht zu existieren. Sonst könnten so naive Ideen wie die von Heinrich Margulies nicht so leichthin zum Ausdruck kommen. „Man muß die Gelder für Investments gesondert aufbringen", schlägt er vor, „also nicht als donations, gifts oder Maaßer, sondern wirtschaftlich. Und da die Möglichkeit gegeben ist, denn für Investments ist immer Geld zu bekommen, und da es einen anderen Weg nicht gibt, wäre es geradezu verbrecherisch, wollte man von ihm keinen Gebrauch machen." *) So einfach ist die Sache denn doch nicht. Ist tatsächlich für „investments immer Geld zu bekommen"? Ist nicht gerade dafür die Erfüllung jener Voraussetzungen wirtschaftlicher Natur notwendig, von denen wir gesprochen haben, und die im Palästina von heute, — der ein-

*) Heinrich Margulies, Die zionistische Finanzwirtschaft, S. 17. Die Sperrungen vom Verfasser dieser Schrift.

zigen Grundlage für unsere Kalkulationen — jetzt noch nicht gegeben sind?

Daß aber dem so und nicht anders ist, davon hätten sich Margulies und seine Genossen leicht durch einige elementare ökonomische Beobachtungen überzeugen können. Ein untrügliches A n z e i c h e n für die Bedeutung eines unerschlossenen Gebietes, vom Geschäftsstandpunkt des Privatunternehmers aus beurteilt, ist die Stärke der A n z i e h u n g s k r a f t, die es auf das i n t e r n a t i o n a l e Erwerbskapital und sein natürliches Investitionsstreben ausübt. Dieses Streben ist so tief in den Akkumulationsnotwendigkeiten des Kapitals verwurzelt, daß der Kampf um die Möglichkeiten, es zu verwirklichen, lange Stadien der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung hindurch zur auffallendsten Erscheinung ihres Kampfes um die Selbsterhaltung wird. Es bildet den ökonomischen Inhalt des politischen Imperialismus. Bekanntlich haben die letzten Jahrzehnte vor dem Ausbruch des großen Krieges von 1914 parallel der Zuspitzung der zwischenstaatlichen Konflikte auch eine gewaltige Verschärfung des Kampfes der Kapitalistenklassen der hochentwickelten Länder um die Anlagemöglichkeiten gebracht. Die Einengung der Märkte, als Absatzgebiete und Rohstoffreservoirs zugleich aufgefaßt, zwang damals das internationale Erwerbskapital dazu, auch relativ unscheinbare Verwertungsgelegenheiten zu erspähen, auf Bruchteile von Pfennigen genau zu berechnen und auszunützen. Von diesen Interessen getrieben „ging" das internationale Kapital in jenen Jahren in reichem Maße nach Ägypten, in das südliche Nachbargebiet Palästinas; sein Strom floß spärlicher auch in das nördliche Gebiet Syriens nach Beirut, Damaskus und dem Libanon; das Weltkapital schickte sich sogar an, mit einer gewaltigen Kraftanspannung an die Wiedererschließung des sagenhaften mesopotamischen Zweistromlandes zu gehen. Das eigentliche Palästina blieb davon — selbst als es noch ein Teil eines weiteren administrativen und politischen Einheitsgebietes war — nahezu unberührt. Ganz einzelne Gründungen, wie etwa die der deutschen Palästina-Bank (durch von der Heydt und Konsorten) waren, wenn wir von ihrem politisch-imperialistischen Hintergund absehen wollen, auch wirtschaftlich vorwiegend nur im Zusammenhang mit den größeren Aufschließungsarbeiten in Mesopotamien und den Bagdad-Bahn-Plänen gedacht.

Ein ähnliches Symptom ist wohl in der Anziehungskraft des Landes auf den Strom wandernder Arbeiterelemente zu erblicken. Sprechen wir dabei nicht von Ägypten, das zum Tätigkeits- und Lebensgebiet für viele Tausende und Zehntausende von italienischen, armenischen und griechischen Arbeitern geworden ist — aber auch das arme Syrien hatte in den Jahren vor dem Krieg neben einer relativ beträchtlichen Emigration eine „natürliche", ohne besondere Maßnahmen vor sich gehende Arbeitereinwanderung, zum Beispiel aus Algerien. *) Palästina kannte in der gleichen Zeit nicht nur keine freie, auf ökonomischen Gründen beruhende Einwanderung außer der jüdisch-nationalen, sondern eine verhältnismäßig bedeutende Emigration. Die Emigranten bestanden nicht nur aus eingeborenen Fellachen oder städtischen Arabern, deren Ziel Amerika war, nicht nur aus der Jugend der jüdischen privatwirtschaftlichen Plantagenkolonien, die nach Neuseeland oder Südafrika wanderte, sondern selbst die deutschen Templersiedlungen, die gewiß die stabilsten Positionen der palästinensischen Landwirtschaft bilden, stellten einen Teil des Emigrantenkontingents, z. B. für Ostafrika.**) Auch nach dem Kriege zeigt übrigens die Statistik der britischen Verwaltung genau das gleiche Bild.

Die Gründe für diese Erscheinungen, die dem Sachverständigen genug sagen, kann man leicht in volkswirtschaftlichen Tatsachen der Landesbedingungen finden, die eigentlich jedes Kind wissen muß, über die aber die zionistischen Verteidiger der „privaten Initiative" sich einfach hinwegsetzen zu können glauben. Es ist kaum anzunehmen, daß der nur geschäftlich interessierte Privatunternehmer trotz „all seinem Wagemut, seinem Fleiß, seiner Findigkeit und seinem Ehrgeiz" mit bedeutendem Kapital in ein Land „geht", das eben unter den Bedingungen, in denen es sich gegenwärtig befindet, seiner Findigkeit nur engen Spielraum läßt, seinem Ehrgeiz nur kleine Ziele zu zeigen vermag, seinen Wagemut tollkühn erscheinen läßt und seinem „Fleiß" nicht die Früchte verheißt, die er an anderen Orten mühelos (mit der Couponschere) pflücken kann. Ein solches

*) Vgl. die Rede des Abg. Albin Rozet, des Berichterstatters der Kommission für die Reform des Indigenats in Algerien, in der französischen Kammer, am 20. 6. 1912. Es heißt dort unter anderem: „Es ist Tatsache, daß aus dem Bezirk Setif Tausende Algerier emigrieren. Aus Tlemcen sind im vergangenen Jahre in einem Monat 1200 Eingeborene ausgewandert. Das Ziel der Auswanderer ist Syrien . . ."

**) Veit Valentin, Kolonialgeschichte der Neuzeit. S. 209.

Land ist aber das Palästina von heute. Das Palästina von heute ist ein Land, dem zunächst der Nährboden für eine nennenswerte privatkapitalistische Entwicklung, der aufnahmefähige innere Markt, der sich meist auf eine mehr oder minder kaufkräftige landwirtschaftliche Bevölkerung stützt, oder das aufnahmefähige Hinterland noch fehlt, — es ist unaufgeschlossen, dünn bevölkert, öde, ein Gebiet armer, bedürfnisloser, primitiv lebender und wirtschaftender Bevölkerungsmasse, am Rande unaufgeschlossener und wüster Länder gelegen. Weist man demgegenüber auf die klimatisch angezeigten Exportmöglichkeiten hin, so ist zu bedenken, daß die Erzeugnisse Palästinas, die bisher für die Ausfuhr in erster Reihe in Betracht gekommen sind, nicht Produkte hohen volkswirtschaftlichen Grenznutzens sind, wie etwa die Bekleidungsrohstoffe oder die lebenswichtigen Nahrungsmittel. Die Erzeugnisse, die wir auf dem Weltmarkt anzubieten haben, Orangen, Wein, Mandeln, sind in hohem Grad Luxuserzeugnisse, deren Absatz eben deshalb gerade von jeder Schwankung im Wirtschaftsbarometer der nördlicheren Länder abhängig ist. Eine derartige Produktion ist aber eine schmale Basis für eine Volkskolonisation ebenso wie für eine privatwirtschaftliche Erschließung in nennenswerten Maßen. Dazu kommt, daß das Fehlen von Kohle, Eisen oder Petroleum in Palästina eine auf moderner Technik aufgebaute Produktion noch besonders erschwert, obwohl wahrscheinlich dieses Moment, wie man am Beispiel mancher Mittelmeergebiete sehen kann, leichter wiegt als die anderen. Rechnet man die hohen Preise für Grund und Boden und den Mangel an jeglichem Zollschutz in Palästina dazu, so ergibt sich, daß das private Kapital unter den heute gegebenen Bedingungen, ohne auch nur die Sicherheit einer durchschnittlichen Rentabilität zu besitzen, arbeiten müßte. Dieser Chance steht ein Verlustrisiko gegenüber, das im Vergleich zu dem unter europäisch-amerikanischen Verhältnissen normal gegebenen, unverhältnismäßig stark erhöht ist, während im Geschäft der merchant adventurers wenigstens hohes Verlustrisiko und hohe Gewinnchance sich die Wage hielten.

Diese objektiven Faktoren sind es, die unter den obwaltenden Umständen eine großzügige und aussichtsreiche Tätigkeit privatkapitalistischer Initiative im Lande ausschlossen und noch heute ausschließen — und nicht fehlende „Aufklärungen" oder etwa die „Angst vor der sozialistischen Gefahr". Das Kapital hat nicht gewartet, bis es vom Kongo oder von den Sunda-Inseln

Aufklärungen von „Wirtschaftsausschüssen“ erhielt, sondern hat sich die nötigen Informationen selbst zu verschaffen gewußt. Es hat sich nicht einmal gefürchtet, in Sowjetrußland mit großen Investitionen zu beginnen, sobald nur die Profitperspektiven sicher genug schienen. Solange aber die Bedingungen Palästinas so bleiben, wie sie gegenwärtig sind, werden weder „Wirtschaftsausschüsse“, noch ermunternde Kongreßbeschlüsse, noch Toleranzedikte von Seiten gutwilliger Arbeitervertreter viel bewirken können. Abstrakte Beschwörungsformeln, wie die Lichtheims, der in bezug auf die Industrie meinte, gerade in einem Neuland, wie Palästina, könne nur der private Unternehmungsgeist das Risiko der Neugründung tragen und sich ein Absatzgebiet erkämpfen,*) und was dergleichen Redensarten mehr sind, müssen jedenfalls vollkommen fruchtlos bleiben.

Dazu kommen noch die sehr bedeutsamen Fragen der jüdischen Arbeit und der zureichenden Kreditorganisation, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Privatinitiative entstehen müssen und die vom Standpunkt einer nationalen Kolonisation betrachtet, in echte circuli vitiosi hineinführen, aus denen kaum ein Weg ins Freie sichtbar wird. Erster circulus vitiosus: Ohne jüdische Arbeit ist es undenkbar, unser nationales Siedlungsziel, wie auch immer man es fassen mag, in die Wirklichkeit umzusetzen. Das private Kapital aber wird immer, zur Sicherung seiner Rente, zur billigeren Arbeitskraft tendieren müssen, die bekanntlich auch in Palästina die eingeborene, also die nichtjüdische ist. Obwohl diese Tendenz unsere Kolonisation in ihrem Wesen gefährdet, stellt sie sich doch notwendigerweise immer wieder ein, umso mehr, als die Lohnsumme in Palästina zu den wenigen stark variabeln Produktionskostenfaktoren gehört, während die übrigen (Rohstoffpreise, Frachten, Kraftkosten usw.) der willkürlichen Normierung beinahe völlig entzogen sind. Die Erfahrungen aus der Geschichte unserer privatwirtschaftlichen Plantagen- und Ackerbaukolonien sprechen in dieser Hinsicht eine Sprache, die an Deutlichkeit nicht überboten werden kann. Zweiter circulus vitiosus: Auch der begeistertste Verteidiger der privatwirtschaftlichen Finanzierungsmethode unseres Siedlungswerkes wird zugeben müssen, daß die fruchtbare Arbeit des Privatkapitals im Lande von dem Vorhandensein einer den Bedürfnissen entsprechenden Kreditorganisation abhängig ist. Es ist naiv, anzunehmen, daß gerade unter den

*) Lichtheim, a. a. O. S. 18.

unentwickelten Verhältnissen Palästinas, die lange Zahlungsfristen, Umschlagsperioden, Lieferzeiten zur Folge haben, die Unternehmungen ohne ausreichende Kredithilfe arbeiten können. In Betracht zu ziehen ist hierbei nicht nur der langfristige Anlagekredit, sondern auch der riskante und kurz bemessene Betriebskredit in allen Formen für Industrie, Handel und Handwerk. Der Bericht, den die zionistische Exekutive an die Karlsbader Jahreskonferenz erstattet hat, stellt ausdrücklich fest, daß die konkreten Folgen der Unmöglichkeit, die geplante Handels- und Industriebank zu verwirklichen, sich deutlich eingestellt haben. „Es ergab sich hieraus," heißt es dort, „die mißliche Lage, daß viele Industrielle, besonders solche aus Osteuropa, die mit Maschinen und manchmal auch mit einem kleinen Kapital hier Industrien gründen wollten, aus Mangel an Kredit ihre Pläne nicht verwirklichen konnten."*) Man kann bezweifeln, ob mit der Bank die „vielen Industriellen, besonders aus Osteuropa", mit ihren Plänen Erfolg gehabt hätten, ohne sie ist ihre Tätigkeit auch im kleinsten Maßstab schwer gehemmt. Es besteht aber Übereinstimmung darüber, daß die notwendigen Kreditinstitute — wenigstens vorläufig — nur aus kollektiven Mitteln geschaffen werden können, so daß die Aufbringung der nationalen Mittel für diese Gründungen das primäre Problem darstellt, nach dessen Lösung erst die private Initiative mit ihrem Wirken einsetzen könnte.

Galten alle die angedeuteten Argumente für die Zeit vor dem Kriege, die in ihrer Scheinblüte einen relativen Überfluß an anlagesuchendem „billigem" Kapital zeigte, so sind sie noch weit stärker gültig für die Gegenwart. Zwischen jenen Jahren und der Gegenwart liegen der große europäische Krieg und die Revolutionen, die mit Hilfe eines überspannten öffentlichen Kredits ihren gewaltigen unproduktiven Konsum — das was man heute die „Unkosten" des Krieges und der Revolution nennt, — befriedigten. Dadurch, daß große Teile des Privatkapitals auf diese Weise in die öffentliche Gewalt übergingen, um, ohne ersetzt zu sein, in kurzer Zeit als Munition, Armee-Ernährung, Kriegspressepropaganda, Ausrüstung usw. verzehrt zu werden, ist ein großes Vakuum im verfügbaren Gütervorrat der Welt entstanden. Sein Ausdruck sind die Kapitalknappheit und die Kreditnot, die in den letzten Jahren sich bemerkbar gemacht haben. Auf der anderen Seite sind riesige Investitionsmöglichkeiten durch Krieg und Re-

*) Bericht der zionistischen Exekutive an die Jahreskonferenz 1922.

volution selbst „geschaffen" worden. Nordwestfrankreich, Mitteleuropa, die Randstaaten müssen wieder aufgebaut, das beinahe noch nicht übersehbare Anlagegebiet Rußlands erschlossen werden. Aufgaben, die einen starken Anreiz auf das private Kapital ausüben. Die Folge davon ist das im ganzen großen stark gestiegene Niveau des Zinsfußes, selbst in den alten Ländern Europas. Die Durchschnittsprofitchance muß damit eine Höhe erreichen, die es noch unwahrscheinlicher macht, daß in der Gegenwart Palästina privates Erwerbsvermögen anzuziehen imstande wäre.

In der Tat haben unsere Erfahrungen in bezug auf die Entwicklung der privaten Unternehmungen in Palästina im Laufe der Nachkriegsjahre diese Erkenntnisse nur bestätigt. Nicht nur, daß die wenigen Ansätze zur Gründung von Industrien oder Handelshäusern und die Versuche des Vertriebs von Aktien palästinensischer Banken garnicht ins Gewicht fallen, wenn von der Finanzierung der Palästinakolonisation die Rede ist, die im Verlauf weniger Jahrzehnte den Bestand unserer „nationalen Heimstätte" sichern soll. Nicht nur, daß die einzelnen Unternehmungen so kleine Maße aufweisen, daß sie selbst nur als Reservoirs für eine stärkere Einwanderung kaum in Betracht kommen. Die Zusammenhänge zwischen Betriebsgröße und dem gegebenen Bedarf, vorzüglich dem am inneren Markt auftretenden, sind so offenbar, daß im Gegenteil diejenigen Unternehmungen am wenigsten Aussichten auf Dauer haben, die auf palästinensische Verhältnisse amerikanische Manieren übertragen und so ihre Geschäftsführung vom ersten Tage an mit gewaltigen faux frais, Generalkosten usw. belasten. (s. Kedem-Baugesellschaft u. a.) Auch wollen wir nicht in Betracht ziehen, daß das ökonomische Schicksal des Wenigen, was in diesen Jahren entstanden ist, noch völlig ungewiß ist. Will es doch beinahe scheinen, als ob die latente ökonomische Krisis, die die Existenz der privatwirtschaftlichen Betriebe in der palästinensischen Landwirtschaft beherrscht, auch für die städtisch-industriellen Versuche unter den gegenwärtigen Bedingungen charakteristisch werden soll. Was aber vor allem für die Entwicklung in den Nachkriegsjahren wichtig ist, ist die Tatsache, daß die sogenannten Investments, die gemacht worden sind, und die Unternehmungen, die auf Grund dessen entstanden, durchweg den Stempel des „nationalen Idealismus" oder der philantropischen Hilfsaktion an sich tragen. Ihr ganzes Geschäftsgebaren legt davon deutlich genug Zeugnis ab.

So deutlich, daß vor dieser Argumentation auch die geschworenen Verteidiger der privatwirtschaftlichen Finanzierung auf den strategischen Rückzug angewiesen sind. Sie führen ihn aus, indem sie plötzlich die folgenden überraschenden Feststellungen machen: „Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß einerseits der Weltmarkt für die Investierung von Kapitalien bessere und sicherere Möglichkeiten eröffnet und daß andererseits in Palästina die Gründergewinne eine gesetzliche Beschränkung zu erfahren haben. Wer als jüdischer Kapitalist Geld in Palästina investiert, tut es nicht, um die höchste Gewinnchance auszunutzen, er tut es letzten Endes ebenso wie wenn er zum Spendenfonds beisteuert, aus jüdischem Herzen und aus Interesse für das Land."*) Damit werden denn endlich das Erwerbsstreben des privaten Kapitals und die Gewinnaussichten, die sich dem Einzelnen bieten, eingestandenermaßen auf „idealistische Motive" und sentimentale Grundlagen zurückgeführt. Es ist der verschleierte Bankrott der „privaten Initiative", der hier eröffnet wird und der notwendigerweise eröffnet werden mußte, nachdem man vergeblich versucht hatte, die Heilige durch Peinigungen und logische Torturen zu Wundern zu zwingen, die garnicht in ihre kanonische Kompetenz fallen. Selbstverständlich kann gar keine Rede davon sein, daß unter den Umständen, die Kollenscher selbst schildert, das private Kapital die Funktion im Palästinaaufbau erfüllt, die ihm eigentlich zugedacht war, nämlich die, die bewegende und führende Kraft für eine jüdische Großkolonisation zu schaffen. Wenn der Weltmarkt in der Tat bessere und sicherere Möglichkeiten für Investments eröffnet, so wird man nicht erwarten können, daß der Strom der Anlagekapitalien sich einem Ort schlechterer und unsicherer Investition zuwendet. Wohl ist es möglich, daß dann — wie bisher auch — philantropische Brocken oder idealistische Bissen zu uns unter den Tisch geworfen werden, an der reichbesetzten Tafel der kapitalistischen Weltmahlzeit nehmen wir jedoch keinen Anteil. Die Hoffnungen, die darauf gesetzt waren, schlugen fehl, denn sie gingen von falschen oder ungenügenden Voraussetzungen aus.

Deshalb sind auch die Reformpläne, die in letzter Zeit von Verteidigern der privaten Initiative zur Reorganisation des Keren Hajessod gemacht worden sind, so unzureichend und unbefriedigend. Man kann der Meinung sein, der Keren Hajessod würde

---

*) Kollenscher, a. a. O. S. 22.

„viel Nützlicheres leisten und in weit gewaltigerem Umfange Kapital erhalten, wenn er wirklich und nicht nur zum Schein eine private Landgesellschaft werden würde, deren Zertifikate auf der Börse gehandelt, stets verkauft und regelmäßig verzinst werden".*) Wenn man aber in demselben Atemzug fortfährt und sagt, selbstverständlich seien hohe kapitalistische Gewinne nicht der Zweck der Übung und es müßte von den shareholders verlangt werden, „daß sie sich mit einem bedeutend niedrigeren Zinsfuße begnügen, als sie ihn auf dem Geldmarkt mühelos erzielen könnten", so muß, abgesehen davon, daß dem „Reorganisator" die Beweislast für eine sichere Verzinsungsmöglichkeit der Anteile einer derartigen Landgesellschaft obliegt, das negative Ergebnis seiner Bemühungen ohne weiteres einleuchten. Im besten Falle könnte ein solcher Vorschlag die Spendengeber veranlassen, ihre donations im Hinblick auf die in Aussicht stehende niedrige Dividende um ein gewisses Maß zu erhöhen, in keinem Falle genügt er, um das Problem der Kapitalaufbringung für den Palästinaaufbau durch diese Methode als gelöst erscheinen zu lassen.

In dem Augenblick aber, wo sich auch den zionistischen Verteidigern der „privaten Initiative" die Überzeugung aufdrängt, daß dem Kapital, solange die heute in Palästina gegebenen Bedingungen gelten, die Rentabilität nicht gesichert werden kann oder darf, die es ohne übermäßige Anstrengung auf dem Kapitalmarkt der Welt erreichen kann, stehen sie eigentlich vor einem beängstigenden Dilemma. Für den liberalen Ökonomen ist ja die Rentabilität viel mehr als eine gesellschaftliche Machttatsache, sie fungiert in seinem Denken als Anzeiger sozialökonomischer Notwendigkeiten und Möglichkeiten. Glaubt er an die Lehre der liberalen Ökonomie und besitzt er die Strenge des Denkens, die leider unseren Apologeten des „freien Spiels der Kräfte" abgeht, so muß er den Plan einer großzügigen Palästinakolonisation so lange zurückstellen, bis entweder mit einer Veränderung der palästinensischen Wirtschaftsbedingungen eine neue Situation geschaffen ist oder aber bis mit der Zunahme des Kapitalreichtums der Welt der Zinsfuß am freien Markt auf ein Niveau zurückgesunken ist, das dann auch die palästinensische Investition als aussichtsreich erscheinen lassen mag. Konsequente und überzeugte bürgerliche Theoretiker sind bei anderen Gelegenheiten

*) Leopold Loewenthal, Zur Reorganisation des Keren Hajessod Binjan Haarez, Mitteilungen 8/9, S. 62.

faktisch zu ähnlichen Schlüssen gelangt. So meint z. B. Prof. Gustav Cassel wirklich und wahrhaftig, die Tatsache, daß die Bereitstellung von Wohnhäusern in den europäischen Ländern mit desorganisierter Volkswirtschaft und zerrütteter Währung keine genügende Rentabilität aufweise, sei genügender Beweis dafür, daß es volkswirtschaftlich dringendere Anlagemöglichkeiten oder Notwendigkeiten gäbe. Er wendet sich deshalb sowohl gegen die staatlichen Baubeihilfen wie gegen die administrativ herbeigeführte Niedrighaltung der Wohnungsmieten und ist damit einverstanden, daß das Investitionsgebiet des Häuserbaus solange zurückgestellt wird, bis die anderen Anlagekanäle genügend bewässert sind. Wenn also die zionistischen Anhänger der kapitalistischen Finanzierungs- und Kolonisationspolitik vor diesen Konsequenzen zurückweichen — oder verspüren sie Lust, die Wartezeit auf sich zu nehmen? —, so ist zweierlei möglich. Entweder sie haben ihre Fibel schlecht gelernt — oder sie halten ihre orthographische Wahrheit für so unzureichend und lückenhaft, wie wir selbst, und sehen sich gleich uns nach neuen Methoden der Kapitalaufbringung für den Palästinaaufbau um. Daß außerdem diese Herren bei ihrer — zweifelhaften — Fibel stehen geblieben sind, während seit ihrer ersten Auflage die weltwirtschaftliche Entwicklung mit großen Schritten weitergegangen ist und aus den Elementen der Fibel große Werke und neue Lehren geschaffen hat, werden wir noch festzustellen haben.

Mit wie geringem Rechte übrigens de facto die privatwirtschaftliche Rentabilität als Anzeiger volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten anzusehen ist, wird uns deutlich durch die Erfahrung in den beiden Erwerbszweigen erwiesen, in denen das kapitalistische Unternehmen in Palästina im Laufe der letzten Jahre scheinbar doch Fuß gefaßt hat, im Bauunternehmen und im Importgeschäft. Was zunächst das B a u g e s c h ä f t anbetrifft, so steht ohne Zweifel fest, daß es in dieser Zeit mehreren Tausenden von Arbeitern Lebensmöglichkeiten eröffnet, auf diese Weise als Reservoir für die aus den öffentlichen Arbeiten Abströmenden fungiert und eine weitere Kreise umfassende Erwerbslosigkeit verhindert hat. Und dennoch. Wir haben oben beispielsweise eine Meinungsäußerung Cassels wiedergegeben, die im gegenwärtigen Augenblick die Bereitstellung von Wohngebäuden in Mittel- und Osteuropa als eine Aufgabe von sekundärer volkswirtschaftlicher Dringlichkeit betrachtet. Diese

Meinung wird geäußert, obwohl die Länder, von denen die Rede ist, Gebiete eines gewissen Reifegrades wirtschaftlicher Entwicklung darstellen, mit dem sich Palästina nicht im entferntesten vergleichen kann. Kann man demgegenüber daran zweifeln, daß die Investierung von, wie es heißt, über 1 000 000 £ in den städtischen Häuserbau in Palästina eine Tatsache bedeutet, die sich volkswirtschaftlich nur schwer rechtfertigen läßt? Ist es nicht offenbar, um wieviel dringlichere Aufgaben mit Hilfe dieser Mittel für die Fundierung der landwirtschaftlichen Kolonisation oder des Handwerks hätten erfüllt werden können und sollen? Dazu muß man in Rechnung stellen, daß die palästinensisch-jüdischen Städte nur in einem sehr geringen Maße Produktionsstandorte oder Erwerbsmittelpunkte darstellen, zu viel größeren Teilen Rentner-, Beamten-, Erziehungszentren sind. Ferner kommt hinzu, daß das in den städtischen Häuserbau investierte Kapital für relativ lange Zeiträume festgelegt ist und nur in den kleinen Quoten der Mietpreise und Hypothekenzinsen in die Zirkulation zurückströmt.

Das Importgeschäft basiert in diesen Jahren vorwiegend auf dem Valutadumping, wobei der sehr hohe Wert der ägyptischen Valuta, die für Palästina Zwangskurs hat, als einfuhranreizender Faktor zu werten ist. Aus diesem Grunde wird eine Einfuhr möglich, die allein der Menge nach über die nationalökonomisch begründete Aufnahmefähigkeit des Landes hinaus aufgebläht ist. Qualitativ handelt es sich vielfach um einen Ramschimport, wie er in irgendwelchen levantinischen Küstengebieten nicht schlimmer gedacht werden kann, und der eine verheerende Wirkung auf die Konsumgewohnheiten des Jischuws ausübt. Daß überdies dadurch viele Versuche — in einem durch keinen genügenden Zoll geschützten Lande — eine einheimische Produktion von wichtigen Bedarfsgütern zu schaffen, im Keim erstickt werden, liegt klar auf der Hand.*) Unter dem Gesichts-

*) Vgl. dazu Haarez, vom 22. Februar 1923, ebenso „Mis'char Weta assija", in dem Aufsatz „Wirtschaftsmoral", der auch viele Beispiele bringt. „Vor ungefähr anderthalb Jahren ist in Jaffa eine Möbelfabrik gegründet worden, deren Erzeugnisse zweifellos mit der österreichischen und tschechoslowakischen Industrie konkurrieren können. Aber die ansässigen Kaufleute weigern sich, die Produkte dieser Fabrik in ihre Bestände aufzunehmen. Die Ursache dafür ist einfach: Der Verkauf der Möbel dieser Fabrik kann ihnen nur einen Profit von 20% einbringen — und nicht mehr. Ein importierter Stuhl kostet den Händler 25 Piaster Fabrikpreis, 35 Piaster bis zum palästinensischen Verkaufsort. Einen solchen Stuhl verkauft er für ungefähr 70 Piaster, während die einheimische Fabrik für einen Stuhl 55 Piaster fordert und ihm so nur die

punkt einer Konsolidierung unseres nationalen Siedlungswerkes im Lande erscheinen so die beiden relativ erfolgreichen städtischen Betätigungsgebiete der privaten Initiative gleich problematisch.

Aus alledem ist eindeutig der Schluß zu ziehen, daß für das Entwicklungsstadium unserer Kolonisation, in dem die Jewish Agency die Führung des Aufbaus zu übernehmen hat, die private Initiative als die kapitalpolitische Methode nicht in Betracht kommen kann. Dafür müßten erst volkswirtschaftliche Bedingungen geschaffen sein, von denen die Rentabilität, die Grundvoraussetzung für ihr Wirken, abhängig ist. Eine wesentliche dieser Bedingungen wäre eine Verdichtung des inneren palästinensischen Marktes und eine dementsprechende Erweiterung seiner Kaufkraft. Sie kann nur durch eine größere Einwanderung bewirkt werden. Diese größere Einwanderung muß finanziell ermöglicht und durch Schaffung produktiver nationaler Arbeitspositionen fundiert und festgehalten werden. Eine zweite Bedingung wäre die Erreichung eines bestimmten Reifegrades relativer Kapitalisierung des Landes, auf der allein das private Kapital imstande wäre, weiter zu bauen. Vergesse man doch nicht, daß die kapitalistische Unternehmung auch in Europa weder in der Steppe, noch im Urwald, noch in der Wüste aus dem Boden geschossen ist, sondern langsam aus einem Nährboden erwuchs, der durch langandauerndes und zähes Schaffen ganzer Generationen in anderen Wirtschaftsordnungen und Produktionsformen gedüngt war, und angehäufte Sachgütervorräte, Kraftmassen, erschlossene Energiequellen in sich enthielt. Ist man sich darüber klar, daß für die Schaffung dieser Voraussetzungen das private Kapital — wohlgemerkt unter Voraussetzung palästinensischer Verhältnisse, nicht der Verhältnisse des Mississippitales — völlig ungeeignet

Möglichkeit eines Verdienstes von 15 Piastern gibt . . . Ein weiteres Exempel: Eine kleine Stiefelwichsefabrik in Jerusalem. Der Besitzer dieser Fabrik, ein durchgebildeter Fachmann, hatte aus Europa eine große Quantität Rohstoffe und die erforderlichen Büchsen mitgebracht und war an die Arbeit gegangen. Er produzierte an die fünf oder sechs Sorten farbiger Wichsen von sehr guter Qualität. Aber er konnte auf keinen Fall am heimischen Markt Fuß fassen, weil die Kaufleute sich nicht mit den geringen Prozentsätzen begnügen wollten, die er ihnen bot und ausschließlich die ausländische Stiefelwichse vertrieben . . . Es ist möglich, diesen Beispielen die Namen von vielen verschiedenen Fabriken hinzuzufügen, die in der lokalen Produktion aufgetaucht sind, sich kurze Zeit erhalten haben und nach schwerem Kampf geschlossen werden mußten." usw.

ist, so wird die Aufmerksamkeit notwendigerweise auf andere Methoden und Wege der Kapitalpolitik konzentriert werden müssen. Es wäre jedenfalls nicht zu verantworten, wollte sich die Jewish Agency so augenfälligen Tatsachen verschließen und utopischen Wunschphantasien nachjagen. Es wäre mehr als ein Verbrechen, es wäre ein Fehler. Daß vollends mit organisatorischen „Rekonstruktionen", wie der geplanten, aus Notabeln und Großjuden gebildeten Körperschaft, den objektiven Bedingungen nicht beizukommen ist, hätte man schon aus dem kleinen Beispiel des Economie Board lernen können.

Insbesondere muß die zionistische Arbeiterbewegung endlich aufhören, sich immer wieder von derartigen Illusionen gefangen nehmen zu lassen. Mehr als zehn Jahre sind vergangen, seitdem Jizchak Wilkanski in seiner Aufsatzreihe „In Erwartung des Kapitals" für die landwirtschaftliche Kolonisation den ganzen Tatsachenkomplex klargestellt hat, dessen Konsequenzen nicht etwa auf die Sphäre der agrarischen Produktion beschränkt werden können. Auch eine überstürzte Bereitschaft der zionistischen Arbeiterschaft zu Frieden, Verständigung, nationaler Arbeitsgemeinschaft, wird diese Konsequenzen nicht umzustoßen imstande sein. Dadurch aber, daß sie schon allzulange den Losungen der Laissez-faire-Leute gegenüber, entgegen ihrer klaren und besseren Einsicht, passive Neutralität gezeigt hat, trägt sie selbst zu einem gewissen Teil die Verantwortung dafür, daß die Entscheidung für die notwendigen neuen Bahnen und Methoden der zionistischen Kapitalpolitik nicht schon rechtzeitig und in aller Eindeutigkeit erfolgt ist.

## III.

# Die zionistischen Spendenfonds.

Indessen ist das absolute Vakuum in Geldaufbringung und praktischer Arbeitsmöglichkeit, das unbedingt hätte eintreten müssen, wenn man sich völlig der tatenlosen Erwartung des Privatkapitals überlassen hätte, dadurch vermieden worden, daß de facto eine andere Methode der Finanzierungspolitik geübt wurde, die weit aktivere Energien entfesselte und zu relativ bedeutenden Ergebnissen führte. Diese Methode besteht ihrem Inhalt nach in der Konzentrierung und Bereitstellung öffentlichen Kapitals vermittels der Anspannung der nationalen Opferkraft. Seit die Palästinakolonisation sich auf der breiten, tragfähigen Basis einer nationalen Bewegung der Juden aufbaut, ist ja in der Tat nichts natürlicher und folgerichtiger, als dieser starke Appell des Zionismus ans Volk, aus seiner elementaren Kraft heraus die Mittel zu schaffen, die für das Aufbauwerk im Lande erforderlich waren. Die erforderlichen Mittel müssen umso größer sein, je bewußter die Kolonisation sich auf die Grundlage der mittellosen Arbeitereinwanderung einstellt. Sie sollen also aus freiwilligen Beiträgen von Juden aller Länder gesammelt werden, die in große nationale Spendenfonds zusammenströmen und zu Trägern der Finanzierung des Palästinaaufbaus werden. Aus derartigen Volksfonds, für die die Rentabilitätsrücksichten zum mindesten von sekundärer Bedeutung sein dürfen, sollen alle Aufwendungen bestritten werden, die eine systematische Siedlungsarbeit verlangt. Der leitende Gesichtspunkt für ihre Verwendung bleibt immer der der Notwendigkeiten der nationalen Kolonisation; ihnen werden alle anderen, konsequenterweise auch die strenge Sonderung zwischen unmittelbar rentierenden Anlagen (investments) und nur allgemein volkswirtschaftlich rentierenden Ausgaben untergeordnet. Während so vom nationalen Kapital Aufgaben übernommen und ausgeführt werden, an die die private Initiative niemals herangehen würde, füllt es — wie beispielsweise die Gründung der allgemeinen Hypothekenbank in Palästina im vorigen Jahre zeigen mag —, auch die Lücken aus, die sich im

ureigensten Bereich privatkapitalistischer Betätigung unliebsam bemerkbar machen. Ihrer äußeren Konstruktion nach vermögen also diese nationalen Sammelkapitalien alle Aufgaben zu umfassen, die der Palästinaaufbau überhaupt stellt.

Es ist ohne weiteres klar, daß diese Methode der Kapitalpolitik, die sich auf die große, opferbereite nationale Anstrengung begründet, besonders stark und eng mit den Gedanken und Anschauungen verknüpft ist, die der Zionismus im allgemeinen vertritt. Sie bedeutet eigentlich nichts anderes, als den Gedanken der Selbsthilfe und Autoemanzipation der um ihre Freiheit kämpfenden jüdischen Volksmasse auch auf das Gebiet der Kapitalaufbringung für das nationale Siedlungswerk übertragen. Nicht aus dem Profitinteresse des Einzelnen, sondern aus der gewaltigen nationalen Initiative, die die Befreiungsbewegung der jüdischen Massen in jedem Fall fordert, aus einer gesteigerten nationalen Verantwortlichkeit, Opferwilligkeit, Selbstbesteuerung der Gesamtheit, soll dieses Siedlungswerk entstehen, von dem die Zukunft der nationalen Gesamtheit abhängig ist. Dazu kommt noch, daß die Art und Richtung der Wirksamkeit nationalen Kapitals den sozialen Idealen und Traditionen, die auf dem Grund unserer Nationalbewegung, wie jeder urwüchsigen Volksbewegung, ruhen, und — besonders in ihrem ersten Sturm und Drang — stark zum Ausdruck kommen, besonders gemäß ist. Verbürgt doch das nationale Kapital allein die Sicherung der Siedlungsarbeit gegen einen Mißbrauch auf Kosten von Lebensinteressen des Ganzen. Wird es doch vor allem dafür verwandt, den Boden als die unerläßliche Grundlage einer Großkolonisation dem freien Gemeineigentum der Nation zu sichern, auf diesem Wege die Spekulation und die Latifundienbildung, das Grundrentenmonopol und die ungehemmte, von individuellen Interessen bestimmte sachrechtliche Verfügung über nationalen Boden, private Wertzuwachsakkumulation auszuschalten; stellt es doch als Arbeitgeber ein notwendiges und sozial nützliches Gegengewicht und einen sicheren Schutz für die nationale Arbeit gegenüber dem privaten Unternehmertum dar; und eröffnet es doch jedem arbeitenden Volksgenossen die Perspektive einer gesicherten Zukunft in einer Volksgemeinschaft von Freien und Gleichen. Aus dieser unlöslichen Verkettung nationaler und sozialer Ideen schöpft die Finanzierungsmethode der nationalen Fonds ihre besondere und schlechthin unvergleichliche Kraft, die nicht an der absoluten Summe des zahlenmäßigen

Endresultats zu messen ist, sondern nur an der Macht des Kollektivwillens, die darin zum Ausdruck kommt.

Schon dem ersten Baseler Zionistenkongreß lag bekanntlich ein Entwurf Herrmann Schapiras vor, der die Bildung eines solchen „Allgemeinen Jüdischen Fonds" beantragte. „Zwei Drittel dieses Fonds sollten ausschließlich zum Erwerb von Grund und Boden, das letzte Drittel zu dessen Erhaltung und Kultivierung verwendet werden. Der erworbene Boden durfte nicht veräußert, sondern sollte an Juden im Wege der Erbpacht vergeben werden." (Böhm.) Aber erst vom fünften Kongreß, der 1901 tagte, wurde die formelle Konstituierung des jüdischen Nationalfonds durchgeführt, der, in der Zeit bis zur Balfour-Deklaration aus kleinen und kleinsten Beiträgen zu einem Vermögen von immerhin mehreren Millionen Goldfranken anwachsend, das eigentliche Werkzeug der Sammlung nationaler Spendenkapitalien darstellte. In den Jahren, die unmittelbar auf die diplomatischen Siege des Zionismus folgten und durch eine sprunghafte Erweiterung des Aufgabenkreises einen plötzlich gesteigerten Kapitalbedarf zu decken hatten, wurden dem I. N. F. eine Reihe von Sonderfonds an die Seite gestellt — Keren hageulah, Palestine Restoration Fund —, die den Charakter von außerordentlichen Sammlungen trugen und ihre Arbeit einstellten, sobald sie ihre Aktion bis zu einem gewissen Abschluß gebracht hatten. Erst von der zweiten Londoner Jahreskonferenz im Jahre 1920 wurde eine den neuen Verhältnissen und Anforderungen entsprechende Neuordnung der Sammlungen versucht, die zur Gründung des Keren Hajessod führte, der mit dem Nationalfonds zusammen das große Instrument nationaler Kapitalaufbringung für das Siedlungswerk bilden soll.

Von dem Standpunkte der Finanzierung einer jüdischen Großkolonisation in Palästina aus, muß übrigens der Keren Hajessod als der erste und bisher einzige Repräsentant der Methode der nationalen Initiative angesehen werden. Er ist deshalb auch der einzige, der bei einer Analyse dieser Methode in bezug auf seine Funktion, seine Arbeitsweise und seine Ergebnisse genauer untersucht werden muß. Erstens weil alle Fonds, die dem Keren Hajessod vorausgingen oder neben ihm existieren, Sammelstellen für verhältnismäßig winzige Kapitalteilchen darstellen, die selbst bei einer langandauernden und durchorganisierten Kumulation in keinem Verhältnis stehen zu dem Bedarf, welchen sie decken sollen. Der Keren Hajessod

dagegen ist auf der Grundlage von Großspenden konstruiert, die programmäßig sogar den Charakter einer nicht geringen Vermögensabgabe oder Einkommensteuer (Maasser) tragen sollten. Zweitens weil die anderen Fonds — und selbst die größten von ihnen wie I. N. F. — nur einen ganz bestimmten, entweder sachlich oder zeitlich ziemlich scharf umgrenzten Aufgabenkreis im Rahmen des ganzen Aufbauwerkes auszufüllen haben. Der Keren Hajessod dagegen soll — man hat ihn wohl darum den jüdischen Staatsschatz genannt — im Prozeß der Kolonisation als zentrales, prinzipiell allen gegebenen Bedürfnissen genügendes Finanzinstrument wirken. Er ist der erste nationale Großspendenfonds mit einer den ganzen Bereich der Siedlungsarbeit, ohne Beschränkung auf spezielle Zwecke umfassenden Funktion. Eine Untersuchung, die das Finanzproblem des Palästinaaufbaus erneut stellt, und in diesem Zusammenhang auch die Erfahrungen und objektiven Möglichkeiten der Kapitalpolitik, die sich auf Sammlung nationaler Spenden basiert, prüft, wird also berechtigterweise seine Arbeitsmethoden und Ergebnisse in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung und Beurteilung zu rücken haben.

Was nun die Wirkungsweisen derartiger nationaler Großspendenfonds im allgemeinen anbetrifft, so scheint zunächst die Möglichkeit einer Alternative gegeben, die unseres Erachtens die weitesttragenden Folgen in sich enthält. Es besteht einerseits die Möglichkeit, die einlaufenden Selbstbesteuerungs- und Spendenbeträge an einer Zentralstelle zu sammeln und dort so lange zu akkumulieren, bis eine relativ große konzentrierte Kapitalkraft zur Verwendung bereitsteht. Es kann andererseits die Notwendigkeit bestehen, aus laufenden Eingängen der Fondsverwaltung die laufenden ordentlichen Ausgaben des derzeit gegebenen Kolonisations-Migrations-Bodenkaufsetats oder schwebende Verpflichtungen aus diesen Etats zu decken. Je nachdem der eine oder der andere dieser Wege beschritten wird; ist die Wirkung des nationalen Kapitalfonds eine grundverschiedene. Die Disposition über ein verfügungsbereites, k o n z e n t r i e r t e s Großkapital bedeutet die Möglichkeit einer planmäßigen Verwendung der Mittel nach einem festbegründeten finanziellen System und einer Einstellung der Kolonisationspolitik auf weite Sicht. Infolge davon läßt sie die zeitlich und sachlich optimale Verwertung jedes Kapitalteilchens und eine feste Proportionalität der Aufwendungen in den verschiedenen Arbeitsgebieten zu. Sie sichert eine verhältnismäßige Stabilität des Budgets, vermindert die

Produktionskosten und entlastet die Verwaltung von faux frais und unproduktiver Arbeit. Sie ermöglicht eine Investition und Produktion auf weitere Sicht, unabhängig vom Augenblick. Und was noch wesentlicher ist: Sie ermöglicht eine Erweiterung des Arbeitsradius und eine Koppelung der Unternehmungen derart, daß durch die Kombination und das Ausmaß der Tätigkeiten selbst eine Grundvoraussetzung für ihr wirtschaftliches Gelingen geschaffen wird. Endlich ist ein konzentriertes Großkapital geeignet, über seinen gegebenen Betrag hinaus — sei es in Form eines Zentralbankstammkapitals, sei es in Form eines Zinsengarantiefonds oder in anderen Formen —, als Grundlage für weitere große Finanzoperationen zu dienen und dadurch seinen eigenen Produktivitätsgrad um ein Mehrfaches zu erhöhen. Alle diese Aktiva kommen völlig in Fortfall, wenn es sich um Sammelkapitalien handelt, die sich aus Eingängen zusammensetzen, die in unsicheren und nur auf kurze Fristen vorzuveranschlagenden Raten einlaufen und in ebensolchen Raten ausgegeben werden. Mag dann die Endsumme des im ganzen auf diese Weise aufgewandten Kapitals der konzentriert arbeitenden sogar gleichkommen, in der Tragweite ihrer volkswirtschaftlichen Wirkungen, und im Grad ihrer Arbeitsrationalität wird sie auch nicht im entferntesten einen Vergleich aushalten. Übrigens haben wir auch in diesem minderen Wirkungsgrad und den engeren Grenzen für die Möglichkeiten des individuell verwendeten Einzelkapitals einen Grund für die Schwierigkeiten, auf die die private Initiative stoßen muß, zumal in einem allgemein noch unerschlossenen Lande, wie Palästina, wo auch die Kooperation anderer, ebenso verwendeter Einzelkapitalien fehlt, die die spezifischen Wirkungen des Kollektivkapitals, unter gewissen Umständen, wenn auch unvollkommen, ersetzen könnte.

In bezug auf die Administration und Verwendungsweise unserer nationalen Spendenfonds kann man feststellen, daß die Erkenntnis von der eben kurz behandelten alternativen Möglichkeit ihres Aufbaus im Grunde vorhanden war. Es gab immer Tendenzen, die, gleichviel mit welcher Begründung, auf eine „Thesaurierung" der Sammlung abzielten. Vielleicht waren es nur bittere Notwendigkeiten, die sich stets wiederholten, und die, um den dringenden Geldbedarf der Stunde oder des Tages zu befriedigen, geboten, alle derartigen Gedanken an eine großzügige Konzentrierung von Kolonisationsmitteln als müßige Phantasien zurückzustellen. Aber dann hätte die einzige Tat-

sache allein schon genügen können, um berechtigte Zweifel an der Zulänglichkeit der Spendensammlungen zu erwecken, insofern die Spendensammlungen nämlich nicht als sekundäre Hilfsfonds, sondern als die zentralen und hauptsächlichen Finanzinstrumente des Palästinaaufbaus betrachtet werden sollen. — Jedenfalls gab es Perioden, wo selbst im Hinblick auf die Kleinspenden des I. N. F. in der zionistischen Organisation die „Thesaurierungstheorie" überwog, obwohl diese Meinung damals auch mit allgemeinen zionistischen Ansichten — die überhaupt nur mit einer Großkolonisation rechneten — verknüpft war. „Getreu dem Prinzip Herzls, daß vor Erlangung der Landkonzession von den zionistischen Institutionen keinerlei kolonisatorische Arbeit geleistet werden dürfe, speicherte der jüdische Nationalfonds seine Gelder auf und entwickelte keine Tätigkeit in Palästina. . . . Auf dem sechsten Kongreß wurde der Antrag angenommen, daß Land in Palästina erst gekauft werden dürfe, wenn der Fonds £ 200 000 betrüge. Es dürften aber auch dann höchstens drei Viertel des Fonds dafür verwendet werden. Ein Viertel müsse in sicheren Werten angelegt bleiben.*) Erst später, durch das endgültige Statut, wurde die Bestimmung, die den Beginn einer Tätigkeit des I. N. F. an eine bestimmte Mindesthöhe des konzentrierten Kapitals binden sollte, ohne Zweifel unter dem Druck unaufschiebbarer Arbeitserfordernisse außer Kraft gesetzt. Es ist möglich, daß auch bei der Gründung des Keren Hajessod, die unter der Losung der 25 Millionen £ als proklamiertem Ziel erfolgte, im Hintergrunde ebenfalls Tendenzen und Gedanken einer Konzentration seines Kapitals eine Rolle gespielt haben. Unseres Erinnerns ist z. B., während der Londoner Jahreskonferenz, die den Keren Hajessod proklamierte, in den Erörterungen der Finanzkommission das Argument dieser Verwendungsmöglichkeit gegen diejenigen Delegierten, vor allem der zionistischen Linken, gebraucht worden, die damals dem Keren Hajessod-Plan die Idee einer inneren nationalen Anleihe gegenüberstellten. Ein konzentriertes Keren Hajessod-Kapital sollte, so wurde argumentiert, die Kreditbasis für die vorgeschlagenen Anleiheoperationen schaffen. Hätte es eine Möglichkeit gegeben oder bestünde auch nur heute die Aussicht, die Kapitalpolitik, die das Direktorium des Keren Hajessod führt, in eine solche Richtung zu lenken, so könnte dieser Fonds, als

*) Adolf Böhm, a. a. O. I. S. 152.

das Finanzinstrument der jüdischen Großkolonisation in Palästina aufgefaßt, eine grundsätzlich andere Beurteilung erfahren.

Aber es bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung, sondern nur einer einfachen, tatsächlichen Feststellung dessen, daß davon keine Rede sein kann. Die finanziellen Verhältnisse der zionistischen Organisation, insbesondere unter den gesteigerten Ansprüchen des Palästinaetats der letzten Jahre und unter den besonderen Bedingungen ihres Einnahmekontos, das ganz auf freiwillige Zuwendungen angewiesen ist, haben es notwendigerweise mit sich gebracht, daß eine irgendwie geartete Konzentrierung der Keren Hajessod-Kapitalien zu einer leeren Illusion wurde. Der Eingang des Geldes vollzog sich in schleppendem Tempo und in unsicheren, stetigen Schwankungen ausgesetzten monatlichen Erträgen. Die aus solchen Eingängen sich bildenden Kassenbestände wurden jeweils allmonatlich nahezu gänzlich von den drängendsten Verpflichtungen des regelmäßigen Palästinabudgets wieder aufgezehrt. Mit diesen Tatsachen in der allgemeinen Form der Aufbringung und der Verwaltung des Keren Hajessod kann allein eine Untersuchung der ganzen Methode rechnen.

Zu welchen Resultaten hat nun auf diese Weise die Keren Hajessod-Aktion bisher geführt? Rechtfertigen diese Resultate die Anschauung, die den Keren Hajessod als das zentrale Finanzinstrument des Palästinaaufbaus proklamierte? Kann also auch die Jewish Agency an dem kapitalpolitischen Programm, das in dieser Aktion zum Ausdruck kommt, unveränderlich festhalten?

Die reguläre Geschäftsführung des Keren Hajessod beginnt mit dem 1. April 1921. Von diesem Datum an sollten nach dem Finanzprogramm, das schon vor der Londoner Jahreskonferenz verkündet worden war, innerhalb von fünf Jahren 25 Millionen £ aufgebracht werden, die nach der Meinung der maßgebenden Fachleute für Finanz- und Kolonisationsfragen und der offiziellen Politiker ein notwendiges Minimum für die Durchführung unserer Arbeiten in dieser Zeit darstellten. Von diesen fünf Jahren schließen mit dem 1. April dieses Jahres die ersten zwei ab, deren Ergebnisse recht wohl schon heute zusammengefaßt werden können. Die Gesamtsumme der Einnahmen des Hauptbüros des Keren Hajessod betrug per 31. März 1922 £ 427 856.11.8; per 31. März 1923 £ 789 077.16.5 (inklusive einiger kleinerer Sonder-Frauenorganisation usw.). Bei der Bewertung dieses Gesamt-sammlungen wie Juwelenfonds der Internationalen zionistischen

resultats kann füglich zugegeben werden, daß die Leistung, die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, sowohl ganz allgemein als absolute Größe betrachtet, als auch im besonderen im Vergleich zu den Leistungen jüdisch-nationaler Kapitalpolitik vor dem Kriege eine gute, vielleicht eine über alles Erwarten gute Leistung ist. Ungefähr vierhunderttausend Pfund Sterling, das heißt also etwa zehn Millionen Goldfranken jährlich sind eine Summe, an die die Palästinakolonisation der Vorkriegszeit, vor allem, wenn man den fast gänzlichen Ausfall Ost- und Mitteleuropas berücksichtigt, auch nicht in ihren kühnsten Träumen denken durfte. Auf keinen Fall jedoch kann zugegeben werden, daß man sich mit dieser Anerkennung begnügt. Erstens ist festzustellen, daß das Gesamtresultat weit hinter dem zurückbleibt, was nach dem Finanzprogramm der Londoner Konferenz und des zwölften Kongresses als Kontingent auf die Jahre 1921—23 hätte entfallen müssen. In dieser Zeit hätten eben — mindestens — zwei Fünftel der planmäßig im ganzen zu sammelnden Summe aufgebracht sein sollen, also zehn Millionen Pfund, von denen allerdings achthunderttausend nur 8 % des Voranschlags betragen. Aber diese schon an und für sich beachtliche Tatsache wird erst ins rechte Licht gerückt durch die Überlegung, daß ja auch der Voranschlag nicht über das hinausging, was mit Rücksicht auf unsere wirtschaftliche und politische Gesamtsituation als das notwendige Minimum an Mitteln für unsere Siedlungs- und Aufbauarbeit im Laufe dieser Jahre erschien. So gesehen sind diese Ergebnisse, die nicht mehr als ein Zwölftel des Minimums betragen aber nicht nur unzulänglich für die Lösung des ganzen Kapitalproblems der Palästinakolonisation und die Erreichung unseres nationalen Kolonisationszieles, wie wir es oben umrissen haben. Sie müssen auch im Hinblick auf einen langsamen systematischen Ausbau unserer heute im Lande bestehenden sozialen und ökonomischen Positionen, ja sogar auch nur im Hinblick auf die Erhaltung des Vorhandenen und die einigermaßen zureichende Fortführung des Begonnenen völlig ungenügend genannt werden.

Diese Lage findet ihre getreue Spiegelung in der Entwicklung des regulären Palästinabudgets in der Zeit der Keren-Hajessod-Aktion. Diese Entwicklung wird beherrscht von der Notwendigkeit zu dauernd wiederholten Reduktionen dieses Budgets. Der Jahresetat, den Ussischkin von der Londoner Jahreskonferenz forderte, belief sich auf ungefähr 4 Millionen £.

Der zwölfte Kongreß operierte noch mit einem 1½ Millionen Budget. Das endgültig vom Aktionskomitee bestätigte Budget erreicht nur noch die Höhe von 656 000 £. Aber auch diesen Rahmen aufrechtzuerhalten, erschien unmöglich. Der offizielle Bericht sagt darüber folgendes: „Das Mißverhältnis zwischen den verfügbaren Mitteln und der Höhe des vom Kongreß aufgestellten Etats zwang uns schon frühzeitig, die Revision des Palästinabudgets in Erwägung zu ziehen. . . . Von Oktober (1921) bis Januar (1922) wurden die Ausgaben entsprechend dem Kongreßetat mit 45 000 bis 50 000 £ monatlich veranschlagt; für die Zeit vom Februar bis Mai (1922) wurden sie auf 35 000 £ reduziert; für das letzte Jahresdrittel Juni bis September (1922) gar auf 25 000 £ herabgedrückt.“*) In den Monaten zwischen der Karlsbader Jahreskonferenz und der Gegenwart hat sich die Lage gewiß nicht gebessert. Betrugen doch die Eingänge des Keren Hajessod Hauptbüros **) in den Monaten:

| | |
|---|---|
| Oktober 1922 | £ 25 886.3.7. |
| November | £ 26 135.16.2. |
| Dezember | £ 19 761.8.5. |
| Januar 1923 | £ 25 489.10.3. |
| Februar | £ 21 728.11.7. |

Damit aber ist selbst auch nur die Erhaltung des Bestehenden in Frage gestellt. Die geringen Anfänge einer neuen Arbeit, die hauptsächlich in den Siedlungsversuchen im Emek zu verzeichnen sind, scheinen im Keim gefährdet zu werden. Die Besorgnis darüber kommt in einer Denkschrift zum Ausdruck, die Öttinger der letzten Sitzung des Aktionskomitees überreicht hat und in der es von seinem Departement, der landwirtschaftlichen Kolonisation heißt: „Nach dem Budget, das die Karlsbader Jahreskonferenz bestätigt hat, hätten wir für das Jahr 100 000 £ erhalten sollen; wenn wir diese Summe auf die Monate gleich aufteilen, somit mehr als 8 000 £ monatlich. Auf Grund der Schätzungen der Kassenverwaltung der Exekutive war jedoch maximal eine Überweisung von 25 000 £ monatlich vom Keren Hajessod an die Palästinaexekutive zu erhoffen, von der wir proportional 30 %, das sind also monatlich 7 500 £ bekommen sollten. Wenn wir davon die Schulden auf unserem Konto vom Jahre 5682, die etwa

*) Bericht der zionistischen Exekutive an die Jahreskonferenz 1922. S. 65 ff.

**) Siehe „Haolam“, 1923. Nr. 3 ff. In den letzten Monaten ist infolge der Weizmann-Campagne eine nicht unwesentliche Erhöhung der Eingänge eingetreten, die aber als außerordentlich und nicht beliebig ausdehnbar betrachtet werden muß.

Arbeit in den ersten Arbeitsmonaten nicht mehr als 4 500 £. Die Schätzungen der Kasse sind eingetroffen und schon im Oktober ist uns klar geworden, daß wir, wenn es uns nicht gelingen wird, in den ersten beiden Arbeitsmonaten wenigstens ein Drittel unseres Jahresetats zu mobilisieren, uns nicht in allen Positionen, vor allem nicht in den neuen Siedlungspunkten werden halten können und daß die Dinge bis zum Zusammenbruch und zur Verzweiflung an unserer Siedlungsarbeit kommen können."*) Legt man an diese Ergebnisse der Keren Hajessod-Methode den einzigen Maßstab an, der von ausschlaggebender Bedeutung ist, indem man fragt: erscheint diese Methode auf Grund ihrer Resultate also als das Mittel, das geeignet ist, dem Zweck des jüdischen Palästinaaufbaus zu genügen und das entscheidende Instrument dafür zu bilden? Ist eine Kapitalpolitik der Jewish Agency, die sich ausschließlich auf die nationalen Spendenfonds, und sei es selbst auf die auf dem Gedanken der Maasserbesteuerung aufgebauten, stützt, durch unsere Erfahrungen in der Keren Hajessod-Aktion gerechtfertigt?, —so gibt eben die gegenwärtige Finanzkrisis in der zionistischen Organisation und die Stagnation unserer Siedlungsarbeit im Lande eine Antwort darauf, die deutlich genug ist.

Es sind angesichts dieser Situation hier und da Stimmen laut geworden, die die verschiedensten mechanischen Maßnahmen und technischen Reformen in der Struktur des zionistischen Organisationsapparates als Heilmittel anpriesen. Wie die Privatinitiative durch Wirtschaftsausschüsse und ähnliche Animierinstanzen, so soll hier die nationale Spendenkraft durch technische Veränderungen im Mechanismus der Geldaufbringung angeregt und beflügelt werden. Es ist möglich, wenn auch ungewiß, daß derartige Maßnahmen geeignet sind, dadurch, daß sie die gesamte Finanzaktion für den Palästinaaufbau in strafferen, also übersichtlicheren Organisationsformen zusammenfassen, die Ertragfähigkeit der Spendensammlung im ganzen um ein geringes zu steigern. Es ist sogar auch wahrscheinlich, daß die Ersparnisse in den Verwaltungskosten, die durch eine Vereinfachung des Aufbringungsapparates herbeigeführt werden können, in der gleichen Richtung wirksam werden. Es ist aber nicht gestattet, anzunehmen, daß mit alledem eine wesentlich veränderte Lage in der zionistischen Kapitalpolitik geschaffen worden wäre. Die ge-
3 000 £ monatlich betragen, abzahlen, so bleiben uns für unsere

*) Memorandum des landwirtschaftlichen Departements der Pal. Ex. vom 6. Tebeth 5683, s. Hapoël Hazaïr, Jahrg. 16. 10/11.

ringfügigen Verbesserungen lassen vielmehr umso dringender die Grundfrage nach den objektiven Möglichkeiten des Keren Hajessod hervortreten. In bezug auf diese Grundfrage nun ist wohl das Lager derer, die im allgemeinen die Sammlung von nationalen Spendenkapitalien für den gegenwärtig einzig gangbaren Weg einer Finanzierung des palästinensischen Siedlungswerkes halten, in zwei hauptsächliche Meinungen geteilt. Sie heben sich als unorganisierte Richtungen in der öffentlichen Erörterung schon ziemlich deutlich voneinander ab, obgleich diese öffentliche Erörterung überhaupt erst in den allerletzten Monaten über versteckte Andeutungen und halbe Worte hinausgekommen ist. Beide halten nach wie vor an der Methode, die dem Keren Hajessod zugrunde liegt und die ihnen prinzipiell richtig und aussichtsreich erscheint, unerschüttert fest. Was aber die bisherigen Ergebnisse der nach dieser Methode geführten Finanzpolitik anbetrifft, so glaubt die eine der beiden Richtungen, daß sie ausschließlich darum ungenügend seien, weil der große Gedanke des nationalen Opferfonds im Herzen der Nation keinen genügenden Widerhall geweckt hätte. Nicht der Keren Hajessod hätte versagt, sondern das „jüdische Volk". An der Gleichgültigkeit der Juden in der Diaspora sei die große Chance unserer geschichtlichen Situation in Gefahr, zuschanden zu werden. Dieser Meinung steht die andere Anschauung gegenüber, die im Gegensatz dazu die ganze Verantwortung für die bisher erzielten Resultate auf das Konto der bisher geübten Arbeitsmethoden und der bisher bestehenden Aufbringungsorganisation des Keren Hajessod bucht. Von einem Versagen des Volkes zu sprechen, argumentiert diese Richtung, sei keinenfalls angängig, weil in dem Maße, als Keren Hajessod und Maasser-Gedanke tatsächlich ins Volk getragen worden seien, die Resultate nicht hinter den höchsten Erwartungen zurückblieben; sei so lange nicht angängig, als nicht eben weiteste Kreise der Judenheit in allen Ländern in die Agitation für die nationale Selbstbesteuerung einbezogen sein würden. Es sei nur eine Frage des Ausbaus der Organisation, einer Intensivierung der Propaganda, einer dafür notwendigen Erweiterung des Beamtenstabes, einer Ausgestaltung der Steuererfassung, von der es abhängig sei, ob dieses Ziel erreicht und die Erträge auf ein Mehrfaches gesteigert würden. Diese beiden Auffassungen, die bisher allein hervorgetreten sind, sind unwesentlich, soweit sie nichts anderes als Ausdrucksweisen differenter Stimmungen sind, als neue Erscheinungsformen der ewigen Verschiedenheit

der Temperamente und der ebenso ewigen Spannung zwischen Optimismus und Pessimismus angesehen werden wollen. Aber sie sind mehr. Sie sind bedeutsam, weil sie unmittelbar zu den Problemen überleiten, sogar direkt zu ihnen hindrängen, die unseres Erachtens für die Entscheidung der hier zur Rede stehenden Methodenfrage die ausschlaggebenden sind.

Geht man nämlich dabei von der Feststellung einer „verhängnisvollen Gleichgültigkeit der Juden" aus, als deren Folge die quantitativ unzureichenden Erfolge des Keren Hajessod anzusehen sind, so taucht sogleich die Frage auf, ob denn diesem subjektiven Versagen ein objektives Vermögen, dem mangelnden Willen ein wirklich höheres Können gegenübersteht. Wer diese Meinung vertritt, hätte also zu erweisen, daß die tatsächlichen Ergebnisse des nationalen Großspendenfonds in einem Mißverhältnis zu der objektiven Finanzkraft der Juden stehen. Allerdings müßte zu diesem Zweck genau und eindeutig umschrieben werden, welchen konkreten Inhalt man dem Begriff der objektiven Finanzkraft des Volkes zu geben beabsichtigt.

Legt man im Gegenteil den Nachdruck auf die Tatsache des mangelhaften Aufbaus der Spendensammelaktion und des dafür erforderlichen Apparates, so taucht die Frage auf, ob denn selbst nach gründlicher Reform der gerügten Mängel der nationale Großspendenfonds die Aufgaben des zentralen Kapitalinstruments im Palästinaaufbau wird erfüllen können, die ihm zugedacht werden. Wer diese Meinung vertritt, hätte also zu erweisen, daß zwischen den objektiven Grenzen, die dem Wirken eines Spendenfonds gesetzt sind, und den Funktionen, die man ihm überträgt, kein innerer Widerspruch gegeben ist. In diesen Gegenüberstellungen erst liegt das endgültige Urteil über die Resultate und die Perspektiven der Methode beschlossen.

Worauf stützen sich diejenigen, die behaupten, das jüdische Volk habe „völlig versagt"? Es ist nicht anders denkbar, als daß sie in der Tat eine bei weitem höhere objektive Erfolgsmöglichkeit des nationalen Spendenfonds annehmen. Diese Annahme aber wird wiederum von der Schätzung einer ganz abstrakten, auf die verschiedensten Arten und Weisen kombinierten oder roh errechneten Größe abgeleitet, die man das jüdische Nationalvermögen nennt. In diese Größe werden die großen Vermögen vom Kapitalmarkt der Welt, die man in jüdischen Händen schätzt, die Finanzen der Rothschilds und Schiff, der Cassel und Speyer, die Umsätze der Großjuden von Lombard-Street und Wall-Street,

von der Burgstraße und den Pariser und Amsterdamer Märkten munter zusammenaddiert. Aber das Resultat, das man da erhält und das naturgemäß weit in die Milliarden Goldfrancs geht — bei allen, die dergleichen Berechnungen versucht haben —*) ist nichts als eine völlig nutzlose Fiktion, wenn man es für das Vermögen der jüdischen Nation ausgibt.

Auch im Hinblick auf „normal", in gebundenen Territorialwirtschaften lebende Völker ist der Begriff des Nationalvermögens praktisch oder finanzpolitisch nahezu unbrauchbar. Den Wert, den er für die nationalökonomische Theorie von Verteilung und Einkommen besitzt, haben wir hier nicht zu erörtern. Solange die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf dem privaten Eigentum gegründet ist, das dem Einzelnen die unbeschränkte Verfügung über „seine Güter" überläßt, ist selbst für die normal lebenden Völker dieser Begriff fast ohne Bedeutung, obwohl hier dem Staat durch seine Steuerhoheit und in der Stunde der Not durch seine allgemeinen souveränen Rechte ein einigermaßen weitgehender Eingriff in das private Eigentum möglich ist. „Man kann sich jetzt der Erkenntnis nicht länger verschließen," schreibt darüber Rudolf Goldscheid, „wie groß der Fehler war, den man beging, als man die Summe der Privatvermögen der einzelnen Bürger, ohne weiter darüber nachzudenken, als Nationalvermögen bezeichnete. Welch verstiegene Metapher! . . . Ist Vermögen in einer Nation gleichbedeutend mit Vermögen der Nation? Doch keineswegs! Von dem metaphorisch-euphemistischen Begriff des Nationalvermögens, der die wahren Verhältnisse nur verschleiert, müssen wir uns vor allem zu befreien trachten."**) Wie aber die „wahren Verhältnisse" liegen, das haben alle die, die die letzten Jahre hindurch offenen Auges und vorurteilslos die Stellung der Besitzenden, der unumschränkten Sachverwalter des „Nationalvermögens" zu den Nöten des Volkes und den Verpflichtungen des Staates, zu den Problemen der öffentlichen Schuld und des Systems der Steuerpolitik beobachtet haben, in erschreckender Deutlichkeit erkennen können. Um wieviel weniger Realität besitzen für uns derartige Schätzungen unseres Nationalreichtums, für ein Volk, in dem die

*) Ich selbst habe ein derartiges unsinniges Experiment — 1918 — unternommen, als ich eine Schätzung des jüdischen Nationalvermögens auf die Quote des Anteils der Juden an den Kriegsanleihe-Emissionen der großen kriegführenden Mächte zu basieren suchte.

**) Rudolf Goldscheid, Staatskapitalismus oder Staatssozialismus, S. 20.

Vermögen zwischen Charbin und New-York, Kapstadt und Stockholm verstreut sind und in dem keine fiskalische Macht das Ringen mit dem Privateigentum um die Deckung des Gemeinbedarfs zu führen unternimmt! Was können wir auf solche vagen Phantasien bauen? Es wäre falsch, wenn wir uns selbst täuschen wollten. Wir sind ganz und gar auf die Teile des jüdischen Privatvermögens und Einzeleinkommens angewiesen, die als freiwillige Zuwendungen unseren nationalen Spendenfonds zugeführt werden. Damit ist ihr Wirkungsradius auf die sozialen Schichten und Kreise des Volkes eingeschränkt, die überhaupt die Einflußsphäre des Gedankens der Palästina-Erneuerung darstellen und die — als Gruppen — auf die Bedürfnisse des nationalen Aufbauwerks reagieren. Die Grenze der objektiven Erfolgsmöglichkeit der Spendensammlungen liegt also in der objektiven Finanzkraft dieser Schichten. Losgelöst von einer solchen soziologischen Fundierung ist eine Schätzung der Aussichten einer Methode wie der des Keren Hajessod eben unmöglich. In der Tat werden nicht etwa alle Klassen und Gruppen der Nation gleichmäßig von dieser Methode erfaßt.*) Der Anteil, den die einzelnen sozialen Klassen an der Finanzierung und Siedlungsarbeit haben (können oder wollen, ist vielmehr durchaus verschieden. Das jüdische Volk kämpft seinen Befreiungskampf und führt sein nationales Kolonisationswerk durch ohne Unterstützung „seines" Finanzkapitals, verlassen von seiner Hoch- und Mittelbourgeoisie, verraten von der assimilierten Intelligenz. Es ist die besitzlose, im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben der Umwelt unverwurzelte, unter einem schweren, sozialen Druck leidende jüdische Volksmasse, ihrem Lebensstandard nach zu großen Teilen depossediert, deklassiert, proletarisiert, die im Zionismus ihre Befreiung sucht und für die die Palästinakolonisation die Befriedigung eines elementaren Interesses bedeutet. Sie ist es auch, wenn wir nicht von Einzelnen, die sich von ihrer sozialen Schicht ausnehmen, sondern von den Gruppen als Kollektiva sprechen — die die Pflicht der Selbstbesteuerung für die nationalen Fonds anerkennt und erfüllt. So schrumpft de facto die Grenze ihrer objektiven Erfolgmöglichkeit im wesentlichen auf die Finanzkraft dieser teils kleinbürgerlichen, teils proletarischen, im ganzen in sehr un-

*) Vergleiche zur weiteren Darstellung und Begründung die auf diese Frage bezüglichen Ausführungen im Programmreferat der dritten Weltkonferenz der Hitachdut. „Die Arbeit", Jahrgang 4. Zweites Beiheft.

sicheren Existenz- und Einkommensbedingungen lebenden Schichten zusammen. Wobei allerdings die Tatsachen, nicht aber verwegene Wünsche und Illusionen in Rechnung gesetzt werden.

Nun sind aber der Finanzkraft gerade dieser Schichten objektiv ziemlich enge Grenzen gesteckt, die sie nicht überschreiten können, sogar wenn sie ein Äußerstes daran setzen wollten. Das gilt selbst für die verhältnismäßig sicheren und prosperierenden Jahre vor dem Kriege. Auch damals waren für diese sozialen Gruppen weite Sprünge und große Spenden nicht möglich und die Möglichkeit wurde noch etwas überschätzt. Selbst unter Zugrundelegung der Vorkriegsverhältnisse erscheint zum Beispiel die Annahme Ruppins, daß bei einer landwirtschaftlichen Kolonisierung von 100 000 Ansiedlern und ihrer Familien, — unter ihnen nur 7 143 Großpflanzer, die übrigen Häusler, Kleinsiedler, Bauern, Pflanzer — von den anzusiedelnden Elementen selbst planmäßig 1 110 000 000 Goldfrancs an Kosten aufgebracht werden könnten, auf eine derartige unbegründete Überschätzung der Kapitalkraft dieser für landwirtschaftliche Bauern- oder Kleinsiedlerkolonisation allein in Betracht kommenden Schichten zurückzugehen. Sie hat zur Voraussetzung, daß im Durchschnitt der einzelne Ansiedler 11 100 Francs, das sind etwa 4 100 Goldrubel zu seinen Kolonisierungskosten beisteuert, eine Voraussetzung, die unseres Erachtens auch für die wirtschaftlichen Verhältnisse der russischen Judenheit vor zehn Jahren angenommen, gerade diejenigen Schichten des jüdischen Volkes von der Palästinasiedlung ausgeschlossen hätte, die ihrer am meisten bedürfen und die im Grunde genommen die einzigen sind, die zum Übergang zu agrarischen Lebens- und Arbeitsbedingungen entschlossen sind. Jedenfalls läßt das, was wir an Einkommens -und Kapitalstatistik der ostjüdischen Handwerksmeister und -Gesellen, der Kleinhändler, Kleingewerbetreibenden, Verleger-Industriellen, Lehrer besitzen, diese Zahlen als unerreichbar hoch erscheinen.

Man braucht nicht näher zu erklären, daß und warum gerade diese Schichten des jüdischen Volkes besonders schwer von der Entwicklung der Nachkriegszeit betroffen worden sind. Die permanente Wirtschaftskrise und Valutakatastrophe in Ost- und Mitteleuropa, nationaler Boykott und soziale Umwälzungen, das Sinken der Lebenshaltung infolge der Verminderung des Realeinkommens, all das trifft sie empfindlicher als widerstandsfähigere, mit stärkerer sozialer Konstitution ausgestattete Gruppen und schränkt ihre objektive Finanzkraft noch mehr als ge-

wöhnlich ein. Dazu kommt, was man nicht vergessen sollte, daß die Weltwirtschaftskrise auch das jüdische mittlere und kleine Kapital in besonderer Weise bedroht, insofern dieses nämlich im jüdischen Volk ganz überwiegend in den Formen des Handels- und des mobilen Finanzkapitals auftritt. Diese Arten des Kapitals sind es aber, die unter den gegebenen Verhältnissen besonders heftigen Wertschwankungen und schweren Geltungsverlusten ausgesetzt sind, während der Besitz der eigentlichen volkswirtschaftlichen Substanzwerte eine relative Stabilität und sogar eine gewisse stetig aufsteigende Zuwachstendenz zeigt. Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß die Unsicherheit, die dadurch in die wirtschaftliche Position des Einzelnen hineingetragen wird, in der Richtung der Einschränkung seiner finanziellen Verpflichtungen und Zurückstellung seiner freiwilligen Abgaben wirksam wird. Endlich sind in dieser ganzen Konstellation auch die sachlichen Gründe für die zugegebenermaßen völlig unzureichende Verwirklichung des Maassergedankens zu suchen, die, wie das Direktorium berichtet, „nur in einer kleinen Anzahl von Ländern und im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung in einem relativ kleinen Kreise gelungen ist".*) Selbstverständlich sind es an vielen Orten vorwiegend Trägheit, Eigennutz, Bereicherungsstreben, die einer den Möglichkeiten gemäßen Realisierung des nationalen Zehnten hemmend im Wege stehen. Aber auf der anderen Seite dürfen die objektiven Faktoren doch nicht außer acht gelassen werden. Die Steuerlasten, die der Staat der Bevölkerung, und besonders den sozial und politisch minder mächtigen Teilen der Bevölkerung, aufbürdet, sind nach dem Krieg bis über die Grenze des Erträglichen hinaus gehäuft worden. Gerade in gesellschaftlichen Schichten, die die soziale Struktur der Juden in ihren Massensiedlungsgebieten aufweisen, ist die Überwälzungsmöglichkeit der Lasten sehr beschränkt, sie drücken also mit vollem Gewicht. Daneben soll nun die Nationalspende als eine außerordentliche Sondersteuer in nicht unbeträchtlichem Bruchteil vom Einkommen gezahlt werden. Man bedenke, daß, als England nach den Napoleonischen Kriegen zur Tilgung der dadurch entstandenen riesigen Schuld eine allgemeine zehnprozentige income-tax ausgeschrieben hatte, die Regierung nach wenigen Jahren gezwungen wurde, diese Maßnahme wieder zurückzuziehen, weil ihr Druck auf den Mittelstand und die misera

*) Bericht des Keren Hajessod Direktoriums an die Karlsbader Jahreskonferenz. S. 13.

plebs contribuens allzu schwer empfunden wurde. Und doch kann die jüdische Volksmasse unserer Tage sich an Wohlstand, Steuerkraft und Einkommensstabilität mit der englischen von 1815 nicht im entferntesten vergleichen.

Erwägungen solcher Art wird von manchen Seiten eine merkwürdige Rechnung entgegengehalten. Wenn nur, wird gesagt, sich einige wenige Millionen Juden dazu entschließen würden, je ein Pfund jährlich zu spenden, was ihnen nicht schwer fallen kann, so hätten wir mit einem Schlage ein Budget von mehreren Millionen Pfund gedeckt. Diese Rechnung ist ebenso bestechend wie naiv und falsch. Auf Grund einer solchen „Repartitionstheorie" ist es schlechthin unerklärlich, wie etwa ein Fünfzig-Millionen-Volk ein Defizit von ein paar hundert Millionen Goldmark in seinem Etat ungedeckt stehen lassen kann. Es braucht nur auf den fünften oder den zehnten Teil des Volkes ein Pfund für das Jahr „umgelegt" zu werden, und das Defizit existiert nicht mehr. Und dennoch gibt es derartige Defizite. Es stellt sich also heraus, daß es Fälle geben kann, wo selbst eine relativ geringe Mehrbelastung über die Grenze der objektiven Steuerkraft und wirtschaftlichen Tragfähigkeit hinausfällt und nicht zu realisieren ist. Es ist wahrscheinlich, daß auch die Maasserverpflichtung — natürlich nicht für die jüdische Bourgeoisie — wohl aber für die Hunderttausende der „kleinen Leute" („tout ce fond du sac, la petite propriété, pire que le prolétariat", wie Turgenjew einmal sagt) einen Fall von Überlastung darstellt, der ihre tatsächliche Spendenkraft nicht zu genügen vermag.

Setzt man die ganze Summe der hier angedeuteten Faktoren und Umstände in die Berechnung ein, mißt man also die Ergebnisse, die der Keren Hajessod bisher erzielt hat, an der objektiven Finanzkraft der sozialen Schichten des jüdischen Volkes, die die Träger unserer nationalen Fonds sind, so wird man ohne jeden Zweifel zu dem Schluß gelangen müssen, daß eine Meinung, die diese Ergebnisse als ein Versagen des Volkes bewertet, nicht mehr als ein bloßes Stimmungsurteil darstellt. Vielmehr ist eine Spendenleistung, die heute — nach praktischer Ausschaltung von Millionen Menschen des russischen Judentums — ein Vielfaches der Friedensresultate unserer nationalen Sammlungen in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht hat, eine sachlich sehr beträchtliche Leistung.

Sie zeigt eindringlich die starke Verbundenheit der jüdischen Volksmasse mit dem Gedanken des Palästinaaufbaus und bedeutet ihre angesichts ihrer gegebenen sozialen Situation überraschend lebendige Reaktion auf die Forderungen unseres nationalen Siedlungswerkes. Ein ganz anderes Kapitel ist es, ob bei alledem diese Leistung in einem befriedigenden Verhältnis steht zu dem Bedarf, dessen Deckung man ihr aufzuerlegen wünscht.

Andererseits darf ebensowenig aus alledem der Schluß gezogen werden, als seien bereits die Einnahmen aus unserem Großspendenfonds an der objektiven Schranke ihrer Wirksamkeit angelangt. Eine sehr beträchtliche ist noch keine maximale Leistung. Diejenigen, die behaupten, daß dem keineswegs so sei, daß die Keren Hajessod-Aktion und Arbeitsmethode nur dringend der Erweiterung und Ausgestaltung bedürfe, um dann auch die bisherigen Erträge erheblich steigern zu können, sind durchaus im Recht. Sie sind doppelt im Recht, so weit sie die erforderlichen Reformen nicht als eine Häufung mechanischer Maßnahmen auffassen, sondern als die Notwendigkeit einer geeigneten Erziehung eines umfassenden, mit der Volkssache vertrauten Mitarbeiterstabes, einer grundsätzlichen Reorganisation unserer Beamtenschaft und des Verwaltungsapparates, einer intensiveren Durchdringung der jüdischen Massen mit den Ideen der nationalen Freiheit und der nationalen Verpflichtung begreifen. Auf diese Weise läßt sich aller Wahrscheinlichkeit nach eine weitgreifende Expansion und Produktivitätserhöhung der Keren Hajessod-Arbeit erreichen, die zweifellos ihren Niederschlag in höheren Spenden und Selbstbesteuerungseingängen finden wird. Alle Informationen lassen erkennen, daß bei einer derartigen Anspannung der Kräfte und stetiger systematischer Tätigkeit sowohl in Europa als auch in den Massen der amerikanischen Judenheit eine Steigerung der Erträge auf das Doppelte oder das Dreifache der bisherigen Leistung erzielt werden kann.

Allerdings darf nicht verkannt werden, daß diesen Möglichkeiten eine ganze Reihe von schwerwiegenden Hemmnissen im Wege steht, die zum großen Teil im Wesen der vorgeschlagenen Reformen selbst begründet sind. Diese Schwierigkeiten sind insofern bedeutungsvoll, als sie sich sicherlich desto stärker fühlbar machen werden, je länger die Propaganda und Sammelarbeit für den Keren Hajessod oder einen anders benannten, aber inhaltsgleichen nationalen Spendenfonds angespannt durch-

halten muß. Sie stellen also der aufsteigenden Kurve der Ertragsaussichten eine in umgekehrter Richtung wirkende Tendenz entgegen. Das erhellt klar aus folgenden Überlegungen:

Erstens: Eine stillschweigende Voraussetzung der geplanten Reformen ist die zeitliche Ausdehnung der Keren Hajessod-Aktion über jeden fest vorher bestimmten Zielpunkt hinaus. Damit geht ein Wandel auch jenseits der Organisation im Wesen der Aktion selbst vor. Es handelt sich sozusagen um die Konversion eines außerordentlichen Notopfers in eine ordentliche, regelmäßig fortlaufende und in regelmäßigen Perioden erhobene Steuer vom Einkommen oder vom Verbrauch. Seit der Londoner Konferenz, die den gegenwärtig herrschenden Kurs unserer Finanzpolitik proklamierte, ist nämlich der Keren Hajessod im Volke als großes einmaliges exzeptionelles Volksopfer aufgefaßt worden, mittels dessen eben der Aufbau der „nationalen Heimstätte" ermöglicht werden sollte. Ist diese Auffassung nicht bewußt von der Agitation geweckt worden, so ist sie jedenfalls unwillkürlich in der Öffentlichkeit entstanden, und hat sich in den Gehirnen festgesetzt. Soll heute aus dem Fonds, den die 25 Millionen-Pfund-Aktion im Verlauf von fünf Jahren durchzuführen hatte, eine perennierende Abgabe werden, so dürfte diese Änderung nicht ohne Schwierigkeiten abgehen. Die In-Permanenz-Erklärung der Großspendensammlung im Gegensatz zu dem ursprünglich festgesetzten Plan ist an und für sich schon geeignet, allgemeine Zweifel an der Zulänglichkeit der in dieser Sammlung sich auswirkenden Finanzierungsmethode zu wecken und so ihre Leistungen nicht unbedeutend zu schwächen.

Zweitens: Die zum Zweck der Durchführung einer derartigen permanenten und stoßkräftigen Aktion erforderliche und, wie erwähnt, tatsächlich auch vorgeschlagene außerordentliche Erweiterung des beschäftigten Mitarbeiterstabes und des ständigen Beamtenapparates muß alle die psychologischen und politischen Rückwirkungen zeitigen, die sich bei einer bewußten und systematisch betriebenen Bürokratisierung einer Bewegung zu ergeben pflegen. Die Beamtenhetze und die Anti-waste campaign im Zusammenhang damit, die in den letzten Jahren von gewissen Gruppen der „Opposition" betrieben wurde, ist ein Warnungssignal. Jedenfalls ist klar, daß auf diese Weise gewisse Reibungswiderstände in der zionistischen Weltorganisation und jenseits von ihr in unorganisierten jüdischen Kreisen vermehrt werden müssen. Auch dieser Umstand muß sich, wie zu be-

fürchten steht, in der Richtung auswirken, daß die Erträge im Verhältnis zum Aufwand sinken.

Drittens: Auch die sozialpsychologische Erscheinung der Gewöhnung, die bekanntlich die Reize vermindert und in Folge davon notwendigerweise auch die innere Intensität der Reaktion verhältismäßig abnehmen läßt, muß hierbei in Rechnung gesetzt werden. Die Öffentlichkeit wird durch die gewohnten, oft wiederholten und häufig gehörten Losungen und Forderungen der nationalen Sammelfonds über kurz oder lang kaum mehr erschüttert. Diese Tatsache mag für uns imponderabel sein, sie tritt mit nicht geringerer Notwendigkeit ein. Und auch sie müßte bei einer unbegrenzten Fortsetzung der freiwilligen Großspendenaktion — sei es unter dem Namen des Keren Hajessod, sei es unter einem anderen neuerdachten Titel — relativ rasch sinkende Erträge zur Folge haben. Den Stärkegrad ihrer Wirksamkeit lehren uns deutlich unsere Erfahrungen aus den Versuchen, die dem Keren Hajessod vorausgingen. Der schon einmal zitierte Bericht des Direktoriums schreibt darüber wie folgt: „. . . Es gelang dem Keren Hajessod, das jüdische Volk zu relativ erheblichen Leistungen für den Aufbau Palästinas zu bewegen, nachdem unmittelbar vor Beginn seiner Aktion festgestellt worden war, daß mit den früher angewendeten Sammelmethoden finanzielle Resultate nicht mehr zu erzielen waren. Hat doch in jener Periode eben das Versiegen aller Einnahmen auf Grund der früher angewendeten Sammelmethoden (Preparation and Restoration Fund) zur Neugründung des Keren Hajessod mit seinem eigenartigen Aufbau und seinen neuen Sammelgrundsätzen geführt.“ *) Danach täte man gut, auch für die Zukunft mit einer gewissen, durch die Dauer bedingten Ermattung der von einem permanent gewordenen Keren Hajessod ausgelösten Energien zu rechnen.

Das üblicherweise verwandte Mittel, das in unsere Hand gegeben ist, um dieser Ermattung immer wieder scheinbar stark entgegentreten zu können, ist für unsere nationale Bewegung und für unsere palästinensische Siedlungsarbeit gleich schädlich. Es ist das eine stetige Übersteigerung unserer Erfolgargumente und eine beständige Beschränkung der Selbstkritik, wie wir sie in den letzten Jahren im Zionismus deutlich bemerken konnten. Der Erfolg ist eine Sensationspolitik, eine Sensationspropaganda,

---

*) Bericht, a. a. O. S. 14.

die auf die eigentliche Kraft und den inneren Willen der Bewegung lähmend wirkt (wie die Entwicklung der zionistischen Verbände, vor allem in Polen und in den Vereinigten Staaten, zwei Zentren dieser Politik, in den letzten Jahren schlagend bewiesen hat), und in der Kolonisation eine Siedlungsarbeit zu Demonstrationszwecken und in filmdekorativen Formen begünstigt, die nur wenig mit volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu tun hat. Da zudem einer auf so schwankendem Grund aufgebauten Arbeit der Boden meistens sehr schnell wegzugleiten pflegt, indem sich die Hohlheit der Sensationen bald enthüllt, ist ihre stimulierende Wirkung häufig nur von kurzer Dauer und hinterläßt Katzenjammer, Schwindelanfälle, anhaltende Schwächezustände.

In gewissem Maße haben wir diese Hemmnisse alle und ihre Folgeerscheinungen auch schon in der Keren Hajessod-Arbeit der beiden letzten Jahre verspüren können. Demgemäß zeigen auch die Erträge (zu größeren Abschnitten zusammengefaßt, um die gröbsten Zufälligkeiten zu vermeiden) eher schon eine langsam umkehrende Tendenz. Am 31. März 1921 waren die Gründungs- und Vorbereitungsarbeiten des Keren Hajessod soweit abgeschlossen, daß seine reguläre Arbeit beginnen konnte. Seitdem betrugen die Eingänge:

| | | im monatlichen Durchschnitt ca. |
|---|---|---|
| Vom 31. 3. 21.—30. 9. 21. | £ 187 158.15. 9. | 31 193. 2.8. |
| vom 1. 10. 21.—31. 3. 22. | £ 240 697.16.11. | 40 116. 6.2. |
| vom 1. 4. 22.—30. 9. 22. | £ 178 743. 4. 1. | 29 790.10.9. |
| vom 1. 10. 22.—31. 3. 23. | £ 164 825.16. 4. | 27 470.19.4. |
| | ca. £ 771 405.13. 0. | |

Im Jahresdurchschnitt 1921/22 beliefen sich die Eingänge demnach auf £ 35 654.14.5., im Jahresdurchschnitt 1922/23 auf £ 28 630.15.1. monatlich.*) Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die hauptsächlichen Sammelgebiete des Keren Hajessod, also vor allem die Vereinigten Staaten, gesondert zum Vergleich heranzieht.

---

*) Berechnet auf Grund des Berichtes des Keren Hajessod-Direktoriums, S. 39. ff., S. 89. ff. und der offiziellen Eingangsziffern im „Haolam' 1923, Nr. 3 ff., Graphisch dargestellt erscheinen also die Ergebnisse als Parabel mit absteigenden Ästen, nicht als eine stetig aufsteigende Kurve, wie sie der Bericht S. 87 gibt. Das ist eine merkwürdige graphische Darstellung, deren Abszisse die Zeitabschnitte, deren Ordinate die absoluten Ziffern der Eingänge bilden. Ihr Autor sollte sich merken, das der Direktorialbericht an die Jahreskonferenzdelegierten keine Agitationsbroschüre ist, obwohl der Wert solcher Kunstgriffe auch für die Propaganda zweifelhaft ist.

Aber angenommen selbst, daß es gelänge, auf dem Wege des vorgeschlagenen Reformplans aller der Schwierigkeiten Herr zu werden und die Erträge unseres nationalen Großspendenfonds auf das Doppelte oder Dreifache der bisherigen Ergebnisse zu steigern. Was wäre damit getan? Gewiß nicht wenig. Die bestehenden nationalen Siedlungspositionen (gemeint sind immer die auf der Basis jüdischer Selbstarbeit begründeten) — könnten sicher erhalten und mit Hilfe relativ geringer Zuschußkapitalien endgültig ökonomisch unabhängig gemacht werden. Wer die gegenwärtige Lage unserer palästinensischen Arbeitssiedlungen kennt, die Kwuzoth, die Moschawe Owdim und den Gdud übersieht, den Mangel am Nötigsten, an Arbeitsgerät, an Zugvieh, Nahrung und Kleidung, der dort herrscht, wer begreift, welche Werte dort gefährdet werden, vor allem der größte von ihnen, die ungebrochene Arbeitskraft und Glaubensstärke unserer arbeitenden Menschen, wird das gewiß seiner Bedeutung gemäß zu schätzen wissen. Vielleicht könnte auch sogar die eine oder die andere neue Arbeit begonnen und zweckentsprechend gefördert werden. Das wäre ein an und für sich sehr bedeutendes Plus an Realmacht für den Jischuw im Lande. Und auch die relative Befestigung unserer politischen Situation und die Festigung der erschütterten Willenskraft unserer Bewegung, die davon ausgehen könnten, sind wichtig genug, um voll gewürdigt zu werden. Ist damit aber die kapitalpolitische Aufgabe erfüllt, die der Jewish Agency auferlegt ist, wenn sie ihrer Bestimmung gerecht werden will? Löst sich dadurch das wesentliche Finanzproblem der jüdischen Großkolonisation, die Kapitalaufbringung für ein systematisches Siedlungswerk auf nationaler Grundlage? Kann dieses Problem überhaupt mit Hilfe von Spendenkapitalien, auch nach der Reorganisation ihrer Sammelmethoden gelöst werden?

Um die Unmöglichkeit einer solchen Lösung zu verstehen, muß man sich verdeutlichen, was die Spendenkapitalien, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, sind und bedeuten. Sie stellen normalerweise nichts anderes dar, als Ertrags**überschüsse** der Volkswirtschaft. Sie können nicht etwa den Erträgen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses gleichgesetzt werden, sondern höchstens den Teilen vom Ertrag, die sich in Surpluseinkommen, Überschüsse über die normalen Größen der Konsumtion oder Akkumulation hinaus umsetzen. Die Fisci der Staaten können vermöge ihrer Steuerhoheit gegebenenfalls auch

in den Wirtschaftsprozeß oder den Eigenkonsum des Einzelnen eingreifen, um die Abgaben zu erreichen, die der öffentliche Bedarf erfordert. Spendensammlungen werden im allgemeinen, von „unökonomischen“ Ausnahmen abgesehen, nur die Einkommensteile zu erfassen vermögen, deren Verfügbarkeit für den Einzelhaushalt sowohl vom Standpunkt des Einkommens als auch vom Standpunkt der Kapitalakkumulation entbehrlich scheint. Das objektive Maximum für die Spendenfonds ist demnach gleich der Summe der Ertragsüberschüsse dieser Art, die die gesellschaftliche Produktion je nach dem Grad ihres Reichtums und ihrer Erzeugungskraft in stärkerem oder in schwächerem Maße freizumachen imstande ist. An diesem Punkt liegt die objektive Grenze ihrer möglichen Wirksamkeit. Ist es also nun vorstellbar, daß aus den Ertragsüberschüssen der jüdischen „Volkswirtschaft“, aus den Surpluseinkommen der jüdischen kleinbürgerlichen und proletarischen Massen der Aufbau eines ganzen Landes und eine nationale Siedlungskolonisation, auf der Grundlage freier Arbeit — eine der kostspieligsten Unternehmungen, die selbst unsere an riesige Investitionen gewöhnte Zeit kennt — finanziert wird? Ein sachliches Urteil wird diese Annahme zurückweisen müssen. Selbst diejenigen der „kleinen Nationen“, denen durch die letzten Jahre ihre vollständige nationale Freiheit und ein eigenes staatliches Dasein zurückgegeben worden ist, die stärker und national-wirtschaftlich vermögender sind als die Juden, haben es nicht versuchen können, den außerordentlichen Bedarf, der mit der staatlichen Neugründung verbunden war, auf solchen Wegen zu decken. Ziehen wir zum Beispiel einige der baltischen neustaatlichen Völker ,etwa die Letten oder die Esthen heran. Diese Völker wohnen geschlossen auf ihrer Erde, besitzen eine mehr oder weniger entwickelte Volkswirtschaft, eine bodenständige werktätige Bevölkerung von vorwiegend bäuerlichem Charakter. Sie hatten, um zu ihrer Freiheit zu gelangen, auch keine so schwierigen, komplizierten und kostspieligen Aufgaben zu erfüllen wie sie eine Volkskolonisation in einem fernen und unerschlossenen Lande stellt. Sie hatten nur einen nach landläufigem europäischem Muster eingerichteten Staatsapparat neu zu errichten und national anzustreichen, wie die Schilderhäuschen, die sie an den Grenzen ihrer Länder aufstellten. Es galt also, eine Verwaltung zu organisieren, Landeskultur- und Erziehungsanstalten einzurichten, das Gerichts-, das Zollwesen zu ordnen. Vor allem — nach dem althergebrachten Schema — ungeheure Summen in die Bildung der nationalen Armeen und die

Schaffung der Rüstungsmaschinerie hineinzustecken. Warum haben nun Esthen und Letten beispielsweise diesen außerordentlichen Bedarf, der durch die Installationskosten ihrer Nationalstaaten verursacht wurde, nicht durch einen nationalen Großspendenfonds decken können oder wollen? Dennoch haben sie nicht einmal versucht, auch nur vermittels der ihnen zustehenden Steuerhoheit aus ihren Volkswirtschaften die notwendigen Mittel an sich zu ziehen. Sondern sie haben, insbesondere gedrängt vom Bedürfnis, in den Besitz konzentrierten Kapitals zu gelangen, andere Wege gehen müssen. Einerseits haben sie relativ große äußere Anleihen aufgenommen. Die Verschuldung von Esthland betrug schon Mitte 1922 25 Millionen £, die Verschuldung von Lettland inklusive der an die enteigneten Latifundienbesitzer zu zahlenden Entschädigung aus einer zu kontrahierenden „Wiederaufbauanleihe" £ 71 478 000. Auf den Kopf der Bevölkerung betrug diese Verschuldung in Esthland 17,2 $, in Lettland 11 $.*) Andererseits — und auch das ist eine sehr interessante Seite ihres Budgets — haben sie durch die Übertragung wichtiger Produktionsmonopole auf den Staat und überhaupt eine soweit als möglich reichende Konzentrierung werbenden Vermögens in seinen Händen ihrer öffentlichen Wirtschaft stetige und sogar sich stetig steigernde Erträge gesichert.

Das Wesen unseres Werkes aber besteht nicht darin, einen Staatsapparat zu organisieren, eine Verwaltungsmaschine einzurichten, wir haben auch glücklicherweise keine Armeen auszurüsten und keine Schilderhäuschen blau-weiß zu färben. Dafür haben wir die unvergleichlich schwierigere Aufgabe zu lösen, die darin liegt, eine geschlossene Siedlung auf unserer Erde zu schaffen, einer bodenständigen, werktätigen Bevölkerung im Lande produktive Lebensmöglichkeiten zu eröffnen, die Grundlage für unsere Volkswirtschaft, für unsere Kulturarbeit zu legen. Können wir annehmen, das alles mit Hilfe eines Spendenfonds, den selbst die breiten Massen unserer Nation tragen, durchführen zu können?

Gerade deshalb muß auch der Vergleich, der zuweilen zwischen unserem Keren Hajessod und dem nationalen Selbstbesteuerungsfonds der Griechen in der Diaspora (in der Epoche ihrer nationalen Freiheitsbewegung) beliebt wird, als durchaus irreführend abgelehnt werden. Die Funktion, die man im Prozeß

---

*) Siehe Manchester Guardian, Reconstruction-Serie vom 27. Juli 1922, S. 322. ff.

der Palästinakolonisation dem nationalen Großspendenfonds zugeschrieben hat, ist grundverschieden von der, die die Geldsammlung der Griechen im Exil für die Wiederherstellung ihres Vaterlandes geleistet hat. Lebte heute in Palästina eine geschlossene Siedlung von Hunderttausenden von Juden, sei es auch nur ein mühseliges und ärmliches Grenzerleben, wer zweifelt daran, daß im Augenblick der nationalen Erhebung die Juden der Diaspora in allen Ländern bereit sein würden, wie die Hellenen im vorigen Jahrhundert, ihren Volksgenossen bei der staatlichen Reorganisation zu Hilfe zu eilen? Das jüdische Galuth würde dann in Jerusalem eine Universität oder einen Justizpalast errichten, die den Vergleich mit den athenischen wohl aushalten könnten. Auch Institute der sozialen Fürsorge, Museen, Theater, Musterbetriebe, Lehrgüter, wissenschaftliche Stiftungen, alles reicher ausgestattet als es die griechischen Händler und Handwerker für ihre Heimat tun konnten. Aber ein grundsätzlich und völlig anderes ist es, wenn man mit Hilfe der Sammelkapitalien die Siedlung der Hunderttausende erst durchführen soll. Das ist ein Werk von solcher Größe, daß diese Methode seinen Anforderungen unmöglich genügen kann.

Mit diesen Feststellungen aber ist nun nicht nur die negative Begrenzung der möglichen Wirksamkeit nationaler Spendenfonds im allgemeinen und der jüdischen insbesondere angedeutet, sondern im Wesentlichen auch positiv der natürliche Umkreis ihrer Funktion und die Bedeutung ihrer Tätigkeit festgelegt. Um innerhalb dieses Bezirkes die höchstmögliche Leistung des Keren Hajessod zu erreichen, wird die Anspannung aller freien Energien und die Vornahme aller erforderlichen Reformen notwendig und angebracht sein. Denn es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, welche Bedeutung ihm auch in den bestimmten Grenzen für das Aufbauwerk zukommt. Ihn zu erhalten und auszubauen sind wir daher verpflichtet, nicht nur weil es einen gegenwärtigen, sehr aktuellen und dringenden Tagesbedarf gibt, den das heutige, reduzierte, reguläre Palästinabudget der zionistischen Organisation anzeigt, und den es unter Aufbietung aller verfügbaren Kräfte zu befriedigen gilt. Und nicht nur, weil man in keinem Fall ein Instrument aus der Hand gibt, dessen relative Brauchbarkeit sich erwiesen hat, solange nicht ein neues besseres ersonnen, berechnet, von Ingenieuren gezeichnet und konstruiert und endlich voll wirksam in Betrieb gesetzt ist. Sondern vor allem aus dem Grunde, weil wir noch für lange Zeit uns nicht ge-

statten dürfen, auf die Ausnutzung der Spendenkraft der jüdischen Volksmassen zu verzichten. Jahrzehnte hindurch wird für unser Siedlungswerk, selbst wenn es sich unterdes andere neue und reichere Finanzquellen erschlossen hat, das nationale, freiwillig gespendete Sammelkapital eine sehr beträchtliche Bedeutung besitzen. Nach wie vor wird es — wie es der Natur seiner Aufbringung entspricht — in periodischen Raten in die Zentralkassen strömen, wobei der Pegelstand dieses Stromes höchstwahrscheinlich immer vorübergehenden Schwankungen ausgesetzt sein wird. Es ist sogar möglich, daß sich die Beträge noch wesentlich erhöhen werden, wenn der Großspendenfonds nicht mehr wie heute mit Funktionen belastet sein wird, denen er nicht zu genügen vermag, sondern wenn er, eingeordnet in einen umfassenden und von großen Leitgedanken erfüllten Finanzplan eine fest umgrenzte Stellung im Rahmen des Ganzen einnehmen wird, die er voll ausfüllen kann.

Auf keinen Fall aber ist, wie wir gesehen haben, die Annahme berechtigt, daß das Vorhandensein der nationalen Spendensammlung einen solchen umfassenden kapitalpolitischen Plan überhaupt entbehrlich mache. Niemals wird sie mehr sein können als eine willkommene Ergänzung der gewaltigen konzentrierten Großkapitalien, die notwendig sind, um den Palästinaaufbau auf der Grundlage einer jüdischen Arbeits- und Siedlungskolonisation durchzuführen, und deren Beschaffung das eigentliche Finanzproblem der Jewish Agency darstellt. Um diese wesentliche Grundfrage zu lösen, wird also die Jewish Agency über die bisher geübten oder propagierten Methoden hinaus neue Wege der Kapitalpolitik suchen und entschlossen beschreiten müssen.

IV.

# Die moderne Siedlungskolonisation und der internationale Kredit.

> Will man ein Land gründen, darf man es nicht in der Weise machen, die vor tausend Jahren die einzig mögliche gewesen wäre. Es ist töricht, auf alte Kulturstufen zurückzukehren, wie es manche Zionisten möchten.
>
> (Theodor Herzl, Judenstaat.)

Welcher Art aber die neuen Wege sein sollen, die die Jewish Agency in ihrer Finanzarbeit einzuschlagen hat, um den Anforderungen des Siedlungswerks, dessen Leitung und Durchführung ihr auferlegt ist, zu genügen, soll nicht frei aus dem Kopfe erfunden werden oder gar ganz zufälligen und willkürlichen Einfällen entspringen. In seinen großen Grundlinien muß vielmehr der Kapitalplan ebenso als zwingendes Ergebnis aus der Analyse der gegebenen Tatsachen hervorgehen, wie das außenpolitische Programm aus der Untersuchung und Abschätzung der im Staatensystem gegeneinander und aufeinander wirkenden Machtfaktoren oder die technische Konstruktion aus der Kenntnis der Zwecke, Wirkungsweisen und Wirkungsmöglichkeiten der zu verwendenden Stoffe und Kräfte. Mag er dann auch auf kühnen und fremdartig neuen Grundsätzen aufgebaut sein, er wird sich mit der Entwicklung der Dinge selbst entwickeln und durchsetzen; mag seine Durchsetzung auch durch augenblickliche Hindernisse aufgehalten werden, sein endlicher Erfolg ist so sicher wie die Erkenntnis der gegebenen Tatsachen selbst, von der er ausgegangen ist. Wenn sich nun aus unseren Betrachtungen bisher ergeben hat, daß die großen Kapitalien — von möglichst hohem Konzentrationsgrad —, die der Palästinaaufbau erfordert, unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht auf dem Wege freier Betätigung privater Erwerbsvermögen jüdischer Unternehmer herangezogen werden können, weil dafür die allgemeinwirtschaftlichen Voraussetzungen noch fehlen, und gerade erst durch die Kapitalien geschaffen werden sollen, und nicht auf dem Wege der nationalen Spendensammlung,

weil deren objektive Grenzen zu eng gestreckt sind, als daß sie mehr als ein ergänzendes Kapitalinstrument bilden könnte, — so sind wir damit schon auf einen dritten Weg gewiesen: die Mittel, deren wir bedürfen, um unsere kolonisatorische Aufgabe durchführen zu können, dort zu suchen, wo große Kapitalien — von hoher Konzentrationsfähigkeit — sich aus vergangenen Wirtschaftsprozessen angehäuft haben und zur lohnenden Verwendung bereitstehen. Das Kapitalaufbringungssystem des Palästinaaufbaus wird so zu einem Kreditproblem; die Finanzpolitik der Jewish Agency wendet ihre Hauptfront der Einspannung des anlagesuchenden Kapitals zu. Unsere Fragestellung spitzt sich damit darauf zu, die Möglickeiten zu prüfen, in denen von der Seite der Jewish Agency her, die Einspannung des anlagesuchenden Kapitals für den Palästinaaufbau, die nationale Anleihe der Juden also, durchführbar scheint und die Formen festzustellen, in denen die Durchführung vor sich gehen könnte.

Dabei sollte unseres Erachtens die innere jüdische Nationalanleihe durchaus mit denselben Maßen gemessen und auf demselben Fuß behandelt und in ihren Aussichten beurteilt werden, wie eine äußere Anleihe am offenen Kapitalmarkt. Die innere Anleihe ist die Form des Kreditgedankens, die in der öffentlichen Erörterung unserer Siedlungsfragen bereits eine ernsthafte Rolle gespielt hat. Doch merkwürdigerweise haben sich unter den Verteidigern dieses Vorschlags, die übrigens gerade auf den Bänken der zionistischen Linken recht zahlreich waren, nicht wenige gefunden, die gleichzeitig die allgemeine — nicht spezifisch innerjüdische — Kreditbasis unseres Kolonisationswerks bezweifelt hätten. Sie bemessen die Aussichten von innerer und äußerer Kapitalaufnahme mit völlig verschiedenen Maßen und glauben von einem Kredit, der vom „nationalen" Kapital ausginge erwarten zu dürfen, daß er sich mit fragwürdigeren Bedingungen zufrieden gäbe als sie im allgemeinen auf dem Finanzmarkt der Welt zu gelten pflegen. Zuweilen erwarten sie auch auf diesem Gebiete alles Heil von irgendwelchen organisatorischen Kombinationen und Formeinfällen. Das sind insbesondere jene, die auch die Privatinitiative durch die Schaffung ganz bestimmter Organisationsstellen als „Ermunterungsbehörden" glauben erwecken zu können. Über die Schrift eines dieser Herren, Alfred Nossig, wird aus „ihm nahestehenden Kreisen" berichtet: „Als aussichtsreichstes Mittel zur Aufbringung des für den Palästinaaufbau erforderlichen Fonds empfiehlt Nossig nicht Spenden-

sammlungen, sondern eine Nationalanleihe. Er gibt sich jedoch Rechenschaft darüber, daß eine solche nur dann Aussichten auf Erfolg haben kann, wenn es zuvor gelingen würde, die Gesamtjudenheit in viel höherem Maße als bis jetzt zur Mitarbeit am Palästinawerk heranzuziehen. Dies kann nach seiner Ansicht nur durch Gründung einer neuen weltumspannenden „Jüdischen Organisation“ erreicht werden.“ (Binjan-Haarez-Mitteilungen, 8/9. S. 60.) Aber eine derartige „idealistische“ Beurteilung des „nationalen“ Kapitals einerseits, ein derartiger Organisationsaberglaube anderseits sind wieder einmal bloße Illusionen und nur geeignet, erneut voreilige Hoffnungen bitter zu enttäuschen. Soll die innere Anleihe (psychologisch gesprochen) nicht wie eine verschleierte Spendensammlung aufgefaßt werden und wirken; soll sie (finanzpraktisch gesprochen) in einem Umfang placiert werden können, der in einem zureichenden Verhältnis zu den Kapitalerfordernissen des Siedlungswerkes steht; soll sie (soziologisch gesprochen) die Gruppen des „nationalen“ mittleren und großen Kapitals tatsächlich erfassen und in nennenswerten Maßen in ihren Wirkungskreis einbeziehen können, so muß sie eben gerade auf einer Grundlage aufgebaut sein, die auch vom internationalen Kapital als tragfähig und sicher anerkannt werden würde. Dann aber, diese Grundlage vorausgesetzt, wäre es sinnlos, aus Gründen, die der Sache selbst fremd sind, den Aktionsradius der Anleihe künstlich und willentlich auf das Betätigungsfeld des „nationalen“ Kapitals einzuschränken. Dagegen ist die Annahme nicht nur zulässig, sondern sogar außerordentlich berechtigt, daß von dem Tage an, wo der Damm gebrochen und der erste erfolgreiche Appell der Jewish Agency, als der Sachwalterin des jüdischen Kolonisationswerkes an den internationalen Kapitalmarkt erfolgt ist, eine besonders lebhafte Reaktion der „nationalen“ Finanz auf die Anforderungen der konstruktiven Arbeit in Palästina einsetzen wird. In bezug auf den Charakter, den die erste Anleihe der Jewish Agency rein ihrer finanziell-geschäftlichen Form nach tragen soll, bin ich daher durchaus mit den Worten einverstanden, mit denen einmal Hans Goslar seine Ablehnung einer nationalen Anleihe im gegenwärtigen Entwicklungsstadium unserer Siedlung begründet hat. „Unsere Anleihe“, so sagt er richtig, „soll keine „Rachmones“-Anleihe sein . . . Die Anleihe des jungen jüdischen Gemeinwesens, von deren Zeichnungsausfall und ferner auch, von deren regelmäßigem Zinsen- und Tilgungsdienst sein Kredit auf dem internationalen Kapital-

markt abhängt, muß unbedingt seriös sein und jede fachmäßige Finanzkritik vertragen können . . . Vor allem darf keine dilettantenhafte und gefährliche Kombination von Anleihe und Wohltätigkeit, alias Volksspende entstehen." Von vornherein muß daher bei der Untersuchung einer Lösungsmöglichkeit unseres Finanzproblems auf dem Kreditwege alle Spekulation auf nachsichtige Beurteilung der Bonität und der Sicherheit der Jewish Agency-Anleihe seitens des „nationalen" Kapitals oder philantropischer Geldgeber völlig ausgeschaltet werden. Von diesem Standpunkt aus rangieren innere und äußere Kapitalaufnahme, was ihre notwendigen Voraussetzungen, Bedingungen ihrer Durchführung und ihre möglichen Wirkungen anbetrifft, auf genau der gleichen Linie.

Es handelt sich also nunmehr darum, klarzustellen, unter welchen Bedingungen und in welchen Formen eine jüdische Nationalanleihe am internationalen Kapitalmarkt realisierbar wäre, ohne daß an dem seriösen und finanzkritisch einwandfreien Charakter der Operation auch nur im geringsten zu zweifeln wäre. Neben dem Wie verlangt das Wann, das Wo eine ernste Entscheidung. Unablöslich verbunden mit der Frage der Hereinbringung des Kreditkapitals sind die Fragen der Sicherheiten, der Amortisation, der regelmäßigen und anziehungskräftigen Verzinsung. Aus diesen und noch vielen anderen Bestandteilen muß ein Anleiheplan als ein genau zusammengefügtes Ganzes konstruiert werden, der allgemein eine Grundlage für die Untersuchung und Abschätzung der Aussichten und Möglichkeiten eines derartigen Vorschlages darstellen kann.

Bevor wir aber daran gehen, den ganzen Komplex von Fragen, die sich hier auftun, einer näheren Betrachtung in den Einzelheiten zu unterziehen, soll, indem gewissermaßen die Resultate der künftigen Erörterung vorweggenommen werden, der Gesamtplan in seinen großen Leitgedanken mit wenigen thesenartigen Sätzen zusammengefaßt werden. Während in bezug auf alle Details auf die kommende ausführlichere Darstellung verwiesen wird, wird dadurch von Anfang an ein Überblick über den ganzen Entwurf möglich, der auch das Verständnis der einzelnen Teile erleichtert. Und noch mehr als das. Von Anfang an wird dadurch betont, — was immer wieder bei der Beurteilung eines Projektes, das auf öffentlichem Kredit basiert ist, betont werden muß, und nicht vergessen werden darf — daß dabei die Probleme und die vorgeschlagenen Formen der Kapitalaufbringung, der Kapitalverwaltung und der Kapitalverwendung nicht von einander zu trennen

sind und nur die verschiedenen Glieder eines ganzen einheitlichen, organisch in sich gebundenen Finanzsystems bilden können. Jede Veränderung in einem der Teilkomplexe muß zu einer Veränderung im Ganzen führen; jeder Teilkomplex ist letzten Endes nur im Rahmen des Ganzen zu begreifen und zu verwirklichen. Daher ist nicht nur für das Verstehen des Planes der Jewish Agency-Anleihe, sondern auch für seine Durchführung selbst eine deutliche Übersicht über alle Komplexe, die die Teile eines solchen kapitalpolitischen Systems darstellen, notwendig.

Versuchen wir also die hauptsächlichen Punkte, die für die Durchführung des Kreditplans entscheidend sind, in einzelnen Thesen zu umreißen:

Erstens: Der Kapitalbedarf des jüdischen Siedlungswerkes in Palästina, der als Nachfrage nach einem konzentrierten Großkapital auftreten muß, wenn damit die Durchführung unserer kolonisatorischen Aufgaben gesichert werden soll, kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur auf dem Wege des Kredits am internationalen Kapitalmarkt durch eine Anleihe gedeckt werden.

Zweitens: Die Trägerin dieser Anleihe ist die Jewish Agency als die öffentlich-rechtlich anerkannte Vertretungskörperschaft des jüdischen Volkes und die leitende Instanz des palästinensischen Siedlungswerkes. In ihren Händen liegt auch die Verwaltung und die Bestimmung über die Verwendung der aufgebrachten Kapitalien. Sie schafft die dafür notwendigen speziellen Organe.

Drittens: Die Aufnahme dieser ersten Anleihe der Jewish Agency kann unter den gegenwärtigen Bedingungen nur auf der Grundlage bestimmter und genügender dinglicher Sicherheiten erfolgen, von deren Wert die Maximalhöhe der auszuschreibenden Anleihe abhängig ist. Dieser Wert wird wiederum von der Größe der Sachwertvermögen bestimmt, die als solidarhaftendes Nationalkapital schon jetzt organisierbar sind. Sie werden in einem besonderen Verwaltungsorgan, dem Jewish Agency-Syndikat, zusammengefaßt.

Viertens: Das durch die Anleihe in die Verfügung des Jewish Agency-Syndikats übergehende Kapital wird — wenigstens zu ganz überwiegenden Teilen — werbenden Anlagen und volkswirtschaftlich produktiven Verwendungszwecken zugeführt. Der als Folge der zusätzlichen Kapitalinvestierung eintretende bedeutende Wertzuwachs der bei der Kapitalaufnahme gegebenen Garantiemasse, erhöht die allgemeine Sicherheit der

Anleihe. Die neu geschaffenen oder erworbenen Werte und neuerschlossenen Einnahmequellen gehen gleichfalls bis zu einer bestimmten Höchstgrenze in das bürgende Sachvermögen oder den Dienst der dette publique ein.

F ü n f t e n s: Die Verzinsung und Tilgung des Anleihekapitals ist nicht auf die Ertragsquoten gegründet, die auf verwaltungsmäßigem Wege (als Gebühren oder Zölle), oder auf rein steuermäßigem Wege (als direkte oder indirekte Abgaben) eingetrieben werden müssen, sondern auf die normalen wirtschaftlichen Erträge des verwendeten Kapitals selbst. Das schließt nicht aus, daß im Rahmen dieses wirtschaftlichen Ertragssystems auch die nationalen Spendensammlungen im Bereich bestimmter, ihnen entsprechender Funktionen, sowohl für den Dienst der nationalen Schuld, als auch für die Erfüllung von Aufgaben, die außerhalb der Verwendungszwecke des Anleihekapitals liegen, eingesetzt werden.

S e c h s t e n s: Um das höchste Maximum dieser Erträge zu erreichen, mindestens aber die für den regelmäßigen Zinsendienst erforderlichen Annuitäten zu sichern, wird die Verwaltung und Verwendung des hereingebrachten Kapitals in einer großen, gemeinwirtschaftlichen, nach Erfordernissen der nationalen Kolonisation zentral geleiteten und als Einheitsunternehmung arbeitenden Wirtschaftsorganisation zusammengefaßt. Außer einer Reihe von Wirtschaftsinstituten, die besondere kolonisatorische Aufgaben erfüllen, wie zum Beispiel einer Bodenkaufs- und Parzellierungsgesellschaft, einer Transportgesellschaft, umfaßt diese Organisation vor allem ein gemeinwirtschaftlich aufgebautes Kreditsystem, in dessen Mittelpunkt eine Zentralbank fungiert, die mit dem Recht der Notenausgabe ausgestattet ist.*)

S i e b e n t e n s: Durch diese Organisation ist das Jewish Agency-Syndikat instand gesetzt, die migrations- und finanzpolitischen Aufgaben, die kolonisatorischen Pläne in Stadt und Land, in agrarischer und gewerblicher Produktion auszuführen, die das Palästinaaufbauwerk erheischt. Während so die Jewish

*) Weil an dieser Stelle ausschließlich der ökonomische Kern des Kreditplans in Betracht gezogen werden soll, sind wichtige Fragen der organisatorischen Formgebung absichtlich offen gelassen worden. Es sind also weder allgemeine Organisationsprobleme (Zusammensetzung der Notenbankverwaltung oder des Syndikatdirektoriums) noch spezielle Fragen wie etwa die des Ausbaus des Jewish Colonial Trust zur Zentralbank auch nur berührt worden. Soweit es notwendig und eine übermäßige Belastung der ganzen Schrift zu vermeiden ist, wird es in den nächsten Kapiteln nachgeholt werden.

Agency zum entscheidenden, in seiner praktischen Arbeit unabhängigen und den Gang der ökonomischen Entwicklung des Landes tatsächlich bestimmenden Kolonisationsfaktor wird, schafft sie in ihrer Kreditorganisation auch eine der unentbehrlichsten Voraussetzungen für die erfolgreiche Tätigkeit des Privatkapitals, in den Grenzen, die die allgemeinen Bedingungen seinem Wirken setzen. Damit aber mündet bereits der Finanzierungsplan in den Kolonisationsplan ein.

Daß das ganze eben nur in den gröbsten Umrissen angedeutete Programm einer großzügigen und weitblickenden Kapitalpolitik der Jewish Agency kein bloßes theoretisches Gedankengerüst ist, sondern in unmittelbarem und lebendigem Zusammenhang mit der palästinensischen Wirklichkeit und den Tatsachen des jüdischen Volkslebens steht und aus ihrer realistischen Abschätzung hervorgewachsen ist, das wird die Darstellung und Prüfung der Einzelheiten erweisen können. Nicht immer ist ja das zähe Beharren in überkommenen Vorstellungen, Gedankengängen und Arbeitsmethoden oder das träge Fortwursteln in ausgefahrenen Gleisen das eigentlich Praktische und Zweckmäßige. Und nur dem Philister, der nicht zu Recht sich hinter dem klaren Verstand der Wirtschaftsführer verkriecht, ist der weitausgreifende und kühne, neue Wege weisende Gedanke das schlechthin Lebensfremde und Phantastische. Allerdings ist seine Verwirklichung an mannigfache Voraussetzungen gebunden. Es gehören durchgebildete, scharfblickende, erfahrene Menschen dazu, die imstande sind, die entscheidenden Ideen zu erfassen und in die Tat umzusetzen. Es gehört eine sachgemäße Vorbereitungsarbeit dazu, die, wie das Aufmontieren der Maschine, exakt ausgeführt sein muß, ehe die Räder und Rädchen in Bewegung gesetzt werden können. Es bedarf der genau bis ins Einzelne ausgearbeiteten und durchgerechneten Arbeitspläne, der straff organisierten Verwaltung, der kaltblütigen Energie in der Durchsetzung von erwogenen und eingeschlagenen Wegen und noch vieler anderer Dinge, Eigenschaften, Kräfte, Gedanken, Instrumente.

Aber nicht die Bedürfnisse und Möglichkeiten allein, die durch die Tatsachen des jüdischen Volkslebens und der palästinensischen Siedlungsarbeit selbst aufgewiesen werden, drängen auf die Wege der Kapitalpolitik, die durch den Kreditplan angedeutet werden, und auf die Methoden der Kolonisations- und Wirtschaftspolitik, die die notwendige Ergänzung dazu bilden, in-

dem sie die Form der Verwendung, Verwaltung, Verzinsung und Tilgung des aufgenommenen Kapitals festlegen. Auch die Faktoren, die das gegenwärtige Stadium der weltwirtschaftlichen Entwicklung entscheidend bestimmen, treiben in genau der gleichen Richtung. Und diese Faktoren bestimmen entscheidend auch die Lage des jüdischen Kolonisationswerks in Palästina und die objektiv notwendigen Formen, in denen es sich — gemäß dem Reifegrad der allgemeinen sozialen und ökonomischen Verhältnisse — zu vollziehen hat. Nicht nur der Zionismus als nationale, politische oder geistige Bewegung, sondern auch der Zionismus als wirtschaftlich-kolonisatorischer und sozial-konstruktiver Prozeß ist ja nur als Teilerscheinung im Rahmen weiterer und größerer Entwicklungen zu begreifen, die weit über die Grenzen eines Volkes hinausgreifen. Wir kolonisieren und wirtschaften nicht im luftleeren Raum und in einer abstrakten historischen Zeitepoche. Wir kolonisieren und wirtschaften organisch mit der ganzen Umwelt verknüpft, in einem ganz bestimmten, konkreten Abschnitt der geschichtlichen Entwicklung und unter ganz bestimmten konkreten weltwirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Bedingungen. So wenig wir uns im allgemeinen den Wirkungen und mannigfachen Einflüssen der geschichtlichen Mächte entziehen können, so wenig wir uns nach Willkür außerhalb der psysikalisch-chemischen Gesetze stellen können, so wenig kann unsere Kolonisation oder unsere Wirtschaft den entscheidenden Einwirkungen der zu unserer Zeit allgemein wirkenden weltwirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsverhältnisse entgehen. Sie bedingen die Entscheidung über die rationellsten und daher objektiv anzustrebenden Methoden der Siedlungsarbeit wie der ökonomischen Politik, der Arbeitsorganisation wie eben auch der Finanzierung, der Kapitalaufbringung und -verwaltung, ihren ganzen *Formen* nach. Denn von ihnen hängt auch der funktionale Sinn ab, der einem gesellschaftlichen Lebensvorgang, wie etwa der Kolonisation im Rahmen eines ganzen temporär gegebenen Wirtschafts- und Sozialsystems zuzuschreiben ist, und der im Grunde alle die Formen, in denen sich der Lebensvorgang vollzieht, bestimmt.

Herzls Intuition hat auch hierin wieder das Wesentliche bereits im „Judenstaat" erkannt und — wenn auch nur in allgemeinen Worten — ausgesprochen. „Will man ein Land gründen," schreibt er dort, „darf man es nicht in der Weise machen, die vor tausend Jahren die einzig mögliche gewesen wäre. Es ist

töricht, auf alte Kulturstufen zurückzukehren, wie es manche Zionisten möchten." Aber nicht nur die Methoden des Landaufbaus und der Kolonisation sind unzulänglich und veraltet, die vor tausend Jahren die einzig möglichen gewesen wären. Auch die Zionisten, die unsere Kolonisation und ihre Finanzierung mit Hilfe von Methoden und Mitteln verwirklichen wollen, die vor zweihundertfünfzig Jahren zu den Zeiten der Pilgrim fathers oder auch nur vor hundert Jahren zu den Zeiten des „Zuges nach dem Westen" die einzig möglichen gewesen wären, gehören ins Museum. Wenn nicht zur bronzenen Axt und zum Spinnrocken, so doch in die Abteilung, in der sich Stephensons Lokomotive oder Sir Walter Raleighs Tabakspfeife befinden. Deshalb ist die Erkenntnis der Faktoren, die das gegenwärtige Stadium der weltwirtschaftlichen und -sozialen Entwicklung bestimmen, der besonderen Funktionen, die die Kolonisation in diesem Stadium der Entwicklung erfüllt und der Formen der Kolonisation, der Wirtschafts- und der Kapitalpolitik, der Produktionsorganisation, die dadurch bedingt werden, gewissermaßen eine unumgängliche Voraussetzung auch für die Feststellung der Methoden und Formen des jüdischen Palästinaaufbaus. Nur Methoden und Mittel, die der geschichtlichen Entwicklungsstufe entsprechen, werden ihrem Zwecke voll genügen.

Aber in die allgemeinen Zusammenhänge, von denen hier die Rede ist, ist noch verhältnismäßig wenig hineingeleuchtet worden. Die offizielle Wissenschaft ist hier, wie auf so vielen anderen Gebieten der soziologischen und ökonomischen Forschung, an reinen Äußerlichkeiten haften geblieben, und hat sich im besten Fall damit begnügt, ein Schema von allgemeinen Begriffen den aneinandergereihten geschichtlichen Tatsachen notdürftig anzupassen. Es ist das vor allem die Schuld derjenigen sogenannten „politischen Historiker", die von den Lehrstühlen der bürgerlichen Universitäten herab Geschichte der Kolonien und der Kolonisation behandelten. Dieser eigenartigen Zunft der „reinen Historiker" erschien stets eine Behandlung der Kolonisationsgeschichte unter dem principium divisionis der Vorherrschaft der spanisch-portugiesischen, der holländischen, der französischen und der englischen Macht wesentlicher und eindringender zu sein, als eine Untersuchung der sozialen und wirtschaftlichen Kräfte, die in den verschiedenen chronologischen Abschnitten hinter der Kolonialbewegung wirkten und ihre Wege und Ziele bestimmten. So ist noch in einem der neueren Werke

über unseren Gegenstand, in Veit Valentins Kolonialgeschichte der Neuzeit zu lesen: „Diese Epocheneinteilung, die den großen geschichtlichen Gegensatz von alten Kolonialmächten und neuen Weltmächten verfeinert und zergliedert, erscheint mir am natürlichsten und praktischsten; jede andere, die das maßgebende Prinzip aus der Entwicklung der politischen Ideen nimmt, ist meines Erachtens mehr gewagt als treffend — so etwa, wenn man den Gegensatz von imperialistischer und merkantilistischer Kolonisation durchführen wollte. Denn vom politischen Standpunkt aus hat sich nur der Stil der Kolonisation und nicht der Sinn der Kolonisation geändert."*) Ein merkwürdiger „politischer Standpunkt" das, von dem aus nicht mehr zu erkennen ist, daß das genaue Gegenteil richtig ist; daß parallel der geschichtlichen Entwicklung im ganzen auch der Sinn der Kolonisation, etwa seit den Zeiten des frühen Merkantilismus bis zu unserer Epoche des reifen Finanzkapitalismus, sich gewandelt hat; daß ein grundsätzlicher Wandel in der Funktion der Kolonisation, im Rahmen der ganzen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse seither eingetreten ist; und daß erst dieser Funktionswandel seinerseits den Wandel der Formen und Methoden der Kolonisation, das, was hier ihr Stil genannt wurde, hervorgerufen hat. Aber auf den Gedanken, daß man, um zum Verständnis der verschiedenen Epochen der Kolonialgeschichte zu gelangen, auch noch hinter die „politischen Ideen" auf die objektiven sozialen und ökonomischen Entwicklungsvorgänge zurückzugehen hat, deren Ausdrücke oder gar bloße Spiegelungen die politischen Ideen sind und deren Stadien eben auch die Funktion der Kolonisation im ganzen eines gegebenen Wirtschafts- und Sozialsystems, ihre Formen und Arbeitsweise, bestimmen und so in Wirklichkeit Epochen bilden —, auf diesen Gedanken ist Herr Professor Veit Valentin anscheinend überhaupt nicht gekommen.

Und doch ist gerade eine derartige Behandlung die einzige dem Problem angemessene und wirklich wichtige Aufschlüsse vermittelnde. Sie kann an dieser Stelle selbstverständlich nicht ausgeführt werden. Selbst wenn wir uns dabei ausschließlich auf die Betrachtung der modernen europäischen kapitalistischen Entwicklung beschränken wollten, müßte ein ausführlicher Überblick den Rahmen dieser Schrift völlig sprengen. Es kann also höchstens der Versuch unternommen werden, einige Grund-

*) Veit Valentin, Kolonialgeschichte der Neuzeit, Vorwort. S. V.

gedanken in den gröbsten Umrissen zu skizzieren und durch wenige sinnfällige Einzelheiten zu illustrieren.

Betrachten wir also unter den angedeuteten Gesichtspunkten auch nur das Zeitalter des modernen Kapitalismus von seinen Anfängen bis in die Gegenwart. In allen Abschnitten dieses Zeitalters waren Kolonialbewegungen und Kolonisationsprozesse eng mit dem Ganzen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung verbunden, von den Perioden an, in denen, wie Marx es glänzend geschildert hat, die neuentdeckten Überseegebiete Zentren der „ursprünglichen Akkumulation" gewesen sind, bis zu unseren Tagen, wo im Interessenwiderstreit der imperialistischen Großmächte die „Kolonien", „Einflußsphären", „Protektorate", „Mandatsgebiete" eine ganz besondere und auffallend einflußreiche Rolle spielen. Und dennoch — könnte man etwas überscharf formuliert sagen — ist es kaum mehr als der Name und die Tatsache der Kolonisation, die allen Zeitabschnitten der kapitalistischen Geschichte gleich und gemeinsam sind. Was aber die Formen, die Methoden, den funktionalen Sinn der Kolonisationsarbeit betrifft, so weist eben jede Stufe der kapitalistischen Evolution auch paralelle Stufen, Formen, Methoden, Elemente der Kolonisation auf. Wie jedem Stadium der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eine ganz bestimmte Struktur der Produktion — Handwerk, Manufaktur oder Großindustrie — eine ganz bestimmte Struktur des Verkehrswesens — über alle Etappen hin, die dem modernen Weltverkehr der Gegenwart vorausgehen —, eine ganz bestimmte Struktur der Herrschaftsverhältnisse, der Tauschbeziehungen entspricht, so entspricht auch jeder Entwicklungsepoche eine ganz bestimmte Struktur der Kolonisation. Mit der Weiterentwicklung der Produktions-, der Verkehrs-, der Herrschafts- und Austauschverhältnisse, kurz mit der sozialen und ökonomischen Weiterentwicklung entwickeln und wandeln sich auch alle Elemente der Kolonisation: die Wirtschaftspolitik der erschlossenen „Kolonien", wie die ökonomischen Formen der Herrschaft der „alten Welt", der „Mutterländer", über die Kolonien, die Richtung der kolonialen Produktion, wie die der Verwertung der Erzeugnisse, die Bedeutung, die den Kolonien im ganzen der Volkswirtfchaft zugeschrieben wird, und eben auch die Wahl der Mittel für die Durchführung der kolonialen Tätigkeit, die Kapitalaufbringung und die Kapitalverwaltung, ihre juristischen Formen und ihre politischen Wirkungen. Es ergibt sich also eine äußerst kompli-

zierte Gleichung, deren eine Seite der Typus der Kolonisation in einer Epoche bildet, in deren andere Seite als Größen die Produktionsverhältnisse, die Verkehrsbedingungen, die Herrschaftsformen, vor allem auch die Bevölkerungsbewegung der „alten Länder" einzusetzen sind. Ein Beispiel: Als vom Beginn des 16. Jahrhunderts an, nach der Entdeckung Amerikas und der Umseglung des Kaps, die neuen Länder in den Gesichtskreis der europäischen Völker traten, bestanden an und für sich gesehen die Wirtschaften dieser Völker bekanntlich aus geschlossenen oder nahezu geschlossenen und im allgemeinen relativ eng und fest begrenzten Kreisen von Produktion, Austausch, Verzehr und einfacher Reproduktion. Der einzige Zweig wirtschaftlicher Tätigkeit, der in nennenswerten Maßen über die Grenzen von Stadt und Umkreis oder Provinz weiter hinausreichte, der Fernhandel, erstreckte sich demgemäß auch vor allem auf Güter, die außerhalb des gewohnten Konsums und jenseits der gewöhnlichen Erzeugung standen, auf Luxusprodukte. Im Handelskampf um die Luxusprodukte — Edelmetalle, Edelgewebe, Edelfarbstoffe, Edelsteine — war der Drang nach den überseeischen Gebieten ja so mächtig geworden, daß er Jahr um Jahr die abenteuernden Seefahrer, die merchant adventurers, die phantastischen Reisenden aufs Meer trieb. Die ersehnten Schätze Indiens suchte man in den neuen Ländern und nichts anderes. „Der indische König, der in Calicut die Portugiesen empfing, sagte ihnen, daß er Zimt, Gewürznelken, Ingwer und Pfeffer, Perlen und Edelgestein habe und daß er von den Fremden Gold, Silber, Korallen und Scharlach wünsche." *) Wo der in den Kolonien vorgefundene Vorrat an diesen oder ähnlichen Gütern sich erschöpft, erfolgt in jenen Zeiten ein Niedergang oder ein völliger Verfall der Kolonie und des kolonialen Interesses bis allmählich mit der Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse in den Mutterländern die Nutzungsform sich wandelt und neue Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet. Dem entsprechen die „Kolonisationsmethoden", die „Kolonisationsformen", kurz der strukturale Typus der Kolonisation jener Epoche an der Schwelle des Frühkapitalismus. „Was sie (Spanier und Portugiesen) begründeten, war schließlich nicht mehr, als eine Kette von kaufmännischen Kontoren, von Verproviantierungsplätzen, von Warenansammlungsorten, die durch Festungen verteidigt und mit kirchlichen „Niederlassungen verbunden waren".*) Vom struk-

*) V. Valentin, a. a. O. S. 42.

turalen Typus der Kolonisation ist auch die Methode der Kapitalaufbringung klar bestimmt. Dem geringen Grad der Kapitalakkumulation gemäß, der damals in den europäischen Ländern gegeben war, konnte eine Finanzierung der Kolonisation nur entweder durch den Staatsschatz (Entdeckungsexpeditionen) oder durch die verschiedenen Spielarten der Commenda (Schiffergesellschaften, erste Fernhandelsgesellschaften) durchgeführt werden. „Es war überhaupt erst durch Aufstauung der winzigen Sachvermögen, die in den Händen einzelner Personen angehäuft waren, möglich, einen Handel auch in bescheidenen Grenzen in die Ferne zu bestreiten." **) Was in dieser Periode der Kolonisation überhaupt keine Rolle spielt und keinen Wert darstellt, ist der Boden als solcher. Mehrere Jahrhunderte hindurch haben die fruchtbarsten und weitesten Gebiete, z. B. Südamerikas, wie die Provinzen Buenos-Aires, Caracas usw., völlig brach gelegen, weil sie keine Ausbeute an Edelmetallen oder Edelsteinen versprachen. Noch 1603, als unter Heinrich IV. von Frankreich die Champlain-Expedition nach Kanada stattgefunden hatte, die ein ungeheures Gebiet von Ackerland, Wäldern, Jagdrevier, Erzvorkommen erschloß, wurde der Gedanke der Ansiedlung von Sully bekämpft, „der fand, daß es keinen Zweck habe, Länder nördlich des 40. Breitengrades zu besitzen, da sie keine Reichtümer zu bieten hätten?***) Aber auch diese — unserer siedlungspraktischen und politischen Ideenwelt bereits völlig fremd gewordenen — negativen Gedanken, Wertungen und Handlungen jener Kolonisationsperiode gliedern sich organisch dem Ganzen der ökonomischen und sozialen Entwicklung ihrer Zeit ein. So daß bis in die feineren Einzelheiten hinein nicht nur die Grundfunktion dieser Kolonisationsweise, sondern auch ihre Formen und Methoden ebenso wie die Formen und Methoden der Kapitalbeschaffung und Verwertung im Bereich der Kolonisation als die notwendigen Korrelate der Produktionsverhältnisse jener Epoche erscheinen, von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung her in ihrer Gestalt, ihrem Wirkungsradius und in ihren Erscheinungsformen fest bestimmt.

Mit jedem neuen Abschnitt in der allgemeinen sozialen und ökonomischen Entwicklung vollzieht sich ein paralleler Umwand-

*) V. Valentin, a. a. O. S. 44.
**) Werner Sombart, Der moderne Kapitalismus, I. 1. S. 302.
***) S. Valentin, a. a. O. S. 71. Vgl. ebenda, S. 28. „Nur einmal, 1523, ist von einem Auditeur des Gerichtshofs von San Domingo eine systematische Bodenkultur großen Stils für Florida ernsthaft geplant worden... Das Ansiedlungs- und Anbauungsmotiv trat sonst ganz zurück."

lungsprozeß in der ganzen Struktur der Kolonisation. Neue Funktionen, neue Finanzierungsmethoden, neue Arbeits- und Tauschformen treten auf und überlagern die Funktionen, Methoden und Formen der älteren Kolonisationsperiode. So wird ein neuer Typus der Kolonisation geschaffen, dessen Prävalenz die neu erreichte Stufe des kolonisatorischen Entwicklungsganges charakterisiert. Wie auf allen anderen Gebieten des menschlichen Gesellschaftslebens kann es sich auch hier natürlich nur um die typische Prävalenz der einen Form vor der anderen handeln, weil eine einfach maschinelle Ersetzung der einen Konstruktion durch die andere, neuere, schon durch den organischen Verlauf der sozialen Evolution ausgeschlossen ist. Wie bis in unsere Zeit der modernen Klassengesellschaft sich noch Rudimente ständischer, zünftiger, patriarchalischer Sozialdifferenzierung erhalten haben; wie auch das gegenwärtige reife Nationalbewußtsein und das Leben der modernen Nationen nicht frei ist von stammesmäßigen oder sippenartigen Einschlägen; wie in die Tage der Riesenindustrie noch Reste und nicht unbeträchtliche Reste handwerklicher oder manufaktureller Produktion hineinragen und die „veralteten“ Formen nur zurückgedrängt und überlagert werden von den neuen — so finden wir auch auf dem Gebiet der Weltkolonisation bis in unsere Zeit hinein Schichten, die ihrer ganzen strukturalen Form nach bis in jene ersten Anfänge moderner kolonialer Betätigung an der Schwelle des Vorfrühkapitalismus zurückreichen. Aber längst ist ihre Prävalenz gebrochen, längst lagern Schichten auf Schichten darüber, bis die Kolonisationsbewegung in das Stadium eingetreten ist, in dem sie sich, von den Produktionsformen, Verkehrsbedingungen, Bevölkerungsbewegungen, Herrschaftsverhältnissen des ausgereiften Finanzkapitalismus in ihren Methoden, Formen und Funktionen bestimmt, gegenwärtig befindet. Um zunächst bei den Beispielen in der einmal betretenen Sphäre der sogenannten Handelskolonisation zu bleiben: Nachdem also die am Ausgang des Mittelalters gegebenen handwerklichen Wirtschaftsformen sich fortentwickelt hatten und in die typischen Formen der kapitalistischen Frühperiode hinübergewachsen waren, nachdem andererseits mit dem langsamen Ansteigen des Wohlstandes neue Kaufkraft für einen erweiterten Bedarf entstanden war — Prozesse, bei denen übrigens neben vielen anderen Faktoren der geplünderte Reichtum der ersten Kolonien, vor allem der Gold- und Silberstrom, der nach Europa flutete, bekanntlich besonders stark stimulierend gewirkt hat — vollzog sich auch im Typus der Ko-

lonisation ein entsprechender Funktions- und Formenwandel. Das Interesse am kolonialen Rohstoff für die verarbeitenden Gewerbe einerseits, das Interesse am importierten Konsumprodukt („Kolonialwaren") andererseits lagerte sich über die primitiven, ausschließlichen, buchstäblichen Schatzhäufungsinteressen. Die Formen systematischer Nutzung der Kolonien zu Zwecken der Erzeugung dieser Produkte, die ihr faktisches oder natürliches Monopol darstellten, bildeten sich aus, das Anbaumotiv begann stärker durchzuklingen. Die Kaffee-, Zucker-, Baumwoll-, Tabak-Plantagen entstanden. Die Finanzierung dieses „Kolonialgeschäfts" erfolgt vermittels der mit Hoheitsrechten oder wenigstens mit weitgehenden Privilegien, vor allem mit dem Münzrecht ausgestatteten großen Handelskompanien, deren klassisches Musterbeispiel die britische Ostindien-Company geworden ist. In diesen großen Gesellschaften wird auf höherer Stufenleiter und in erweiterten Maßstäben eine Konzentration des „Kolonisationskapitals" vorgenommen, die sich durch die beispiellosen, weltberühmt gewordenen Monopolgewinne bezahlt macht. Auch diese Form hat sich bis zur Gegenwart erhalten — wenn auch zurückgedrängt in ihrer Bedeutung — soweit die Voraussetzungen für eine Monopolausbeute oder eine Monopolproduktion solcher Art sich erhalten haben; um so eher also, je vollständiger die Monopolisierung eines Kolonialguts dem Kapital geglückt ist. Das trifft heute zum Beispiel in hohem Maße für die Kautschuk-Kultur zu, solange die Herstellung von synthetischem Kautschuk nicht der gesamten „natürlichen" Erzeugung einen Strich durch die Rechnung macht. Hierher, in diese Anlagen strömen die bedeutenden kolonialen Plantageninvestitionen, um die Monopolprofite zu gewinnen. Tatsächlich sind die Gewinne der Kautschuk-Pflanzungsgesellschaften von exorbitanter Höhe. Für das Jahr 1910 bezahlten von den 50 größten (englischen) Kautschuk-Pflanzungsunternehmungen *):

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 3 | Gesellschaften | über | 300 % | Dividende (Golddividende!) |
| 3 | „ | „ | 200—300 % | „ |
| 7 | „ | „ | 100—200 % | „ |
| 12 | „ | „ | 50—100 % | „ |
| 13 | „ | „ | 25— 50 % | „ |
| 12 | „ | „ | 10— 25 % | „ |

*) Vgl. B. Harms, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft, S. 233. Wie lächerlich gering sind dagegen die Versprechungen von Renten, mit denen man glaubt, die „private Initiative" in die palästinensischen Orangen- oder Mandelkulturen lenken zu können.

Auch auf dieser Stufe der kolonialen Entwicklung ist noch das Interesse ganz ausschließlich auf die Erweiterung und Erhöhung der Exploitationsmöglichkeit des Kolonialgebiets und seiner eingeborenen Bevölkerung konzentriert, das Interesse an der allgemeinen Landeskultur und an der allseitigen Entfaltung der technischen und der sozialen Produktivkräfte steht noch völlig im Hintergrund. Um auch dafür von tausend Beispielen eins zu bringen, so umschreibt ein Kenner der indischen Verhältnisse in den Zeiten der englisch-ostindischen Kompanie diese Tatsache folgendermaßen: „Die primitiven Radschas Indiens, die afghanischen oder mongolischen Eroberer, zuweilen grausam für die Individuen, bezeichneten wenigstens ihre Herrschaft durch jene wunderbaren Konstruktionen, die man heute auf jedem Schritt findet . . . . Die Companie hat nicht eine Quelle geöffnet, nicht einen Brunnen gegraben, nicht einen Kanal gebaut, nicht eine Brücke zum Nutzen der Inder errichtet.“ *) Was aber in so schroffem Widerspruch zu allgemein-menschlichen sozialen und kulturellen Bestrebungen zu stehen scheint, fügt sich widerspruchslos in das Ganze der allgemeinen Bedingungen und Ziele kapitalistischer Kolonialwirtschaft dieser Stufe ein, so daß vielmehr Abweichungen von diesem kolonialpolitischen Kurs, nicht aber der Kurs selbst Staunen erregen, wenn man die jeweils gegebenen allgemeinen Bedingungen und besonderen Ziele der kolonialen Tätigkeit in Betracht zieht. **)

Nun hat man wohl zwischen allen diesen Formen kolonialer Wirtschaft und der auf eigener Arbeit der Kolonisten beruhenden Siedlungskolonisation einen tiefen und prinzipiellen Gegensatz feststellen wollen, den man öfters auch mit der Gegenüberstellung der Begriffe von Kolonialpolitik und Kolonisationspolitik zu treffen versucht hat. Wir sind die allerletzten, einen derartigen Gegen-

---

*) Graf Warren, De l'état moral de la population indigène. Zit. bei R. Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals.

**) Eine weitere Transformation im handelskolonialen Strukturtypus vollzieht sich dann in den späteren Epochen der Volkswirtschaft in den europäischen „Mutterländern“ in den Zeiten des reifenden und des reifen Industriekapitalismus. Die Gesetze der Massenproduktion drängen immer stärker dahin, den Absatzmarkt für die gewerblichen Erzeugnisse der Heimat nach Möglichkeit zu erweitern, die Gesetze der Kapitalakkumulation immer neue Anlagegebiete zu eröffnen. Der Überseeexport von Gütern und Kapitalien setzt ein, der eine neue Etappe der kolonialen Betätigung bildet und schiebt sich über und zwischen die anderen Formen und Methoden, mit der deutlichen Tendenz übrigens, seine eigenen Existenzbedingungen aufzuheben.

satz im ganzen zu leugnen. Er besteht augenfällig und undiskutierbar, in bezug auf die sozialen Wirkungen, die politischen Entwicklungstendenzen, die produktionsorganisatorischen Formen, die aus der Siedlungskolonisation erwachsen und gerade ihr im Gegensatz zu den anderen Kolonisationsformen, die sich auf schrankenlose Exploitation der natürlichen Reichtümer der Kolonialgebiete, auf Ausbeutung der Eingeborenen, auf rücksichtslosen Raubbau gründen, eigen sind. Aber gerade in unserem Zusammenhang erscheint er irrelevant. Auch die Siedlungskolonisation, die im Laufe des modernen kapitalistischen Zeitalters vor sich geht, steht in ihren verschiedenen Abschnitten in einem festen Nexus mit der jeweils erreichten Stufe der allgemeinen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung und wird von diesem Nexus in ihren besonderen Erscheinungen und Mitteln der Kapitalaufbringung, der agrarischen und industriellen Produktion, der sozialen Schichtung und administrativen Verfassung notwendig bestimmt. Auch sie wählt sich die finanziellen Instrumente, die Wege der Siedlungsarbeit, die Richtung der Wirtschaftsführung nicht willkürlich nach der oder jener abstrakten Ideologie, sondern empfängt von der Epoche ihren geprägten Charakter und ihre spezifischen Formen und Methoden.

Die erste Etappe der Siedlungskolonisation in der europäischen Neuzeit, insofern man darunter die Periode verstehen will, wo die Ansiedlung auswandernder Arbeiter, Handwerker, Kleinhändler in neuerschlossenen oder in noch zu erschließenden überseeischen Ländern über individuale Schicksale und psychologisch-politisch verursachte Episoden hinaus zu einer ökonomischen Bewegung von weiten sozialen Schichten wird, liegt an einem kritischen Übergangsabschnitt der kapitalistischen sozialökonomischen Gesamtentwicklung. In dem Zeitpunkt, wo einerseits die stationäre Produktionsweise der handwerklichen Periode bereits von der neuen in dem neuen Stil und Rhythmus arbeitenden zurückgedrängt oder abgelöst ist, die alten sozialen Verbände in voller Auflösung begriffen sind, die Zünfte übersetzt und gesperrt, die mittelalterlichen Bauerngemeinden zersetzt und in schnellem Fortschritt von der Scholle abgedrängt werden, die Bevölkerungsbewegung in bisher ungekanntem und rasch wachsendem Tempo aufwärts einsetzt, wo aber andererseits die neue Wirtschaft noch nicht imstande ist, die vom Land und aus dem unzünftigen Handwerk zusammenströmenden und rasch wachsenden Menschenmassen in sich auf-

zunehmen und in ihrem Kreis zu erhalten, die Spannung zwischen Wirtschaftsform, sozialen Beziehungen und Bevölkerungsbewegung einen ersten kritischen Höhepunkt erreicht, wird zum erstenmal der Drang nach den neuen weiten überseeischen Siedlungsländern zu einem bewegenden ökonomischen Faktor von bedeutender Tragweite und Kraft. Aus dieser Verflechtung von Notwendigkeit, Drang und Möglichkeit heraus beginnt die wichtige Frühphase der modernen europäischen Siedlungskolonisation. Die Produktionsformen, in denen sie sich vollzieht, entsprechen natürlicherweise den Produktionsformen, die in jener Periode die allgemeine Wirtschaftsentwicklung vorherrschend charakterisieren und die noch überwiegend auf individueller Arbeit, höchstens auf einfacher Arbeitsvereinigung basiert sind. Wie die Initiative des Einzelnen und die individuelle „Unternehmung", die aus ihr erwächst, auch in den Mutterländern noch die Produktionsorganisation und die Arbeitsordnung beherrschen, so bilden sie auch die Elemente in der Siedlungsarbeit jener Kolonisationsphase und bestimmen ihre wirtschafts- und ihre kapitalpolitischen Methoden. Der hinterwäldlerische Pionier ist Träger und Subjekt dieser Kolonisation, seine primitive Farm — mit geringsten Mitteln zu schaffen — ihre „Unternehmungsform". Um aber mit Hilfe dieser Mittel und Methoden die Siedlungskolonisation durchführen zu können, mußte eine weitere Voraussetzung notwendig gegeben sein, die man nicht aus dem Auge verlieren darf, wenn man diese Epoche der Kolonialwirtschaft verstehen will. Diese Voraussetzung liegt darin, daß die Siedlung in jener Zeit auf den Böden der ersten Bonitätsklassen vor sich ging, deren Produktivität eben diese individualen Formen der Wirtschaft, die in dem alten Wirtschaftsmilieu der Stammländer prävalent waren, auch in dem noch unkultivierten der Neuländer *ermöglichte*. Diese „besten Böden" wurden selbstverständlich nicht bewußt rational festgestellt und gewählt, sondern sie bildeten — wie z. B. in Nord-Amerika die Neu-England-Staaten und nach dem großen Vorstoß über die Alleghanies die Stromgebiete des oberen Mississippi, des Ohio oder des Arkansas die natürlichen Anziehungszentren der Wanderungs- und Siedlungsbewegung. Ein durchschnittlich geschickter und befähigter Arbeiter konnte mit einem Gewehr und Zubehör, einer Axt, einem Pflug, einem oder zwei Stück Arbeitsvieh bei gutem Willen sich und die Seinen erhalten, im Glücksfall sogar ein Überschußprodukt erzielen. Das war das Entscheidende, das jene Methoden der Kolonisationsarbeit überhaupt zuließ: *das produit net*

seines neuen Wohngebiets an Wild-, Wald- und Feldertrag trug ihn. Selbst ein verhältnismäßig von Natur wenig gesegneter Staat, wie unter den ersten amerikanischen z. B. North-Carolina konnte noch seine Wirtschaft auf der Ausfuhr von Holz, Pech, Teer und dergleichen aufbauen. Diesen einzigartigen Bedingungen sind also die Arbeitsformen dieser Periode angepaßt. „Die ersten, die in den wilden fernen Westen vordringen, sind die Jäger: Sie errichten eine Hütte im Wald, sie roden ein Stück aus zur Anlage von Garten und Feld. Dann kommen die Pionierfarmer; sie kaufen dem Jäger seinen Besitz um ein Weniges ab, der Jäger zieht weiter und sie erwerben nun einen regelrechten Landtitel, bauen ein solides Holzhaus und roden weiter.“ *) Und auch alle anderen Zweige der Wirtschaft der Kolonialländer sind nur als von diesen Grundvoraussetzungen abhängig zu verstehen. Noch im Hinblick auf einen viel späteren Zeitpunkt schildert ein zeitgenössischer Schriftsteller diese Verhältnisse wie folgt: „Die starke Einwanderung von Europa darf niemand wundern, wenn er bedenkt, das bei uns die Arbeit mehr als doppelt so gut bezahlt wird, das Kapital fast doppelt so viel gewinnt, und Land als volles Eigentum wohlfeiler zu haben ist, als in Europa die jährliche Pacht betragen würde.“**) Im übrigen sollten die Herren, die diese Kolonisationsmethoden auch für das zwanzigste Jahrhundert, das, wie es scheint, in manchen Beziehungen vom siebzehnten oder achtzehnten abweicht, und für Palästina — das sozusagen den Vergleich mit Mississippi, Indiana oder selbst Buenos Aires nur schwer ertragen kann — als der Weisheit letzten Schluß betrachten und propagieren, auch berücksichtigen, in welchem Tempo trotz den gegebenen natürlichen Bedingungen die Siedlungskolonisation und die Einwanderungsbewegung damals und dort vor sich ging. Die europäische Bevölkerung in Nordamerika wuchs im ganzen zwischen 1640 und 1690 von 40 000 auf 200 000. Die durchschnittliche jährliche Zunahme betrug also 3 200. Zwischen 1690 und 1740 von 200 000 auf eine Million. Jahresdurchschnitt der Zunahme 16 000. Von 1740 bis 1770 auf 1½ Million. Jahresdurchschnitt der Zunahme 25 000. Dabei umfaßt dieser Begriff der Zunahme neben der Einwanderung auch das natürliche Wachstum der Kolonistenschaft. Was die Immigration für sich betrachtet anbelangt — so betrug sie sogar noch

*) Veit Valentin, a. a. O. S. 174.
**) Tucker, Progress of the United States. S. 80. Zitiert bei Roscher, Kolonien, Kolonialpolitik. S. 68. Anmerkung.

zwischen 1775 und 1820 nicht mehr als 250 000 Menschen, was einen jährlichen Einwanderungsdurchschnitt von etwa 5550 ergibt. Und selbst in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erreicht die Immigration nach dem gewaltigen nordamerikanischen Kontinent noch in keinem Jahre jene Zahl von ungefähr 30 000 Einwanderern,*) die der von Ruppin ausgearbeitete Einwanderungsplan für Palästina in den nächsten beiden Jahrzehnten vorsieht und die wir in der Tat erreichen müssen, wenn wir unserer Aufgabe gerecht werden sollen. Die Einwanderung nach Argentinien überstieg noch in den fünfziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts — also schon in einem späteren Stadium der Kolonisation — nicht die Zahl von etwa 6000 Personen jährlich. 1857 betrug sie 4951, 1862 6700. Die ordentliche Statistik setzt erst im Jahre 1867 ein, das 13 228 Einwanderer ins Land bringt, eine Zahl, die 1870 auf 30 898 ansteigt, um schon ein Jahr darauf, auf 14 626 zurückzusinken. Dabei ist in diesen Zahlen die Rückwanderung noch gar nicht eingerechnet, die allerdings erst für die späteren Perioden zu ermitteln ist und noch für die Jahre 1890—1910 im Durchschnitt 55,65 % der Einwanderung, im Maximum 255,7 % (1891), im Minimum 19,9 % (1896) beträgt.**) Ist es denkbar, daß heutzutage die angedeuteten Methoden, Formen und Maße genügen könnten, um in einem Lande von der Größe und den natürlichen Bedingungen Palästinas eine jüdische Großimmigration durchzuführen, die diese zitierten amerikanischen und argentinischen Ziffern nahe streift und diese Immigration kolonisatorisch im Lande Wurzel schlagen zu lassen? Es sind das die Methoden, Mittel und Maße der ersten Periode der Siedlungskolonisation auf den besten Böden und in der Zeit des individuellen Wirtschaftsbetriebes, der ersten und einzigen Phase der Siedlungskolonisation überhaupt, von der man mit gewisser Berechtigung sagen könnte, daß sie auf der Grundlage der „privaten Initiative“ durchführbar war und durchgeführt wurde.

---

*) Vgl. die zerstreuten statistischen Daten in den einschlägigen Geschichtsdarstellungen als kurze Skizze, z. B. P. Darmstaedter, Die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

**) Dr. Georg Hiller, Einwanderung und Kolonisation in Argentinien. I. S. 137. Berechnet auf Grund Anhang, Tabelle 1. Die Rückwanderungsziffer ohne Berücksichtigung des sogenannten Montevideo-Verkehrs. (S. ebenda.)

Schon die nächste Etappe zeigt ein wesentlich verändertes Bild. Die starke Wanderungs- und Siedlungsbewegung, die um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts wieder einsetzt, folgt auf eine Zeit, in der von der seit der Nutzbarmachung der neuen technischen Mittel rapid anwachsenden Industrie, vom reißend schnell fortschreitenden Weltverkehr und der im Zusammenhang damit erfolgenden allgemeinen Entfaltung und Intensivierung der europäischen Volkswirtschaften die Bevölkerungszuschüsse ohne große Mühe aufgenommen und festgehalten worden waren, obwohl die Bevölkerungsbewegung eine bis dahin noch nie dagewesene quantitative Aufwärtsentwicklung genommen hatte. Erst als einerseits in dieser jungen Blüte des Industriekapitalismus ein gewisser Höhepunkt erreicht, ein gewisser Sättigungspunkt in der Aufnahmefähigkeit von Bevölkerungszuschüssen eingetreten ist, andererseits neue Völker — vor allem die slawischen Osteuropas — jene Stufe kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung erreichen, die, wie wir gesehen haben, eine erste Notwendigkeit der Abstoßung zuwachsender Volksteile in sich schließt, drängen wieder größere landsuchende Massenbewegungen nach den überseeischen Ländern vor. In diese Bewegungen, die seither wohl nicht mehr zum Stillstand gekommen sind, werden notwendigerweise progressiv Kolonisationsgebiete niedrigerer Bonität einbezogen, auf das Mississippigebiet folgt in Nordamerika der „far west", folgen auf der ganzen Erde die Siedlungsböden der „zweiten Zone", wie Kanada und Südamerika, der „dritten Zone" wie Australien, Algerien, Neu-Seeland und die südafrikanischen Bauernstaaten. Unter den neuen Bedingungen dieser neuen Phase erfordert aber die Kolonisation bereits völlig andere Methoden, Mittel und Maße. Sollen die Siedlungsgebiete die Funktionen erfüllen können, die ihnen von dem Stadium der allgemeinen weltwirtschaftlichen Entwicklung gesetzt werden, so machen sie bereits so große Kapitalinvestitionen notwendig, daß der Einzelne, der Siedlungspionier nicht mehr der Träger der Siedlungsbewegung bleiben kann. Die erforderlichen Investitionen übersteigen schon die individuelle Kraft, wenn dabei nur der einzelne Wirtschaftsbetrieb in Betracht gezogen wird, um wieviel mehr, wenn die neuen Kolonisationsgebiete, als Ganzes betrachtet, in gleichen Zeiträumen proportional viel größere Einwanderermassen aufnehmen sollen, als in der vergangenen Periode der freien Kolonisationsbewegung die mit reicheren natürlichen Möglichkeiten ausgestatteten Länder. Da muß die Immigration organisiert und unterstützt

werden; die Erschließung des Neulandes für den modernen Verkehr, die in wenigen Jahren nachholen muß, was die Stammländer in Generationen geleistet haben, verschlingt gewaltige Mittel; die möglichst rasche und allseitige Entwicklung aller Produktivkräfte und Wirtschaftszweige des Gebiets verlangt Maßnahmen planmäßiger und nicht selten sehr kostspieliger Förderung. Die notwendige Voraussetzung dafür ist also die Anpassung der kapitalistischen Methoden an die besonderen Bedingungen dieser Phase der Kolonisation und die Eingliederung der Formen der Siedlungsarbeit in das Ganze der in dieser Periode gegebene Wirtschaftsstruktur. Die konzentrierten Großkapitalien, die hier erfordert werden, können nur Volkswirtschaften entzogen werden, die bereits eine so hohe Stufe der Kapitalakkumulation erreicht haben, daß sie imstande sind, in verflossenen Wirtschaftsabläufen angehäufte Mittel dieser Größenordnung als Kredite abzugeben. Die inneren Bedürfnisse und Gesetze der Akkumulation des Kapitals kommen in der fieberhaften Jagd nach Anlage- und Ausbeutungsmöglichkeiten den Bedürfnissen der unerschlossenen Gebiete und der mittelsuchenden Kolonien darin noch entgegen. So wird die internationale Finanz für die Kapitalpolitik der Kolonisation mobilisiert. Der Markt der „exotischen Werte" wird geschaffen, das koloniale Rentenpapier, die überseeische Eisenbahnobligation und Bankaktie verschafft sich das Bürgerrecht an den Weltbörsen. Der Träger dieses Finanzierungssystems, das auf dem internationalen Kredit basiert ist, kann nicht der anonyme Siedler, kann nur die koloniale Gesellschaft als Ganzes, in ihren anerkannten öffentlichen Organen sein. Der Staat, der Provinzialverband, die Kommunalbehörde der neuen Siedlungsländer werden zu primären Trägern der Kapitalpolitik — und damit der Kolonisationsarbeit. Mit Hilfe dieser Mittel werden die Eisenbahnlinien, Häfen und elektrischen Kraftstationen gebaut, eine Bodengesetzgebung, die die Ansiedlung vor unerträglichen Lasten sichert, wird durchgeführt, eine Wirtschaftspolitik, die die Förderung der Industrie und des Handels der Kolonie zum Ziel hat, eingeleitet, das neue Siedlungsgebiet instand gesetzt, die Bevölkerungsüberschüsse der Auswanderungsländer aufzunehmen, und „übrigens" dem Weltkapital neue Absatzmärkte, neue Rohstoffgebiete, neue Tribut- und Zinsländer zu erschließen.

Alle diese Tendenzen und Erscheinungen, die sich zunächst nur schüchtern andeuten und langsam einsetzen, werden mit der

Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft fortschreitend progressiv schärfer und deutlicher und zeigen sich in immer höheren und extremeren Steigerungen und in unaufhaltsam wachsenden Maßstäben. Sie treten uns völlig ausgeprägt und gewissermaßen auf dem objektiven Höhepunkt ihrer Ausdehnungsmöglichkeit entgegen, wenn man daran geht, die Bedingungen und Methoden des Kolonisationswesens in unserer Gegenwart, im Zeitalter, das man die Stufe des Finanzkapitalismus genannt hat, zu prüfen. Diese Prüfung zeigt auf den ersten Blick, daß auch in unserer Periode von diesem Nexus die Methoden und Formen aller Kolonisation, auch die der jüdischen in Palästina notwendigerweise bestimmt sind. Alle Kolonisationsbewegung unserer Zeit empfängt ihren Charakter von den in der gegenwärtigen Epoche in der Weltwirtschaft wirksamen richtunggebenden Faktoren, die — wiederum ganz knapp zusammengefaßt — folgendermaßen skizziert werden können:

Der Hunger nach Märkten für die kapitalistische Produktion der hoch- und höchstentwickelten Länder (Westeuropa, nordamerikanische Oststaaten, Japan) die um der „Realisierung des Mehrwerts“ willen nach unbegrenzter Expansion streben muß, erfährt durch die bis zum äußersten verschärfte Konkurrenz einerseits, durch die fortschreitende Industrialisierung bisher industriearmer Gebiete andererseits eine höchste Steigerung. Er drängt auf die Eingliederung der noch unentwickelten Länder in den Kreis des Weltmarkts und auf die möglichst rasche Ausweitung ihrer Kaufkraft. Eine Voraussetzung dafür ist die möglichst rasche relative Kapitalisierung auch der sehr kapitalarmen Erdstriche.

In Verbindung mit dem immer weiter gehenden Zusammensturz des Produktionsmonopols der sogenannten Industriestaaten vollzieht sich eine parallele progressive Einengung ihrer Rohstoffbasis. Diese Tatsache bewirkt ein starkes Streben, das dahin geht, alle noch „verfügbaren“ Gebiete der Erde, auch die Böden minderer Klassen, für die Erzeugung der lebenswichtigsten kolonialen Kleidungs- und Nahrungsrohstoffe zu erschließen und aufzubereiten. Zudem verengert sich mit der fortschreitenden agrarischen und industriellen Eigenwirtschaft der neuen Länder auch fortschreitend die Investitionsbasis für das nach Anlagemöglichkeiten suchende Finanzkapital. Dieses Kapital also wird ebenfalls dahin gedrängt, auch die abgelegeneren und kleineren Anlagegebiete möglichst rasch in seinen Aktionskreis zu ziehen.

Mit der Einengung der Absatzmöglichkeiten, der Rohstoffsicherheit und der Anlagegelegenheiten muß sich in den alten und hochentwickelten Ländern der Druck der Zuschußbevölkerung auf die heimische Wirtschaftsunterlage immer stärker fühlbar machen. Die Folge davon ist ein gesteigerter Antrieb zur Massenwanderung, der die Erschließung neuer Aufnahmegebiete für die Siedlungskolonisation je länger desto energischer in den Vordergrund des allgemeinen Interesses rückt.

Diese Momente wirken gemeinsam in der gleichen Richtung auf die Einbeziehung der noch für die Kolonialbewegung freien Gebiete in die weltwirtschaftliche Verflechtung hin. Aber die besseren und fruchtbareren Gebiete sind längst besetzt und großenteils gesperrt. Es sind die letzten und vorletzten Böden, die geringwertigen und geringwertigsten Zonen, die dafür zur Verfügung stehen. Der „dürre Westen" Amerikas und Provinzen des Sudan bekommen Bedeutung für die Baumwollproduktion.*) Mesopotamien wird als potentielles Rohstoffland der nahen Zukunft bewertet. In der Besiedlungsbewegung folgen auf die zweite die dritte und vierte Länderklasse Sibirien, Kleinasien, südost- und südwestafrikanische Striche. Obwohl natürlicherweise sowohl für die Produktion als auch die Siedlung in diesen Gebieten nur relativ eng begrenzte Perspektiven gegeben sind,**) müssen relativ sehr viel größere Mittel aufgewendet werden, um die wirtschaftlichen Zwecke der Kolonisation zu erreichen, als auf den Böden höherer Bonität. Daraus resultiert wiederum die Notwendigkeit neuer und den besonderen Be-

*) „Die Tage, wo Baumwolle die billigste Gespinstfaser der Welt war, mit unbegrenzter Ausdehnungsmöglichkeit für Angebot und Nachfrage sind vorbei, für absehbare Zeit wenigstens. Und unglücklicherweise besteht wenig Hoffnung, diese Lage durch wachsende Zufuhr aus anderen Teilen der Welt zu ändern. . . . Nur einen Zuwachsposten kann man diesem Verlust (Amerika, Ägypten) entgegensetzen, nämlich die Entwicklung der amerikanisch-ägyptischen Ernte in den künstlich bewässerten Distrikten des fernen Westens, besonders in Salt Lake Valley, Arizona." (John A. Todd, Manchester Guardian Commercial.) In bezug auf den ägyptischen Sudan, vor allem der Distrikt Kassala, der neuerdings genannt wird. Der Distrikt hat ein Areal von 120 000 qkm, gegenwärtig eine Bevölkerung von 84 000 Köpfen. Man hofft, in kurzer Zeit 40—50 000 ha der Baumwollkultur gewinnen zu können, die einen Ertrag von etwa 60 000 Ballen erwarten lassen. (Vgl. „Vorwärts" v. 18. 5. 1923.)

**) Ein Beispiel: Das ehemalige westafrikanische deutsche Schutzgebiet hatte 1915 auf 835 100 qkm 98 830 Einwohner, davon etwa 12 000 Weiße. Man hat ausgerechnet, daß sich der heutige Bestand von etwa 12 000 Weißen vielleicht verzehnfachen kann. (Veit Valentin, a. a. O. S. 206.)

dingungen angepaßter, auf die Aufbringung und Verwendung von Großkapitalien gerichteter finanzpolitischer und siedlungspolitischer Methoden. Im Hinblick auf den amerikanischen fernen Westen drückt das Darmstädter für ein Detail folgendermaßen aus: „Diese Bestimmungen (des Bundesheimstättengesetzes der Vereinigten Staaten), die noch heute in Kraft stehen und die für die fruchtbaren Gebiete des Mississippitales trefflich geeignet waren, sind indes für die heute noch unbesiedelten Teile der Vereinigten Staaten wenig anwendbar." *) Es hat erst langen Herumexperimentierens bedurft, um die unzulänglichen, aus anderen Kolonisationsperioden überlieferten, durch die notwendigen neuen Methoden zu ersetzen.

Die weltwirtschaftlich gemessen fortschreitende absolute Verknappung besiedlungs- und anbaufähiger Böden kommt in starkem Maße auch in der Entwicklung der Bodenpreise zur Geltung, die im Laufe des letzten Jahrhunderts — weltwirtschaftlich gemessen — sprunghaft in die Höhe gegangen sind. Noch am 30. 4. 1803 wurde der Vertrag geschlossen, durch den Frankreich die Kolonie Louisiana den Vereinigten Staaten für den Preis von 80 Millionen Francs verkaufte. „Man hat berechnen wollen, daß der Preis für das Acre weniger als zwei Cents betragen habe." **) Spanien erhielt laut dem Kaufkontrakt vom 22. 2. 1819 für Florida den Preis von fünf Millionen Dollars, was ungefähr 33 Dollar pro Quadratkilometer entspricht. Man vergleiche damit die Preise, die heute für weit wertlosere Gebiete gezahlt werden, wobei selbstverständlich Monopolpreise, die auf außerwirtschaftliche Gründe zurückgehen, — wie sie gerade in manchen Teilen von Palästina gegeben sind, — aus dem Vergleich ausgeschlossen werden müssen. Die finanzwirtschaftliche Konsequenz, die sich für die moderne Kolonisation aus dieser Entwicklung ergeben muß, bedeutet die Notwendigkeit eines soweit gesteigerten Konzentrationsgrades der für die Siedlungs- und Landeskulturarbeit zur Verwendung kommenden Großkapitalien, daß dadurch die rentable Durchführung der Siedlungsarbeit auch unter diesen Bedingungen ermöglicht wird.

Damit greift mit zusammengeballter Kapitalkraft das Finanzkapital direkt auf die Sphäre der Kolonisation über, die Kolonisation wiederum wird nach Form und Methode in die allge-

*) P. Darmstädter, a. a. O. S. 124.

**) P. Darmstädter, a. a. O. S. 103. Der jährliche Export Louisianas belief sich damals schon auf zwei Millionen Dollars.

meinen Produktionsverhältnisse eingespannt, die durch die finanzkapitalistische Wirtschaftsstruktur bestimmt werden. Wie das Finanzkapital innerhalb der hochkapitalistischen Länder die Anarchie der Produktion faktisch aufhebt, durch das Eindringen des Kreditkapitals in die Industrie, in das Verkehrswesen und den Großhandel und durch die fortschreitende Kombinierung von Unternehmungen zu einer Verschmelzung und Durchorganisierung des ganzen komplizierten Produktionsprozesses führt, — so verwandelt es auch das ungeregelte „liberale“ System der kolonialen Betätigung in eine planmäßig durchgeführte und organisierte Kolonisation. Den regulierenden Faktor stellen auch hier die Banken dar, indem sie die konzentrierten Großkapitalien für die Siedlungsarbeit in der Form von langfristigen Amortisationskrediten bereitstellen, und dadurch zugleich die gesamte Kolonisation von den ersten Erschließungsarbeiten und Hafenanlagen über die großen Eisenbahn- und Kraftwerkbauten bis hin zur Bodenverteilung, zur Transportorganisation (Reedereien usw.) und zu den industriellen Investitionen von innen her organisieren.

Für die unmittelbare Durchführung und Kontrolle der Kolonisationsarbeiten treten dabei in den meisten Fällen diejenigen Körperschaften auf den Plan, die ihrem Wesen nach auch notwendigerweise die einzigen Träger der großen unpersönlichen, von ganzen Generationen zu tilgenden Anleihen sein können. Die gesellschaftlichen, staatlichen und quasi-staatlichen Verbände, Organe und Institutionen übernehmen die Leitung der Migration, der „Adaptierungsarbeiten“ und der eigentlichen Kolonisation, deren systematischer Verlauf dadurch zentral kontrolliert wird. Die öffentlichen Hilfsfonds, die Spezialbanken für innere und äußere Kolonisation, die Siedlungsgesetze werden geschaffen, das Rentengut, die Heimstätte entstehen; kollektiv verbürgte Finanzierung, organisierte Einwanderung, Gemeineigentum am Boden und Erbpacht, öffentliche Regie des Baus und der Meliorationen werden zu bewährten Gepflogenheiten der inneren wie der äußeren Kolonisationspolitik. Nur in solchen Formen können viele kolonisatorische Aufgaben erst erfüllt werden, die sonst überhaupt nicht hätten versucht werden dürfen. Ein Beispiel für viele: wiederum der arid west Nordamerikas. „Als das freie Land in der fruchtbaren Zone knapp zu werden begann, wandte die Bundesregierung ihre Aufmerksamkeit dem kolossalen Besitz der Union im dürren Westen zu und unter der Verwaltung Roosevelts, der sich be-

sonders für diese Probleme interessierte, wurde die sogenannte New-Lands-Akte vom 17. Juni 1902 erlassen, die den Bund ermächtigte, die Irrigation des öffentlichen Landes selbst durchzuführen. Bis zum Ende des Jahres 1907 sind ungefähr 33 Millionen Dollar aus Bundesmitteln für Bewässerungszwecke verwandt worden, und man hofft, daß noch weite Strecken Landes auf diese Weise fruchtbar gemacht und noch Hunderttausende, ja vielleicht Millionen von Menschen in diesem Westen angesiedelt werden können. Eine neue Art von Kolonisation findet hier statt, wie sie dem sozialpolitischen Zeitalter entspricht." *) Auf der anderen Seite ist der Zusammenbruch aller der Versuche, den Umständen, unter denen die Kolonisation der Gegenwart sich vollzieht, mit Methoden und Formen vergangener Perioden gerecht zu werden, überaus charakteristisch: Deutsche Ostafrika-Kompanie und Konsorten. Daher denn das Urteil, das eine Kolonisationspolitik wie die Bismarcks, der alles auf die Selbsthilfe der Siedler und privater Kapitalgesellschaften gründen zu können meinte, als veraltet betrachtet und ihr Fehlschlagen aus dieser Unzulänglichkeit begründet, durchaus und in vollem Umfang zu Recht besteht.**)

Unter diesen Bedingungen geht auf der Stufe der weltwirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, auf der sich unsere Gegenwart befindet, die Kolonisation vor sich. Diese Methoden, Mittel und Formen nimmt sie an, um ihre kapital- und siedlungspolitischen Aufgaben zu erfüllen. Indem die Kolonisationsbewegung auch dieser Periode sich so in das Ganze der heute gegebenen Wirtschaftsstruktur vollkommen fehlerlos eingliedert, bildet sie allmählich einen besonderen Strukturtypus der Kolonisation heraus, der in Funktion, Arbeitsweise und Arbeitsformen bis in die feinen Einzelheiten hin den allgemeinen Gegebenheiten der finanzkapitalistischen Phase entspricht. Dieser Typus zeigt in der Tendenz seiner Entwicklung die deutliche Richtung auf eine organisierte und zentral geleitete Großkolonisation der noch verfügbaren Siedlungs- und Rohstoffländer mittels hochkonzentrierten Großkapitals, das durch die Kanäle des internationalen Kredits von den Akkumulationszentren her auf die zu erschließenden kolonialen Anlagegebiete überströmt.

Im Zuge dieser Entwicklungstendenzen vollzieht sich nun auch der jüdische Palästina-

*) P. Darmstädter, a. a. O. S. 202.

**) Vgl. dazu Gustav Noske, Kolonialpolitik und Sozialdemokratie. S. 23 ff., ferner V. Valentin, a. a. O. S. 200.

aufbau. Aus ihnen heraus ergibt sich überhaupt erst seine wirtschaftliche Durchführbarkeit, ein Grund dafür, daß erst in unserer Generation die Frage einer Großkolonisation Palästinas aktuelles Problem und soziale Bewegung geworden ist. Von ihnen werden auch sein allgemeiner Charakter und die kolonisatorischen Formen und kapitalpolitischen Methoden, deren er sich bedienen muß, eindeutig bestimmt. Nur indem auch der jüdische Palästinaaufbau die Richtung auf eine organisierte, zentral geleitete, auf hoch-konzentriertes Kapital basierte Siedlungsarbeit großen Maßstabs einschlägt, kann er die Aufgaben erfüllen, die ihm auferlegt sind. Wie sollte anders ein Land von den natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen Palästinas instand gesetzt werden, Hunderttausende von Menschen aufzunehmen und zu erhalten? Wie sollte das noch gar anders in dem Tempo geschehen können, zu dem uns unsere nationale Not und die politische Lage unseres Volkes gleichermaßen verpflichten?

Vielleicht wird erst jetzt ganz deutlich, welche groteske Verkennung der Tatsachen diejenigen zionistischen Fachleute und Politiker auszeichnet, die uns à tout prix — aus kleinbürgerlichem Doktrinarismus — auf Methoden abdrängen wollen, mit denen man noch vor hundertundfünfzig Jahren die Besiedlung von Ohio und Indiana durchführen und finanzieren konnte, die aber nie und nimmer ausreichen können, um heute und in Palästina ein Werk der Großkolonisation zu verwirklichen. Welches Saltomortale des Denkens, wenn man behaupten kann, daß gerade dünn bevölkerte, noch nicht entwickelte Agrarländer so große Investierung an Kapital verlangen, daß von einer noch so kapitalkräftigen Kolonisationsgesellschaft allein, ein derartiges Werk kaum durchgeführt werden könnte*) und man daraus die Möglichkeit einer Massenkolonisation auf der Grundlage der privaten Initiative ableitet! Oder noch extremer und verständnisloser, wenn man aus der gegenwärtig fühlbaren Kapitalnot der jüdischen Kolonisation den Schluß zieht, daß eben „keine zentralisierte Macht stark genug sein kann, den kolonisatorisch wirtschaftlichen Aufbau eines Landes allein zu bewältigen. Das meiste müssen privater Unternehmermut und privates Kapital leisten.“**) Die Herren sind bei ihrer Fibel stehen geblieben. Die weltwirtschaftliche Entwicklung war kühn genug, darauf keine Rücksicht zu nehmen. Sie zeichnet uns und der Jewish Agency für die Verwirklichung unseres Werkes gebieterisch

*) Curt Nawratzki, Das neue jüdische Palästina. S. 25.
**) Mitteilungen des Binjau Haarez, 8/9. S. 64.

ihre neuen Wege vor, die zwar steil und voller möglicher Gefahren sind, aber zugleich den Vorzug in Anspruch nehmen können, die einzigen zu sein, die uns zum Ziele führen.

Diese Erkenntnis lebt im Grunde schon deutlich spürbar in Herzls Anschauungen vom Aufbau des jüdischen Gemeinwesens, wenn nicht bewußt ausgeführt und wissenschaftlich begründet, so doch mit intuitiver Kraft unvergleichlich klar erkannt. Bereits im „Judenstaat" wird die Siedlungsarbeit als eine kollektiv organisierte, zentral geleitete, nach einem festen Wirtschaftsplan vorgenommene Großkolonisation dargestellt, die auf eine ebenso systematische und organisierte Emigration und Immigration der Volksmassen folgt. Die Jewish Company, die im „Judenstaat" als das leitende Organ des Aufbaus figuriert, übernimmt eben alle sich daraus ergebenden Aufgaben: Sie führt die Liquidation der wirtschaftlichen Unternehmungen der Auswandernden durch, dirigiert die Wanderung, vollzieht im großen Maßstab die Meliorationsarbeiten im Siedlungsgebiet, führt in öffentlicher Regie die notwendigen Bauten aus, kontrolliert den Transport, die Lebensmittelversorgung und die Produktion. Was die finanzielle Seite des Palästinaaufbaus anbetrifft, geht Herzl dabei stets von der Grundlage eines konzentrierten Großkapitals aus. In „Altneuland" ist in der „Jüdischen Gesellschaft" und ihren 2 Millionen Pfund Sterling das Kapitalinstrument geschildert, wie er es für die Realisierung seines Aufbauprogramms für notwendig hielt. Daher auch seine praktische Thesaurierungspolitik der nationalen Spendenfonds und der Bankkapitalien. Auch in Ruppins konkret ausgearbeitetem Siedlungsplan ist übrigens die stillschweigend vorausgesetzte finanzielle Operationsbasis das zusammengezogene Kapital der „Jüdischen Kolonisationsgesellschaft", das nach seinen — allerdings nicht exakt begründeten — Annahmen die Höhe von 500 Millionen Francs erreichen sollte.*)

Mit der Aufgabe, Kapitalien dieser Größenordnung und dieses Konzentrationsgrades für die Kolonisation zu mobilisieren, muß das Finanzproblem des Palästinaaufbaus ein Kreditproblem werden. Die Tatsachen des jüdischen Volkslebens, die Bedingungen des palästinensischen Landes, die Tendenzen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung drängen gleichermaßen darauf hin. Auf die Lösung dieses Kreditproblems muß daher die Jewish Agency ihre Kapitalpolitik konzentrieren.

---

*) Arthur Ruppin, Der Aufbau des Landes Israel, S. 174.

V.

# Die nationale Kreditgemeinschaft und die Anleihe.

„Nur ein Volk, das an sich glaubt, wird eine Anleihe kontrahieren, aber auch nur einem Volke, das an sich glaubt, wird man eine Anleihe gewähren. Denn was ist eine Anleihe? Es ist die Herbeischaffung von Mitteln für Anstalten und Einrichtungen, die nicht nur den Gegenwärtigen zustatten kommt, sondern auch den Nachkommen, der ganzen Einheit des Volkes.“
(Theodor Herzl, Rede in Wien.)

Für diese Lösung auch nur eine abstrakte arithmetische Formel zu finden, ist nicht ganz einfach. Überblicken wir die Erörterung der Palästinaaufbaufrage während der letzten Jahre, so sehen wir dennoch auch das Kreditproblem zuweilen an die ihm gebührende zentrale Stelle gerückt, nach Kräften geklärt und in allgemeinen Ausdrücken zusammengefaßt. Am klarsten gesehen, am prägnantesten formuliert ist es wohl bei Herrmann Glenn zu finden. „Es ist klar,“ schreibt er in einem seiner Aufsätze, „daß nur eine ganz große und hinreichend verzinste, in nicht allzu langer Zeit zu amortisierende Milliardenanleihe diese Kolonisation sichern kann. Die darauf folgende ökonomische Verwertung der erhaltenen Mittel, mit deren Gelingen oder Mißlingen das schwierige Werk steht oder fällt, müßte dann von vornherein derart fest fundiert, der Erfolg derart verbürgt erscheinen, daß die interessierten Kreise Vertrauen zur ganzen Transaktion gewinnen und entsprechend viel zeichnen.“*) Hier ist das Problem in seinem vollen Umfang gestellt. Aber es ist nutzlos, sich heute mit solchen allgemeinen Formeln zu begnügen. Es handelt sich jetzt vielmehr darum, die Modalitäten für die Durchführung des Kreditplanes im einzelnen zu umreißen, sie mit den politischen und völkerrechtlichen Grundlagen des Palästinaaufbaus in Einklang zu bringen, die finanztechnischen Fragen, die sich dabei erheben, zu untersuchen, und nicht nur die Fragen der Kapitalaufnahme, sondern ebenso auch die Fragen

*) Herrmann Glenn, Das Problem der Ansiedlung. „Der Jude“ III. Heft 11.

des Schuldendienstes, der Kapitalverwaltung und der Verwendung der auf dem Wege des internationalen Kredits hereingebrachten Mittel genau zu prüfen — kurz einen mehr oder minder detaillierten konkreten Anleiheplan zu skizzieren. Der finanzielle Grundriß des Kolonisationswerkes ist auf der Basis des Anleiheprogramms als Ganzes zu zeichnen, als Ganzes, dessen Teile in einem bestimmten systematischen Zusammenhang koordiniert sind, einander stützend und ergänzend wie die verschiedenen Pfeiler, Bögen, Pfosten und Träger einer großen Baukonstruktion. Wobei von Anfang an klar sein soll, daß es keine geringe Belastung ist, der der neue Bau ausgesetzt sein wird.

Nun sind aber gegen den Anleiheplan schon an und für sich, auch in seiner allgemeinsten Form, einige Bedenken erhoben worden, die sich gleichfalls nicht gegen das Detail des Plans oder seiner Ausführung, sondern gegen den Gedanken selbst wenden, die Kapitalpolitik der Jewish Agency auf den internationalen Kredit einzustellen. Da sie mit Argumenten auftreten, die tief auf unsere nationalen und sozialen Grundanschauungen zurückgehen, müssen sie an dieser Stelle wenigstens gestreift werden.

„Heißt es nicht," sagen die einen, „das Werk der nationalen Wiedergeburt der Juden zu einem reinen Geschäftsunternehmen machen, in dem die Fragen nach einer ausreichenden Sicherheit und Verzinsung an erster Stelle stehen müßten?"*) So leicht begreiflich und menschlich sympathisch die Einstellung auch wirken mag, die diesem Bedenken zu Grunde liegt, so wenig darf sie in der finanzpolitischen Diskussion ausschlaggebend werden. Ein klar blickender und zielbewußter Realismus wird sich ihr nie und nimmer unterwerfen. Heißt es nicht, muß er erwidern, das ganze Werk gefährden, wenn man — aus welchen Motiven auch immer — bei Losungen und Methoden verharrt, deren Unzulänglichkeit sich erwiesen hat? Heißt es nicht, auf das Ziel verzichten, wenn man sich weigert, den einzigen offenen Weg zu beschreiten, der zum Ziele hinführt? Es hat sich erwiesen, daß der jüdische Palästinaaufbau mit den bisher gebrauchten Mitteln nicht gesichert werden kann. Die heimlosen jüdischen Volksmassen, die in Palästina wieder Boden unter die Füße bekommen sollen, sind weder ihrem Spendenvermögen,

*) So lautet z. B. einer der hauptsächlichen Einwände Ruppins gegen den Anleihegedanken (Aufbau des Landes Israel, S. 170). Seine übrigen Bedenken werden an den angemessenen späteren Orten erwähnt werden.

noch ihrer Kapitalkraft nach stark genug dazu. Es hat sich gezeigt, daß nur von den hochentwickelten und reichen Volkswirtschaften, die einen hohen Grad der Kapitalakkumulation aufweisen, her, die konzentrierten Mittel in unser kapitalarmes, zurückgebliebenes Land strömen können, die wir brauchen, um es für eine breite jüdische Immigration und das Großsiedlungswerk zu erschließen. Wir dürfen, um dieses unseres Zieles willen, nicht zögern, sie zu suchen, wo sie zu finden sind, sie uns in dem Maße und in den Formen nutzbar zu machen, in denen sie unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt nutzbar zu machen sind.

„Aber," sagen die anderen, „verlassen wir damit nicht den Boden der Autoemanzipation, der Selbstbefreiung des Volkes, den wir mit so vieler Mühe und in so harter Not durch eine zähe Erziehungsarbeit für die Saat vorbereitet haben? Haben wir nicht lange Jahre hindurch uns bemüht, im Volke das Bewußtsein zu erwecken, daß nur eigene Kraft und nur die angespannte nationale Energie imstande sein würden, das große Werk zu vollbringen, — führen wir es nun nicht irre, indem wir es verleiten, wieder nach außen zu schauen, und von äußeren Mächten Hilfe zu erwarten?" Glücklicherweise hat dieser Einwand nicht mehr als einen Schein von Berechtigung. In der Wirklichkeit ist eher das Gegenteil Wahrheit. Denn mit der Aufnahme der großen Anleihe der Jewish Agency ist eher nur eine erhöhte Anforderung an die nationale Kraft, an die Arbeitsdisziplin und die volkswirtschaftliche Verantwortlichkeit, an die nationale Opferwilligkeit und Schaffensfreudigkeit der Juden gestellt. Hängt es doch von allen diesen Faktoren in erster Linie ab, ob der Versuch gelingt, die finanziellen Mächte der Außenwelt, deren wir bedürfen, für unser Aufbauwerk fruchtbar einzusetzen. Aber während wir bisher mit unserer inneren Volkskraft besser in der Ideologie als im wirklichen Leben zu rechnen verstanden haben, indem wir ihr Lasten aufbürdeten, denen sie nicht gewachsen sein konnte, lenken wir jetzt die nationale Energie in die Bahnen ihrer größtmöglichen Produktivität. Nach wie vor bleibt sie das entscheidende, treibende Agens und die tatsächliche Grundlage unserer ganzen Arbeit, aber in dem Verhältnis von aufgewandter Anstrengung und erreichtem Nutzeffekt ist eine höhere und sicherere Stufe der Anpassung und des Gleichgewichts geschaffen.

„Und dennoch," wirft der Dritte ein, „liefern wir nicht auf diese Weise unser ganzes Werk der schrankenlosen Herrschaft

und Willkür des internationalen Kapitals aus?" Antworten wir nicht wieder mit dem stereotypen Hinweis auf die harte Notwendigkeit, die uns keine Wahl läßt. Doch auch abgesehen davon trifft dieser Einwand nicht das Wesentliche. Nicht an das individuelle Kapital oder die kapitalistische Unternehmung ergeht ja der Appell, ihre Tätigkeit nach Palästina zu tragen, um dort nach Gutdünken zu schalten und zu walten. Ein solcher Appell wäre, wie wir wissen, nutzlos — aber nur von seiner Wirksamkeit könnte die Gefahr erwartet werden, die dieser Einwand so fürchtet. Bei der Ausführung des Anleiheplans aber handelt es sich um etwas ganz anderes. Die kolonisierende Gemeinschaft als ein einheitliches Ganzes übernimmt dem internationalen Finanzkapital gegenüber, das ihr die Möglichkeit einer konstruktiven Arbeit großen Maßstabes eröffnet, eine kollektiv verbürgte und kollektiv getragene Verpflichtung. Diese Verpflichtung wird nicht leicht sein und sie muß aufs Peinlichste genau — wie es der Gesamtverantwortung entspricht — eingehalten und erfüllt werden. Solange aber die Verpflichtungen, die das werdende jüdische Gemeinwesen übernommen hat, pünktlich erfüllt werden, der Zinsendienst und die Amortisation der Anleihe funktionieren, kann es nach innen hin, in allen Einzelheiten der Wirtschaftsführung, der Arbeitsorganisation, der Siedlungspolitik autonom und ungebunden vorgehen. Wenn also die Bedingungen, unter denen die Jewish Agency die Anleihe erhält, für das Kolonisationswerk tragbar sind — und nur unter dieser Voraussetzung können sie ja überhaupt akzeptiert werden —, so hängt es lediglich von unserer inneren Geschlossenheit, der geregelten Durchführung unseres Kolonisationsplanes, der systematischen Verwaltung und Verwendung der Mittel, der disziplinierten Arbeit des Jischuws ab, ob die Autonomie und Freiheit unseres Werkes jedem Eingriff von außen gegenüber erhalten werden kann oder nicht. Sind wir stark genug, die durch den Anleiheplan gegebenen Verpflichtungen der kolonisierenden Gesamtheit den Kreditgebern gegenüber in vollem Umfang zu erfüllen, so ist der jüdische Palästinaaufbau als kollektives Werk zwar verschuldet und zinspflichtig — aber er ist gesichert und in seiner inneren Selbständigkeit nicht verletzt.

„Nun wohl," entgegnet ein Vierter, „müssen aber die Bedingungen, unter denen der internationale Kredit im gegenwärtigen Stadium unserer Arbeit für uns nutzbar zu machen wäre, nicht so geartet sein, daß sie reichere und günstigere Möglichkeiten,

die sich in der Zukunft uns bieten könnten, einschränken oder gar versperren? Hängt nicht von dem Zeichnungsausfall, dem regelmäßigen Zinsen- und Tilgungsdienst dieser Anleihe der Jewish Agency der Kredit der Palästinakolonisation für lange Jahrzehnte ab, so daß wir nicht wagen dürfen, ihn schon heute aufs Spiel zu setzen?"*) An der ernsten Verantwortung einer Entscheidung dieser Frage ist nicht zu zweifeln. In der Tat darf weder der Markt für künftige Anleihen der Jewish Agency durch die erste Transaktion auch nur im geringsten geschädigt werden, noch auch andererseits das Aufbauwerk mit Lasten beschwert werden, die seine gesunde wirtschaftliche Entwicklung hemmen können. Aber daraus können sich keine andere Folgerungen ergeben als die, daß der Kreditplan, seinem inneren Aufbau nach, derart konstruiert sein muß, daß diese Risiken auf ein Minimum abgeschwächt werden. So muß denn die finanzpraktische Grundlage der ersten Jewish Agency-Anleihe so fest und tragfähig fundiert werden, daß auch in skeptischen Finanzkreisen keine Zweifel an ihrem durchaus seriösen Charakter bestehen können und daß ihr ein Platz an den Weltbörsen gesichert werden kann. Auf der anderen Seite muß die wirtschaftliche Verwendung der Kreditkapitalien so organisiert sein, daß eine überspannte Belastung der jungen Siedlung durch einen überschweren Schuldendienst vermieden wird. Nun hängt die Bonität der Anleihe aufs engste mit allen speziellen Fragen des Anleiheplans, den Fragen der Kapitalgarantie, der Emissionsbedingungen, des Profitanreizes zusammen; die Beurteilung der ökonomischen Wirkung der Zinsbelastung ist wiederum von speziellen Fragen der Verwaltung der Kapitalien und ihrer wirtschaftlichen Verwertung nicht zu trennen. Erst der ganze Anleiheplan, der in seinen genaueren Einzelheiten nunmehr skizziert werden soll, wird also Argumente, wie sie diesem Einwand zugrunde liegen, endgültig widerlegen können. Er wird zeigen, daß es Wege der Organisation und Mittel der Wirtschaftsführung gibt, die allen Schwierigkeiten, die sich auf unserem Weg türmen, zum Trotz, uns die Möglichkeit geben, mit festem Vertrauen in die Zukunft zu schauen, und auf der Basis unserer ersten Anleihe an eine großzügige Durchführung unserer Kolonisationsaufgaben zu gehen.

Unter den besonderen Problemen, die hier zu untersuchen sind, steht an erster Stelle die Frage der Sicherheiten für

*) Hans Goslar, a. a. O. S. 706.

die aufzunehmende Anleihe. Der Nachweis der genügenden Unterlagen, die geeignet wären, den Wert der geliehenen Kapitalien zu garantieren, ist die unumgängliche Vorbedingung für die Verwirklichung des ganzen Kreditplans. Dabei muß bedacht werden, daß sich unsere Siedlungsarbeit im Lande, obwohl wir schon auf einige Jahrzehnte praktischer Tätigkeit und wirtschaftlicher Erfahrung zurückblicken können, noch in den Anfängen befindet und noch kaum oder erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit über ein erstes Stadium des Versuchs hinausgekommen ist. Es kann deshalb keinem Zweifel unterliegen, daß die Sicherheiten, die wir bieten, auf dem internationalen Geldmarkt ziemlich kritisch beurteilt werden werden.

Dazu kommt der rechtliche Zwischencharakter der Jewish Agency, die ja als die Kontrahentin und Trägerin der Anleihe fungieren soll. Es steht fest, daß die Jewish Agency, obgleich eine völkerrechtlich anerkannte Körperschaft, keinerlei Souveränität wird beanspruchen können. Damit aber kommen, sozusagen automatisch, für ihre Anleihe alle Sicherheitsformen in Wegfall, die für den Kredit der souveränen Körper im allgemeinen üblich sind. Die sogenannte generelle oder organische Garantie, die bei den Anleihen der anerkannten und wirtschaftlich bewährten Staaten und aller der Verbände, hinter denen solche Staaten mit ihrer selbstschuldnerischen Bürgschaft stehen, Provinzen, Kommunalverbände und dergleichen die Regel ist, und die in dem Ganzen der geordneten ökonomischen Verhältnisse des Volkes liegt, das die Anleihe aufnimmt, kommt hier nicht in Betracht. Die Jewish Agency, obgleich eine „Person“ des Völkerrechts, ist heute doch gewiß eine Person, die in den Augen des internationalen Finanzkapitals eines Personalkredits — und die generelle Garantie ist nichts anderes als ein Personalkredit der Staaten — wohl kaum für würdig befunden werden wird. Es sind spezielle und formell fest umschriebene Garantien, die als Unterlagen für unsere erste Anleihe gefordert werden.

Jedoch auch diese speziellen Sicherheiten, die wir zu bieten vermögen, tragen einen besonderen Charakter. Sie sind verschieden von denen, die in den verschiedensten Formen und Abstufungen von den Staaten geleistet worden sind, die, sei es, weil ihre Volkswirtschaften noch wenig entwickelt, sei es, weil sie infolge von äußeren Ereignissen, Kriegen oder Wirren in zerrüttete Zustände geraten waren, reale Bürgschaften ihres

Kredits leisten mußten. Solche realen Bürgschaften wurden in diesen Fällen zumeist in der Verpfändung bestimmter Einnahmen oder regelmäßiger Erträge (Zölle, Gebühren, Steuern, Tribute), unter schlechteren Bedingungen in der Abtretung gewisser Einnahme*quellen* oder Monopole (Naturschätze, Fischereirechte, Produktionsmonopole von Tabak oder dgl.), in den schwersten Fällen in einer Kombination von allen diesen Fällen erblickt. Das alles entspricht eben durchaus dem Charakter und Wesen der fiskalischen Finanzwirtschaft. Wir aber besitzen keine Hoheitsrechte, die wir als Unterpfand unserer Kreditfähigkeit einsetzen können, wir verfügen nicht über Monopole, und die Aktivseite des Jewish Agency-Budgets wird nur in geringfügigen Posten steuer- oder gebührenartige Revenuen aufweisen können. *Diejenigen also, die sich bei der Beurteilung unserer Kreditmöglichkeiten starr an die Analogie des der fiskalischen Finanzpraxis angepaßten Kredits klammern*, und für keine anderen als die traditionellen Formen einen Blick haben, schütteln bedenklich die Köpfe. Und dennoch haben sie dabei die wichtigsten unserer Hilfsquellen außer acht gelassen.

Was wir nämlich besitzen, was die Grundlage unserer — wie jeder — Wirtschaft ist, ihren größten Reichtum bedeutet, und — wie wir später noch ausführlicher zeigen werden, — *als Garantie besser und wertvoller ist*, als formelle Titel oder Verwaltungseinkünfte, ist die Substanz unserer nationalen Wirtschaft selbst. Sie vermögen wir wohl als spezielle Sicherheit unserer Anleihe zu bieten, sie kann auch zur Grundlage des Kreditprogramms der Jewish Agency gemacht werden. Der Kredit wird auf die im nationalen Verfügungsbereich gegebenen Sachkapitalien unmittelbar bezogen, deren Eigenwert die Substanz des Wertes der Leihkapitalien weit mehr als sicherstellt. Wie schwere Bedenken gegen eine Haftbarmachung der nationalwirtschaftlichen Produktionsunterlage für eine äußere Schuld auch erhoben werden können, es gibt historische Situationen, die einen solchen Schritt nicht nur rechtfertigen, sondern zur Pflicht einer von Interessen der nationalen Gesamtheit und ihrer Zukunft geleiteten Kapitalpolitik machen können. In einer historischen Situation dieser Art befand sich das deutsche Volk, nach dem verlorenen Krieg, die Milliardenlast der Kriegsschulden und Reparationen auf seinen Schultern, als man ihm in der „Kreditaktion der Industrie“ und dem Plan des

„Deutschen Konzerns“ einen Weg zeigte, auf dem es versuchen sollte, ins Freie zu kommen — und es nimmt mehr wunder, daß diese Aktion an dem Eigennutz der betreffenden Kapitalistengruppen scheitern durfte, als daß man in einer solchen Stunde den Produktionsapparat der deutschen Industrie der Gefahr einer fremden Kontrolle aussetzen wollte. In einer historischen Situation dieser Art befindet sich auch das jüdische Volk, dem im Palästinaaufbau eine Aufgabe gesetzt ist, die die gewöhnlichen Kräfte des Alltagslebens einer Generation weit übersteigt, eine außerordentliche Anspannung, außerordentliche Mittel und Maßnahmen geradezu erfordert. Wenn dazu der Plan, der dem Vorschlag einer Verpfändung nationaler Wirtschaftssubstanz zugrunde liegt, die einzige erkennbare Lösung des Kapitalproblems der jüdischen Siedlungskolonisation in Palästina zu eröffnen scheint; wenn überdies in dem Plan der ökonomischen Verwendung der auf Grund dieser speziellen Sicherheit hereingebrachten Kreditkapitalien besondere Garantien für ihre fruchtbare Verwertung ohne Gefährdung oder Überlastung unserer Wirtschaft zu finden sind, so ist dieser Vorschlag genügend gerechtfertigt.

Nationale Wirtschaftssubstanz? Nach dem, was wir oben über den Begriff des Nationalvermögens ausgeführt haben, wird uns wohl niemand im Verdacht haben, wir wollten uns hier gedankenlos von einer Fiktion gefangen nehmen lassen, die unseren Wünschen allzu bereitwillig entgegenkommt. Angesichts der gegenwärtig gegebenen Rechtsverhältnisse und auf Grund der heute herrschenden sozialen Ordnung gibt es ebensowenig eine „nationale Wirtschaftssubstanz“ im allgemeinen, wie es ein Volksvermögen im allgemeinen gibt. Solange die Sachkapitalien, die die Lebens- und Wirtschaftsunterlage der Völker bilden, in die schrankenlose Verfügungsgewalt der Einzelnen gegeben sind und der Kontrolle durch Organe der gesellschaftlichen Gesamtheit nicht unterliegen, solange müssen alle Begriffe und Anschauungen, die eine derartige gesellschaftliche Kontrolle — mindestens unausgesprochen oder gar ohne Vorbedacht — unterstellen, hohle Abstraktionen sein, die erst auf ihren realen Gehalt reduziert werden müssen, wenn man mit ihnen operieren will. Solange stellen eben auch die „nationale Wirtschaftssubstanz“ — auf den Realgehalt des Begriffes zurückgeführt — nur die Teile des gesellschaftlichen Kapitals dar, die entweder sich in unmittelbarer Verfügungsgewalt, also im Eigentum der Nation

befinden, oder sich in irgend einer Form der organisatorischen Zusammenfassung einer kollektiv geregelten Verfügungsbereitschaft einordnen lassen. Nur diese „nationale Wirtschaftssubstanz“ kann heute einen wirklichen Wertfaktor bedeuten, gerade die Sabotage der Kreditaktion der deutschen Industrie durch ihre Magnaten beweist das. Nur auf diese kollektiv organisierte oder organisierbare Substanz der nationalen Wirtschaft — Boden, Immobilien, die Verkehrsmaschinerie und den sachlichen Produktionsapparat — läßt sich eine kollektive Bürgschaft für einen durch eine derartige Interessengemeinschaft beschafften Kredit basieren.

Nun hat man anscheinend bisher auch dort, wo der Gedanke einer kollektiven Garantie zum Zwecke der Kreditbeschaffung verschwommen aufgetaucht ist, diese Möglichkeit im Stadium der gegenwärtigen Palästinakolonisation gewogen und zu leicht befunden. Aus einer Abschätzung der Wertgrößen, die einer derartigen Garantie unserer „Freiheits-Anleihe“ untergelegt werden könnten, erwuchs eine Haltung des Zweifels und der Resignation, die im Endresultat zu einer vorläufigen Ablehnung des ganzen Anleihesystems in der finanzpolitischen Praxis des Zionismus führte. Aber dieser Skepsis und Ablehnung liegt, wie wir glauben, ein sachliches Mißverständnis und eine unzureichende Methode zugrunde. Anstatt von den gegebenen Wertgrößen selbst auszugehen, und von dieser Basis aus weitere Pläne aufzubauen, gehen alle diese Finanzkritiker von einem, vom Standpunkt der Mittelbeschaffung — nicht vom Standpunkt der Kolonisation — aus gesehen, abstrakt errechneten Kapitalbedarf aus, und erst im Vergleich mit diesem bei seiner Berechnung durch keine Schranken der realen kapitalpolitischen Möglichkeiten begrenzten Bedarf gelangen sie zu einem Urteil, das unsere Garantiewerte für eine Anleihe, die diesem Bedarf genügen soll, als ungenügend erachtet. So legt Ruppin seinem Kolonisationsprogramm zum „Aufbau des Landes Israel“ einen Kapitalbedarf von 651 500 000 Francs für das erste Jahrzehnt, von 1 932 500 000 Francs für das zweite und dritte Jahrzehnt der planmäßigen Siedlungsarbeit, im ganzen also einen Gesamtbedarf von 2 594 000 000 Francs = etwa 100 000 000 £ zugrunde, wobei das von den Ansiedlern selbst aufzubringende Kapital, über das wir bei anderer Gelegenheit bereits gesprochen haben, noch außer Ansatz gelassen ist.*) Auch Glenn spricht an der

*) Ruppin, Aufbau des Landes Israel, S. 176.

oben angezogenen Stelle von einer Milliardenanleihe.*) Jizchak Wilkanski hat in einer Denkschrift, die er der ersten Londoner Konferenz vorgelegt hat, für die Durchführung unserer Großkolonisation ein Kapital von 500—600 Millionen Pfund oder 12—15 Milliarden Francs als notwendig bezeichnet.**) Einer der weiland „maximalistischen" Fachleute berechnet sogar für die ersten Notstandsarbeiten, die in Palästina von den ersten Einwanderern ausgeführt werden sollten, allein einen Kapitalbedarf, für den 100 Millionen Dollar = etwa 20 Millionen Pfund noch nicth ausreichen.***) Mit Zahlen dieser Größenordnung verglichen, können die Wertgrößen, die unsere „nationale Wirtschaftssubstanz" (in ihrem realistischen Werte begriffen) repräsentiert, selbstverständlich nicht standhalten. Wenn man also selbst von der allgemeinen Frage absieht, ob es überhaupt zweckdienlich wäre, bei unserem ersten Versuch Mittel vom offenen Kapitalmarkt für unsere Kolonisation zu mobilisieren, mit einem Kreditansuchen von so gewaltigen Dimensionen aufzutreten, so ist jedenfalls unzweifelhaft richtig, daß eine Anleihe dieser Größe allerdings nicht auf die Garantiebasis unserer Sachwerte bezogen werden könnte. Zu wesentlich anderen Ergebnissen müßte man aber kommen, wenn man das umgekehrte Verfahren einschlagen wollte und untersuchte, wie groß der Kredit sein dürfte, den wir auf Grund der schon gegenwärtig für die nationale Interessengemeinschaft erfaßbaren Bürgschaftsgüter berechtigtermaßen und im Einklang mit den Gepflogenheiten der Finanzpraxis beanspruchen könnten. Das Resultat einer solchen Prüfung der Sachlage zeigt dann Möglichkeiten, die obwohl durch den Umfang unseres realen Vermögens in den Maßen beschränkt, doch nicht nur einen ungeheuren Fortschritt im Vergleich zu den heute gegebenen Perspektiven bedeuten, sondern auch dem Kapitalbedarf, der durch das konkrete Kolonisationsziel unserer Periode, wie wir es oben zu umreißen versuchten, bestimmt wird, zu genügen vermögen, wenn man für das Kreditkapital Verwendungsformen wählt, die seine volkswirtschaftliche Produktivität bis zu einem erreichbaren Maximum steigern.

Stellen wir nunmehr die Frage in concreto: Welche Kapitalien können in den Garantiefonds der ersten Jewish Agency-

---

*) Herrmann Glenn, Das Problem der Ansiedlung. „Der Jude" III. Heft 11.

**) Vgl. Volk und Land. I. Nr. 27.

***) Dr. N. Honig. Jüdische Rundschau 1919 Nr. 16.

Anleihe einbezogen werden und welche Werte repräsentieren sie? In erster Linie sind dabei natürlich diejenigen Kapitalien in Betracht zu ziehen, die sich bereits in der unmittelbaren Verfügungsgewalt unserer kolonisierenden Gemeinschaft als solcher, im Besitz der nationalen Institute oder der zionistischen Organisation und ihrer Verbandsinstanzen befinden oder in irgend einer Form der Kontrolle zionistischer oder allgemeinnationaler Anstalten unterstehen.

Es sind das in einer schematischen Übersicht:

a) Der gesamte nationale Besitz an Grund und Boden in Palästina in den Händen des Keren Kajemeth und anderer zionistischer Körperschaften.

b) Die in nationaler Hand befindlichen mobilen und immobilen Sachwerte, unsere palästinensischen landwirtschaftlichen Siedlungen und städtischen Wirtschaftsbetriebe, Institute usw.

c) Die Eigenkapitalien der nationalen Banken innerhalb und außerhalb Palästinas.

d) Die Reserven des jüdischen Nationalfonds und anderer zionistischer Fonds.

In bezug auf diese Posten werden vielleicht gegen den Gedanken der Einbeziehung der Bankkapitalien in den Garantiefonds einige Bedenken erhoben werden. Es werden sich wahrscheinlich Leute finden, die im Interesse eines geregelten und sicheren Geschäftsganges unserer Banken sich gegen einen solchen Gedanken sträuben werden. Aber diese Bedenken sind aus nationalwirtschaftlichen wie aus kaufmännisch-praktischen Gründen entschieden zurückzuweisen. Lassen wir dabei ganz die Frage außer acht, ob sich unsere Kreditinstitute bei der Durchführung unserer nationalkolonisatorischen Aufgaben bisher so bewährt haben, daß ihre Sicherheit und Unantastbarkeit über alle anderen Erfordernisse zu stellen ist. Bekanntlich ist diese Frage keineswegs in positiver Richtung entschieden.*) Aber

*) Daß die Tätigkeit der Anglo-Palestine-Company auch bei weitgehender Berücksichtigung kommerzieller und banktechnischer Gesichtspunkte als für die nationale Kolonisation beinahe völlig irrelevant zu beurteilen ist, steht wohl fest. Über den Jewish Colonial-Trust lauten die Urteile gerade von der zionistischen Seite, die sich stets als die berufene Verfechterin der der Banktätigkeit zugrunde liegenden Wirtschaftsmethode aufspielt, nicht viel günstiger. Vgl. Heinrich Margulies, a. a. O. S. 18. „Aber der I. C. T. versagte! Er verkroch sich in einen Winkel, um nicht bemerkt zu werden. Statt sich zum Träger der Aktion zu machen, dankte er ab, so wie er schon früher eigentlich abgedankt hatte, denn von der großspurig titulierten Kolonialbank war längst nichts mehr übrig, als eine Depositenkasse in Whitechapel."

selbst unter der Voraussetzung, daß sie den „Kreis, den Gott ihnen zugemessen", glänzend ausgefüllt hätten, gibt es — in der gegenwärtigen Situation — für sie als nationale Banken eine natürlichere Funktion, als mit ihrem gesamten Kapital die finanzielle Garantie für eine Anleihe zu tragen, die die Aufbauarbeit in großem Maßstab aufzunehmen gestattet? Im Grunde genommen ist ja nicht die Konzentrierung von Depositen in Whitechapel oder der Check-Verkehr Jaffa-Europa, Geschäfte, von denen behauptet werden könnte, sie würden durch die Einbeziehung der Banken in den Garantiekonzern leiden, ihr wirtschaftlicher Selbstzweck, sondern eben die Finanzierung der Kolonisation. In einer Situation, die der unsrigen gleicht, haben sich demnach alle anderen Gesichtspunkte, auch die „rein-kaufmännischen" diesen nationalwirtschaftlichen und kapitalpolitischen unterzuordnen. Außerdem aber weisen gerade rein bankpraktische Erwägungen, sofern sie sich nur bemühen, etwas weiter zu schauen als bis zur nächsten Stunde, klar darauf hin, daß die geschäftlichen Perspektiven, die sich unseren Banken auf Grund des kollektiv verbürgten und aufgebrachten Kreditkapitals und seiner Verwertungsorganisation eröffnen, so weit und vielversprechend sind, daß nur Kleinkrämer sich scheuen würden, um diesen Preis ein kühnes Wagnis auf sich zu nehmen.

Endlich macht die Durchführung des Gesamtplans, der von der Anleihe ausgeht, in jedem Falle eine weitgehende Umgruppierung der bestehenden nationalen Kreditinstitute, ihre Einordnung in den ganzen neu aufzubauenden Finanzapparat des Palästinawerks und die Koordinierung der selbständig wirkenden Einheiten im Rahmen des Ganzen notwendig. Der Eintritt der Banken in den Garantiekonzern wäre so nur eine im Zusammenhang mit der ganzen Reorganisierung ohne weitere Schwierigkeiten zu vollziehende Maßnahme, die keinen stärkeren Einfluß auf die geschäftlichen Möglichkeiten der Banken ausüben könnte als ihre Umgruppierung überhaupt.

Im übrigen können die im direkten Besitz der Nation organisierten Kapitalien heutzutage natürlich nicht mehr als einen Grundstock des ganzen Garantiefonds bilden. Darüber hinaus muß er eben in irgend einer Form der Organisation alle diejenigen Sachwerte zusammenfassen, die sich zwar im Eigentum von Einzelnen oder Gesellschaften befinden, aber einer kollektiv geregelten Verfügungsbereitschaft eingeordnet werden können. Das unmittelbare Ziel der Zusammenfassung ist die

kollektive Kreditbeschaffung für die Zwecke der nationalen Kolonisation, die kollektiv verbürgt und von der Jewish Agency durchgeführt werden soll. Sowohl vom Standpunkt der objektiven Eignung als auch vom Standpunkt der nationalen Disziplin aus kommen dafür nächst dem gesellschaftlichen Eigentum die Kapitalien, über die die palästinensische Judenheit verfügt, in Betracht. Im Gegensatz zu den nationalen Spendensammelaktionen liegt bei der Kreditaktion das Schwergewicht der Entscheidung bei dem jüdischen Jischuw in Palästina selbst. Schon das ist für das Gelingen der Aktion von nicht zu unterschätzender positiver Bedeutung.

Die hauptsächlichen Gruppen, die aus dem Jischuw zu der nationalen Interessengemeinschaft herangezogen werden müssen, sind:

a) Körperschaften: Vor allem die neuen jüdischen „townships", Munizipalitäten wie Tel-Awiw, die Güter der Rothschild-Administration, die bedeutenden nationalen Kapitalgesellschaften wie Ica im großen, Geulah im kleinen, die genossenschaftlichen Körperschaften auf dem Gebiete des Kredits und der Produktion.

b) Einzelne oder private Gesellschaften, deren Besitz seiner Qualität nach für eine Einbeziehung in das Bürgschaftssyndikat in Betracht kommt.

Dabei ist selbstverständlich das für die Tragung von Reallasten prädisponierte Grund- und Bodenkapital die Besitzkategorie höchster Qualität. Nächst ihm rangieren die Immobilien, Gebäude, industriellen Anlagen, andere Anlagekapitalien; danach erst die dem Wirtschaftsbetrieb direkt zugehörigen Produktionsmittel. Daß aber auch alle derartigen Güter und Werte zur Garantie einer kollektiven Schuld verwandt werden können, lehren nicht nur die Pläne für die solidarische Kreditbeschaffung der deutschen Industrie, sondern eine finanzgeschichtliche Parallele, die uns auch aus anderen Gründen angemessener ist, die recht wohl zur Ausführung gelangten und gezeichneten ägyptischen Dairen-Anleihen.

Vielleicht würde es genügen, an die schon in manchen schweren Stunden bewährte Solidarität und soziale Disziplin des palästinensischen Jischuw zu appellieren, um das Ziel einer möglichst weitgehenden Erfassung der nationalen Wirtschaftssubstanz für die Anleihegarantie zu erreichen. Glücklicherweise arbeiten uns aber noch dazu ausschlaggebende wirtschaftliche Eigeninteressen der einzelnen Besitzer, der Gesellschaften und

der Verwaltungskörper bei diesem Appell in die Hände. Täuschen wir uns nicht: diese Interessen sind gute Bundesgenossen.

Die wirtschaftliche Lage des Jischuw ist gegenwärtig bekanntermaßen alles andere als glänzend. Besonders die Kolonien und Städte stehen unter dem Druck einer permanenten ökonomischen Krisis. Der Kolonist, der Händler, der Kleingewerbetreibende leben in teilweise recht kümmerlichen Verhältnissen. Auch die wirtschaftliche Zukunft der Wohlhabenderen ist unsicher, ohne beruhigende Ausblicke und weite Perspektiven. Die Kinder der Kolonisten sind häufig schon gezwungen, dem Land den Rücken zu kehren. Die Kapitalarmut ist groß, die Kreditsorgen drücken, der innere Markt ist noch sehr wenig aufnahmefähig, jede Konjunkturschwankung am Weltmarkt droht Gefahr. Kommt aber die Anleihe der Jewish Agency zustande, was von einem möglichst reibungslosen und umfassenden Zustandekommen des Garantiesyndikats abhängt, so kann mit der darauf einsetzenden größeren und großen Einwanderung und planmäßigen Kolonisation nur ein allgemeines wirtschaftliches Aufblühen des Landes und des Jischuws die Folge sein. Der innere Markt verdichtet und erweitert sich, — eine Grundvoraussetzung für das ökonomische Gedeihen des Jischuws. Durch den Aufbau eines neuen großen Finanzapparats wird die Kreditfrage geregelt, die wirtschaftliche Möglichkeit für alle, den Kolonisten, den Pflanzungsbesitzer, den Fabrikanten um ein Vielfaches gesteigert. Ihre Arbeit gewinnt an Zukunftsaussichten, ihre Lebensverhältnisse wenden sich zum bessern. Ihre Kinder finden im Lande ein sicheres Unterkommen; ihr Alter die behäbige Ruhe, die viele von ihnen wünschen. Wir müßten die palästinensischen Besitzer schlecht kennen, wenn sie vor solchen Möglichkeiten sich bedenklich zeigen sollten.

Aber auch abgesehen von diesen ferneren Ausblicken bietet der Syndikatplan den Sachwertbesitzern so wichtige unmittelbare ökonomische Vorteile, daß genug Veranlassung für sie besteht, ihn voll und ganz zu akzeptieren. Ein Beispiel: Der Kolonist, der Hausbesitzer, der Fabrikant in Palästina haben heute auf ihren Wirtschaften nicht unwesentliche Schuldenlasten zu tragen. Die Zinsen, die sie für ihr Leihkapital zahlen müssen, sind infolge der gegenwärtigen Kapitalknappheit unverhältnismäßig hoch. Viele dieser Wirtschaftsbetriebe sind wohl nur deshalb in ihrer Rentabilität noch unsicher, weil ihnen der Kredit zu einigermaßen erträglichen Bedingungen fehlt und die harte

Hand des Wucherers auf ihnen lastet. Die Bildung des Garantiesyndikats und die Durchführung des Kreditplans erfordern nun, um der Sicherung der Prioritätsrechte der Anleihegläubiger willen, die Erledigung der bestehenden Verpflichtungen, die auf den Gütern lasten, welche sich im Syndikat zusammenschließen. Diese Erledigung kann nur derart gedacht werden, daß die Ansprüche der alten Geldgeber unverzüglich nach der Aufbringung der Anleihe durch Barzahlung befriedigt werden, ihre Forderungen auf diese Weise an das Syndikat übergehen, das sie seinen Kreditinstituten zu den neuen billigen Bedingungen der Syndikatbanken überträgt.*) Dadurch werden die mannigfaltigen und unerträglichen „wilden" Lasten, die aus alten Schuldverpflichtungen resultieren, in normale und stabile Bankschulden verwandelt. Diese Konversion allein stellt schon für das palästinensisch-jüdische Wirtschaftsleben einen schier unschätzbaren Gewinn dar, von dessen Erreichung unter Umständen das Geschick eines Unternehmens oder eines ganzen Wirtschaftszweiges abhängig sein kann. Ein anderes Beispiel: Die palästinensisch-jüdischen Kommunalbehörden sind gegenwärtig gezwungen, um ihren Kreditbedarf zu decken, sich an das Ausland zu wenden. Die Versuche sind — wie das Beispiel der 6½prozentigen Tel-Awiw-Anleihe zeigen mag — nicht einmal von Erfolg begleitet, weil es eben schwer ist, sich mit einem so zweifelhaften einzelnen Projekt wie einer ersten Kommunalanleihe von 75 000 £ selbständig Gehör zu verschaffen. Nach der Gründung der Syndikatsbanken können die Städte entweder direkt von ihnen oder indem die Banken vermittelnd auf dem Kapitalmarkt auftreten, ihre Kredite in reicherem Maße und unter günstigeren Bedingungen beziehen. Die Kreditaktion wirkt also auch direkt auf die dem Bürgschaftskonzern sich anschließenden Betriebe nicht als eine neue Belastung, sondern im Gegenteil. Eine ernstliche wirtschaftliche Entlastung und eine unmittelbare Stärkung ihrer ökonomischen Position ist die naheliegende Folge der Aktion.

*) Vgl. die teilweise identische Transaktion anläßlich der Aufnahme der ägyptischen Domänen-Anleihe vom 31. 10. 1878. „Dabei wurde jedoch den Gläubigern, welche vor dem 2. bzw. 3. Februar 1879 — dem Tage des Eintrages der Hypothek für die Rothschildsche oder Domänen-Anleihe — Hypotheken auf diese Güter auf Grund erwirkter Urteile hatten eintragen lassen, ausdrücklich die volle Ausübung ihrer Rechte vorbehalten. Nach dem Liquidationsgesetz (Artikel 67, Ziffer 3) erhielten diese letzteren Gläubiger ihre Rechte voll in bar ausbezahlt und wurden die Hypotheken-Rechte derselben dadurch erledigt. (Liquidationsgesetz, Art. 83)." (W. Kaufmann, Das internationale Recht der ägyptischen Staatsschuld, S. 83.)

Demgegenüber sind die aus der Teilnahme an der solidarischen Haftung der nationalen Interessengemeinschaft für die Anleihe sich ergebenden rechtlichen Konsequenzen von praktisch untergeordneter Bedeutung. Die immerhin wesentlichste von ihnen liegt in dem Vorhandensein der prioritätischen Rechte der Anleihegläubiger auf die im Garantiesyndikat organisierten Kapitalien und in der Wirkung dieser Rechte auf die privatwirtschaftliche Kreditfähigkeit der beteiligten Betriebe, Unternehmungen und Besitztümer. Aber diese Frage ist, so ernst sie prinzipiell zu stellen sein mag, für unseren konkreten Fall und auf die tatsächlichen Verhältnisse in Palästina bezogen, fast völlig belanglos. Stellt man nämlich fest, daß mit der Aufnahme der Anleihe die Jewish Agency — durch ihre Finanzinstitute — zum bei weitem bedeutendsten Kreditgeber des Landes wird, neben dem im wirtschaftlichen Leben die anderen outsider-Banken an Bedeutung gänzlich verlieren, so tritt auch die Existenz der Prioritätsansprüche der Anleihegläubiger praktisch (für die privatwirtschaftliche Kreditfähigkeit der Garantiemasse) in den Hintergrund. Für die Jewish Agency-Banken besteht nicht die Notwendigkeit, in ihrem normalen täglichen Geschäft mit der außerordentlichen letzten und nur im Fall ihres eigenen Mißgeschickes und des nationalen Zusammenbruchs eintretenden Möglichkeit der gewaltsamen Exekution jener Gläubigerrechte zu rechnen. Sie können also die Garantiekapitalien, auf denen nur die Anleihebürgschaft ruht, als faktisch unbelastet betrachten und bewerten. Für die kreditsuchenden Mitglieder des Syndikats besteht keine Notwendigkeit, mit ihrem Ansuchen an die außerhalb des Syndikats stehenden Privatbanken, die allein die Garantieverpflichtung als erste Hypothek bewerten könnten, zu appellieren, sie können die bessere und billigere Befriedigung ihrer Wünsche von Seiten der nationalen Finanzinstitute erwarten. So daß de facto aus der Bürgschaftsleistung, die so augenfällige und handgreifliche Vorteile mit sich bringt, über die rechtlich festgelegte formelle Verpflichtung hinaus eine den privaten Interessen nachteilige Folge für die Wirtschaftspraxis kaum resultiert.

Dennoch wäre es falsch, wollten wir unsere Beweisführung in der zur Rede stehenden Frage auf die Betonung von Argumenten der Nützlichkeit und der Wahrnehmung der eigenen Interessen beschränken. Gerade in bezug auf die palästinensischen Juden darf auch die Macht der nationalen Bewegung und

ihrer Ideen, die unserer harten und mühseligen kolonisatorischen Arbeit im Lande erst ihren tieferen Sinn geben, nicht unterschätzt werden. In manchen bedrängten Situationen ist es schon geschehen, daß ein Appell an den nationalpolitischen Weitblick, die Tatkraft, die Entschlossenheit und das reife Wirklichkeitsdenken des jüdischen Jischuw in Palästina ungeahnte Energien in ihm geweckt hat. Er wird gewiß in seiner Gesamtheit, ohne Unterschied von Beruf und Stand, auch den großen Gedanken der kollektiven Bürgschaft des palästinensischen Jischuw zu gunsten einer freien und erweiterten Alijah und einer im großen Maßstab durchgeführten Kolonisation voll erfassen und in die Tat umsetzen helfen. Wo aber auch in seinen Reihen die egoistische Gleichgültigkeit überhand genommen hat, wo selbstische Kräfte sich ans Werk machen, um uns an der Durchführung der notwendigen Maßnahmen zu hindern und ihre vermeintlichen Rechte zu verteidigen, da wird diesen unseren modernen know-nothings mit der ganzen Macht der Idee und der nationalen Disziplin entgegengetreten werden. Es ist noch verfrüht, die Losung, „Das jüdische Palästina den palästinensischen Juden!“, auszugeben. Das jüdische Palästina gehört nicht den hunderttausend Juden, die sich heute Besitztitel oder Arbeitspositionen im Lande erworben haben, sondern den Arbeitern, der Jugend, den sozial gedrückten Massen des Volkes, die Einlaß fordernd an seine Tore pochen. Ist es infolge der falschen Methoden unserer Siedlungsarbeit in den ersten Jahrzehnten schon so weit gekommen, daß viele Zehntausende von Dunam palästinensischen Bodens, die Hunderte von Siedlern ernähren könnten, sich in jüdischen Händen befinden, ohne daß sie mehr als wenigen Dutzend Juden Tagelöhnerarbeit geben, so soll wenigstens das, was wir heute unter Aufwendung so großer nationaler Mittel an Werten im Lande gesichert haben und halten, dazu beitragen, die solidarische Garantie zu tragen, die es ermöglicht, die jüdische Siedlungsarbeit auf breiter Basis fortzusetzen. Faßt der palästinensische Jischuw seinen gegenwärtigen Besitz nicht als Monopol auf, das zu sperren oder zu öffnen der Willkür des Einzelnen überlassen ist, sondern als ein den Pionieren des Palästinaaufbaus von der Nation übergebenes Pfand, so wird er, wenigstens in seinen überwiegenden Teilen, die große Verantwortung begreifen und als Sachwalter des Aufbauwerks nach Kräften an der Durchführung der Kreditaktion teilnehmen.

Darüber hinaus aber soll die Organisierung der „nationalen Wirtschaftssubstanz“ für die Kollektivgarantie nicht bei dem nationalen Eigentum und an den Grenzen des palästinensischen Jischuw haltmachen, sondern auch das jüdische Volk in der Diaspora in seinen Wirkungskreis einbeziehen. Auch im Galuth sind die Perspektiven dieser Aktion verhältnismäßg weit und vielversprechend, schon allein deshalb, weil sie keine neuen unmittelbar zu übernehmenden Lasten mit sich bringt. Die bisher geübten Methoden, mit denen wir versucht haben, die Mittel des Galuthjudentums für das Palästinawerk zu mobilisieren, die freiwilligen Großspenden, die Selbstbesteuerung, verlangten immer eine — relativ bedeutende — unmittelbare Einkommens- oder Vermögensopferung. Die Anforderungen, die dadurch an die einzelnen Juden oder die jüdischen Körperschaften im Galuth gestellt wurden, bedeuteten also die Notwendigkeit einer stärkeren Anspannung der Finanzkraft. Es ist unzweifelhaft, daß in vielen Fällen — wie wir noch an einigen Beispielen näher sehen werden —, die objektive Situation die direkte Entziehung verhältnismäßig großer Kapitalien aus dem regelmäßigen Budget der Wirtschaften oder gar aus ihrem Betriebsfonds nur schwer und gegen große innere Widerstände gestattete. Die Einbürgerung der Antinomie von cash und pledges in den zionistischen Jargon ist nur ein äußeres Symptom dafür. Die Kreditaktion und die Teilnahme am Bürgschaftskonzern hat keine solche schwerwiegende und neu wirksam werdende Belastung zur Folge. Sie verlangt keine Notabgabe mehr, sondern allein die Beteiligung an der kollektiven Garantieverpflichtung für den Eventualfall, der sowieso nur eine äußerste Möglichkeit von geringem Wahrscheinlichkeitsgrad darstellt. So kann gerade im Galuth die Kreditaktion auf Möglichkeiten hinweisen, mit denen die Möglichkeiten des Keren Hajessod oder einer anderen nationalen Spendensammlung keinen Vergleich aushalten. Während sie der internationalen Finanz alle notwendigen Garantien für das Kapital der ersten Jewish Agency-Anleihe in den rechtlich gesicherten Formen bietet, setzt sie gleichzeitig, so weit als möglich, die Mittel des jüdischen Volkes im Galuth für unser Kolonisationswerk ein, ohne doch die wirtschaftliche und finanzielle Situation des Galuthjudentums — über den Bereich freiwilliger Zuwendungen hinaus — direkt zu belasten.

Auch hier kommen für den Einschluß in den Konzern fast ausschließlich die Kapitalien an liegenden Gründen, Immobilien

oder sicheren Anlagewerten in Betracht, die eben eine reale Sicherheit den Anleihegläubigern gegenüber repräsentieren.

Außerhalb Palästinas sind es vor allem die Sachwertvermögen und Anlagekapitalien der jüdischen öffentlichen Körperschaften, der Gemeinden, der großen Stiftungen, gemeinnützigen Verbände, die, neben der „Substanz", welche sich in den Händen Einzelner oder privater Gesellschaften befindet, und über deren Verwendung noch zu sprechen sein wird, in erster Reihe für die Organisierungsaktion heranzuziehen wären.

Auf die jüdischen Gemeinden, vor allem die reichen Großgemeinden der westeuropäisch-amerikanischen Großstädte, hatte, wie bekannt ist, auch der Keren Hajessod große Hoffnungen gesetzt. Es erschien nur natürlich, daß gerade von diesen Grundeinheiten unserer nationalen und sozialkulturellen Organisation aus dem Palästinaaufbaufonds die lebhafteste Unterstützung zuteil werden wird. Aber die Erfahrung hat die Hoffnungen nur zu einem geringen Teil als begründet erwiesen, — und gerade bei dem Versuch, diese Erscheinung zu erklären, zeigt sich deutlich die bedeutende Differenz zwischen den objektiven Grenzen der Steuer- und Spendenkraft dieser Körperschaften und ihrem Garantievermögen. Selbstverständlich darf nicht verkannt werden, daß in vielen dieser Gemeinden Gleichgültigkeit oder gar Feindschaft gegen die Nationalbewegung daran schuld sind, daß nicht bei weitem größere Resultate für den Keren Hajessod erzielt wurden. Aber abgesehen davon, sollte man sich darüber klar sein, daß hier außerdem auch objektive Faktoren wirksam werden, mit denen sogar wir selbst zu rechnen hätten, wenn alle diese Gemeinden bereits eine zionistische Mehrheit aufwiesen. Nehmen wir beispielsweise eine so große und reiche, wie die Berliner. Die Berliner jüdische Gemeinde, die schon vor dem Kriege über einen regelmäßigen jährlichen Etat von mehreren Millionen Goldmark disponierte, und diesen Etat mit Hilfe von Steuern deckt, befindet sich seit Jahren im Kampf gegen ein drohendes Defizit im regulären Budget. Dieser Kampf wird von Jahr zu Jahr schwerer, selbst wenn man die anormalen Nachkriegsverhältnisse, die die ganze geordnete Finanzwirtschaft in Deutschland über den Haufen geworfen und in den Zustand einer beständigen katastrophalen Krisis versetzt haben, außer acht läßt. Für den außerordentlichen Etat reichen die durch die Steuern aufgebrachten Mittel,

selbstverständlich schon ganz und gar nicht aus. Diesen geringen verfügbaren Kapitalien der Gemeinde steht dagegen ein sehr beträchtliches Sachvermögen an Grund und Boden, Gebäuden und anderen Anlagewerten gegenüber. Dieses Vermögen belief sich schon im letzten Jahre vor dem Krieg auf etwa 17 000 000 Mark, das ist beinahe eine Million Pfund,*) auf dem freilich auch bereits ansehnliche Schuldverpflichtungen ruhen. Unter solchen Verhältnissen muß, selbst eine absolute zionistische Majorität in der Repräsentanz vorausgesetzt, die unmittelbare Entziehung flüssiger Mittel in bedeutendem Ausmaß, wie sie durch den Spendenfonds erfordert wird, auf starke objektive Schwierigkeiten stoßen. Dagegen ließe sich die Vermögenssubstanz der Gemeinde, ohne ihre reguläre Betriebsführung anzugreifen, für die Zwecke des Garantiekonzerns verwerten, für den auch nur ein Teil dieser Millionen Pfund ein nicht gering zu schätzendes Plus bedeutet. Wenn man bedenkt, daß in vielen der Großgemeinden die Verhältnisse ähnlich liegen, wird man erkennen müssen, daß mit der Kreditaktion eine weite Möglichkeit der indirekten Fruktifizierung dieser Kapitalien der Diasporajudenheit für das Palästinawerk gegeben ist.

Das Gleiche gilt für die großen Kapitalgesellschaften von halböffentlichem, vorwiegend philantropisch-plutokratischem Charakter, wie die Jca, den — nur gegenwärtig durch die Valutakatastrophe ausgeschalteten — Hilfsverein und ihre Konsorten. Während alle diese Institute — selbst den guten Willen, der bisher oft zu verneinen war, angenommen — sich nur schwer dazu entschließen, beträchtliche Teile ihres Kapitals, mit dessen Hilfe sie andere dringende Aufgaben durchführen zu können meinen, ausschließlich in die Palästinakolonisation zu investieren, wären sie wohl imstande, sie in eine Kollektivgarantie einzusetzen, die ihre eigentliche Geschäftsführung an und für sich nicht berührt, und ihren Aktionskreis nicht im mindesten einschränkt. Die Bürgschaftsakzepte dieser Großgesellschaften sind als Sicherheit für die Anleihegläubiger von erster Bonität.

Was demgegenüber die Teilnahme von Einzelnen oder privaten Gesellschaften im Galuth am Syndikat anbetrifft, so liegen die Dinge wohl komplizierter. Zwar ist auch da zweifel-

*) Mitteilungen über die Verwaltung der Berliner jüdischen Gemeinde. S. 23.

los sicher, daß der Appell der Jewish Agency, der uns endlich von dem reinen „Schnorrersystem“ befreit, und unserer Arbeit weite Perspektiven eröffnet, im jüdischen Volk einen starken Widerhall finden wird. Zwar ist ferner klar, daß auch hier die Möglichkeit der Kreditaktion relativ weit gesteckt ist, dadurch, daß an die Stelle der realen Abgabe die Eventualverpflichtung tritt. Auf der anderen Seite sind aber die formellen Schwierigkeiten nicht zu verkennen, die einer Organisierung der — großenteils mobilen — individuellen und gesellschaftlichen Privatkapitalien im Galuth im Wege stehen. Das Bürgschaftsakzept von Herrn X. in Warschau oder Herrn Y. in Baltimore ist für den internationalen Kapitalmarkt ein anonymer Brief. Dieses Bürgschaftsakzept müßte also gegen ein solches der Bank des Herrn X. oder Y. oder der ihrer Bank übergeordneten Großbank eingetauscht werden, um syndikatsfähig zu werden. Das bringt Hindernisse mit sich, die wohl in vielen konkreten Fällen praktisch zu überwinden sein mögen, die es aber doch geraten scheinen lassen, diesen Posten ziemlich vorsichtig zu bewerten. Im großen ganzen liegt daher das Schwergewicht der Kreditaktion im Galuth eher auf dem Appell an die öffentlichen Körperschaften und Gesellschaften der Diasporajudenheit. Da dieser Appell nur von einer starken öffentlichen Meinung und Bewegung getragen sein kann, muß er gleichzeitig notwendigerweise die von so vielen ersehnte Rückkehr des Zionismus von der reinen Sammeltätigkeit der letzten Jahre auf den Boden der politischen Aktion im Gefolge haben.

Summieren wir alle diese Posten, so gelangen wir, auch bei sehr vorsichtigen Schätzungen, zu folgender approximativer Berechnung der Werte, die in dem Garantiekonzern zusammengefaßt und repräsentiert sein werden:

Was zunächst unsere „nationale Wirtschaftssubstanz“ an Boden in Palästina anbetrifft, so befindet sich gegenwärtig in jüdischen Händen (wenn wir die mögliche Erhöhung dieser Ziffer bis zur Gründung des Syndikats außer acht lassen) etwa 750 000 Dunam städtischen und ländlichen Grundes. Davon gehören ungefähr 100 000 Dunam dem jüdischen Nationalfonds und anderen zionistischen Gesellschaften und Körperschaften, und gehen vollständig in das Syndikat ein. Von den übrigen sollen vorsichtigerweise nur 60 % = 400 000 Dunam in die Wertberechnung eingesetzt werden. Diese insgesamt zirka

500 000 Dunam repräsentieren einen Wert von mindestens 4 200 000 £.*)

Dazu kommt als nächster Faktor das Eigentum an anderen Sachwerten, Immobilien usw., das wir in Palästina in privater oder öffentlicher Hand besitzen und das sich an der Kreditaktion beteiligt. Diese Kapitalien belaufen sich nach den gleichen Proportionen und auf Grund der Angaben über Kapitalinvestitionen, Baukosten, Mietpreise usw., berechnet, auf mindestens weitere 2¾ Millionen Pfund Sterling. Ferner betragen die Eigenkapitalien der bestehenden nationalen Finanzinstitute inkl. Reserven und Reserven der zionistischen Fonds zusammen ungefähr 1 000 000 £. Und endlich sind dazu die Werte zu addieren, die durch die Galuthaktion für die Interessengemeinschaft mobilisiert werden. Die Berechnung dieser Werte stößt natürlicherweise wegen der relativen Unbestimmtheit der in Betracht kommenden Kapitalien auf verhältnismäßig größere Schwierigkeiten. Dennoch haben wir gerade in den finanziellen Ergebnissen unserer nationalen Spendensammlungen Fingerzeige, die wohl als Schätzungsgrundlagen dienen können. Legen wir etwa die Ergebnisse des Keren Hajessod zugrunde, dessen Wirkungsmöglichkeiten — wie erörtert — infolge seiner unmittelbaren Abgabeforderung und der damit notwendigen Entziehung von Betriebs- oder Anlagekapitalien objektiv ziemlich enge Grenzen gezogen waren, so können wir für den Bürgschaftskonzern mindestens das Vierfache der *unmittelbar gesammelten*

---

*) Dabei sind, um ein Beispiel unserer Berechnungsweise zu geben, in relativ recht niedriger Taxierung 100 000 Dunam zu 3 £, 300 000 zu 9 £, 100 000 zu 12 £ eingesetzt worden. Dadurch sollen die großen Preisunterschiede im Wert landwirtschaftlicher, unkultivierter und bebauter Böden, Baugrunds in den Städten und in den Kolonien berücksichtigt werden. Die in letzter Zeit genannten Bodenpreise liegen allerdings erheblich höher. Man vergleiche die folgenden Wertangaben aus den Nachkriegsjahren:

*Für landwirtschaftliche Böden:*

Beim Kauf aus arabischer Hand: (in Emek) 3½—6 £ pro Dunam (vgl. Bericht des Nationalfonds)

Rischon L'Zion (bepflanzt) 600 Frcs = 24 £

Petach-Tikwah (bepflanzt) 1000 Frcs = 40 £ (vgl. A. Tartakower „Der Jude“ VI. S. 732)

Beer Jakow (bepflanzt) 15 £ pro Dunam (vgl. Sagorodski, Palästinabeilage der „Jüdischen Rundschau“ 1923 Nr. 1.)

*Für Baugrund in den Kolonien:*

Beer Iakow 30 £ pro Dunam (vgl. Sagorodski a. a. O.)

Rischon 30—50 £ (palästinensische Wirtschaftsberichte, 1923, Nr. 3)

Rechowoth 50 £

Ajn-Seitim 3—10 £ (ebenda)

Kapitalien ansetzen. Dabei ist ausdrücklich zu betonen, daß bei der Bewertung der Qualität der angebotenen Sicherheiten mit äußerster Vorsicht und Beschränkung verfahren werden soll, und nur beste Bürgschaftsakzepte (auf Grund von Hypothekenobjekten, Großbankakzepten, mündelsicheren Anlagewerten usw.) anzunehmen sind. Auf dieser Basis ergäben sich also für das Galuth ungefähr weitere 3—3½ Millionen Pfund. Wenn damit der Gesamtwert der Kapitalien, die im Syndikat erfaßt und organisiert sein werden, die Höhe von etwa 11—12 Millionen £ erreicht, so kann ohne weiteres dem hinzugefügt werden, daß diese Summe eine reine Minimumschätzung darstellt, deren allzu vorsichtige Fassung allein dadurch gerechtfertigt erscheint, daß nur Garantiewerte der höchsten Qualitäten in die Berechnung einbezogen worden sind.

Um aber die reale Bedeutung der so für die Jewish Agency geschaffenen Sicherheiten voll und ganz abschätzen zu können, müssen noch zwei Faktoren hervorgehoben werden, die bisher überhaupt außerhalb unserer Betrachtung geblieben sind.

Erstens: Die planmäßig vorgesehene Verwertung der durch den Kredit aufgebrachten Mittel, die grundsätzlich in der Richtung auf die maximale nationalwirtschaftliche Produktivität eingestellt ist, bewirkt eine sehr bedeutende Vergrößerung der dem Syndikat zur Verfügung stehenden Kapitalien. Mit Hilfe der Anleihe will ja die Jewish Agency weder eine moderne, stehende Armee bilden, bekleiden und verpflegen, noch Dreadnoughts bauen, noch Riesengranaten produzieren und in die Lüfte schießen lassen, wie es üblicherweise mit Kapitalien öffentlicher Anleihen geschieht, sondern sie soll damit Böden kaufen,

---

Für Baugrund in den Städten:
Tel-Awiw, Jaffa, bis zu 2 £ die Quadratelle (Tartakower, a. a. O.)
Umgegend von Jerusalem bis zu 20 Frcs die Quadratelle (ebenda)
Tiberias im Süden 100 £, im Westen 28 £, im Norden 15 £
(palästinensische Wirtschaftsberichte a. a. O.)
Aber diese Preise sind von einer durch eine unvorsichtige Bodenpolitik in den letzten Jahren verursachten künstlichen Hochkonjunktur auf „normale" tieferliegende Wertdurchschnitte zu reduzieren. Andererseits muß auch bei Feststellung dieser Durchschnitte die seit der Vorkriegszeit tatsächlich eingetretene allgemeine Steigerung der Preise, auch des Bodens, und ein besonderer, in Palästina durch die Einwanderung und die wirtschaftliche Entfaltung eingetretener Wertzuwachs berücksichtigt werden. Darauf weist auch die normale Bodenpreisentwicklung, z. B. in den deutschen Kolonien Palästinas hin — vor dem Kriege in den deutschen Kolonien etwa 2400 Frcs. pro Hektar = 10 £ pro Dunam Kapitalwert (vgl. Volk und Land I. S. 336 ff.). Heute etwa 4000—5000 (Gold)Francs (vgl. Tartakower, a. a. O.). Die oben angenommenen Schätzungspreise sind also ein Resultat derartiger Erwägungen.

Gebäude errichten, landwirtschaftliche Kulturen anlegen, industrielle Anlagen schaffen, notwendige Verkehrsmittel bereitstellen, die wichtigsten Produktionsversuche und Musterwirtschaften organisieren und durchführen. Alle diese vom Syndikat erworbenen Werte, bewirtschafteten Betriebe, kultivierten Flächen, finanzierten Unternehmungen gehen nun in das Vermögen und damit automatisch in die Kapitalgarantie der Anleihegläubiger ein. Selbst wenn diese Haftpflicht der neuerworbenen oder -geschaffenen Werte, die sich im Besitz des Syndikats befinden werden, nur bis zu einer bestimmten Höchstgrenze ausgedehnt wird, was im Interesse des zukünftigen Kredits der Jewish Agency notwendig sein wird, muß dadurch der Bürgschaftsfonds außerordentlich stark anwachsen. Insbesondere, wenn, wie noch später zu erörtern sein wird, das Anleihekapital vornehmlich in die produktive Zirkulation eingesetzt und dadurch, selbst bei weitgehender Berücksichtigung der Rolle, die der langfristige Kredit in Palästina spielen muß, sein wiederholter Umschlag im Verlauf der Verzinsungs- und Tilgungszeit der Anleihe ermöglicht wird.

Zweitens: Die im Syndikat zusammengefaßte Masse von Sachkapitalien tendiert an und für sich auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und ihres besonderen ökonomischen Charakters zu einem stetigen und beträchtlichen Wertzuwachs. Betrachtet man z. B. die Wertentwicklung des palästinensischen Bodens, so kann man folgendes feststellen: Der Wert der primitiv kultivierten, also ausgesogenen arabischen Böden hat sich in den vierzig Jahren der jüdischen Kolonisation, d. h. bis zum Kriegsausbruch, mindestens versiebenfacht, bis heute mindestens verzwölffacht. Der Wert modern kultivierten Bodens in den jüdischen und deutschen Siedlungen ist seit ihrer Gründung auf das Fünfzig- bis Sechzigfache gestiegen. Der städtische Baugrund, z. B. bei Jerusalem, zwischen 1875 und 1910, auf das Vierhundertfache, in Tel-Awiw seit der 1908 erfolgten Gründung dieser neuen jüdischen „Villenstadt“, also im Laufe von 15 Jahren, um das Zwanzig- bis Fünfundzwanzigfache gestiegen.*) So augenfällig es ist, daß hier auch sehr ungesunde, *mit allen Mitteln zu bekämpfende*, spekulativ verursachte Preistreibereien mitspielen, ist doch die auch diesen Auswüchsen zugrunde liegende „normale“ Wertzuwachs-

---

*) Vgl. dazu Mosche Smilanski im Hapoel Hazair 1912. Arjeh Tartakower: Bodenfrage und Bodenpolitik in Palästina. „Der Jude“, Jahrgang 6, Heft 12.

tendenz noch gewiß genug. Die „normale“ Tendenz muß mit der Durchführung der Kreditaktion, dem Beginn der systematischen Großkolonisation im Lande, mit der steigenden Einwanderung und der fortschreitenden wirtschaftlichen Entfaltung — auch wenn es gelingt, die Bodenspekulation so weit einzudämmen, wie es im Interesse der Siedlung wünschenswert wäre, — ihrer Richtung und Stärke nach anhalten, wenn nicht fortschreiten. Auch dieser Faktor muß also dazu beitragen, die durch das Garantiesyndikat repräsentierte Sachkapitalmasse in ihrem Gesamtwert beträchtlich zu steigern und die Sicherheit der Anleihe zu erhöhen.

Unter diesen Umständen ist es möglich, die durch die erste Jewish Agency-Anleihe aufzubringende nominelle Kapitalsumme auf mindestens 60—75 % des bei der Begebung im Syndikat organisierten Kapitals, das heißt auf etwa 7—8 Millionen Pfund Sterling, festzusetzen. Eine Frage der Verwertungsweise des aufgebrachten Kreditkapitals ist es dann, ob damit der Anleihezweck, die Durchführung der jüdischen Arbeitskolonisation in Palästina in dem Maßstab, den wir oben angenommen haben, wirklich erreicht werden wird oder nicht.

Zum unmittelbaren rechtlichen Träger der Kreditaktion, der Anleiheaufnahme und der Kapitalverwaltung wird damit das Syndikat, das als erstes der Wirtschaftsinstitute von der Jewish Agency zu gründen ist. In diesem rein juristischen Sinne ist das Jewish Agency-Syndikat *mutatis mutandis* im Grunde genommen dem Organ, das programmäßig auch im Zusammenhang mit der deutschen Kreditaktion geschaffen werden sollte, formell sehr ähnlich. Parvus-Helphand, der den Kreditplan in Deutschland mit aller Kraft verfochten hat, hat dieses Organ in seinen Thesen wie folgt skizziert: „Maßnahmen, die ohne Verzug ergriffen werden müssen:

1. Währungsreform. . . .

2. Bildung einer *Treuhandgesellschaft* — nennen wir sie Deutscher Konzern —, die die wichtigsten Reichsbetriebe und die Großindustrie umfassen soll, mit dem Zweck der gemeinsamen Kreditbeschaffung. Es braucht keine Kartellierung zu sein, es genügt eine Geschäftskontrolle, wie sie die Großbanken ausüben.

3. Der Deutsche Konzern soll die Anlagewerte und Erträgnisse der Unternehmungen, die er kontrolliert, feststellen, sowie deren Kapitalbedarf. Er kann daraufhin zur Emission von Obli-

gationen schreiten, und so den Versuch machen, der Industrie und dem Reich die nötigen Kredite zu erschließen."*)

Selbstverständlich ist aber das Jewish Agency-Syndikat nicht nur seinem Umfang nach viel kleiner, und in seinen Möglichkeiten enger beschränkt, sondern auch in völlig anders geartete Arbeitsbedingungen hineingestellt. Vor allem ist mit Rücksicht darauf seine Funktion viel umfassender und allgemeiner als die der deutschen Treuhandgesellschaft. Das Jewish Agency-Syndikat muß im Prozeß des palästinensischen Siedlungswerkes nicht nur die kapitalaufnehmende und -verwaltende, sondern auch die die Kontrolle über die Kapitalverwendung in sich konzentrierende Instanz werden. Dadurch wird es zum zentralen Verwaltungsorgan des Kolonisationsapparates der Jewish Agency überhaupt.

Mit seiner Gründung und der Übernahme der Anleihe durch das Syndikat ist natürlicherweise eine Reihe von rechtlichen und organisatorischen Fragen verknüpft, die hier nicht einmal angedeutet, sondern einer eingehenden fachmännischen Untersuchung überlassen werden. Bemerkt sei nur, daß für die meisten der dabei auftauchenden Fragen Präzedenzfälle und Analogien in der Finanzgeschichte des öfteren nachzuweisen sind, so daß wir bei ihrer Lösung nicht ganz neue Wege zu gehen haben, sondern uns gewissermaßen auf Traditionen und bekannte Vorbilder stützen können.**)

Je schneller, erfolgreicher und reibungsloser sich übrigens die Bildung des Syndikats vollziehen wird, desto leichter wird auch die Aufnahme der Anleihe vonstatten gehen, desto günstiger werden die Bedingungen sein, unter denen die Jewish Agency sie erhalten wird. Nur ein Volk, das an sich glaubt, wird eine Anleihe kontrahieren, aber auch nur einem Volke, das an sich

---

*) Parvus, Der wirtschaftliche Rettungsweg. S. 39.

**) Nehmen wir beispielsweise ein Problem, das bei der schon mehrfach erwähnten ägyptischen Domänenanleihe von 1878 nicht geringe Schwierigkeiten bereitet hat und auch bei der Jewish Agency-Anleihe vielleicht eine gewisse Rolle spielen kann. Die dinglichen Rechte an den der Schuld zugrunde gelegten Sicherheiten gehören sinngemäß den direkten Gläubigern, das heißt den Eigentümern der emittierten Obligationen. Nun sind bekanntlich reale, z. B. hypothekarische Verpflichtungen auf Inhaber lautend nach dem internationalen Privatrecht ungültig und unzulässig. Erst als der Ausweg gefunden wurde, die maison contractante de l'emprunt als gesetzliche Vertreterin und Sachwalterin der in allen Ländern der Welt verstreuten (anonymen) Gläubiger einzuschalten, war daher die Aufnahme der Domänen-Anleihe möglich. Die Hypotheken auf die Domänen wurden tatsächlich auf die Namen des Pariser und des Londoner Hauses Rothschild eingetragen (s. W. Kauf-

glaubt, wird man sie gewähren. Besser als in rauschenden Demonstrationen und reiner Ideologie kann in der disziplinierten und raschen Durchführung der nationalen Kreditgemeinschaft der Palästinawille der Juden und das Bewußtsein von den Aufgaben unserer Generation gegenüber unserer nationalen Zukunft sich manifestieren. Je leichter aber die Anleihe vonstatten gehen wird, je günstiger ihre Bedingungen, desto ungehinderter wird die Jewish Agency ihre kolonisatorischen Aufgaben erfüllen können, desto geringere Lasten werden auf ihrem Wirtschaftsplan ruhen.

Parallel der wirtschaftlich-organisatorischen Kreditaktion, die diesem Finanzplan zugrunde liegt, hat die Jewish Agency eine ergänzende politische Aktion durchzuführen. Das allgemeine Ziel dieser Politik liegt darin, den ideellen Beistand der Mandatarmacht und die wohlwollende Haltung der übrigen Staaten — vor allem Nordamerikas — dem Anleihe- und Kolonisationsprogramm der Jewish Agency gegenüber zu sichern. Das besondere und eigentliche Ziel ist die Gewinnung der faktischen Unterstützung des Völkerbundes. Die erstrebenswerte Form einer solchen Unterstützung wäre eine generelle Subsidiärgarantie des Völkerbundes für die Kredittransaktion des Syndikats. Keineswegs eine conditio sine qua non der ganzen Transaktion, die ohnedies genügend fundiert ist, kann diese generelle Garantie des Völkerbundes möglicherweise die Modalitäten, unter denen das internationale Finanzkapital die Anleihe für den Palästinaaufbau zur Verfügung stellen wird, günstig beeinflussen. Daß es aber die vornehmste Pflicht unserer Politik sein muß, die Lasten, die ohnedies schon schwer genug auf dem jungen Siedlungswerk

---

mann, a. a. O. S. 169. Ebenda vgl. über die Möglichkeit der Eintragung zweiter Hypotheken auf dem öffentlichen Schuldendienst verpfändete Ländereien. a. a. O. S. 42, Anmerkung 1.) Von den organisatorischen Problemen ist es vor allem die Frage der Zusammensetzung des Direktoriums des Syndikats, das die größte Aufmerksamkeit erfordert. Die entscheidende Kraft des Direktoriums muß bei den Delegierten der Jewish Agency selbst liegen. Ferner müssen die leitenden Beamten der übrigen großen Wirtschaftsinstitute der Jewish Agency (Tochterbanken des Syndikats usw.) im Direktorium vertreten sein. Andererseits werden sowohl das Emissionshaus oder -Konsortium der Anleihe, als auch, wenn der Sitz des Direktoriums in Palästina selbst liegt, die Administration der Mandatarmacht, ferner eine Vertretungskörperschaft der Garanten des Syndikats Ansprüche auf eine angemessene Vertretung erheben. Vorschläge betreffs der Regelung dieser Ansprüche sind, wie gesagt, nur auf Grund ausführlicherer Untersuchungen möglich, die über den Rahmen und die Aufgaben dieser Schrift hinausgehen.

ruhen werden, nach Kräften zu mildern, und so die Bedingungen für seine gesunde Entwicklung zu schaffen, wird wohl nirgendwo bezweifelt werden.

Die Gründe dafür, daß bisher die Garantie der Weltmächte für die palästinensische National-Home-Politik als eine sogenannte „lediglich moralische“ hingestellt werden konnte, an die keine realen Verpflichtungen gebunden wären, liegen zum großen Teil bei der zionistischen Politik selbst. Anstatt seit der Veröffentlichung der Balfour-Deklaration auch das Schwergewicht der Politik entschlossen von den diplomatischen Sensationen, formellen Siegen und lauten Proklamationen auf das Gebiet realer Konzessionen und Berechtigungen, die für die wirtschaftliche und administrative Entwicklung des jüdischen Jischuw in Palästina von wesentlichem Wert waren, zu verlegen, jagte sie weiterhin „politischen Erfolgen“ nach, deren fiktiver Charakter sich in dem Augenblick klar erweisen mußte, wo Mittel und Macht fehlten, um sie mit wirklichem Leben zu erfüllen. Hätte sie von Anfang an, statt die Illusion einer freiwilligen nationalidealistischen Beteiligung der jüdischen Big-Business-Leute an der zionistischen Kolonisation zu nähren, das Augenmerk auf die Notwendigkeit gerichtet, der jüdischen Großkolonisation in Palästina einen finanziellen „Start“ auf der Grundlage internationalen Kredits zu sichern, so hätte das gewiß bei allen Mächten, die die Kosten und den konzentrierten Kapitalbedarf einer jungen Massensiedlung kennen, volles Verständnis gefunden. In dieser Beziehung ist das Memorandum außerordentlich bemerkenswert, das während der Lausanner Konferenz von Seiten der Vereinigten Staaten veröffentlicht wurde, und sich auf die zweite nach dem Krieg geschaffene öffentlich-rechtlich gesicherte „nationale Heimstätte“, die der Armenier, bezieht. „Die amerikanische Delegation,“ hat darüber die Presse berichtet, „veröffentlicht ein Memorandum, das vom Chef der amerikanischen Mission in Kleinasien, Peet, Kommissar des Völkerbundes, unterzeichnet ist. In diesem Memorandum wird die Schaffung einer nationalen Heimstätte für die Armenier in Cilicien vorgeschlagen, das kürzlich von Frankreich an die Türkei abgetreten wurde, und mit einer selbständigen Verwaltung unter die Ausspizien des Völkerbundes gestellt werden soll. . . . Zur Deckung der Kosten wäre der amerikanische Senat bereit, einen Kredit von 20 Millionen Dollars zur Verfügung zu stellen. Man würde

damit beginnen, die 15 000 armenischen Flüchtlinge aus Konstantinopel in dieser Heimstätte unterzubringen, um dann mit der Unterbringung der 110 000 Flüchtlinge aus der Gegend von Smyrna, ferner der Flüchtlinge, die aus Rußland kommen werden, und der 500 000 Waisen, die in allen Weltrichtungen leben, fortzufahren."*) Die Jewish Agency fordert nicht einmal so viel. Sie fordert für die Durchsetzung ihrer international bestätigten Politik nur eine subsidiäre Eventualbürgschaft des Völkerbundes.

Es liegt klar auf der Hand, daß für die internationale Politik gerade in diesen Jahren ein besonders lebhaftes Interesse daran besteht, einer Lösung dessen, was man heute die politische Judenfrage nennt, sei es auch nur zum Teil, näher zu kommen. Den Staatsmännern der meisten europäischen und amerikanischen Länder macht die Wirklichkeit von Tag zu Tag in eindringlicherer Weise deutlich, wie viel hier auf dem Spiel steht. Die depossidierten und wirtschaftlich völlig entwurzelten Juden Rußlands, die jüdischen Volksmassen in den Hungerrayons und den Pogromgebieten der Ukraine; die Flüchtlingsströme, die sich von dorther über die Randstaaten nach Deutschland, von Deutschland nach Frankreich, England und Amerika wälzen; die finanzielle und wirtschaftliche Katastrophe in Polen und Galizien in ihren Wirkungen auf die Juden; der gewaltige Drang zur Wanderung, der das jüdische Volk in den letzten Jahren infolge dieser Entwicklung erfaßt hat, ohne daß diesem Drang ein freier und natürlicher Ausweg gewiesen worden wäre; die infolge davon elementaren, ungeregelten Eruptionen der jüdischen Migrationsbewegung — jede dieser Erscheinungen stellt für die internationale Politik ein schwieriges und noch ungelöstes Problem dar. In jeder dieser Erscheinungen kann ein Herd steter Beunruhigung der europäisch-amerikanischen Staaten liegen. Man wird zwar einwenden, daß auch eine relativ großzügige jüdische Kolonisation in Palästina diese Fragen nicht völlig lösen könne. Das ist richtig. Eine vollkommene Lösung dafür gibt es mutmaßlich überhaupt nicht. Aber in einer Zeit, in der laut der „modernen" Einwanderungsgesetzgebung selbst ein so großes, reiches und mächtiges Land wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihre jüdische Einwanderung auf eine Quote eingeschränkt haben, die wenige Zehntausende Menschen nicht übersteigt, ist die Schaffung einer Möglichkeit für die Auf-

*) „Vorwärts" vom 31. Dezember 1922.

nahme auch nur weiterer Zehntausende in Palästina von relativ sehr großer Bedeutung. Für die Schaffung dieser Möglichkeit haben der Völkerbund und die Großmacht, der er das Palästinamandat übertragen hat, die Verantwortung übernommen. Mit Recht konstatiert daher beispielsweise die letzte Denkschrift des preußischen Innenministeriums über die Ostjudenfrage den internationalen Charakter des jüdischen Wanderungsproblems und die Notwendigkeit einer internationalen Regelung; mit Recht weist sie auf die Balfour-Deklaration, die Verantwortung des Völkerbundes und die Übernahme des Mandats durch England hin.

Im Grunde genommen ist auch die Frage der Pazifizierung Palästinas, auf weitere Sicht betrachtet, von der zureichenden Mittelbeschaffung für eine jüdische Großkolonisation im Lande abhängig. Die Kräfteverhältnisse, die gegenwärtig zwischen Juden und Arabern im Lande gegeben sind, bringen es mit sich, daß ein stabiles Gleichgewicht und damit Ruhe und Friede im Lande, deren es doch so dringend bedarf, nicht geschaffen werden können. Der jüdische Jischuw ist schon so stark, daß er weder in eine reine Defensivstellung zurückgedrängt werden, noch gar als eine quantité négligeable betrachtet werden kann, aber er ist noch nicht stark genug, um ein ruhiges Gleichgewicht der Kräfte zu stabilisieren und im Leben zu erweisen, daß die nationale Heimstätte der Juden in Palästina für das ganze Land und die beiden Völker, die es bewohnen, einen Quell des Wohlstands, der Freiheit und der Kultur bedeutet. Die Araber fühlen sich zu stark, um untätig zu bleiben und jagen in einer verstiegenen Politik Offensivillusionen nach, die sie aber nie mehr werden durchsetzen können. Diese Übergangssituation ist die Wurzel der inneren Unruhen, die zuweilen in Palästina aufflammen. Will die internationale Politik diese Unruhen vermeiden, und wenigstens in diesem Teilgebiet des middle east die Ruhe des Friedens wiederherstellen, so bleibt de facto kein anderer Weg als der, die Voraussetzung für eine Stabilisierung des Kräftegleichgewichts durch eine großzügige jüdische Siedlungskolonisation zu schaffen. In den Kräften der internationalen Politik liegt es, daran mitzuwirken, indem die Mandatarmacht der Kapital- und Kolonisationspolitik der Jewish Agency ihren ideellen Beistand leiht, die anderen Staaten eine Haltung des Wohlwollens und der Unterstützung ihrer Arbeit gegenüber zeigen, der Völkerbund endlich die subsidiäre Eventualgarantie

für ihre Finanzaktion übernimmt. Diese Garantie wird in jedem Falle nur ein winziger Ausschnitt aus dem allgemeinen internationalen Kreditprogramm sein, das der Völkerbund in der einen oder der anderen Form wird durchführen müssen, wenn er seiner Aufgabe genügen und nicht zu der hohlen Fiktion werden soll, zu der ihn die engherzige Interessenpolitik erniedrigen will.

Der Zinsendienst der derart mehrfach gesicherten Anleihe, die das Jewish Agency-Syndikat aufnehmen soll, ist unmittelbar auf die regulären ökonomischen Erträge der wirtschaftlichen Unternehmungen des Syndikats basiert. Darin weicht diese Anleihe von den landläufigen Traditionen der öffentlichen Kredite ab, durch die gewöhnlich die Verzinsung der Staats- und Kommunalschulden auf Verwaltungs- und Steuereinkünfte, Gebühren, Zölle, direkte oder indirekte Abgaben verwiesen wird. Sie übernimmt dadurch charakteristische Züge des privaten Wirtschaftskredits in den Formen, wie sie etwa die großen modernen Unternehmungen, die Trusts, Kartelle oder die gemeinwirtschaftlichen Werkverbände ausgebildet haben. Aber diese Abweichung bedeutet einen Fortschritt in positiver Richtung, die sich als Tendenz in der Linie der neuen Entwicklung des öffentlichen Kredits immer deutlicher auszuprägen beginnt. Diejenigen also, für die das Fehlen der Hoheitsrechte in der Verfassung der Jewish Agency, auf die allein jene Verwaltungs- und Steuereinnahmen sich gründen können, genügt hat, um an der Möglichkeit einer regelmäßigen und sicheren Verzinsung unserer Anleihe zu zweifeln, zeigen nur, wie sehr sie in den überlieferten, schon veralteten Begriffen und Ideen befangen sind.

Die allgemeine Erkenntnis, die wir eben erwähnten, wird von Goldscheid z. B. mit den folgenden Worten angedeutet: „Der Staatskredit hat eine ganz andere Basis, wenn er sich auf konkreten öffentlichen Besitz aufbaut, das heißt, wenn die Schuldverpflichtungen des Staates in einem Teil des werbenden Nationalvermögens ihre unzerstörbare Deckung finden als wenn dieser Gegenwert rein geistiger Natur ist, und nur in gesetzlichen Ansprüchen auf einen Teil des Nationaleinkommens besteht. Im ersteren Fall ist eine weitaus tiefer wurzelnde, weil in konkreten Wertquellen selber begründete Sicherung des Staatskredits gegeben als im letzteren."*) Nun, das

*) Goldscheid. a. a. O. S. 87.

Jewish Agency-Syndikat soll der kolonisierenden Volksgemeinschaft als solcher von Anfang an mit Hilfe der Anleihe „konkrete Wertquellen“ in so reichem Maße zur Verfügung stellen, daß sie — auch im Hinblick auf die Verzinsung der Anleihe — wirtschaftlich um vieles machtvoller dasteht als auch ein relativ starker Steuerfiskus. Die Voraussetzung für dieses System ist natürlicherweise die produktive Verwendung der Anleihemittel selbst. Sollen die Zinsen aus den regelmäßigen wirtschaftlichen Erträgen des Kapitals gezahlt werden, so muß dieses Kapital vollständig oder vorwiegend in werbenden Anlagen investiert sein, die eben regelmäßige Erträge abwerfen. Die Grundlagen des Zinsendienstes einer so beschaffenen öffentlichen Schuld unterscheiden sich infolgedessen nicht von denen, auf denen der wirtschaftliche Anlagekredit im allgemeinen aufgebaut ist.

Daher ist auch die Frage der sogenannten Kopfquote, der bei Anleihen, welche auf Steuern basiert sind, eine entscheidende Bedeutung beigemessen wird, für die Jewish Agency-Anleihe tatsächlich irrelevant. Soll der Zinsendienst auf die Revenuen begründet werden, die aus den legalen Ansprüchen des Staates an den einzelnen Bürger und sein Einkommen fließen, so ist allerdings für die Beurteilung einer Schuld sehr wesentlich, eine wie hohe Quote der Gesamtlast auf die Schultern des Steuerzahlers oder auf den Kopf der Landesbevölkerung entfällt. Ist aber die Verzinsung (wie auch die Amortisation des Leihkapitals) nur von den reinen Ergebnissen ihrer produktiven Verwertung abhängig, so ist es ohne direktes Interesse für die Sicherung des Schuldendienstes, wie vielen sie zugute kommt, ob die die Anleihe aufnehmende Körperschaft überhaupt im Besitz der Steuerhoheit ist oder nicht.

Wollten wir übrigens trotz alledem eine Kopfquotenberechnung vornehmen, und die, wie oben angenommen, durch die erste Jewish Agency-Anleihe aufzubringende Summe von 7 bis 8 Millionen £ auch nur auf die schon heute in Palästina ansässige jüdische Bevölkerung verrechnen, wobei wir die starke jüdische Einwanderung, die doch gerade mit Hilfe der Anleihe einsetzen soll, völlig außer acht lassen, so ergäbe sich eine Verschuldungsquote, wie sie gerade für bestimmte britische Siedlungskolonien typisch ist, ohne daß man an ihrer Höhe irgendeinen Anstoß genommen hätte. Im Gegenteil zeigt gerade die Finanzgeschichte der australischen Staaten, Neuseelands,

deutlich die außerordentlich fördernde Wirkung des äußeren Kredits auf die Entwicklung der Siedlungskolonisation. Um die Entwicklung der australischen Staaten zu charakterisieren, in diesem Zusammenhang nur einige Zahlen, die nebenbei auch im allgemeinen die Kosten der Siedlungskolonisation drastisch beleuchten: Es betrug dort

| | 1870 | 1880 | 1890 | 1900 | 1908 |
|---|---|---|---|---|---|
| Die Schuld (in Millionen £) | 36 | 86 | 184 | 245 | 316 |
| Die Einwohnerzahl (in Mill.) | 2 | 2,75 | 3,75 | 4,5 | 5,25 |
| Der Export (in Millionen £) | 31 | 48 | 64 | 120 | 180 |

Beinahe noch charakteristischer verlaufen diese parallelen Linien in Neuseeland, wo die Politik des Finanzministers Sir Julius Vogel entschlossen die Bahn der Kolonisation auf der Grundlage internationaler Kreditfinanzierung beschritt. Im Laufe einer relativ kurzen Zeit kontrahierte er bei einer neuseeländischen Einwohnerziffer von einer Viertelmillion eine Gesamtschuld, die sich auf zwanzig Millionen £ belief. Über die Wirkungen dieser Politik wird geäußert: „Dafür verdoppelte sich die Einwohnerzahl und der Export, die Eingeborenen wurden zurückgedrängt und zum Frieden gebracht. . . . Kurz, das Land entwickelte sich äußerst rasch. Es kostete allerdings auch viel Geld.“*) Selbst wenn man sich von allen übertriebenen Analogieschlüssen im Vergleich von Palästina und diesen anderen Kolonisationsgebieten fernzuhalten wünscht, wird man doch nicht verkennen können, daß diese Zahlen in vielen Beziehungen auch für die einzuschlagenden Wege der Kapitalpolitik der Jewish Agency sehr lehrreich sind.

Diese Wege werden übrigens fraglos trotz allen Kapitalsicherheiten und dem festen Fundament, auf dem der Zinsendienst unserer ersten Anleihe aufgebaut werden soll, keine bequemen, breiten, mit Viererzügen befahrbaren Spazierstraßen sein. Dazu sind die Zeiten, in denen sie gebaut werden müssen, zu schwer. Mit Recht weist Ruppin in seiner Polemik gegen den Kreditgedanken darauf hin, daß es gegenwärtig im Jahrzehnt nach der Beendigung des Krieges, große Aufgaben für das Kapital in Europa — Nordwestfrankreich, Rußland, Randstaaten, Belgien — gäbe, die lohnende Anlagen versprächen, so daß der Zinsfuß auch in Europa deutlich eine angespannte Kreditnachfrage anzeige. Will das Syndikat, das mit seinem Kreditansuchen an den internationalen Kapitalmarkt appelliert, in

*) Th. Schilling, London als Anleihemarkt der englischen Kolonien, S. 19.

dieser Situation eine ausreichende Placierung seiner Anleihe sichern, so wird es ohne Zweifel auch durch die Höhe der zugesagten Verzinsung auf das Finanzkapital eine so große Anziehungskraft ausüben müssen, daß es die Palästina-Investition den anderen näheren Anlagemöglichkeiten vorzieht. In der Richtung auf einen relativ hohen und deshalb besonders zugkräftigen Zinsfuß wirkt auch der schon einmal betonte Umstand, daß das jüdische Palästinaaufbauwerk, objektiv betrachtet, noch jung ist, und selbst eine starke Aufwärtsentwicklung vorausgesetzt, nicht unbeträchtlichen krisenhaften Rückschlägen ausgesetzt sein kann. Sogar die britischen Kolonien haben anfänglich, auf dem Londoner Anleihemarkt, auch unter den Kapitalmarktbedingungen der Vorkriegszeit, die englischen Fonds im Zinssatz, wenn auch nur unwesentlich, überbieten müssen.*)

Außerdem besteht bekanntlich ein funktionaler Zusammenhang zwischen Emissionskurs und Zinsfuß. Da aber das Jewish Agency-Syndikat an einem hohen Emissionskurs seiner ersten Anleihe interessiert ist, um durch diese eine Transaktion über möglichst hoch konzentrierte Kapitalien verfügen zu können, wird es sich im Äquivalentverfahren auch zu einem relativ hohen Zinsfuß verstehen müssen. Ob die Lasten, die dadurch dem jüdischen Kolonisationswerk in den nächsten Jahrzehnten aufgebürdet werden, im Hinblick auf seine wirtschaftliche und soziale Zukunft tragbar sind, hängt dann schon von der Verwertung und Verwaltung des Anleihekapitals ab. In der neuen Form der kombinierten und der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen liegen genug Möglichkeiten, um die Tragfähigkeit der Siedlungsbasis zu erhöhen und sie elastisch zu gestalten.

Legen wir aber unseren weiteren Erörterungen die Annahme eines Zinsfußes von 6,5 bis 8 % zugrunde, so ist das für eine Transaktion langfristigen, festverzinslichen, wertbeständigen Obligationenkredits einer öffentlichen Körperschaft eine sehr hohe Annahme. Vergleichen wir damit die Anleihen der Vorkriegszeit, so gehört eine derartige Verzinsung durchaus zu den ganz seltenen Ausnahmen. Von allen ägyptischen Anleihen gibt es nur eine, die 1867 in der Höhe von 2 080 000 £ aufgenommenen

*) Th. Schilling. a. a. O. S. 5.: „Es gab nämlich um die Zeit, da die Kolonien Geld in England aufzunehmen begannen, fast keine britischen Fonds, die mehr als 3 % abwarfen. . . . So wurde es den Neuländern möglich, Anleihen früher zu 4—6 % und seit etwa zehn Jahren mit wenigen Ausnahmen zu 3—4 % aufzunehmen.“

wurde, deren Verzinsung 7 % überstieg. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen werden selbst in Deutschland, wo die Kreditnot zuweilen sich außerordentlich stark fühlbar gemacht hat, festverzinsliche Markwerte, also Anleihen, die der Geldentwertung ausgesetzt sind, mit einem Zinsfuß von 8 % als Ausnahmen betrachtet. Nur einige städtische Anleihen (Bonn usw.) und die neuen diesjährigen des sächsischen Staates zeigen derartige Sätze.*) Die wertbeständigen Anleihen am internationalen Kapitalmarkt halten sich selbstverständlich noch an weit niedrigere Prozentzahlen.**) Obwohl also auch für die gegenwärtig auf dem Kapitalmarkt gegebenen Verhältnisse der angenommene Prozentsatz von 6,5—8 % übertrieben hoch gegriffen erscheint, so ist diese Annahme doch in der Absicht zur Genüge begründet, die Tragfähigkeit des Kreditplans auch für den relativ schwersten Eventualfall — verhältnismäßig harter Zinsbedingungen — zu überprüfen.

Zu diesem Verzinsungssatz kommt die reguläre Amortisationsquote der Anleihe, die 1% betragen mag, zu dem die ersparten Zinsen progressiv hinzuzufügen sind. Die Tilgungsmodalitäten mögen im allgemeinen ungefähr den der britischen Kolonialanleihen entsprechend gewählt werden. Die Tigung erfolgt bei Unter-Pari-Stand der Obligationen durch Rückkauf an den Börsen, bei Pari oder Überpari durch Auslosung. Rechnet man die Emissionsspesen und die übrigen Generalunkosten der Anleihe gegen die Tilgungsquoten der ersten fünf bis zehn Jahre auf, so ergibt sich die herauszuwirtschaftende Gesamtverzinsung in der Höhe von 7,5—9% des Kapitals.

Damit wäre die Aufnahmebasis der Syndikatsanleihe der Jewish Agency in bezug auf Sicherheiten, Zinsendienst, Tilgungsplan in großen Strichen umrissen. Sie ist in allen diesen Beziehungen so fest fundiert, daß an ihrer Bonität und finanziellen Wirkungskraft kein Zweifel bestehen kann. Vergleicht man damit etwa die Anleihe, die Ruppin im Rahmen seines Finanzierungsplans für den Jüdischen Nationalfonds vorschlägt: „In diesem Fall könnte sich“, meint Ruppin, „der I. N. F. vielleicht durch Aufnahme einer mit 4% verzinslichen und in etwa 30 Jahren amortisierbaren Anleihe helfen. Eine solche Anleihe etwa im Betrage von 30—40 Millionen Francs würde für Zinsen und Amortisation jährlich etwa 2 Millionen Francs erfordern. Als

*) „Vorwärts“ vom 24. 1. 1923. „Die neuen sächsischen Anleihen.“
**) Vgl. A. Lansburgh, Der Kapitalmarkt in und nach dem Kriege.

Sicherheit würde das jetzige mobile Vermögen des J. N. F., seine zukünftigen Spendeneinnahmen und die von dem in Palästina erworbenen Boden eingehenden Pachtraten dienen. Wir glauben, daß diese Sicherheit ausreicht, um auch den kleinen Kapitalisten und Sparern die Erwerbung der Anteilscheine des J. N. F. unbedenklich erscheinen zu lassen."*) Um wieviel besser ist danach die Annahme begründet, daß die Jewish Agency-Anleihe sich ihren Markt erobern und mit dieser ersten großen Transaktion dem jüdischen Palästinawerk den internationalen Kredit erschließen wird, dessen er zu seiner großzügigen und volkswirtschaftlich produktiven Durchführung bedarf? Andererseits findet das Finanzkapital in dieser Anleihe eine Anlagemöglichkeit von so guten Bedingungen und so günstigen Rentabilitätsaussichten, wie sie sich für langfristigen Obligationenkredit heutzutage doch nur noch auf den Außenposten der Weltwirtschaft bieten können.

Was nun Termin und Ort der Emission unserer Anleihe anbetrifft, so sind da zu viele einzelne Faktoren zu berücksichtigen, als daß wir sie an dieser Stelle ausführlich diskutieren könnten. Allgemeine Konjunkturverhältnisse sind dabei z. B. in Betracht zu ziehen: Steigende oder unsichere Konjunkturen bringen auf den Anlagemärkten immer eine außerordentliche Steigerung des Spekulationsanreizes mit sich, die ihrerseits eine Bewegung von den festverzinslichen Papieren fort zu beweglichen, aber übernormale Gewinnchancen versprechenden Investitionen bedingen. Sinkende oder stabile Konjunkturen verursachen im Gegenteil ein lebhafteres Interesse für feste Werte. Besondere, also nicht zu generalisierende Verhältnisse, die den oder jenen konkreten Markt beherrschen, sind in Rechnung zu setzen. Betrachten wir z. B. die für unsere Erörterung in erster Reihe stehenden Plätze — London, New York, Paris — so finden wir dort in den Jahren seit dem Waffenstillstand eine Entwicklung, die in wenigen Worten skizziert, etwa folgendermaßen verläuft. Bis ungefähr 1919/20 hält eine fieberhafte Hochkonjunktur an, die durch das Kriegsende, die Umstellung der Industrie und das Wiedereinsetzen der „normalen" Produktion veranlaßt ist, und eine angespannte Kreditnachfrage zur Folge hat. Aber seitdem läßt die Spannung beträchtlich nach, schlägt unter der Wirkung der Valuta-Entwicklung und der damit zusammenhängenden fortschreitend schärfer werdenden Absatz- und Arbeitslosigkeits-

*) Ruppin. Aufbau des Landes Israel S. 174.

krise der hochvalutarischen Länder beinahe in ihr Gegenteil um und läßt die Geldangebote am freien Markt reichlicher und billiger auftreten. Äußerlich ist diese Entwicklung durch die erst in den letzten Monaten zum Stillstand gekommene Herabsetzung der amtlichen Diskontsätze der leitenden Notenbanken zum Ausdruck gekommen. Und in diesen Perioden sinkenden Diskonts hat der Londoner Markt auch schon nach dem Kriege französische Departementsanleihen, neue Eisenbahnobligationen aller möglichen Qualität und Nationalität, die fünfunddreißigfach überzeichnete chilenische Anleihe und noch viele andere Werte aufgenommen.

Wenn diese und die übrigen bestimmenden Emissionsfaktoren sorgfältig berücksichtigt und richtig in den Aufnahmeplan eingesetzt werden, so besteht kein Anlaß zu glauben, daß die Jewish Agency-Anleihe größeren Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt begegnen muß als andere Pläne, deren Risiko nicht geringer, deren Gewinnchancen kleiner sind als die ihren. Vielmehr spricht eine große Wahrscheinlichkeit dafür, daß, auch schon in der nächsten Zeit, die Entwicklung auf dem internationalen Geldmarkt, funktional abhängig von der Entwicklung der Kapitalakkumulation in den hochkapitalistischen Ländern, eine Richtung einschlagen wird, die so sehr unseren Bedürfnissen entgegenkommt, daß die praktischen Resultate unseres Kreditansuchens unsere vorsichtigen Erwartungen noch weit übertreffen können.

Nun ist zwar demgegenüber öfters — zuletzt wohl von Adolf Boehm*) — auf die Erfahrungen hingewiesen worden, die von zionistischen Gründungen, der Palestine-Land-Development-Company, der Tel-Awiw-Stadtanleihe bei ihrem Versuch, Aktien am freien Markt zu placieren, gemacht worden seien, und die das Interesse der Bankwelt an der Palästinainvestition in ziemlich negativem Lichte erscheinen ließen. Aber diese Erfahrungen können die Jewish Agency-Anleihe nicht treffen. Der Vergleich zwischen den versuchten und der durchzuführenden Transaktion ist irreführend und unzulässig. Es ist eben ein ander Ding, wenn irgend eine für das Finanzkapital vollig obskure Kommunalbehörde mit einem winzigen Anleiheplan von 75 000 £ dem Geldmarkt gegenüber tritt, für den sie nichts bedeutet, oder, wenn eine Parzellierungsgesellschaft, nach „europäischen" Begriffen eine Bodenspekulationsunternehmung, die ihre Geschäfte in einem uner-

---

*) Adolf Boehm in der Palästinabeilage Nr. 10 der „Jüdischen Rundschau". 1923.

schlossenen neuen Landstrich führen will, ihm ihre Aktien anbietet. Und ein ander Ding, wenn die Agency, als die völkerrechtlich anerkannte Vertretungskörperschaft des ganzen jüdischen Volkes und die zentral leitende Instanz der Palästinakolonisation auf der Grundlage spezieller Sicherheiten eine Millionenanleihe nachfragt, mit deren Hilfe sie das Land erschließen und seine Produktivkräfte durch eine großzügige Siedlungskolonisation zur vollen Entfaltung bringen will. Für diesen Fall gilt in der Tat in vollem Umfang die Erfahrung, die Herzl einmal erwähnt und die doch auch eine Erfahrung ist: Auf dem Wege, auf dem die Postkutschen ständig leer dahinzufahren pflegten, ist allem Kopfschütteln der Bedenklichen zum Trotz eine Eisenbahn gebaut worden — und die Eisenbahn ist stets überfüllt. Die Eisenbahn hat eben erst die ganze Verkehrsstrecke zu erschließen und wirtschaftlich zu gestalten vermocht.

Dazu wirken neben den wirtschaftlich-finanziellen Überlegungen, die wir bereits erörtert haben und die eine günstige Beurteilung unserer Anleihe erwarten lassen, auch manche politischen Erwägungen in der gleichen Richtung. Es gibt heute in verschiedenen Staaten mächtige Interessen, für die es ganz und gar nicht unerheblich ist, wer in einem durch die jüdische Massenimmigration und Großkolonisation wirtschaftlich rasch und kräftig aufblühenden Palästina eine einflußreiche, in gewissem Sinne maßgebende Position einnimmt, und wer am Suezkanal, bei Haifa und bei Akaba sich die Kontrolle über naturale Reichtümer und Sachwerte von relativ so bedeutenden Größen sichert, wie sie im Syndikat der Jewish Agency repräsentiert sein werden. Sollte also selbst ein Markt, an den wir appellieren, weil uns die politischen Neigungen und die praktischen Erwägungen zunächst auf ihn hinweisen mögen, sich allzu reserviert verhalten, so kann es uns doch am Ende nicht fehlen. Es gibt andere Märkte, die eifrig bereit sein werden, unseren Bedarf zu decken.

Dieser Bedarf ist, nebenbei bemerkt, zwar an und für sich betrachtet, recht ansehnlich, für unsere Verhältnisse von entscheidender Bedeutung, aber im Verhältnis zu dem heute gegebenen Reifegrad der Akkumulation in den Ländern des reifen Hochkapitalismus und zu den dort geübten Kapitalanlagen ganz winzig und geringfügig. Die im Ausland angelegten Investitionen Englands allein betrugen bei Ausbruch des Krieges mindestens 3½ Milliarden Pfund Sterling, davon in den britischen Kolo-

nien, inklusive Indien, zirka 1 750 000 000 £.*) Oder um eine noch drastischere Zahl zu nennen: Die „Times“ vom 25. Juli 1917 berechnete die Kriegskosten Englands allein ohne seine Verbündeten auf Grund von Bonar Laws Parlamentserklärungen (am 9. Mai 1917, 12. Juni 1917 und 20. Juli 1917) auf einen täglichen Durchschnittssatz von 6,277 Millionen £, oder auf rund sieben Millionen, wenn die britischen Gesamtkriegsausgaben zugrunde gelegt werden. Selbst im Bezirk der heute herrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wird es undenkbar und geradezu wahnsinnig scheinen, daß eine solche Summe, wie sie Monate und Jahre hindurch Tag für Tag vom Finanzkapital geliefert wurde, um Lebende zu töten, Dörfer und Städte einzuäschern, wirtschaftliche Werte zu vernichten, nicht ein einziges Mal aufgebracht werden könnte, um Hunderttausenden von Menschen eine Arbeitsstätte, ein Siedlungsland und eine Heimat zu schaffen.

Übrigens braucht der Anleihebetrag, den wir mit sieben bis acht Millionen Pfund angenommen haben, nicht einmal als Ganzes und mit einem Schlage in die Hand des Syndikats überzugehen. Im Gegenteil: Ein solches Vorgehen sollte sogar aus mehreren Gründen vermieden werden. Vor allem, um nicht die Arbeit des Syndikats und damit das gesamte Siedlungswerk vom ersten Tage an mit der ganzen Schuld und Zinsenlast unmittelbar zu beschweren. Dann aber auch, weil eben ein plötzlicher produktiver Einsatz des ganzen Kreditkapitals in den palästinensischen Wirtschaftsprozeß unmöglich ist. Erst langsam und allmählich, „organisch“, parallel der allgemeinen Weiterentwicklung des Wirtschaftsprozesses, der Einwanderung und der Kolonisationsarbeiten wird dieser volkswirtschaftlich-produktive Kapitalzuschuß erforderlich und seine volle Einschaltung möglich sein. Und nur parallel dieser Entwicklung, allmählich und den jeweiligen Kapitalerfordernissen entsprechend, sollte das Kreditkapital nach Palästina abgerufen werden. Worauf es vom ersten Tag der systematischen Tätigkeit des Syndikats ankommt, ist also nicht so sehr die tatsächliche Disposition über die ganze konzentrierte Anleihesumme, als vielmehr die sichere Dispositionsmöglichkeit.

Die praktische Methode, die dieser Sachlage Rechnung trägt, könnte etwa die folgende sein: Das die Anleihe emittierende

*) Vgl. dazu George Paish, Great Britains capital investments ect. Journal of the Royal statistical Society 1911. S. 167. ff.

Haus oder Konsortium übernimmt einen bestimmten Teil der Obligationen zum Emissionskurs fest. Auf dieser Basis und gegen Hinterlegung der Anteilscheine wird dem Syndikat, selbstverständlich für eine angemessene Verzinsung, ein Kontokorrentkredit in der Höhe der übernommenen Obligationen eröffnet, mit dem die Tätigkeit des Syndikats aufgenommen werden kann. Erst wenn dieser Kredit, den Kapitalerfordernissen der fortschreitenden Kolonisationsarbeit entsprechend nach und nach abgerufen, erschöpft ist, wird die eigentliche Emission dem Publikum zur Zeichnung aufgelegt.

Unterdessen ist die großzügige und systematische Siedlungsarbeit der Jewish Agency im Lande in Gang gekommen, neue Zehntausende von arbeitenden Einwanderern sind hinzugekommen, neue Siedlungen sind geschaffen worden und im Entstehen begriffen, die bestehenden Kolonien haben ihren Absatz erweitern und ihre ökonomische Existenz auf diese Weise endgültig konsolidieren können, Gewerbe und Handwerk in den Städten haben sich weiter entfaltet, das ganze Land ist reicher und schöpferischer, eine genauere Einsicht in die Perspektiven seiner wirtschaftlichen Entwicklung ist möglich geworden. Unter diesen Verhältnissen kann auch die Resorption der Anleihe auf dem freien Markt vielleicht noch leichter und vorteilhafter vonstatten gehen.

VI.

# Das Syndikat, die Zentralbank und der Schuldendienst.

„. . . a whole plan or scheme consisting of many parts connected in such a manner as to create a chain of mutual dependencies and supports.“

(A. B. Stickney. The medium of exchange and the banking function.)

Mit dem Abschluß des Anleihevertrages zwischen dem Syndikat und dem emittierenden Bankhaus oder Konsortium ist für die Jewish Agency die finanzielle Situation geschaffen, die allein geeignet ist, die Ausgangslinie ihrer systematischen kolonisatorisch-wirtschaftlichen Arbeit zu bilden: sie besitzt die Möglichkeit, über ein konzentriertes Großkapital zu verfügen. Damit sind zugleich für ihre Arbeit auch alle Bedingungen gegeben, die von einer Disposition über verfügungsbereites, konzentriertes Großkapital abhängen: es entsteht so die Möglichkeit einer planmäßigen Verwendung der Mittel nach einem festbegründeten System und einer Einstellung der Kolonisationspolitik auf weitere Sicht. Infolge davon wird die zeitlich und sachlich optimale Verwertung jedes Kapitalteilchens und eine feste Proportionalität der Aufwendungen in den verschiedenen Arbeitsgebieten gestattet. Eine verhältnismäßige Stabilität des Budgets in der Hand der höchsten, den Aufbau kontrollierenden Körperschaft der Nation wird gesichert, die Produktionskosten können vermindert, die Verwaltung von faux frais und unproduktiver Arbeit entlastet werden. Und was noch wesentlicher ist: Eine Erweiterung des Arbeitsradius und eine Koppelung der Unternehmungen ist ermöglicht, derart, daß in diesem großen Mechanismus alle Räder und Hebel ineinandergreifen und durch die Kombination und das Ausmaß der Tätigkeiten selbst eine Grundvoraussetzung für ihr wirtschaftliches Gelingen geschaffen wird. Auf dieser Basis kann also die Jewish Agency, oder genauer ihr wirtschaftliches Zentralorgan, das Syndikat, die Kapitalverwendung und -verwaltung, den Großsiedlungsplan, in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der jüdischen Arbeitskolonisation und des nationalwirt-

schaftlichen Interesses aufbauen. Dem Siedlungsplan muß einerseits ein festumrissener Hachscharah- und Alijahplan, dessen Durchführung gleichfalls den Organen der Jewish Agency obliegt, andererseits ein genauer Plan des Zinsen- und Tilgungsdienstes der Anleihe korrespondieren.

Damit die Wirtschaftsorganisation des Syndikats diesen verschiedenen, aber in sich zusammenhängenden Zwecken genügen kann, die durch die nationalökonomisch gebotene Verwertung der Kreditkapitalien vorgeschrieben werden, müssen in ihrem Aufbau einige Elemente besonders berücksicht werden:

Erstens: Um die Fruchtbarkeit und Beweglichkeit der durch die Anleihe aufgebrachten Kapitalien bis zu einem wirtschaftlich möglichen Maximum zu steigern, *sollten sie nicht anders als in den produktiven Zirkulationsprozeß eingeschaltet werden.* So groß diese Kapitalien nämlich im Verhältnis zu den uns gegenwärtig zur Verfügung stehenden sein mögen, so reichen sie ja, an und für sich betrachtet und als einmalige Investition verrechnet, nicht aus, um mehr als ein durch ihren damit festgesetzten Betrag erreichbares Teilziel aus dem ganzen jüdischen Palästinaaufbauplan zu verwirklichen. Anders wenn sie als Grundkapital volkswirtschaftlich produktiver Zirkulation aufgefaßt und verwertet werden, wie es etwa durch den *Aufbau eines Bankensystems* auf dieser Grundlage geschehen kann. Auch wenn man anerkennt, daß gerade ein Kolonisationswerk und vornehmlich eine Arbeitssiedlung nichtbesitzender Volksschichten relativ starke Anforderungen an langfristigen Anlage- und Betriebskredit stellen muß und daß dadurch die Umlaufsgeschwindigkeit wenigstens eines Teils der durch den Kreditapparat vermittelten Kapitalien nicht unwesentlich vermindert wird, wird man die Bedeutung dieses Faktors nach Gebühr positiv bewerten können. Auf der einen Seite schließen eben im Prozeß einer Kolonisationsarbeit, die sich doch in jedem Fall über Jahrzehnte erstrecken muß, auch verhältnismäßig lange Umschlagszeiten von bestimmten Teilen des Kapitals ihre wiederholte Verwertung im Laufe dieser Periode nicht aus. Auf der anderen Seite ist der Bedarf Palästinas an regulärem Bankkredit in den landwirtschaftlichen Arbeitergenossenschaften und in den städtischen handwerklichen und gewerblichen Unternehmungen schon heute so augenfällig, daß an einer fruchtbaren und lohnenden Verwendungsmöglichkeit des Kapitals innerhalb dieser natürlichen Domäne des modernen bankmäßigen Kredits, besonders unter der Voraussetzung einer progressiv stärkeren Ein-

wanderung und Entwicklung der sozialen und naturalen Produktivkräfte unseres Siedlungswerkes, nicht zu zweifeln ist.

Zweitens: Um auch in diesen Grenzen die Möglichkeiten der Kredit*vermittlung*, so weit als nur wirtschaftlich erlaubt und zweckdienlich zu erweitern, und was in den kapitalarmen, am Beginn der Akkumulation stehenden neuen Siedlungsländern noch wesentlich wichtiger ist, um Möglichkeiten der Kredit*schaffung* zu eröffnen;

um damit ferner dem Mangel an verfügbarem zirkulierendem Kapital und an Zahlungsmitteln, der sich nicht nur in der letzten Zeit in Palästina, sondern in allen neuen Siedlungsländern in den Frühstadien der Kolonisation gezeigt hat,*) zu steuern;

um endlich durch eine Ausweitung der Zinsbasis die Rentabilität des Anleihekapitals, den ordnungsmäßigen Zinsen- und Amortisationsdienst zu sichern und darüber hinaus die Erzielung von angemessenen Überschüssen für Reserven oder Neuanlagen zu ermöglichen, *sollte im Mittelpunkt des zu schaffenden Bankensystems ein zentrales Kreditinstitut der Jewish Agency stehen, das — wie fast alle kolonialen Großbanken — mit dem Recht zur Notenausgabe ausgestattet ist.*

Drittens: Da das oberste leitende Prinzip für die Tätigkeit des ganzen so zu schaffenden Systems der Jewish Agency-Banken kein anderes sein kann als das Gemeininteresse der jüdischen Siedlungskolonisation des Landes und der Erarbeitung möglichst starker volkswirtschaftlicher Positionen des Jischuws in Palästina als der unzerstörbaren Grundlage unserer nationalen Befreiungsbestrebungen;

da wir zudem im Interesse der höchstmöglichen Steigerung der Rentabilität und der nationalwirtschaftlichen Produktivität des investierten Kapitals daran interessiert sind, im Laufe seiner Verwertung jedes private Dividenden-Streben und jede Belastung durch eingeschaltete Zwischenprofite zu vermeiden, die die Erreichung unseres Kolonisationszieles und den regelmäßigen Dienst unserer nationalen Schuld nur erschweren können;

da im übrigen die Jewish Agency ipso facto keine private Unternehmung, sondern ein körperschaftliches Organ der gesamten kolonisierenden Volksgemeinschaft darstellt, ihre Institute und Gründungen — das Syndikat, die Banken und die übrigen Gesellschaften — also gleichfalls ohne weiteres den Charakter

*) Vgl. dazu z. B. Alfred Zimmermann, Kolonialpolitik, Kap. 11—13.

öffentlicher Gründungen tragen, deren geregeltes und planmäßiges Zusammenarbeiten zudem eine Voraussetzung für den ökonomischen Erfolg ihrer Arbeit darstellt, — sollte eine Form angenommen werden, die alle Banken, Gesellschaften und Institute der Jewish Agency in einer einheitlichen, gemeinwirtschaftlich geordneten und eingestellten Wirtschaftsorganisation zusammenfaßt. Diese Wirtschaftsorganisation vereinigt dann den gesamten differenzierten nationalen Kolonisationsapparat in Produktion, Handel, Finanz, Transport und unterstellt ihn einer zentralen und auf die Zwecke des nationalen Siedlungswerkes ausgerichteten Kontrolle. Das integrierende, leitende und kontrollierende Verwaltungsorgan ist das Jewish Agency-Syndikat.

Demnach ist die nächste Aufgabe, vor die mit dem Abschluß des Anleihekontrakts das Syndikat gestellt ist, die Gründung der Zentralbank, die, wie gesagt, die Funktionen einer Noten emittierenden Bank erfüllen soll. Im Rahmen dieser Schrift kann die Tätigkeit dieses Instituts, wie übrigens auch der übrigen Kreditanstalten und wirtschaftlichen Instrumente des Syndikats nicht etwa ausführlich behandelt, sondern höchstens mit wenigen Strichen skizziert werden.

Vor allem muß zunächst die abergläubische Scheu, mit der auch weitere Kreise der Gesellschaft der Banknotenausgabe gegenüberstehen, aus dem Wege geräumt und durch die völlig unmystische, aber dafür um so klarere volkswirtschaftliche Einsicht ersetzt werden. Nichts sinnloser als mit der Notenemission den Gedanken an eine zauberhafte Geldmacherei aus geheimnisvollem Nichts zu verbinden. Auch die uns vertraut gewordenen furchtbaren Zwangsvorstellungen von „Inflation“ und „Disagio des Papiergeldes“ haben nichts mit der regulären Notenausgabe zu tun. Die Banknote ist eben gar kein Geld, sondern volkswirtschaftlich betrachtet, nichts anderes als ein gewöhnliches Kreditpapier der Bank, das unter besonderen Bedingungen das Geld in der Zirkulation zu vertreten imstande ist, und unter gewissen Umständen eine sehr wichtige produktive Funktion im Umlauf erfüllt. Es wäre unverantwortlich, aus Gespensterfurcht und einer berechtigten Abneigung gegen alchimistische Experimente, vor dieser produktiven und ökonomisch gesunden Funktion der Banknote die Augen schließen zu wollen.

Mit Recht hat ein so überragender Kenner der internationalen Bankgeschichte und des ganzen modernen, vor allem des

englisch-amerikanischen Bankwesens wie E d g a r J a f f é auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Notenbank für junge Kolonisationsgebiete und neu zu erschließende Länder hingewiesen. In diesen Ländern, wo Sparkapitalien in nennenswertem Maße noch nicht gegeben sind, die Kreditorganisation sich also auf bloße Kapital v e r m i t t l u n g nicht beschränken kann, geht von der Notenbank meist die Schaffung des Produktivkredits aus. Das Vorhandensein dieses Kredits aber ist, wie man allein aus der Entwicklung von Palästina in den letzten Jahren zur Genüge lernen kann, eine conditio sine qua non der schnellen wirtschaftlichen Erschließung und großzügigen Besiedlung eines Kolonisationslandes.

Ein Blick in die koloniale Bankgeschichte bestätigt tatsächlich das Urteil Jaffés in vollem Umfange. Beinahe überall steht die Entfaltung der Neuländer mit der Arbeit der Kreditinstitute, insbesondere der Notenbanken, in engstem Zusammenhang. Wie stark das Bedürfnis war, das diese Institute durch ihre Tätigkeit befriedigen sollten, mag der Umstand zeigen, daß in den nordamerikanischen Kolonien bereits im Jahre 1684 in Boston der erste Entwurf für eine Notenbank ausgearbeitet und erörtert wird. Wenige Jahre später erfolgen die ersten Gründungen. Unter den ersten Beschlüssen des Kongresses der gegen das englische Mutterland aufständischen Kolonien, 1781, ist einer der einmütigsten der, der die Schaffung eines großen zentralen Notenbankinstituts für die Föderation der abgefallenen Siedlerstaaten vorsieht. In Gegenden, wo es erst relativ recht wenige Kolonisten, aber noch sehr viel wilde Katzen gibt, beginnen die Banken ihr Domizil aufzuschlagen, daher ihr Name „wild cat banks".*) Und auch wenn man klar einsieht, und offen zugesteht, daß gerade in jener Frühzeit der amerikanischen Notenbanken ihre Arbeit schwere Mißstände aufwies, die oftmals zu verhängnisvollen Krisen, welche vorübergehend verschiedene Gegenden und Ortschaften heimsuchten, geführt haben, so wird man doch — allen Fehlern zum Trotz — auf der Gegenseite nicht verkennen können, eine wie außerordentlich wichtige und positive Funktion sie im großen ganzen für den wirtschaftlich kolonisatorischen Aufbau der Vereinigten Staaten erfüllt haben.**)

*) Horace White, Money and Banking. Illustrated by American History. S. 370 ff.

**) In anderen Siedlungskolonien eine durchaus parallele Entwicklung. New-South-Wales: Erste Notenbank 1817 ect. vgl. A. Zimmermann. a. a. O. Horace White. a. a. O.

Diese geschichtliche Tatsache ist gerade auch in Kreisen der Bank- und Wirtschaftspraxis geläufig, und es kann deshalb nicht wundernehmen, daß unter den Finanzierungsgutachten, die vor zionistischen Instanzen abgegeben wurden, es gerade die Projekte aus der Feder solcher aktiver Wirtschaftspolitiker, Finanzfachleute und Bankpraktiker waren, in denen der Gedanke der Schaffung einer Notenbank in Palästina eine bedeutende Rolle spielt.

Zwar hat Ruppin die Frage der Notenbank in seinem Referat vor dem 12. (Karlsbader) Zionistenkongreß nur flüchtig gestreift. Er hat in seiner Bemerkung darüber die Notwendigkeit eines eigenen palästinensischen Emissionsinstituts lediglich unter dem Gesichtspunkt des Zinsverlustes betrachtet, der der palästinensischen Landeswirtschaft aus ihrer gegenwärtig gegebenen Abhängigkeit von einer ausländischen, der ägyptischen Nationalbank, erwächst. Aber sowohl Hans Goslar — in seinem bereits mehrfach erwähnten Vortrag — als auch der Frankfurter Bankier Wolff — in seinem Referat vor dem Delegiertentag der deutschen Zionisten 1921 *) — haben diese Frage ausführlich behandelt und gewissermaßen in den Vordergrund ihrer Programme gerückt.

Allerdings leiden die Programme dieser beiden Praktiker an manchen Mängeln. Erstens ist die Frage der Kapitalaufbringung der für die Banken notwendigen Kapitalien bei beiden nur in höchst unzulänglicher Weise geklärt: Der eine (Goslar) will sie durch privatkapitalistische Investition, der andere (Wolff) vermittels der Spendenmethode: Erwerb palästinensischer Staatsanleihe aus Keren-Hajessod-Mitteln als Deckung der Notenemission, lösen. Daß beide Lösungsvorschläge gegenwärtig in dieser Form irreal und unrealisierbar sind, ist schon oben ausführlich erörtert worden. Die Lage unserer heute bestehenden „nationalen Banken" bietet den Beweis. Zweitens ist bei beiden das Problem offen geblieben, in welchem Verhältnis die mögliche und wirtschaftlich zulässige Ausdehnung der Notenemission in ihren Plänen zu dem notwendigen Kapitalbedarf des Siedlungswerkes steht. Die 1½—2 Millionen Pfund, die z. B. nach Wolffs Vorschlägen seine Bank an Noten emittieren könnte, sind augenscheinlich für die Durchführung des „großen" Kolonisationsplans völlig unzureichend. Wenn er, nachdem er die Aus-

*) Jakob Wolff, Das palästinensische Bankwesen und die deutschen Juden. Referat vor dem 17. Delegiertentag der Z. V. f. D. in Hannover.

gabe von Banknoten in dieser Summe vorgeschlagen hat, abschließend meint, „die weitere Entwicklung ergäbe sich dann ganz von selbst, ohne daß man darauf näher einzugehen brauche“, *) so ist man von so unbegründetem und plötzlich hereinbrechendem Optimismus geradezu überrascht. Es scheinen hier vor allem die besonderen Krediterfordernisse einer Kolonisationswirtschaft nicht nach Gebühr berücksichtigt zu sein. Drittens sind beide Vorschläge in Zeitläuften ausgearbeitet worden, in denen die politischen Formen, Rechte und Aussichten des jüdisch-palästinensischen Siedlungswerkes noch nicht durch das Mandat und die Entwicklung der letzten Jahre so klar bestimmt erschienen wie jetzt und man sich über das ungestüme Entgegenkommen und die bevorzugende Unterstützung der englischen Palästinaadministration noch eher heiteren Illusionen hingeben konnte als heute. Beide bauen daher ihre Notenbankpläne auf Monopole, die die jüdischen Kolonisationsorgane von der Mandatsregierung erlangen sollten. Wie die Dinge heute liegen, wäre es falsch, auf derartigen unsicheren Möglichkeiten Projekte zu konstruieren. Selbst wenn man der Meinung ist, daß, wenn erst einmal die Jewish Agency-Anleihe aufgenommen, der Siedlungs- und Wirtschaftsplan ausgearbeitet ist, die Einwanderung in größerem Maßstab einsetzt, der Jischuw aufzublühen beginnt und an sozialer und ökonomischer Realmacht gewinnt, auch die Haltung der palästinensisch-englischen Verwaltung eine merkwürdig-deutliche Kursänderung zu unseren Gunsten erfahren wird. Aber man kann ebenso wenig Wirtschaftspolitik auf der Grundlage antizipierter Wirklichkeiten treiben, wie im Winter die Öfen mit Versprechungen wärmerer Frühlingstage heizen.

Privilegien oder Monopole mag das Syndikat für die Arbeit seiner Institute anstreben und zu erkämpfen trachten, aber es wäre falsch, sie zur Basis seines ganzen Wirtschaftsplans zu machen. Andererseits wäre es natürlich ebenso falsch, von Seiten der palästinensischen Regierung dort Schwierigkeiten zu erwarten, wo ihr sicherlich der Gedanke an Behinderung und Einengung der Möglichkeiten ganz ferne liegt, im Bereich rechtlich gesicherter und wirtschaftlich fundierter Konzessionen. Darüber hinaus aber bedarf das Syndikat in der Tat für die Zentralbank keiner besonderen Vergünstigungen — sie wird durch die faktische ökonomische Macht, die sie im Wirtschaftsleben des Landes repräsentieren wird, stark genug sein, um sich die notwendige

*) Referat vor dem 17. D. T. der Z. V. f. D. S. 18.

Ellbogenfreiheit für ihre Tätigkeit zu sichern. Gewiß stellt die Gründung der Jewish Agency-Zentralbank eine Reihe von bank- und gesetzgebungstechnischen Anforderungen an die Palästina-Administration. Aber den good will der Mandatarregierung gegenüber dem ganzen Wirtschaftsplan der Jewish Agency vorausgesetzt, sind alle diese technischen Schwierigkeiten ohne allzu große Mühe zu überwinden. Das gilt besonders für den naheliegenden Fall, daß die britisch-palästinensische Verwaltung auch bei der Lösung der Probleme, die sich hier erheben, in enger Anlehnung an die Tradition und die Praxis der englischen Bankpolitik vorgehen wird, die ihr, aus den Kolonialgebieten, wie aus dem Mutterland empirisch-historisches Material in überreichem Maße zur Verfügung stellen. Und Tradition und Praxis der britischen Bankpolitik, denen die palästinensische Administration nur nachzuschaffen hat, weisen ihr übereinstimmend nicht nur die Wege für die Lösung der dabei auftauchenden technischen und legislatorischen Fragen, sondern leiten sie auch grundsätzlich dazu hin, den gesunden wirtschaftlichen Verstand walten zu lassen und große ökonomische Möglichkeiten nicht durch eine übertriebene Beschränkung der Handlungsfreiheit willentlich zu zerstören. Dazu kommt, daß für die palästinensische Regierung auch ein unmittelbares Eigeninteresse an dem Zustandekommen der Jewish Agency-Zentralbank gegeben ist. Einmal bleiben die Kapitalien, die heute als Zinsen aus Palästina heraus nach Ägypten strömen, auf diese Weise der Landeswirtschaft erhalten, und erhöhen so auch die fiskalische Kraft der heimischen Bevölkerung. Die ausgedehnte Banktätigkeit überhaupt, auf der die Arbeit des Syndikats planmäßig beruht, erschließt neue und reiche Steuerquellen. Endlich ist mit der Gründung des zentralen Kreditinstituts der Jewish Agency für die palästinensische Regierung die Aussicht eröffnet, ihren eigenen Kreditbedarf — in geregelten Formen und in den gesetzlich bestimmten Grenzen — durch Diskontierung ihrer Schuldverschreibungen bei der Notenbank zu decken.

Selbstverständlich werden die gesetzlichen Kautelen, die die Palästinaregierung für die Tätigkeit der Zentralbank für unerläßlich erachten wird, vom Syndikat gegeben werden müssen. Sei es, daß die Administration sich dabei mit der Bestimmung eines formellen Notenbankgesetzes, das zumeist nur die zwei Grundelemente der Notenbankpolitik, die kontrollierte Publizität der Geschäftsführung und die unbedingte Einlösungspflicht der Bank-

noten enthält, begnügt. Sei es, daß sie darüber hinaus materielle Gesetzesbestimmungen, etwa mit Bezug auf die Höhe des Grundkapitals, die spezielle Zusammensetzung der Notendeckung oder einige Einzelheiten des Geschäftsgebarens verfügt. Die Tätigkeit der Bank wird sowieso, schon im Interesse des geregelten Verlaufs der Kolonisationsarbeiten und der sicheren Ordnung des Anleiheschuldendienstes sich in den Schranken der Geschäftsführung zu bewegen haben, an die sie auch ein vorsichtiges Bankgesetz etwa binden könnte. In dem gleichen Sinne wird auch die Frage eines Kontrollkontaktes zwischen Bankdirektorium und palästinensischer Staatsverwaltung kein ernstliches Hindernis bedeuten können.

Ebenso selbstverständlich ist, daß aus den konkreten Bedingungen, unter denen die Verwirklichung des Zentralbankprojekts vor sich gehen wird, manche anderen Probleme erwachsen können, die gegenwärtig noch gar nicht absehbar sind und die die F o r m der Gründung nachhaltig beeinflussen können. Nehmen wir zum Beispiel an, daß inzwischen oder gleichzeitig mit der Bankgründung die Durchführung der palästinensischen Währungsreform aktuell wird. Diese Frage ist unseres Erachtens eine der dringendsten der ganzen Landeswirtschaftspolitik von heute. Die gesamte palästinensische Wirtschaft ist daran interessiert, daß das Land sobald als möglich von dem plötzlich eingeführten, viel zu schweren ägyptischen Pfund, das den Import anormal aufbläht, die Ausfuhr nahezu völlig sperrt, die Lebenshaltungs-Produktions- und Ansiedlungskosten künstlich verteuert, die Z a h l u n g s bilanz schwer belastet, befreit wird. An seine Stelle muß die Reform eine Währung setzen, die nicht von dem Kurs des reichen und wirtschaftlich mächtigen Nillandes beherrscht wird, sondern den palästinensischen Lebens- und Wirtschaftsverhältnissen angepaßt ist. Nun ist die Notenbankgründung nicht etwa von der Durchführung der Währungsreform a b h ä n g i g. Keineswegs. Sie kann sich vielmehr auch unter den heute gegebenen Bedingungen vollziehen. Wird das ägyptische Pfund als legal tender beibehalten, so haben nur die Noten der Jewish Agency-Zentralbank auf Einlösung gegen legal tender, also ägyptische Pfunde zu lauten. *) Wird jedoch die Währungsänderung in der angedeuteten Richtung durchgeführt, so erheben

*) Vgl. dazu das griechische System Valaoritis, das sich gut bewährt hat. (Verpflichtung zum Umtausch der Noten gegen fremde Währung zu pari — was also noch weitergeht.) s. A. Andréades, Die griechische Valuta. Manchester-Guardian-Wiederaufbau-Serie. S. 47.

sich für die Gründung der Jewish Agency-Notenbank manche komplizierte Spezialfragen. Das Verhältnis zwischen ihr und einer etwa zu schaffenden palästinensischen Landesbank ist dann zu klären. Das ganze Problem von Zentralisation und Dezentralisation fordert eine Entscheidung. Die Möglichkeit der Übertragung der Funktionen einer derartigen Landesnotenbank auf das zentrale Kreditinstitut des Jewish Agency-Syndikats ist zu untersuchen. Solange aber diese tatsächlichen Bedingungen, die die Form unserer Zentralbank bestimmen können, noch ganz und gar nicht festliegen, ist es müßig, sich in eine eingehende Erörterung aller der damit verbundenen konkreten Detailprobleme zu vertiefen.

Dagegen ist es möglich, die allgemeinwirtschaftlichen Grundlagen der Arbeit unserer Zentralbank schon gegenwärtig zu untersuchen und schematisch zu zeichnen. Die Frage, die sich da vor allem in den Vordergrund drängt, ist die Frage nach der Zirkulationsfähigkeit der Noten der Syndikatbank im palästinensischen Wirtschaftsleben.

Will man versuchen, den Nachweis zu führen, daß die ökonomischen und wirtschaftspsychologischen Voraussetzungen für eine normale Zirkulation dieser Noten gegeben sind, so wird man zweifellos zunächst auf eine für die Beantwortung dieser Frage höchst bedeutsame Tatsache hinweisen müssen. Die Tatsache ist die, daß die Banknote, — erst die türkische, später die ägyptische — jedenfalls aber die Banknote, das representative money aus Papierstoff, schon heute und bereits seit Jahren das reguläre Zahlungsmittel des palästinensischen Wirtschaftsverkehrs bildet. Damit ist eine der größten Schwierigkeiten, die tief in sozial-psychologischen Erscheinungen begründet liegt, und mit der die Emissionsbanken in unentwickelten Wirtschaftsgebieten überall zu kämpfen haben, für das Syndikat aus dem Wege geräumt. Die Aufgabe, primitive Befürchtungen und den rohen metallistischen Aberglauben zu beseitigen, ist auch in Palästina bereits von der modernen Verkehrsentwicklung gelöst worden, unsere Bank bedient sich nur eines Mittels, das diese Entwicklung selbst ihr geboten hat. Nicht nur dem jüdischen Kolonisten, Beamten oder Arbeiter in Palästina ist die Banknote ein alltäglicher Gebrauchsgegenstand, nicht nur der städtisch-arabische Handwerker oder Händler hat sich längst an dieses Umlaufsmittel gewöhnt, sondern auch der Fellach, und sei es selbst der Bewohner eines entlegenen Dorfes, der die Erträge

seiner Wirtschaft zum Verkauf auf den Markt trägt, empfängt bedenkenlos die Note, und sogar der Beduine, der in seltenem Abenteuer die Stadt, den Viehmarkt und den Bazar aufsucht, zögert heute nicht mehr, mit Banknoten sich bezahlt zu machen und zu zahlen. Insbesondere, wenn erst eine bestimmte kritische Anfangsperiode in der Tätigkeit unserer Zentralbank, für die eine kluge Leitung sich vorsorglich wappnen wird, glücklich überstanden und in praxi der Beweis erbracht ist, daß ihr Einlösungsapparat tadellos funktioniert und der Umtausch der Noten gegen legal tender an allen Kassen ohne Störung vor sich geht, ist die wirtschaftlich-normale und im Wert unverletzte Zirkulation der Noten als gesichert zu betrachten.

Für diese erste Periode allerdings wird eine verschiedenartige Haltung der verschiedenen Schichten der palästinensischen Wirtschaftsgesellschaft als wahrscheinlich in Betracht zu ziehen sein. Soziologisch gesehen, ist es klar, daß in dieser Hinsicht drei Faktoren — die Juden, die staatliche Administration, die Araber — zu unterscheiden sein werden. Die Juden — besonders die palästinensischen — sind von nationalem Bewußtsein durchdrungen, sozial diszipliniert, wirtschaftlich gebildet, urteilsfähig und geschäftlich nicht philiströs. Der jüdische Jischuw ist zudem mit dem Syndikat und dem Gedeihen und Aufblühen seiner Institute und der Siedlungsarbeit durch viele und starke Interessen verknüpft. Er ist auf den Kredit und die Umlaufsmittel der Jewish Agency-Banken angewiesen, die ihn aus drängenden Nöten befreien. Es bedarf keiner langatmigen Begründungen für die Annahme, daß der jüdische Jischuw von den ersten Tagen an die Noten der Zentralbank nicht nur bereitwillig aufnehmen, sondern auch ihren Wert zu schützen, und ihre Geltung außerhalb der jüdischen Gesellschaft im ganzen Lande durchzusetzen bemüht sein wird. Die letzten Bedenken Einzelner, besonders skeptisch oder vorsichtig Veranlagter werden in den ersten Wochen behoben werden, wenn sie das reibungslose Arbeiten des Einlösungsapparats und andererseits die positiven Wirkungen der Notenemission auf das Wirtschaftsleben, die Immigration und die Siedlungsarbeit plastisch vor Augen haben werden.

Die Stellung der palästinensischen Regierung kann diesen Aufnahme- und Einbürgerungsprozeß noch wesentlich beschleunigen. Ihr allgemeines Einverständnis mit dem Wirtschaftsplan des Jewish Agency-Syndikats und seiner Banken vorausgesetzt, bedarf es dafür gar keiner besonderen Verpflichtungen oder

Sonderberechtigungen. Genug, wenn die Administration sich bereit erklärt, an den öffentlichen Kassen, für die vorgeschriebenen Leistungen der Bevölkerung, die Zahlung von Steuern, Gebühren, Zöllen usw. die Noten der Syndikatsbank zu akzeptieren. Selbst wenn sie die eingezahlten Noten, aus welchem Grunde auch immer, weder in ihren Kassen behalten, noch in die Zirkulation zurückgeben will, sondern sie unmittelbar bei der Einlösungsstelle unserer Zentralbank zum Umtausch gegen legal tender präsentiert, so ist doch der Umstand allein, daß eben die Noten bei Zahlungen an den öffentlichen Kassen verwendbar sind, für ihre Zirkulationsfähigkeit von relativ hoher Bedeutung. Übrigens wird die Regierung sicherlich erst diejenigen Beträge an eingezahlten Noten zur Einlösung präsentieren, die über einen gewissen angenommenen zulässigen Höchstbetrag hinausgehen. Dabei ist die *untere* Grenze für diesen Höchstbetrag durch die Summen gegeben, die die Regierung ihrerseits als Zahlungen, als Gehälter ihrer jüdischen Beamten, Bezahlungen ihrer jüdischen Handelslieferanten oder Erledigung ihrer Produktionsaufträge in jüdischen Händen (öffentliche Arbeiten, Submissionen usw.) in den jüdischen Jischuw zurückströmen lassen muß. Es liegt auf der Hand, daß sie eine sinnlose Handlung begehen würde, wollte sie sich da der unnötigen Mühe des Umtausches unterziehen.

Hat sich aber erst einmal der Notenumlauf im Umkreis des jüdischen Jischuw in Palästina und an den Regierungskassen durchgesetzt und vollzieht sich die Zirkulation ohne ein Disagio der Noten — *was eine bloße Selbstverständlichkeit ist, wenn der Einlösungsapparat glatt funktioniert und jeder Noteninhaber zu jeder Zeit Landesgeld für seine Note empfangen kann* — so ist die Rezeption der Noten im Wirtschaftsverkehr mit der arabischen Bevölkerung unzweifelhaft nur noch eine Frage ganz kurzer Zeit. Natürlich wird hier anfänglich ein gewisses Mißtrauen stärker zu fühlen sein, auch an Versuchen politischer Hetze gegen das Syndikat wird es nicht fehlen. Glücklicherweise haben sich bisher überall — auch in Palästina — wirtschaftliche Bedürfnisse, Einsichten und Interessen stärker gezeigt als die demagogische Agitation oder die plumpe Furchtsamkeit der wirtschaftlich und kulturell Rückständigen. Gerade in dieser Beziehung ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, daß wir es im Falle der palästinensischen Araber mit einem zwar im allgemeinen wirtschaftlich ziemlich unentwickelten, aber mit

Banknoten- und Geldzeichenwirtschaft nichtsdestoweniger durchaus vertrauten Bevölkerungselement zu tun haben. Hier wird der unmittelbare ökonomische Gewinn, den die arabische Bevölkerung des Landes nicht weniger als die jüdische aus der Tätigkeit des Syndikats und dem Fortschreiten der Siedlungsarbeit ziehen wird, endgültig entscheiden. Übrigens haben wir auch dafür bereits einige Anhaltspunkte in der Erfahrung aus palästinensischer Wirtschaftspraxis: Die Geldzeichen, die zu Anfang des Krieges in der Zeit großer Zahlungsmittelknappheit die Anglo-Palestine-Company vorübergehend ausgegeben hat, sollen, wie Augenzeugen mitteilen, in arabischen Händen nicht schwerer zirkuliert sein als im jüdischen Jischuw. Und auch gegenwärtig nehmen z. B. arabische Händler und Arbeiter (Lastträger, Hafenarbeiter, Bauhandwerker, Plantagentagelöhner usw.) an dem — allerdings geringfügigen — „Notenverkehr" teil, der durch die Ausgabe von Kreditscheinen der Arbeiterkonsumgenossenschaft Hamaschbir, die gleichfalls aus Mangel an Umlaufsmitteln erfolgt, geschaffen wird. (Allerdings sind diese Scheine zu Gegenständen eines Arbitragegeschäfts en miniature zwischen Tel-Awiw-Filiale und Jaffa-Stadtniederlassung des Hamaschbir und einer darauf beruhenden tragikomisch agiotierenden Duodez-Spekulation geworden.)

Eine notwendige Voraussetzung für diese Entwicklung der Dinge ist selbstverständlich, daß die Arbeit der Zentralbank — wie die der anderen vom Syndikat zu schaffenden Institute und Gesellschaften — nicht mit unsinniger Forcierung der Kräfte beginnt, sondern „organisch" langsam einsetzt und mit den Bedürfnissen und Möglichkeiten des palästinensischen Wirtschaftslebens und der Siedlungsarbeit fortschreitend, wachsend sich entfaltet. Ebenso wie — was bereits oben erwähnt wurde — nicht die ganze Last der Anleihe mit einem Male auf das Kolonisationswerk geworfen wird, sondern die Kreditkapitalien nur allmählich den Anforderungen der Verwertungsorganisation entsprechend abgerufen werden sollen, so soll auch im Prozeß dieser planmäßigen Verwertungstätigkeit selbst eine „organische" Methode zur Geltung kommen. Die Arbeit der Zentralbank wie der anderen Institute soll also in den kleinen Maßen des heute Gegebenen beginnen und erst in der Proportion der allgemeinen wirtschaftlichen und kolonisatorischen Weiterentwicklung an Umfang und Intensität zunehmen; wie in der Proportion dieser Zunahme andererseits auch die Aufnahme der Anleiheschuld

gleichmäßig fortschreitet. Dabei liegt bei der Zentralbank noch stärker als bei den übrigen einfachen Kreditinstituten und anderen Unternehmungen des Syndikats eine schwere Verantwortung. Es muß in der geschäftlichen Ordnung der Zentralbank die Sicherheit liegen, daß die Notenemission nur in geradem Verhältnis zu der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte vor sich geht, daß also der Geldzeichenzirkulation eine proportionale Zirkulation realen Kapitals gegenüber gestellt werden kann. Außerdem darf die Bank, wie das ganze Syndikat, nicht durch die Zinsenlasten eines übermäßigen Anfangskapitals unnötig beschwert werden. Eine derartige Situation könnte — wie die Erfahrung mancher solcher Banken im Anfangsstadium ihrer Arbeit gezeigt hat — in der Verwaltung der Notenbank die Neigung zu spekulativen Experimenten hervorrufen, die im Interesse des wünschenswerten Verlaufs der Arbeit aus dem Umkreis ihrer Operationen unbedingt und radikal auszuschalten sind. Demnach können und sollen also diese Operationen ohne Verzögerung begonnen werden, wenn die Zentralbank über ein faktisch aufgenommenes Kapital verfügt, das ihr ermöglicht, in Übereinstimmung mit den ihr angemessenen Grundsätzen der Geschäftsführung den Kapitalbedarf der Kolonisation für die Dauer einer ersten relativ knapp zu bemessenden Wirtschaftsperiode zu decken. Das sogenannte „große Jahresbudget" des zwölften Zionistenkongresses mag dabei als Minimum-Berechnungsbasis betrachtet werden. Das setzt konkret nicht mehr als 1½ bis 2 Millionen £ Kapital bei Aufnahme der Operationen voraus, wobei schon besonders in Rechnung gesetzt ist, daß für diese Zeit gesteigerte Ansprüche an den Barvorrat der Zentralbank wahrscheinlich sind.

Das nominelle Grundkapital der Zentralbank aber, das dem Syndikat bei ihrer Gründung zur Verfügung steht, setzt sich zusammen: a) aus der ganzen Summe, die das Effektivergebnis der Syndikatsanleihe darstellt plus b) den gesamten Eigenkapitalien der heute bestehenden „nationalen Banken" (des I.C.T. und der A.P.C., der Arbeiterbank, der Hypothekenbank usw.), die — wenigstens formell — zunächst in dieser Zentralbank aufgehen. Damit verfügt die Zentralbank, die tragende Kolonisationsbank des Palästinaaufbauwerkes über ein nominelles Grundkapital von 7,5 bis 8,5 Millionen Pfund Sterling. In welcher Form diese Gründung vor sich gehen soll, insbesondere die Frage, ob etwa die Erhöhung des Grundkapitals des Jewish

Colonial Trust um die effektive Anleihesumme plus Eigenkapitalien der übrigen Banken, seine Überführung nach Palästina und seine Umgestaltung aus einem Zwitterding von Kommerzbank und Holding Company zur Zentralbank die meist geeignete Form dafür bilden könnte, soll hier als sekundär unerörtert bleiben.

Die Disposition über dieses Grundkapital der Zentralbank kann in schematischem Grundriß ungefähr folgendermaßen angenommen werden: Etwa 60 % der Summe, also zirka 5 Millionen Pfund Sterling, werden als Barvorrat der speziellen Notendeckung zu grunde gelegt. Die übrigen 40 % gehen als Stammkapital in die Reserve. Dieses für europäische Gepflogenheiten ungewöhnliche Verhältnis zwischen Stammkapital und Barvorrat erscheint unter den kolonialen Verhältnissen Palästinas angezeigt, wenn man in Rechnung setzt, daß der kreditschaffenden Funktion der Bank unter diesen Bedingungen eine faktisch größere Bedeutung zuzuschreiben ist, als der Tätigkeit der bloßen Kreditvermittlung, die in entwickelten Volkswirtschaften die normalere ist,*) und die keine so großen Eigenreserven erforderlich macht.

Daß der Barvorrat, besonders, wenn die Bank eingearbeitet ist, und die normalen Ansprüche, die an ihren Noteneinlösungsapparat gestellt werden, bekannt sind, in seinen verfügbaren Teilen (meist etwa 50—60 %) in England oder in Ägypten avista angelegt werden kann (meist etwa 1 % Zinsen tragend) und nicht völlig zinslos in den Tresors zu lagern braucht,**) kann als Detail der Disposition nebenher erwähnt werden.

Die drei Millionen Pfund Sterling des Stammkapitals werden selbstverständlich ebenfalls in geeigneten Werten angelegt. Davon können etwa 40—50 % in erstklassigen, völlig sicheren Fonds oder Schatzscheinen, die verbleibenden 50—60 % der subsidiären Deckung — in Übereinstimmung mit den Gepflogenheiten der Notenbankpolitik — in sicheren, den spekulativen Wertschwankungen entzogenen Hypotheken oder Effekten investiert werden.***)

Während unsere Zentralbank für die erste Anlage aller Wahrscheinlichkeit nach britische Staatspapiere oder Schatzscheine wählen dürfte, soll sie mit Hilfe der ihr für Effekten- und

*) Vgl. dazu Adolf Wagner, System der Zettelbankpolitik. S. 425.
**) Vgl. dazu Ivar Hultman, Die Zentralnotenbanken Europas. S. 183.
***) Vgl. dazu Adolf Wagner, a. a. O. S. 266.

Hypotheken-Investition verbleibenden 1 000 000 bis 2 000 000 £ Anteile der anderen vom Jewish Agency-Syndikat seinem Arbeitsplan nach zu gründenden Wirtschaftsunternehmungen und Gesellschaften erwerben. In dieser Form soll das Syndikat die uneingeschränkte und ausschließliche Kontrolle über die Tätigkeit dieses ganzen „Kolonisationstrusts" ausüben, und die — ungeachtet der exakt geschäftsmäßigen Betriebsführung — gemeinwirtschaftliche Einstellung und Arbeit aller Institute seiner Organisation sichern. Andererseits wird auf diese Weise der Grundkapitalbedarf dieser Institute gedeckt, ohne daß sie von einem gesonderten Appell an den offenen Kapitalmarkt abhängig wären, solange nicht das Syndikat über die für den Dienst der ersten Anleihe erforderlichen Erträge hinaus regelmäßige Überschüsse erzielt, die den vollen Erfolg eines derartigen Appells und einer neuen Kapitalaufnahme verbürgen könnten.

Was nun diese weiteren, vom Syndikat zu schaffenden und zu leitenden Wirtschaftsinstitute anbetrifft, so ist es ohne weiteres klar, daß für ihren Aufbau keine anderen Gesichtspunkte entscheidend sein können, als die Erfordernisse der nationalen Kolonisation und ihrer systematischen und ökonomisch rationellen Durchführung. Dabei sollte, so weit wie möglich, an die bereits bestehenden Organe der jüdischen Siedlungstätigkeit und Wirtschaftsarbeit der Banken, Gesellschaften usw. in Palästina angeknüpft werden, die sowieso der Reorganisation, Koordinierung der Tätigkeiten und Abgrenzung der Kompetenzen dringend bedürfen, und die nun den neuen Bedürfnissen der planmäßigen Kolonisation in größeren Maßstäben entsprechend weiter ausgebaut, durch eine erhebliche Vergrößerung ihrer Grundkapitalien finanziell gefestigt und durch die Einordnung in die Gesamtorganisation des Syndikats zu Kontakt und Kooperation hingelenkt und in der Produktivität ihrer Arbeit gesteigert werden sollen.

Beschränkt man mit Rücksicht auf die wünschenswerte Vermeidung einer übergroßen Zinsbelastung des Ganzen und einer zu starken Zersplitterung der Kapitalanlagen für die erste Zeit den Ausbau dieses Systems auf die für die Kolonisation lebenswichtigsten Institute, so sind in dieser Anfangsperiode durch shares-Übernahme aus den dazu bestimmten Mitteln des Zentralbank-Stammkapitals in die Syndikatsorganisation einzubeziehen:

1. Eine Bodenkaufs- und Parzellierungsgesellschaft (durch den Ausbau der Palestine-Land Development Company).

2. Eine Hypothekenbank (durch den Ausbau der General Mortgage Bank of Palestine), die in zwei besonderen Abteilungen für landwirtschaftlichen und städtischen Hypothekenkredit arbeiten soll.

3. Eine Zentralgenossenschaftsbank (durch den Ausbau der Arbeiterbank), die in mehreren Abteilungen für landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktivgenossenschaftskredit, für Kredit der Konsumorganisationen usw. arbeiten soll.

4. Eine Handels- und Gewerbebank (durch den Ausbau der Anglo-Palestine Company und die Einschränkung ihrer Operationen auf diesen Geschäftskreis).

5. Eine neu zu schaffende Großhandels- und Transportgesellschaft des Syndikats, die sowohl als Großeinkaufsstelle der Konsumgenossenschaften und des Detailhandels wie als Exportunternehmung arbeiten und damit die Güterspedition und den Schiffahrtstransport von und nach Palästina verbinden soll.

6. Eine zu gründende Spar- und Darlehnskasse für Alijah und Hachscharah, die unverzinsliche, aber zeitlich genau befristete, gegebenenfalls in Raten zu tilgende Darlehen für die Migration, die fachliche Ausbildung in der Diaspora und als Ansiedlungsbeihilfen zu geben hat.

Erst im Laufe der folgenden Jahre und den konkreten Bedürfnissen gemäß, die sich aus der praktischen Siedlungsarbeit selbst ergeben werden, soll dieser Ausbau der Wirtschaftsorganisation des Jewish Agency-Syndikats fortgesetzt werden, dadurch, daß einerseits eine weitergehende Differenzierung der bestehenden Organe — etwa die völlige Abspaltung einer Landwirtschaftsbank von der städtischen Hypothekenbank, die Trennung der verschiedenen Genossenschaftskassen — vor sich geht, andererseits neue Gründungen — wie die eines Public Works Fund, der Vorschüsse an die Administration für die Durchführung öffentlicher Arbeiten erteilt — vorgenommen werden. Aber Umfang und Richtung dieser Ausgestaltung des Apparats hängen eben in allem mit der Tätigkeit des Syndikats in der Anfangsperiode zusammen, die, vom Allernotwendigsten ausgehend, und ohne unrationelle Überspannung von Kräften einsetzen und weiter aufbauen soll.

Auf diese Weise entsteht ein geschlossenes System von Kreditinstituten und anderen Wirtschaftsorganen, das, aus vielen Teilen zusammengesetzt, derart in sich gebunden ist, daß ein voller Kreis wechselseitiger Abhängigkeiten und Ergänzungen

gebildet wird. Dieses System umfaßt in den drei Organisationsstufen von Syndikat, Zentralbank und Sekundärinstituten den ganzen finanziellen Apparat des Palästinawerkes der Jewish Agency (dem auch noch die nationalen Sammelfonds einzugliedern sind), zu einer mächtigen einheitlichen kombinierten Großunternehmung verbunden. Ihre gesamte Arbeit steht unter der unmittelbaren Kontrolle der Nation und ist in allen Einzelzweigen ,in der Kapitalaufbringung und -verwaltung wie in der Kapitalverwendung gemeinwirtschaftlich eingestellt und ausschließlich auf die Erfordernisse der nationalen Kolonisation ausgerichtet.

Im Rahmen der so aufgebauten finanziell-wirtschaftlichen Einheitsorganisation erfüllen die einzelnen Institute in einander ergänzender Zusammenarbeit die speziellen und differenzierteren Funktionen, die durch den jedem von ihnen bestimmt gesetzten besonderen Zweck gegeben sind. Ihre Tätigkeit vollzieht sich dabei — unter angemessener Berücksichtigung spezifisch palästinensischer Bedingungen — in den Formen und mittels der Methoden, die der moderne Wirtschaftsverkehr für alle diese Zwecke herausgebildet hat, so daß es überflüssig ist, die allgemein üblichen Einzelheiten — etwa der Geschäftsführung der Kreditanstalten oder dgl. — an dieser Stelle eingehend zu schildern. Genug, wenn die Tätigkeit der Institute in ihren großen Umrissen deutlich ist und dadurch ein annäherndes Bild von der ganzen Maschine in Gang möglich wird. Die Terraingesellschaft des Syndikats erwirbt die Böden, parzelliert die erworbenen Flächen, gibt sie an die Interessenten, sei es das Kolonisationsdepartement der Jewish Agency, seien es private Käufer, weiter und führt die ersten Aufbereitungsarbeiten durch. Mit Hilfe der Hypothekenbanken wird der erforderliche langfristige Amortisationskredit für die Errichtung von Gebäuden, Stallungen, Speichern in den landwirtschaftlichen Kolonien und den Wohnungsbau in den Städten geliefert. Die Genossenschaftsbank unterstützt die Siedlergruppen mit den notwendigen Anlage- und Betriebskrediten, sie finanziert die Einkäufe der Konsumvereine, gründet und fördert handwerkliche und kleingewerbliche Genossenschaften. Die Lücke, die durch den Bedarf an „eigentlichem“ bankmäßigem kommerziell-industriellem Kapital gebildet wird, soll von der Handelsbank ausgefüllt werden, ihr Geschäftskreis kann ähnlich dem der deutschen Kreditbanken gedacht werden. Sie gibt Kontokorrent-, Diskont- und Lombard-Kredit, übernimmt Depositen und Depots und beteiligt sich an gewerb-

lichen und kommerziellen Unternehmungen. Die Großhandelsgesellschaft des Syndikats kauft in Palästina und auf den geeigneten ausländischen Plätzen in großem Maßstab und in verbürgten Qualitäten die vom inneren Markt her nachgefragten Waren auf und leitet sie an die Konsumgenossenschaften oder auch an private Händler weiter, sie leitet den Ausfuhrhandel der für den Export bestimmten Syndikatsprodukte, sie übernimmt in den üblichen Formen die Güterspedition von und nach den palästinensischen Häfen; auf weitere Sicht wird sie sogar bestrebt sein, mit Hilfe einer eigenen kleinen Schiffahrtsgesellschaft die Transportprofite der Migration dem Jewish Agency-Syndikat dienstbar zu machen und auf der anderen Seite die Übersiedlung und den Warentransport durch gemeinwirtschaftlich orientierte Tarife zu erleichtern. Die Spar- und Darlehnskasse endlich konzentriert in ihren Agenturen die erübrigten Mittel der Palästinawanderer, finanziert auf diese Weise mittels befristeter, unverzinslicher Darlehen die Alijah und soweit es notwendig und möglich ist, auch die professionelle Ausbildung der Chaluzim in der Diaspora und unterstützt die Einwandernden mit den ersten notwendigen, gleichfalls unverzinslichen Ansetzungsbeihilfen.

Während nun alle diese spezialisierten und differenzierten Funktionen so ausschließlich als möglich den Sekundärinstituten des Syndikats vorbehalten sind, ist ihnen gegenüber der Tätigkeitskreis der Zentralbank auf die allgemeine und zusammenfassend-kontrollierende Bankfunktion eingeschränkt, die ihrer besonderen Position im Mittelpunkt der ganzen Wirtschaftsorganisation der Jewish Agency entspricht. Diese Beschränkung ist ebenso im Interesse des ungestörten Verlaufs ihrer Arbeiten wie im Hinblick auf das Vertrauen der Öffentlichkeit geboten. Es soll dabei nichts unterlassen werden, was für ihre Sicherheit und für ihre volkswirtschaftliche Produktivität diejenigen Garantien bieten könnte, die auch eine vernünftig-vorsichtige Bankgesetzgebung fordern würde. Deshalb ist z. B. das Depositengeschäft grundsätzlich aus dem Bereich ihrer Tätigkeit auszuschalten, obwohl es keineswegs an bankgeschichtlichen Erfahrungen fehlt, die auch die erfolgreiche Möglichkeit einer Kombination von Emissionsfunktion und Aufnahme fremder verzinslicher Gelder bestätigen. Ebenso ist aus dem gleichen Grunde jede Effekten- oder Produktenspekulation von der Zentralbank fernzuhalten. Ihre regulären Aktivgeschäfte sollen vornehmlich Diskontierung guter Wechsel und Lombardierung sicherer Werte sein, die vermittels der Notenemission als dem

regulären Passivgeschäft der Bank, getätigt werden können. Die Bedeutung dieser Disposition wird erst klar, wenn man bedenkt, daß die Zentralbank eben — ähnlich wie in Deutschland etwa unter den Verhältnissen der Vorkriegszeit die Reichsbank für die großen privaten Banken — vor allem das Rediskontierungs- und Relombardierungsinstitut für die Sekundärbanken des Jewish Agency-Syndikats darstellen und diesen so erst eine expansive Entfaltung und eine starke Steigerung ihres Kredits ermöglichen wird.

Unter der Voraussetzung des angenommenen Barbestandes, von etwa 5 Millionen Pfund Sterling, einer speziellen Notendeckung, in die nur sichere Wechsel- und Lombardverpflichtungen u. ä. einbezogen werden, und der subsidiären Deckung des Stammkapitals in den Größen, wie wir sie bereits oben angegeben haben, d. h. also, von weiteren 3 Millionen Pfund Sterling, dürfte es demzufolge ohne jede weitere Schwierigkeit möglich sein, die Notenemission im Falle des wirtschaftlichen Bedürfnisses und im Zuge der fortschreitenden und wachsenden Kolonisationsarbeit auf einen Umlauf bis zu 18—20 Millionen Pfund Sterling auszudehnen. Diese Zirkulation, deren periodischer Umschlag dabei noch gar nicht in Rücklicht gezogen ist, ist aber ihrem Umfang nach zweifellos ausreichend, um die Grundlage auch eines großzügigen und planmäßigen Siedlungswerkes zu bilden. Dabei ist nicht nur die Elastizität der Notenausgabe unserer Zentralbank, sondern auch die Sicherheit und die Stabilität ihrer Arbeit nach Gebühr beachtet und gewährleistet. Ausschlaggebend ist die Rücksicht auf die Verbindung der Zentralbank mit dem Dienst der nationalen Schuld, die unseres Erachtens ihre Tätigkeit mit Sicherungen umgeben muß, wie sie im allgemeinen, in Gebieten, die auf der gleichen sozialökonomischen Entwicklungsstufe stehen wie Palästina, auch für die Noten emittierenden Banken nicht üblich sind.

Auf den Außenposten der Weltwirtschaft, in Gebieten, die ökonomisch noch schwach entwickelt sind, mag im einzelnen freilich ihre Entwicklung auch weiter vorgeschritten sein als die Palästinas, arbeiten jedenfalls die Noten emittierenden Banken oftmals ohne viele sorgsame Kautelen und Beschränkungen und in wagemutigeren, weniger gesicherten Formen. Trotzdem spielen sie anerkanntermaßen eine außerordentliche Rolle im Prozeß der Entfaltung der Produktivkräfte jener Gebiete und die Fruchtbarkeit ihrer Arbeit hat unter der Ungebundenheit ihrer

Struktur keinesfalls gelitten, weil diese lockere Form den gegebenen Bedürfnissen und Möglichkeiten gerade entspricht. Wie weit dabei die Anpassung der Arbeitsmethoden dieser Institute an die spezifischen Bedingungen ihrer Tätigkeitsbezirke zuweilen geht, kann durch einige Hinweise angedeutet werden. Nehmen wir zum Beispiel die Deutsch-Asiatische Bank. Die von ihr ausgegebenen Noten — deren Umlauf sich im Jahre des Kriegsausbruchs auf ungefähr drei Millionen Shanghai-Taels belief — sind überhaupt nicht durch bares Geld gedeckt, sondern lediglich durch Bürgschaftsakzepte deutscher Großbanken (Diskontogesellschaft, Deutsche Bank, Handelsgesellschaft u. a. m.). Eine Maximalhöhe der auszugebenden Noten ist überhaupt nicht vorgeschrieben. Eine weitere Entlastung der Bank liegt in der Vorschrift, daß Noten an ihren Emissionsorten zwar jederzeit zum Nennwert, in den anderen Niederlassungen aber nur so weit eingelöst werden müssen, „als es deren Barbestände und Geldbedürfnisse gestatten.“ *) Nur der Warenhandel für eigene Rechnung und Durchführung von Giro- und Depositengeschäften innerhalb des Deutschen Reiches sind ihr untersagt. Ein anderes Beispiel aus einem der noch überwiegend agrarisch-handwerklichen Balkanstaaten: Die bulgarische Nationalbank (Notenumlauf 1914 Goldnoten ca. 65 000 000 Lev, Silbernoten ca. 25 000 000 Lev) betreibt außer einem ordentlichen Depositen- und Kontokorrentgeschäft nach Art der gewöhnlichen Kommerzbanken, neben Diskont- und Lombardtransaktionen und anderen Zweigen der gewöhnlichen Tätigkeit auch das Hypothekengeschäft, das durch ein besonderes Gesetz geregelt ist.**) Nach diesem Gesetz kann sie städtischen Grundbesitz beleihen und Kommunalbehörden gegen Hypothek oder gegen Verpfändung von Steuern Darlehen gewähren. Die langfristigen Darlehen müssen durch Amortisation in nicht weniger als zehn und nicht mehr als fünfundvierzig Jahren getilgt werden. Zur Beschaffung der für diesen Tätigkeitszweig erforderlichen Mittel kann die Bank Obligationen bis zum zehnfachen Betrag ihres Kapitals ausgeben. Durch Rückstellung von 10 % des Jahresgewinns aus dem Hypothekengeschäft wird ein besonderer Reservefonds zur Deckung etwaiger Verluste aus diesem Geschäft gebildet. Es ist das ein auch für unsere Verhältnisse sehr bemerkenswerter Versuch, den

---

*) S. Georg Obst, Geld-, Bank- und Börsenwesen. S. 149.
**) S. Hultmann, a. a. O. S. 169 ff.

Anforderungen des langfristigen Kreditbedarfs durch eine Kombinierung von Hypothekenkredit und Notenemission in einem Bankinstitut zu genügen.

Mögen nun der Tätigkeit der Jewish Agency-Zentralbank auch engere Schranken gesetzt werden, wie sie die Bankgesetzgebung der reifen kapitalistischen Länder selbst für ihre viel verwickelteren, undurchsichtigen Verkehrsverhältnisse für ausreichend erachtet hat. Diese Sicherung erfolgt, wie bereits erwähnt, vor allem im Interesse der Ordnung unseres nationalen Schuldendienstes, von der wiederum das gedeihliche und planmäßige Fortschreiten der Siedlungsarbeit abhängt. Aber sie ist nur ermöglicht durch die Struktur der ganzen Wirtschaftsorganisation des Syndikats, in deren Rahmen eine weitgehende Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Instituten und eine normale Differenzierung und Abgrenzung der Funktionen stattfinden kann, ohne daß die Einheitlichkeit der Gesamtunternehmung gebrochen wird. Andererseits ist es gerade die Einheitlichkeit der Gesamtunternehmung, auf der eben die konzentrierte Kraft des Jewish Agency-Syndikats, die nationalwirtschaftlich produktivste Verwertung seines Kapitals, die rationellste Durchführung seines Kolonisationswerkes und die höchstmögliche Steigerung seiner Erträge beruht.

Auf den Erträgen nun, die das Syndikat, als eine große konzentrierte Unternehmung aufgefaßt, regelmäßigerweise aus seiner Wirtschaft erzielt, ist der Zinsen- und Tilgungsdienst der Jewish Agency-Anleihe basiert. Die Verwaltung der durch die Kreditaktion entstandenen öffentlichen Schuld vollzieht sich demgemäß ihrer F o r m nach natürlich nicht wie die übliche fiskalisch registrierende und administrierende einer auf Steuern, Zöllen oder derartigen Revenuen gegründeten Anleihe, sondern wie die ökonomisch dirigierende und disponierende eines zentralisierten produktiven Wirtschaftsbetriebes. Ihre Einkünfte sind reguläre „erwirtschaftete“ Überschüsse vom investierten Kapital der eigenen Unternehmung und nicht Einkommensquoten fremder Wirtschaftseinheiten, durch Gesetzgebung, Zwang oder Übereinkunft in ihre Kassen abgeleitet.

Dabei sind, was die Erfolgmöglichkeiten und -Aussichten dieses Ertragssystems anbetrifft, aus dem Aufbau des Jewish Agency-Syndikats einige Schlüsse zu ziehen, die von ausschlaggebender Bedeutung sind. Sie sind geeignet, überzeugend darzutun, daß die Grundlage, die damit der Schuldenverhaltung der

nationalen Anleihe gegeben wird, elastisch, tragfähig und stark genug ist, um auch unter den komplizierten Verhältnissen der jüdischen Palästinakolonisation die regelmäßige Ordnung des Zinsendienstes und der Amortisation völlig sicher zu verbürgen.

Erstens: Das Syndikat wirtschaftet, wie wiederholt erwähnt, mit allen seinen Tochtergesellschaften, Instituten, Fonds als eine geschlossene kombinierte Einheitsunternehmung. Das bedeutet die Einheitlichkeit nicht nur in Arbeitsplan und Verwaltung, sondern auch die Einheitlichkeit in Ertragswirtschaft und Gewinnrechnung. In dieser Beziehung kann das Syndikat durchaus etwa mit einem der riesigen „vertikal-kombinierten" Großbetriebe der Schwerindustrie, die Kohlenzechen, Eisenhütten, Walzwerke, Stahlindustrien, Schiffsreedereien, Elektrowerke, Großhandelskontore in sich vereinigen und deren Rentabilität als Gewinn des Gesamtkomplexes konzentriert erscheint, verglichen werden. *Das Syndikat integriert gleichfalls die Erträge aller seiner Betriebe.* Das bedeutet wiederum, daß an keiner Stelle innerhalb des Gesamtunternehmens Rentenquoten nach außen abströmen müssen und dem Gewinnresultat des Ganzen verloren gehen. Insofern nicht ein einzelnes Institut neues Kapital am offenen Markt aufgenommen hat, (was allerdings der Fall sein kann, z. B. Pfandbriefe der Hypothekenbank!) sind alle Zwischendividenden und Profite, von deren Erwirtschaftung die Existenz jeder privatwirtschaftlichen, individuell bestehenden Einzelunternehmung abhängig ist, ausgeschaltet. Das Syndikat integriert die *ganzen* Erträge seiner Betriebe. Sie alle, Zentralbank wie Sekundärbanken, Großhandelsgesellschaft wie Genossenschaften und Terraingesellschaft können also ihre unzerstückelten Überschüsse — selbstverständlich abzüglich der eigenen Verwaltungsunkosten, Amortisation ihres Inventars und dergleichen — dem Syndikat zur Verfügung stellen. Diese Überschüsse gehen vollständig in den Dienst der nationalen Schuld ein.

Zweitens: Da das Jewish Agency-Syndikat als solches gemeinwirtschaftlich aufgebaut ist, ist es *auch als Gesamtunternehmung* in seinem Dasein und Wirken von der Erlangung eines Kapitalprofits zu eigenem Nutzen nicht abhängig. Während keine *Erwerbs*unternehmung auch nur fortbestehen kann, wenn sie nicht über alle Kosten, einschließlich Kreditkosten, hinaus die durchschnittliche Rentabilität ihres Kapitals zu sichern vermag, *darf sich das Syndikat damit begnügen, Zins und Amortisation für die in seiner Arbeit*

verwandten Kreditkapitalien herauszuwirtschaften. Bringt es in seinen Betrieben aus den Wirtschaftserträgen, die dann vollständig in den Anleihedienst eingehen, die dafür erforderlichen 7½—9 % auf, ohne darüber hinaus seine eigene Bilanz mit einem Gewinn abzuschließen, so kann es seine Wirtschaftsaufgabe dennoch befriedigend gelöst haben. Diese Aufgabe besteht eben gar nicht in der Erwirtschaftung von Eigengewinnen, sondern ausschließlich in der Verwirklichung des nationalen Siedlungswerkes einerseits, in der Abwicklung des Schuldendienstes andererseits. Diese Sachlage bedeutet auch für die geordnete Durchführung der Anleiheverwaltung eine weitere wesentliche Sicherung, da sie eine faktische Entlastung des Syndikats und die Möglichkeit der Konzentrierung aller seiner Energien und Mittel und die Deckung der aus der nationalen Schuld resultierenden Ansprüche zur Folge hat.

Drittens: Aus der Integration der Erträge folgt für das Ganze des Syndikats die Gültigkeit des Prinzips der zusammenhängenden Rente. Es ist das die Erscheinung, die dem gewöhnlichen Phänomen des „zusammenhängenden Preises" korrespondiert und in unserer Zeit der fortschreitenden Betriebskombinationen und Fusionen täglich mehr und mehr an Ausbreitung gewinnt. Jeder kleine Krämer, der in seinem Laden eine bunte Menge von Waren anbietet, folgt dem Prinzip des „zusammenhängenden Preises", indem er häufig die schlechtere oder schwerer abzusetzende Ware unter dem „normalen", zuweilen selbst unter dem Einkaufspreis verkauft, um sich dafür an anderen, besonders gesuchten oder günstig eingekauften Gütern durch Übergewinne schadlos zu halten und so einen Durchschnittsgewinn aus seinem Kapital zu erzielen. Ebenso verfährt im Hinblick auf seine Rente auch der größte und modernste Trust. Auch da wird oftmals von einer Herauslösung der Rentabilität des einzelnen Betriebes innerhalb der Gesamtunternehmung aus der Gesamtrente abgesehen, wenn die Kombination als solche nur im Endresultat mindestens den Durchschnittsprofit erzielt. Es mögen dann, aus welchem Grunde auch immer, sogar völlig unrentable Betriebe in die Kette eingeschaltet sein, wenn nur das Ausbleiben des Gewinns in dem einen Glied in dem anderen ausgeglichen wird. Auf Grund der gleichen Methode kann auch das Syndikat im Tätigkeitsbereich einiger seiner Institute mit einer Rente, die unter dem Zinssatz liegt, dessen es für den Dienst der Anleihe bedarf, vorlieb nehmen, es kann sogar an der oder jener

Stelle gänzlich auf die Rente verzichten, wenn nur diesen Ausfällen relativ höhere Einkünfte anderer Arbeitszweige gegenüberstehen und sich zu einem Mittelwert des Gesamtertrages ausgleichen. Dadurch ist das Syndikat instand gesetzt, z. B. auch der Landwirtschaft, wenn sie in Palästina verhältnismäßig ungünstige Rentabilitätsverhältnisse aufweist, große Kapitalien zufließen zu lassen oder gar völlig unverzinsliche Ansiedlungsbeihilfen, Alijah-Unterstützungen zu gewähren und diese Mindererträge auf der anderen Seite im Handel (Import und Export), Industrie und Bankwesen, Spedition und Transport durch dementsprechend höhere Gewinne wettzumachen. Die Überschüsse, die für den Dienst der nationalen Schuld notwendig sind, werden also nur als durchschnittlicher Reinertrag des Gesamtunternehmens erfordert.

Viertens: Durch die Einschaltung der Notenemission der Zentralbank in den Wirtschaftskreis des Syndikats ist die Ertragsbasis der Gesamtunternehmung und damit also auch die Zinsbasis der Anleihe nicht unwesentlich erweitert. In derselben Proportion hat sich das Zinsrisiko verringert. Wird der rentierende Notenumlauf der Zentralbank als „voll arbeitend" auf das ungefähr Dreifache von Barvorrat plus Stammkapital angenommen, so wird damit der für die Schuldenverwaltung erforderliche Zinsbetrag auf eine dreifach breitere Kapitalbasis verteilt, und der notwendig zu erreichende Gewinnsatz in Prozenten ausgedrückt sinkt auf ein Drittel herab; steht der produktive Notenumlauf zum Bankkapital im Verhältnis von zwei zu eins, so tritt demgemäß nur eine Verdoppelung der tragenden Kapitalfläche und eine Halbierung des Zinssatzes ein. Um ganz grob zu rechnen: Die für den Schuldendienst bereit zu stellende Annuität (Zinsen plus Tilgungsquote), die den aufzubringenden 7½ bis 9 % von 7 Millionen £ entspricht, erfordert auf 14 Millionen £ bezogen, nur eine Verzinsung mit 3¾—4½ %, auf etwa 20 Millionen £ bezogen gar nur die mit 2¾—3¼ Prozent. Diese Sätze als mittlere Profitraten des Gesamtunternehmens gefaßt, brauchen also in der Wirtschaft des Syndikats nicht überschritten zu werden, um den Verpflichtungen, die aus der ersten Anleihe der Jewish Agency resultieren, voll und ganz genügen zu können. Alle Überschüsse, die darüber hinaus erzielt werden können, stehen dann restlos dem Reservefonds oder den Neuanlagen des Syndikats zur Verfügung.

Damit ist die ökonomische Aufgabe, die das Jewish Agency-Syndikat als Träger der Anleihe lösen muß, um die

Verwaltung des durch die Kreditaktion aufgebrachten Kapitals regelmäßig und präzis durchführen zu können, auf die konkrete Erfordernis zurückgeführt, aus seinem Gesamtunternehmen summa summarum einen durchschnittlichen Reinertrag von insgesamt etwa 4½ % herauszuwirtschaften (wenn man — wie angedeutet — nicht einmal den möglichen „vollen Beschäftigungsgrad" der Zentralbank, sondern ein Verhältnis zwischen produktivem Notenumlauf und Bankkapital von nur 2 : 1 zu Grunde legt). Durch die Anpassung unserer Methoden der Kapitalbeschaffung für das Siedlungswerk an die in unserer weltwirtschaftlichen Entwicklungsphase geebenen Bedürfnisse und Möglichkeiten mit Hilfe einer angemessenen Ergänzung des Aufbringungsplans durch koordinierte Methoden der Kapitalverwendung- und der Verwaltung ist so im ganzen ein finanzieller Kolonisationsapparat geschaffen, der elastisch genug aufgebaut ist, um auch unter den schwierigen Bedingungen der Palästinakolonisation standhalten zu können, der dabei gewissermaßen ein Höchstmaß von ökonomischer Rationalität mit einem möglichen Maximum nationalwirtschaftlicher Produktivitiät verbindet und der — auch die Krisen und Mißerfolge in Rechnung gesetzt, die im Palästinaaufbau wie in jeder anderen Siedlungskolonisation großen Maßstabes nicht ausbleiben können —, trotzdem so sicher und gewinnbringend zu arbeiten vermag, daß er den Anforderungen des internationalen Finanzkapitals entsprechen kann, ohne dem Jischuw übermäßige Lasten aufzubürden.

Wenn dieser ganze, groß konstruierte, finanziell-wirtschaftliche Apparat, mit dem Syndikat an der Spitze, als planmäßigen Nutzeffekt eine durchschnittliche Rentabilität von 4½ % erreichen soll, so wird auch der kühlste Kopf nicht bezweifeln, daß, in den Formen der kombinierten gemeinwirtschaftlichen Unternehmung, die wir oben skizziert haben, dieses Minimum-Ziel durchaus in den Grenzen des Möglichen und Erreichbaren gelegen ist.

Selbst die vorsichtigsten Wirtschaftspolitiker, die aus einer genauen Kenntnis der palästinensischen Verhältnisse heraus Rentabilitätsberechnungen versucht haben, halten eine solche Möglichkeit für festbegründet und sicher. Lassen wir dabei Handel, Kreditwesen und Gewerbe aus dem Spiel, die, soweit sie im Lande Fuß fassen, sich selbstverständlich auch in Palästina nicht entfernt mit so niedrigen Gewinn- oder Zinssätzen begnügen. Betrachten wir in erster Linie, um die Tragfähigkeit

des Syndikatwirtschaftsplans unter Berücksichtigung der ungünstigeren Bedingungen zu prüfen, die Rentabilitätsberechnungen für die landwirtschaftliche Kolonisation. Eliminieren wir aus diesem Produktionsgebiet wiederum die Plantagenwirtschaft, die hochwertige Monopolprodukte erzeugt, und, sobald sie sich einmal Absatzwege für ihre Produkte (Orangen, Wein, Mandeln) geschaffen hat, weit höhere Profite trägt, als die hier zur Rede stehenden. „Alle Erfahrungen der Landeskenner," sagt darüber Lichtheim, der sich hauptsächlich auf Ruppin stützt, „stimmen darin überein, daß bei intensiver Wirtschaft und fleißiger Arbeit der Kolonisten eine Rentabilität erreicht wird, die mindestens 10 % des investierten Kapitals, in günstigeren Fällen aber bis zu 20 % erbringt." *) Gehen wir vielmehr sogar auf die Berechnungen zurück, die Ruppin selbst für die palästinensisch-jüdische Landwirtschaft — im engen Sinne des Begriffs — die Getreidebau- und Kleinsiedlerbetriebe seines Kolonisationsschemas aufgestellt hat. Dabei besteht für uns gar keine Notwendigkeit, in den Meinungsstreit einzugreifen, der zeitweilig um diese Berechnungen getobt hat, denen bürokratische Kleinlichkeit und übertriebener Defaitismus vorgeworfen wurde, und deren Ergebnisse als viel zu niedrig gegriffen, „minimalistisch"-unzulänglich und für die Kolonisationspropaganda schädlich abgelehnt wurden. Sei dem wie auch immer. Wird die Zukunft den optimistischeren Gegnern Ruppins den Sieg zusprechen — allerdings scheinen uns leider nur wenig Anhaltspunkte in der palästinensischen Wirklichkeit dafür gegeben zu sein —, so verschieben sich ja nur die Argumente zu unseren Gunsten. Bleibt aber das Recht auf seiner Seite, was sehr viel wahrscheinlicher ist, so stellen auch seine Resultate nur die wirtschaftliche Möglichkeit der Rentabilität ,die das Syndikat braucht, eindeutig fest. Einerlei nämlich, ob die absoluten Gesamt-Reineinnahmen in der Wirklichkeit so ausfallen werden, wie in Ruppins Kolonisationsschema, so ist für unseren Zusammenhang entscheidend, daß das Endergebnis dieser Reineinnahmen den vorherigen Abzug der Abschreibungen auf Gebäude in der Höhe von 2 %, auf das Inventar in der Höhe von 10 %, die Zahlung von Zinsen und Hypothekenamortisation in der Höhe von 6 % bezw. die Entrichtung einer 3%igen Pacht für den Boden des jüdischen Nationalfonds, außerdem natürlich die Zahlung der Steuern an

*) Richard Lichtheim, „Jüdische Rundschau", 1919. Nr. 31, ebenso Curt Nawratzki, a. a. O. S. 139.

den Staat voraussetzt.*) Demnach erscheint nach der vorsichtigen und begründeten Meinung unseres führenden Kolonisationspolitikers eine durchschnittliche Verzinsung des investierten Leihkapitals mit 6 % selbst im Bereich der Getreidebauwirtschaft und der Kleinsiedlung als wirtschaftlich möglich und tragbar. Indessen erfordert das Syndikat für die Durchführung seines Wirtschaftsprogramms nur 4½ % als durchschnittliche Rente des G e s a m t u n t e r n e h m e n s (inkl. Handel, Transport, Banken, industrieller Produktion), die es, sei es in den Betrieben, welche von ihm in eigener Regie bewirtschaftet werden, sei es in den Betrieben, in deren Wirtschaftsführung es nur durch Bereitstellung der erforderlichen Anlage- und Betriebskredite und durch Gewährung von Ansiedlungsbeihilfen eingreift, erzielen kann.

Wenn bisher, wie bekannt, viele landwirtschaftliche Betriebe in Palästina auch diese Verzinsung ihres Kapitals nicht immer haben erreichen können, viele von ihnen auf der Rentabilitätsgrenze balancieren, und manche sogar noch Defizite aufzuweisen haben, so weiß doch jeder mit den Problemen unserer Kolonisation einigermaßen Vertraute, daß die entscheidenden Gründe dafür zum überwiegenden Teile bei den variablen allgemeinwirtschaftlichen Faktoren liegen, deren Änderung im wesentlichen von einer stärkeren Einwanderung und einer relativen Kapitalisierung abhängt und nur durch sie erreicht werden kann. Unter diesen heute die Rentabilität ungünstig beeinflussenden Faktoren stehen die Bedingungen des inneren Marktes und die Verhältnisse des palästinensischen Kreditwesens in erster Reihe. Ein sehr großer Teil der Betriebe, die trotz verhältnismäßig rationeller Betriebsführung die Rentabilitätsgrenze noch nicht überschritten haben, würde durch eine V e r d i c h t u n g d e s i n n e r e n M a r k t e s und durch die S c h a f f u n g e i n e r k a p i t a l k r ä f t i g e n, g r o ß z ü g i g a r b e i t e n d e n K r e d i t o r g a n i s a t i o n wirtschaftlich endgültig konsolidiert werden. Und gerade diese Wirkungen müssen als Folgen der Tätigkeit des Syndikats und seiner Institute in der palästinensisch-jüdischen Wirtschaft eintreten. Eine planmäßige und größere Immigration setzt ein. Nur wenn man sich vor Augen hält, wie eng gegenwärtig dem Absatz unserer agrarischen Produktion im Lande selbst die Grenzen gesteckt sind, kann es verständlich werden, wie stark die Einflüsse einer jährlichen Einwanderung auch nur von 30 000 bis 50 000 Menschen auf die

*) Vgl. Ruppin, a. a. O. S. 248—255.

innere Marktgestaltung in Palästina sein müssen. Nicht nur in der Rentabilität, sondern auch in der Produktionsweise der landwirtschaftlichen Betriebe würde sich ein tiefgreifender Umschwung vollziehen. Mit Recht hat Wilkanski in seiner neuesten Schrift die Zusammenhänge betont, die zwischen dem Mangel an einem relativ aufnahmefähigen inneren Markt oder an Kaufkraft in den wenigen Städten und den großen Schwierigkeiten, auf die die kapitalintensiven landwirtschaftlichen Betriebe in ihrem Kampf ums Dasein stoßen, bestehen. Er hat — unter anderem — auch mit diesem Motiv seine Argumentation zugunsten eines Provisoriums der extensiven landwirtschaftlichen Betriebsführung begründet, die solange den gewöhnlichen Typ unserer landwirtschaftlichen Kolonisation darstellen müsse, als nicht eben auch in den Absatzbedingungen des Inlandes eine Änderung vorgegangen sei. Gewiß aber würde eine relative Verstärkung der Aufnahmefähigkeit des palästinensischen Marktes nicht nur den Übergang zur intensiven Kultur eröffnen, sondern auch die Rentabilitätsbedingungen selbst der schwächsten unserer bestehenden Betriebe radikal umgestalten. Dazu gesellt sich mit dem Einsetzen der Syndikatwirtschaft in Palästina eine modern aufgebaute und mächtige Bankorganisation, die es als eine ihrer hauptsächlichen Aufgaben betrachten wird, die jüdische Landwirtschaft zu unterstützen, unsere agrarische Produktionsbasis im Lande und damit auch die Immigrationsbasis fortschreitend zu erweitern. Neben dem Mangel an geeigneten Marktbedingungen liegt aber hierin der zweite für die ökonomische Existenz unserer Betriebe ausschlaggebende Faktor. Wie viele von ihnen können sich nur deshalb nicht endgültig konsolidieren und wirtschaftlich unabhängig machen, weil die 30 %, oder gar noch mehr, die sie an private Geldgeber leisten müssen, für ihre Wirtschaft nicht tragbar sind. Wie viele gelangen nur deshalb nicht zu größerem Wohlstand, weil es ihnen, selbst unter noch so schweren Opfern, nicht gelingt, die Mittel aufzubringen, die ihnen gestatteten, ihre Betriebsführung zu rationalisieren, ihre Wirtschaft auszubauen oder auch nur für den Verkauf ihrer Ernte den günstigsten Zeitpunkt abzuwarten. Auch in dieser Beziehung muß der Beginn der Tätigkeit der Syndikatsinstitute im Lande eine weitreichende Wandlung der Situation im Gefolge haben, als deren Resultat mindestens die endgültige Sicherung einer, wenn auch nur mittelmäßigen Rente in dem ganzen Frontabschnitt der palästinensisch-jüdischen Landwirtschaft angenommen werden darf. Dieses Resultat kann

nur durch eine so konzentrierte Kapitalkraft erreicht werden, wie sie das Syndikat repräsentiert, und es genügt, um die Wirtschaftsführung des Syndikats zu sichern, die ihrer Richtung und Art nach den gegebenen palästinensischen Bedingungen angepaßt ist. So daß das Minimum-Ziel der Durchschnittsrente in der Wirklichkeit höchstwahrscheinlich nicht unwesentlich überschritten werden dürfte.

Wofür aus der palästinensischen Wirtschaftserfahrung verständlicherweise noch überhaupt keine tatsächlichen Belege zu erbringen sind, sind die Rentabilitätsaussichten der Zentralbank, wenn man ihre Geschäftsführung aus dem Gesamtunternehmen des Jewish Agency-Syndikats herauslöst. Hier muß also notgedrungen zu Beobachtungen gegriffen werden, die in anderen Gebieten gemacht worden sind, wobei die Unzulänglichkeit des Vergleichs von Orten heterogener ökonomischer Bedingungen immer berücksichtigt werden muß. Wählt man zum Beispiel Gebiete, die wenigstens in ihrer Größe unter die kleineren Kolonialgebiete gerechnet werden, so kann man als Beispiel etwa die sechs französischen kolonialen Notenbanken heranziehen. Von ihnen verteilten in einem durchaus durchschnittlichen Geschäftsjahr (1901—1902) vier Institute Dividenden, die über, teilweise weit über der für unsere Zentralbank erforderlichen Durchschnittsrente lagen, und zwar die Bank von Indochina 24 %, die Bank in Guyana 20,7 %, die Bank in Réunion 7,83 %, die Westafrikanische Bank 5 %. Eine, die Bank von Martinique, kam mit 4 % ungefähr dem Syndikatssatz gleich. Nur eine einzige, die Bank von Guadeloupe, konnte in diesem Jahre keine Dividenden ausschütten.*) Die Privatnotenbanken in Deutschland, von denen wenigstens drei gleichfalls in stark bäuerlich-agrarwirtschaftlichen Gebieten arbeiteten und deren Aktionsradius auch über einen bestimmten, nicht allzu weiten Kreis kaum hinausreichte, erzielten in den Jahren vor dem Kriegsausbruch an Dividenden:

| Name der Bank | Dividende in Prozent | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 1907 | 1908 | 1909 | 1912 | 1913 |
| Badische Bank | 8 | 7 | 5,75 | 7 | 8 |
| Württembergische Bank | 7 | 6 | 5 | 6 | 6,75 |
| Sächsische Bank | 10 | 9 | 8 | 8 | 8 |
| Bayrische Bank | 12 | 11 | 10 | 11 | 11 |

*) A. Zimmermann, a. a. O. S. 269.

So vorsichtig man bei Schlüssen von andersgearteten, besonders den europäischen, auf palästinensische Verhältnisse oder Möglichkeiten auch vorgehen muß, so wenig braucht man vor den Hinweisen, die diese Ergebnisse enthalten, die Augen zu verschließen. Zumal wenn man bedenkt, daß alle die genannten Bankinstitute als individuelle Betriebe arbeiten mußten und ihre Rente erreichten, obwohl sie der fördernden und unterstützenden Einordnung in das größere Ganze einer umfassenden Wirtschaftsorganisation entbehrten, über die unsere Zentralbank im Syndikat zu ihrem eigenen Nutzen wird verfügen können.

Nach alledem steht die allgemeine Möglichkeit mit Hilfe des Syndikats mindestens den Schuldendienst der ersten Jewish Agency-Anleihe zu sichern, wahrscheinlich aber darüber hinaus die eigenen Reserven des Kolonisationstrusts stärken oder zu Neuanlagen schreiten zu können, wohl auch bei vorsichtiger Abschätzung der zu erwartenden Erträge ganz außer Frage. Dagegen bedarf ein engeres Detailproblem, das sich hier stellt, noch einer besonderen Beachtung. Es ist das die Frage der ersten Wirtschaftsjahre, in denen der Aufbau des Syndikats und der von ihm geschaffenen, geleiteten, kontrollierten oder finanziell unterstützten Betriebe noch nicht so weit abgeschlossen ist, daß sie ihre regulären Wirtschaftsresultate erzielen könnten, während die Verzinsung der aufgenommenen Kreditkapitalien vom ersten Tage an erforderlich wird, und mit aller Pünktlichkeit durchgeführt werden muß. Ruppin betrachtet sogar diese Schwierigkeit als ein gewichtiges Argument gegen die Verwirklichung des Anleihegedankens im gegenwärtigen Entwicklungsstadium unserer Siedlungsarbeit. „Außerdem," schreibt er, „verlangt eine Anleihe von vornherein eine feste Verzinsung. Es ist aber sehr leicht möglich, daß das Kolonisationswerk gerade in den ersten Jahren noch nicht die zur Zinszahlung erforderlichen Erträge liefert." *) Tatsächlich müssen für diese Zeit, die ersten drei Jahre etwa, die Mittel für den Anleihedienst aus anderen Quellen als den normalen wirtschaftlichen Erträgen des Syndikats bereitgestellt werden. Rechnet man die Reineinnahmen dieser Jahre aus den schon heute bestehenden nationalen Siedlungen, die dann ja dem Jewish Agency-Syndikat eingegliedert sein würden, und die Zinserträge des in ausländischen Staatspapieren usw. angelegten Reservekapitals der Zentralbank gegen die Verwaltungskosten, die Gründungsspesen und

*) Ruppin, a. a. O. S. 171.

die Steuerverpflichtungen der gleichen Zeit auf, so bleibt doch für den eigentlichen Zinsendienst der Anleihe eine Einnahmequelle offen, die vollauf genügt, um diese Funktion zu erfüllen (genau so, wie es nicht genügt, um alle Funktionen des Palästinaaufbaus zu erfüllen). Das sind die nationalen Sammelkapitalien, also z. B. die Einnahmen des Keren Hajessod. Die Einnahmen des Keren Hajessod können, auch wenn sie inzwischen keine Erhöhung erfahren, den Ansprüchen, die aus dem Schuldendienst in den ersten Jahren resultieren, ohne Schwierigkeiten genügen. In dieser Periode werden ja nur die de facto abgerufenen Teile des Gesamtkapitals zu verzinsen sein. Rechnet man für diese Zeit mit dem Einsatz von eineinhalb bis vier Millionen Pfund Sterling Kreditkapitals in die Arbeit des Syndikats, so ergeben sich, bei 7½—9 % (wovon eigentlich das 1 % Amortisation noch abzuziehen ist, da in den ersten Jahren eine Tilgung nicht stattfindet) aufzubringende Annuitäten von 112 500 bis 135 000 £ für das erste, 337 500 bis 360 000 £ für das dritte Jahr. Das aber sind Summen, wie sie auch durch die Ergebnisse der Keren Hajessod-Sammlung in den schweren Jahren der Krisis, 1921—1923, noch übertroffen oder zum mindesten erreicht worden sind.

Auf diese Weise sind auch die nationalen Spendensammlungen dem ganzen Wirtschaftsplan des Jewish Agency-Syndikats einzuordnen, dessen natürliche Ergänzung sie darstellen. Übrigens dürfte gerade eine derartige Einordnung der nationalen Spendenaktion in ein umfassendes Finanzsystem — auf weitere Sicht gesehen — höchstwahrscheinlich eine nicht unbeträchtliche Steigerung ihrer Erträge zur Folge haben. Dagegen wirkt die gegenwärtige Situation, in der an diese Methoden Erwartungen geknüpft werden, die sie nicht rechtfertigen können, eher in der umgekehrten Richtung. Voll erfüllte — wenn auch begrenzte — Funktionen, sind für die Handhabung und die Entwicklung einer finanziellen Methode oder eines wirtschaftspolitischen Instruments ohne Zweifel günstiger als allgemeine Zwecksetzungen und weitgefaßte Bestimmungen, denen nicht vollständig Genüge getan werden kann, so daß Unzufriedenheit und Mißstimmung die Oberhand gewinnen. Zudem gibt es, um eine Erhöhung der Erträge der nationalen Spendensammlungen zu erzielen, erfahrungsgemäß keine geeigneteren Hilfsmittel, als eine erweiterte und stark strömende Alijah nach Palästina und eine großzügige Siedlungsarbeit im Lande, wie sie etwa durch

die Kooperation von Syndikat und nationalen Fonds in Bewegung gesetzt werden.

Die Erträge der nationalen Spendensammlungen, die über die für die Verzinsung der Kreditkapitalien erforderlichen Summen hinaus verfügbar bleiben, ebenso wie die Gesamteinnahmen dieser Fonds nach Ablauf der ersten Periode und nach Übertragung des ganzen Schuldendienstes der Anleihe auf die eigene Rechnung des Syndikats können dann vollständig für à-fondsperdu-Ausgaben, für nicht direkt rentierende Anlagen oder für nicht wirtschaftliche Zwecke (nicht rückzahlbare Wanderungs- oder Siedlungsbeihilfen, Adaptierung der Böden, Schulwesen, sanitäre Organisation und Volkwohlfahrtspflege, öffentliche Kunstpflege usw.) bereitgestellt werden. Viele von diesen Ausgaben sind allerdings im Grunde Verpflichtungen, die in den natürlichen Tätigkeitsbereich der palästinensischen staatlichen Administration fallen, nur daß sie im Interesse unserer eigenen Siedlungsarbeit nicht so lange aufgeschoben werden können, bis die Regierung in den Besitz der zu ihrer Durchführung notwendigen Mittel gelangt ist. Einige dieser Funktionen bedürfen überdies — besonders unter den historisch gegebenen Verhältnissen Palästinas — der eindeutig bestimmten nationalen Kontrolle. So gesund darum in ihrem Kern die wirtschaftspolitische Forderung ist, diese allgemein-gesellschaftlichen Aufgaben, wenigstens bis zu einem proportionalen Pflichtteil, auf die staatliche Administration zu übertragen, um alle unsere disponiblen Mittel auf die nationalwirtschaftlich produktivsten wirtschaftlichen Verwertungsgebiete konzentrieren zu können, so augenscheinlich ist es doch, daß diese Forderung in concreto vorläufig nur in recht beschränktem Maße zu verwirklichen sein wird. Natürlich soll auch in der Wirklichkeit jede mögliche, sich wechselseitig stützende Kooperation von Administration und Syndikat angestrebt werden. Wenn wir indessen nicht wollen, daß unsere kolonisatorisch-konstruktive Arbeit gehemmt oder mancherorten gar gefährdet werde, so werden wir trotzdem gezwungen sein, ohne Zögern überall da mit unserem nationalen Kapital in die Bresche zu springen, wo die staatliche Administration, willentlich oder gezwungenermaßen, eine klaffende Lücke läßt. Dieser Bereich ist dann die natürliche Arbeitsdomäne der nationalen Sammelkapitalien, die auch in dieser Hinsicht durch ihre ergänzende Mitarbeit die produktivste Durchführung des Wirtschaftsplans des Jewish Agency-Syndikats ermöglichen.

Daß aus diesem Grunde an der Fortführung und dem Ausbau der nationalen Sammelaktion mit Energie gearbeitet werden soll, wurde schon wiederholt betont. Man darf nicht vergessen, daß diese Kapitalien, wie überhaupt alle Mittel, die das Judentum der ganzen Welt nach Palästina fließen läßt, neben ihrem direkten Verwendungszweck die außerordentlich wichtige volkswirtschaftliche Funktion erfüllen, den Ausgleich und das Gleichgewicht in der palästinensisch-jüdischen Zahlungsbilanz herzustellen, die durch ein anormales und ökonomisch unhaltbares Verhältnis des Imports zum Export schwer belastet ist. In gewissem Sinne ist auch dieser Ausgleich eine Voraussetzung für die fruchtbare und sichere Tätigkeit des Syndikats.

Das Syndikat selbst (im engeren Sinne des Wortes) als Instanz aufgefaßt, fungiert in dem ganzen finanziell-wirtschaftlichen System als integrierendes zentrales Organ der Verwaltung. Garantieorganisation und Anleiheaufnahme, Aufbau der ökonomischen Verwertungsorganisation, Kontrolle der Banken und der übrigen sekundären Institute, Verwaltung der in eigener Regie bewirtschafteten Betriebe in Stadt und Land, Koordinierung der nationalen Sammelkapitalien, Zinsendienst und Tilgung der Anleihe — alle Fäden laufen im Syndikat zusammen. Während im allgemeinen die Wirtschaftsführung der einzelnen Betriebe, Abteilungen, Institute nur der statutenmäßig vorgesehenen Regelung unterliegt, so daß ihre ökonomische Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit gewahrt bleibt, wird damit die zentrale Zusammenfassung und leitende Kontrolle geschaffen, die eine so große, aus vielen differenzierten Teilen kombinierte Unternehmung ,schon um der Rationalität und Exaktheit ihrer Geschäftsführung willen erheischt.

Das Direktorium des Syndikats als die oberste Wirtschaftsbehörde der Jewish Agency muß dieser Position entsprechend zusammengesetzt sein. Zu einem Teil mag es aus eigens gewählten Delegierten der Jewish Agency bestehen, die ihre Kräfte dem Kolonisationswerk widmen wollen, zum anderen werden die Direktoren der Zentralbank, der Sekundärinstitute, des Kolonisationsdepartements und der Schuldenverwaltung in diese Körperschaft berufen werden müssen. Außerdem werden Vertreter der Syndikatsgaranten, des Emissions-Konsortiums, der staatlichen Administration Palästinas, im Falle, daß die subsidiäre Garantie zustande kommt, vielleicht auch ein Kommissar des Völkerbundes an seinen Arbeiten teilzunehmen wünschen, um den Kontrollkontakt aufrecht zu erhalten.

Schluß.

# Planmäßige Großkolonisation.

Mit der Durchführung des umfassenden kapitalpolitischen Programms der Jewish Agency, wie es in den Grundlinien hier angedeutet wurde, wird der Versuch unternommen, das „große" Finanzproblem des Palästinaaufbaus zu fassen und seiner Lösung entgegenzuführen. Die zionistischen Budgetnöte der nächsten Tage und Wochen werden dadurch nicht behoben. Es gibt wohl für sie auch überhaupt keine Rezepte, die über Nacht wirken können. Die gegenwärtig aktuellen finanziellen und finanzorganisatorischen Probleme werden dadurch nicht gelöst. Sie bleiben — für den Augenblick — samt und sonders bestehen und erfordern ernste Aufmerksamkeit und energische Reformen. Die Vereinheitlichung der nationalen Sammelaktionen, der Ausbau des Beamtenapparats, die Ausgestaltung der Keren Hajessod-Arbeit, die Regelung des Verhältnisses zwischen Keren Hajessod und Nationalfonds einerseits, zwischen Keren Hajessod und zionistischer Organisation andererseits, die proportionale Verwendung der aufgebrachten Gelder im Palästinaetat, die Dividendenverteilung des Jewish Colonial Trust, die Geschäftsführung der Anglo-Palestine-Company, die Übertragung der langfristig festgelegten Kapitalien der Anglo-Palestine-Company auf die Hypothekenbank, alle diese und noch viele andere Fragen müssen geklärt und ihre Lösung in der Wirklichkeit in Angriff genommen werden. Aber die zäheste Bemühung um die vielen, kleineren oder bedeutenderen, Verbesserungen und die beharrliche Sorge um den morgigen Tag und den nächsten Schritt muß ermatten und in eingestandener oder verschleierter Resignation enden, wenn nicht klare Perspektiven auf einen befreienden Umschwung und die großzügige Fortführung der Aufbauarbeit sich hinter ihr auftun und sie zu steter Anspannung aller Kräfte anspornen. Sie gewinnt erst ihren Sinn durch den großen und umfassenden Arbeitsplan, der hinter den Mühen des heutigen Tages steht und sie durch seine Ausblicke rechtfertigt und erträglich macht.

Die Jewish Agency muß zur Trägerin dieses Planes werden und ihre kapitalpolitische Aktion auf seine Vorbereitung und Verwirklichung einstellen. Sie wird dadurch zugleich zur höchsten

leitenden Instanz des ganzen palästinensisch-jüdischen Siedlungswerkes.

Das Siedlungswerk selbst aber wird durch seine Basierung auf ein festbegründetes und weitreichendes System der Kapitalaufbringung und der Kapitalverwaltung auf die Bahnen großzügiger nationaler Kolonisationspolitik zurückgeleitet, von denen es in den letzten Jahren unter dem Druck des chronischen Geldmangels abgedrängt zu werden drohte. Mehr noch. Mit der Durchführung des Syndikatprogramms wird ihm nicht nur ein zweckdienlicher und leistungsfähiger Apparat gegeben, mit dessen Hilfe die Aufbauarbeit planmäßig einsetzen und systematisch fortgeführt werden kann, sondern es ist damit zugleich in den Grundlinien der Aufriß der finanziellen Organisation und der wirtschaftlichen Struktur unserer zukünftigen konsolidierten nationalen Siedlung bestimmt. In beständiger, ungebrochener sozialer und ökonomischer Weiterentwicklung kann dann aus den Institutionen, auf denen das Jewish Agency-Syndikat seine Arbeit im Lande begründet, das System erwachsen, das die wirtschaftsorganisatorische Grundlage der „nationalen Heimstätte" des jüdischen Volkes in Palästina bilden wird. Unsere Kolonisationspolitik gewinnt dadurch Sicherheit, Klarheit und die ruhige Stetigkeit des auf weite Perspektiven gerichteten Wirkens.

Im Brennpunkt dieses ganzen Systems, das bedeutet im Zentrum des ganzen Kolonisationswerkes, steht dann in machtvollem Aufbau das Syndikat der Jewish Agency. In ihm konzentriert sich die überragende Kapitalkraft des palästinensischen Wirtschaftslebens, der keine andere im Lande — vielleicht keine im ganzen mittleren Orient — auch nur annähernd gleichkommt. Das Syndikat verfügt in seinen verschiedenen Instituten über ein differenziertes Instrumentarium, das es ihm ermöglicht, nach eigenen Siedlungs- und Wirtschaftsplänen, unabhängig von äußeren Faktoren, unabhängig auch von der Bereitwilligkeit des jüdischen Privatkapitals zu Investionen in Palästina, sein großzügiges Programm der nationalen Kolonisation zu verwirklichen. Das Syndikat vermag zudem an die Durchführung von Plänen zu gehen, die die Kraft kleinerer Unternehmungen übersteigen — den Bau von Kraftwerken u. dgl. — oder deren Durchführung das private Kapital nicht wagen würde — Anbauversuche, die große Maßstäbe erfordern, wie die Baumwollpflanzung, die Einführung neuer gewerblicher Produktionszweige im Lande usw. Aber dieser ganze große finanziell-wirtschaftliche „Kolonisationstrust"

mit seinem ganzen Produktionsapparat, mit allen seinen Tochtergesellschaften und Zweigunternehmungen, Banken und Darlehnskassen, Transport- und Handelsgesellschaften, seinen Siedlungen und gewerblichen Genossenschaften, seinen elektrischen Stationen, seinen Mustergütern und industriellen Produktionsbetrieben steht unter der unmittelbaren Kontrolle und Leitung der kolonisierenden Volksgemeinschaft. Ihre Interessen und die sozialen Kräfte, die hinter ihnen stehen, bestimmen die Richtung und den Inhalt seiner Arbeit; durch seine Arbeit wird die kolonisierende Volksgemeinschaft als solche zum mächtigsten Wirtschaftsfaktor im Prozeß des Palästinaaufbauwerkes. Innerhalb des jüdischen Jischuw wird so die gemeinwirtschaftlich gerichtete ökonomische Organisation der Jewish Agency zur beherrschenden, die Entwicklung de facto bestimmenden Kraft.

Auf der anderen Seite aber sind mit dem Aufbau des Syndikats auch für die Tätigkeit des privaten Erwerbskapitals in Palästina in gewissem Maße neue Voraussetzungen geschaffen. Die Veränderung, die mit der Entfaltung der Tätigkeit des Syndikats und der dadurch ermöglichten Erweiterung der Immigration, in den Marktbedingungen und in den Kaufkraftverhältnissen vor sich geht, kommt den Unternehmungen der privaten Initiative in dem gleichen Maße zugute wie den nationalen Betrieben. Zudem wird den privaten Unternehmungen in den Banken des Jewish Agency-Syndikats die moderne und weit ausgebaute Kreditorganisation gegeben, die die unerläßliche Vorbedingung für ihre sichere Existenz und Arbeitsmöglichkeit darstellt. Endlich ist durch den Umstand, daß die privaten Betriebe sich dann auf die arbeitsteilige Kooperation des ganzen Syndikatskapitals werden stützen können, ihre Operationsbasis bedeutend breiter geworden. Besonders im Bereich der gewerblichen Produktion könnte unter diesen Verhältnissen die private Unternehmung sich reicher und weiter entfalten.

Aber stets, auch das Eindringen des Erwerbskapitals im weitesten Umkreis und die Entwicklung einer blühenden privaten Wirtschaft vorausgesetzt, wird in der jüdisch-palästinensischen Siedlung die höchste Kontrolle und die beherrschende Macht dem nationalen Kolonisationstrust der Jewish Agency gesichert bleiben. Er verfügt, um diese gesellschaftliche Kontrolle wirksam zu gestalten, über genügende Mittel:

a) den Diskontsatz seiner Banken, bei denen die faktisch ausschlaggebende Kreditmacht des Landes konzentriert ist;

b) die Tarife seiner Transportbetriebe und der Kraftwerke, die die Energie für die Produktion liefern;
c) die Preise der lebenswichtigen Produkte, die es als Großproduzent wie als Großkonsument entscheidend beeinflussen kann;
d) die Aufsicht, welche die Kreditinstitute im regelmäßigen Geschäftsgang über die von ihnen finanzierten und gehaltenen Unternehmungen ausüben;
e) das Vorkaufsrecht, welches sich das Syndikat auf die von ihm geschaffenen oder stark unterstützten privaten Unternehmungen sichern kann.

Aus der überragenden Stellung, die damit die Finanzorganisation der Jewish Agency für das gesamte Palästinaaufbauwerk bekommt, folgt natürlicherweise ihre gesteigerte Verantwortlichkeit für eine planmäßige Durchführung des Wanderungs- und des Siedlungsprogramms und die außerordentliche Bedeutung, die dem Kurs, den ihre Wirtschafts- und Kolonisationspolitik einzuschlagen gedenkt, zuzuschreiben ist. Von ihrer Seite wiederum folgt daraus die Notwendigkeit, ein festumrissenes und umfassendes System der Migrations- und der Kolonisationspolitik ihrem kapitalpolitischen System an die Seite zu stellen. Wie stark der Mangel war, der in dieser Beziehung bisher geherrscht hat, und wie schädlich die Wirkungen dieser Systemlosigkeit unserer Wirtschafts -und Kolonisationspolitik im Lande schon jetzt geworden sind, zeigen deutlich zahlreiche Erscheinungen aus der nahen Vergangenheit und der Gegenwart. Wollen wir ein krasses Beispiel aus vielen herausgreifen, so sei an die noch bis zum heutigen Tage nicht völlig geklärte Haltung erinnert, die die jüdischen Vertreter im Palestine Advisory Council in der Frage der Aufhebung jener bodenreformerisch gefärbten Erstlingsverfügungen Herbert Samuels, die die blindwütige Terrainspekulation ausschalten sollten, eingenommen haben. Ist man sich darüber klar, eine wie ernste Gefahrenquelle für die Zukunft unserer nationalen Siedlung in der sprunghaften Steigerung der Bodenpreise liegt, so wird man den tiefen Widerspruch, der zwischen der Zustimmung der Juden zur Aufhebung der Schutzgesetze und unseren nationalen Aspirationen im Lande liegt, nur durch das vollständige Fehlen eines kolonisations- und wirtschaftspolitischen Systems verständlich machen können. Ähnliche Beispiele können in langer Reihe auch aus anderen Gebieten, der Handelspolitik, der Bodenkaufpolitik, der Steuerpolitik des jüdischen Jischuw in Palästina nachgewiesen werden.

Alle die Fragen, die hier in bezug auf die Methoden unserer Siedlungsarbeit und Wirtschaft in Stadt und Land und in bezug auf die Organisierung der Alijah gestellt und beantwortet werden müssen, können im Rahmen dieser Schrift nicht einmal gestreift werden.

Der migrationspolitische Plan muß im einzelnen die Methoden und Maße der Vorbereitung der für die Alijah bereitstehenden qualifizierten Arbeiter, die Organisationsformen der Wanderung, Finanzierung des Transports und das System der Berufsberatung und der beruflichen Ausbildung enthalten. An Stelle der heute gegebenen, mehr oder minder lockeren Hachscharah- und Alijah-Organisation muß ein straff gespanntes Netz von Ausbildungs- und Überleitungsstellen das ganze Diasporajudentum umspannen, um die jährlich nach Palästina abgerufene Zahl von Menschen zu erfassen und zu organisieren. Mit der Verfügung über ein konzentriertes nationalwirtschaftlich eingesetztes Kapital ist ja endlich der furchtbare Widerspruch aufgehoben, der nur dem liberalen Denken naturgesetzlich erscheinen konnte: Ein halb wüstes, der Erschließung und Kultur harrendes Land, ein gehetztes und landloses Volk, das zur Arbeit und zur Freiheit strebt — und doch keine breit strömende Einwanderung, drohende Arbeitslosigkeit, ein gerüttelt Maß administrativer Maßnahmen zum Schutz gegen eine Erweiterung der Immigration, furchtsame Bedenklichkeit der Verantwortlichen, als stünde bereits die leibhaftige Übervölkerung vor der Tür. Die Verwirklichung unseres Finanzplans ermöglicht dagegen nicht nur eine bedeutende Ausdehnung der Alijah, sondern sie erfordert sie sogar. Für das ökonomische Gelingen seines Wirtschaftsplanes ist das Syndikat auf eine starke Einwanderung von Juden nach Palästina im allgemeinen, und die Bereitstellung der erforderlichen qualifizierten Arbeiterschaft für Landwirtschaft, Handwerk und Industrie geradezu angewiesen. Von diesen neuen Voraussetzungen hat der Alijah-Plan der Jewish Agency auszugehen. An die Stelle des ängstlichen Feilschens um das „Zertifikat" muß eine großzügig aufgebaute Vorbereitungs- und Organisierungsarbeit treten, von deren diszipliniertem Fortgang auch der planmäßige Verlauf der Siedlungsarbeit im Lande abhägig sein wird.

Was nun das wirtschaftspolitische System der Jewish Agency anbetrifft, so muß es selbstverständlich die Richtlinien für unsere ganze Siedlungsarbeit, Bodenkaufpolitik, landwirtschaftliche Produktionspolitik (Produktionsrichtung, Produktionsweise, Produktionsformen usw.), Handels -und Kreditpolitik und so fort ent-

halten. In den Mittelpunkt dieses Systems müßte unseres Erachtens eine wirtschaftspolitische Aktion gesetzt werden, von deren Erfolgen für die ökonomische Weiterentwicklung des jüdischen Jischuw und damit auch für die Arbeit des Syndikats sehr viel abhängt und deren Ziel es sein soll, *eine Normalisierung der palästinensisch-jüdischen Handelsbilanz herbeizuführen.* Das Verhältnis, in dem heute Import und Export in Palästina zueinander stehen, ist jedenfalls auf die Dauer wirtschaftlich nicht tragbar und eine ernste Gefahr für unsere gesunde ökonomische Existenz im Lande. Diese Aktion müßte sich zunächst nach vier Richtungen hin erstrecken:

1. *Steigerung der inländischen Produktion und Durchsetzung der dafür erforderlichen wirtschaftlichen Schutzmaßnahmen.* Dadurch soll die Einfuhr aller Güter, die im Lande selbst hergestellt werden können, sowohl in der Urproduktion (vor allem Zucker, Tabak, Getreide, Wolle, vielleicht auch Baumwolle) als auch in den weiterverarbeitenden Gewerben (Bausteine, Textilien usw.) überflüssig gemacht werden.

2. *Anpassung des standard of life des jüdischen Jischuw an die natürlichen wirtschaftlichen Bedingungen des Landes und des Kolonisationswerkes.* Diese Anpassung, die mit den Konsummanieren, die heute in weiten Kreisen der palästinensisch-jüdischen Bevölkerung herrschen, aufräumen muß, muß mit den Städten und in den Städten mit den Gehältern und Einkommen der hohen und mittleren Einkommensstufen einsetzen. Dadurch wird die anormale Expansion des entbehrlichen Imports eingedämmt, das Preisniveau im Lande gesenkt. Seit Jahren hat *Jakow Rabinowitsch* unermüdlich — aber bisher fruchtlos — auf diesen ganzen Problemkomplex hingewiesen.

3. *Senkung der Produktionskosten im allgemeinen, der Kosten der landwirtschaftlichen Kolonisation im besonderen* durch die Anpassung der Arbeitsmethoden an die natürlichen, von übertriebenen äußeren Kapitalzuschüssen so weit als möglich losgesösten wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes. Hat *Wilkanski* in letzter Zeit auf diese Notwendigkeit unter dem Gesichtspunkt der Rentabilisierung des einzelnen Betriebes — durch die dadurch eintretende Normalisierung des Verhältnisses zwischen Kosten

und Ertrag — hingewiesen, so erscheint sie hier in einem neuen und allgemeineren Sinne. Auch dadurch wird ja ein Teil des heute die Handelsbilanz beschwerenden Imports überflüssig gemacht.

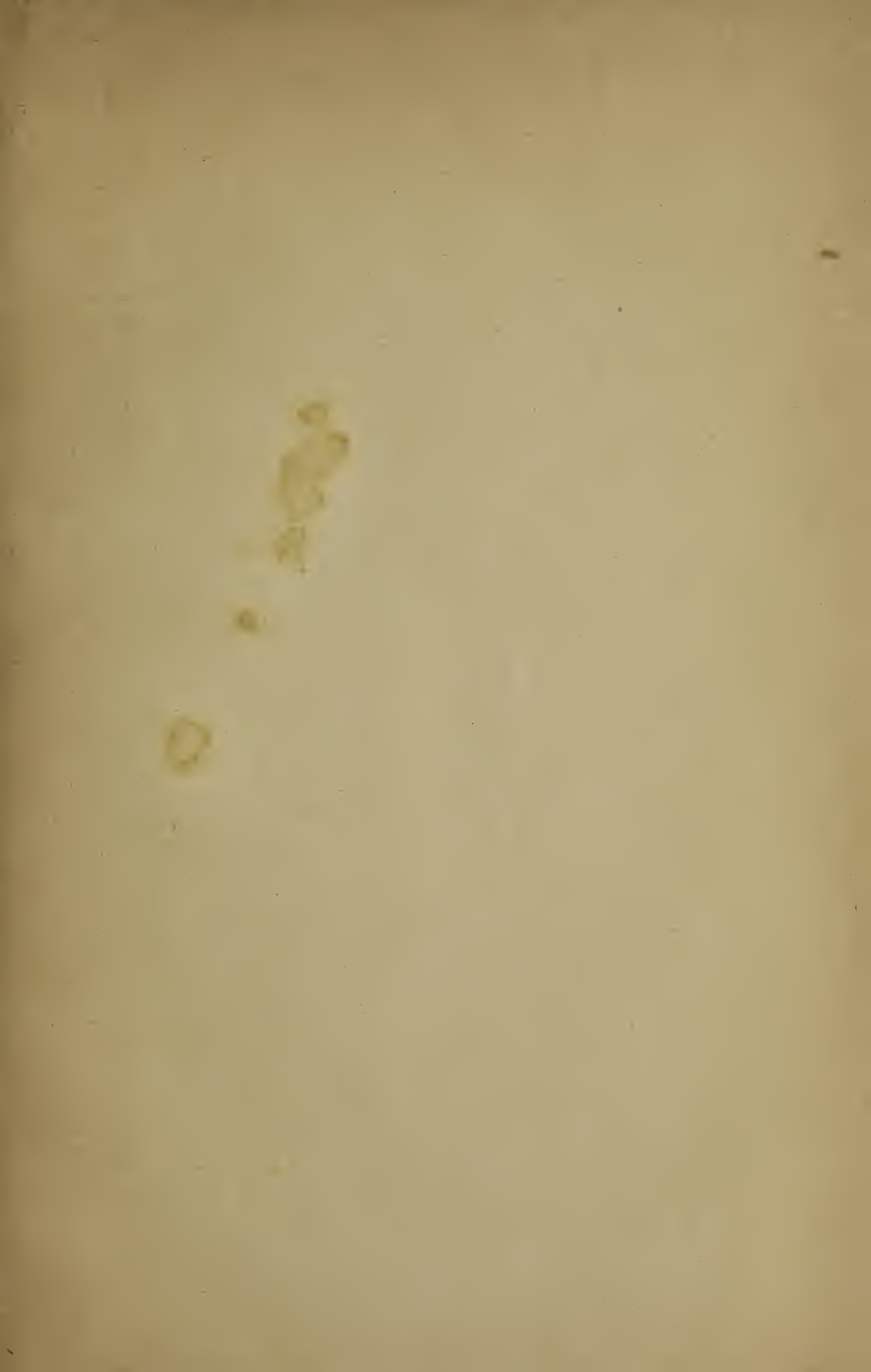
4. Einstellung der palästinensischen Exportproduktion auf die Erzeugung von Gütern hohen weltwirtschaftlichen Grenznutzens — wie es die lebenswichtigen Bekleidungs- und Ernährungsrohstoffe sind, deren Markt besonders nach dem Weltkrieg in ganz anderem Umfange gesichert ist, als der für Güter niedrigen volkswirtschaftlichen Grenznutzens, mögen sie im übrigen auch Monopolprodukte hoher Qualität sein (wie Orangen, Wein, Mandeln).

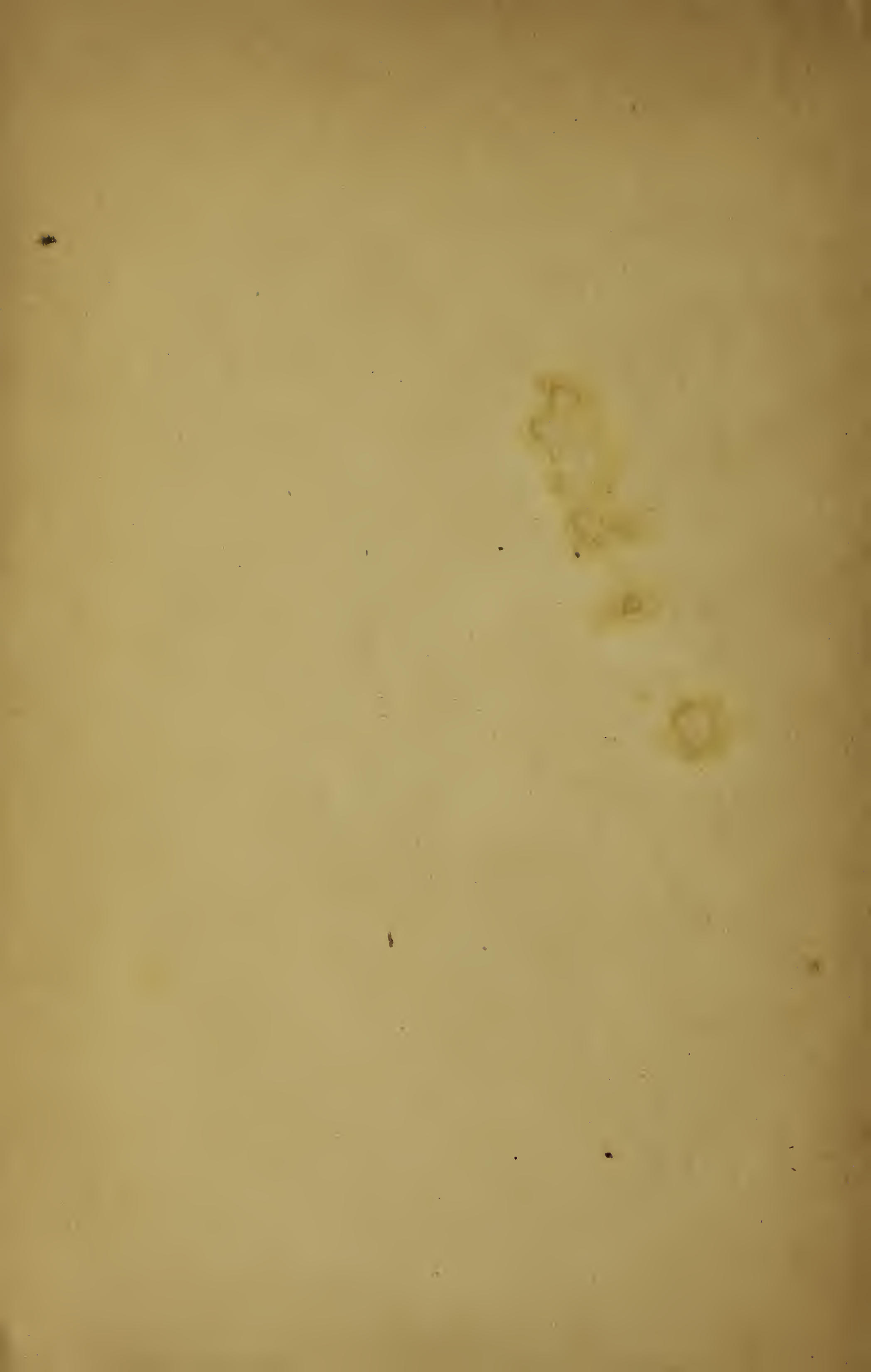
Wird mit alledem selbst keine völlige Balancierung von Ein- und Ausfuhr erreicht werden können, was unter den gegenwärtigen Bedingungen vielleicht überhaupt nicht möglich ist, so wird doch das Verhältnis so weit einem Gleichgewicht näher gebracht, daß der Ausgleich des Importüberschusses in der Zahlungsbilanz, ohne allzu große Kapitalverluste, möglich wird. Damit wären für die vollständige Konsolidierung der ökonomischen Situation des jüdischen Jischuw in Palästina sehr wichtige Schritte vorwärts getan. Allerdings setzt eine in diesem Sinn konsequente und großzügig durchgeführte Wirtschaftspolitik die endgültige Abkehr unserer Siedlungstätigkeit von vereinsmäßigen oder gar philantropisch-„individualistischen“ Vorstellungen und Methoden und den entschlossenen Übergang zum Maßstab des Landesaufbaus voraus. In der Leitung des Kolonisationswerkes durch die Jewish Agency muß diese neue quasistaatliche Auffassung unserer ökonomisch-konstruktiven Arbeit im Lande auch praktisch deutlich und eindeutig zum Ausdruck kommen.

In dem Maße jedoch als der Aufbau des Landes als Ganzes, als ein eintheitliches und umfassendes Großsiedlungswerk, zum Maßstab unserer kolonisatorischen Arbeit wird, werden auch immer stärker wirtschafts- und kolonisationspolitische Fragen, die mit dem ganzen Lande als solchem zusammenhängen, die Tätigkeit der Jewish Agency zu bestimmen und auszufüllen haben. Es gibt in diesem Rahmen einer Landeswirtschaftspolitik schon heute Fragen, deren Lösung für den jüdischen Jischuw, selbst in seiner gegenwärtigen Größe von ausschlaggebender ökonomischer Bedeutung werden kann (von politischen Wirkungen abgesehen). Betrachtet man z. B. das heute im Lande ein-

geführte Steuersystem, so wird sogleich die mögliche Wichtigkeit einer derartig gerichteten Wirtschaftspolitik für die Gestaltung der Verhältnisse klar. Um nur eine Einzelheit anzuführen: Die heute auf der Landwirtschaft lastende Oschr-Abgabe ist schon an und für sich betrachtet eine nach Art, Erhebungsweise und wirtschaftlicher Wirkung wahrhaft barbarische Steuer. Für unsere unter den heute gegebenen allgemeinwirtschaftlichen Landesverhältnissen schwer ringenden jüdischen Arbeitssiedlungen aber ist die Entlastung der agraren Wirtschaft von unerträglichem Steuerdruck und eine Ersetzung des einseitig gehandhabten Oschr durch eine rationelle, nach modernen fiskalischen Grundsätzen aufgebaute Ertrags- oder Einkommenssteuer vielleicht von entscheidender Wichtigkeit. Das Gleiche gilt für die zukünftige Entwicklung einer nationalen Industrie in bezug auf die Regelung des Zolltarifs der palästinensischen Regierung. Es ist beinahe unerfindlich, wie in einem Lande, das als Standort für gewerbliche Produktionen von Natur aus nur geringe Voraussetzungen bietet, weder Kraftquellen, noch die wichtigsten Hilfsstoffe, Eisen usw. besitzt, keinerlei Chancen auf irgendwie geartete Differentialrenten eröffnet, an die Neugründung von Gewerbezweigen gedacht werden kann, ohne daß die Frage eines hinreichenden Zollschutzes — zum mindesten für die Erziehungszeit der Industrie — in Betracht gezogen und geregelt wird. Endlich diene die Währungsfrage, die wir in anderem Zusammenhang schon kurz skizzierten, als drittes Beispiel für die große Bedeutung eines auf einen L a n d e s a u f b a u und eine L a n d e s w i r t s c h a f t s p o l i t i k gerichteten ökonomischen Denkens, von dem die Handlungen der Jewish Agency von Anfang an ausgehen müssen.

In dem Maße aber, in dem unsere Siedlungsarbeit fortschreitet und der jüdische Jischuw zum eigentlich bestimmenden Faktor im palästinensischen Wirtschaftsleben wird, wird auch der Wirtschaftspolitik der Jewish Agency ein fortschreitend größerer Anteil an der Gestaltung der realen Verhältnisse zufallen. Nicht durch historische Rechtsansprüche und nicht durch diplomatische Erfolge, gewiß nicht durch militärische Macht und nicht einmal durch zahlenmäßige Überlegenheit kann ja das jüdische Volk in seinem nationalen Befreiungskampf in Palästina sich durchsetzen, sondern einzig und allein durch die zähe und mühselige Energie kolonisatorisch-wirtschaftlichen Aufbaus, der die Gemeinschaft der jüdischen Arbeiter-Siedler für alle Zukunft in der Erde unseres Landes Wurzel schlagen läßt.







Verlagslager:

Hitachdut-Verlag, G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg.
Cauerstr. 6.